Gert v. Paczensky

Das Öl komplott

Von der Kunst, uns und andere auszunehmen



Gertv.
Paczensky

Das Öl
komplott
Von der Kunst, uns
und andere auszunehmen

Vorwort

Angesichts der vielen Bücher zum Thema Erdöl müßte man meinen, daß dazu nun alles gesagt ist. Aber im Gegenteil: Man muß sich eher wundern, wieviel Wesentliches im dunkeln geblieben ist. Da darf es aber nicht bleiben.

Die Diskussion über Energieprobleme hat eine merkwürdige Wendung genommen. Alle Welt gibt sich zwar einig, daß wir Erdöl noch lange brauchen werden, mindestens bis Ende dieses Jahrhunderts. Aber gleichzeitig lädt man uns ein, einen Holzweg zu beschreiten. Nachdem jahrzehntelang das Öl als Hauptenergiequelle eine fast fetischhafte Anbetung erfuhr (hauptsächlich, und ganz unreligiös, weil es so billig war), heißt der neue Götze: »ölverdrängung«. Wir sollen aus der Abhängigkeit vom öl befreit werden. Das ist ein lobenswertes Ziel. Genauer müßte es freilich heißen, aus der Abhängigkeit von teurem Öl, das uns jederzeit abgedreht werden könnte. Aber das Energieprogramm der Bundesregierung von Ende 1981 liebt keine solche Differenzierung. Da muß das öl »verdrängt« werden. Doch wenn Sie in diesem Buch das Kapitel über die ölsuche lesen, die entgegen den Werbespots und Anzeigen der Multis im größten und ölträchtigen Teil der Welt gar nicht stattfindet, werden Sie wohl meine Zweifel teilen.

Wenn in Asien, Afrika und Lateinamerika wirklich ernsthaft nach Öl gesucht würde, gäbe es sehr bald nicht nur genug für die Bedürfnisse der reichen wie der armen Länder, und damit auch eine Bremse gegen unvernünftige Preissteigerungen. Sondern dieses Öl wäre auch viel billiger und risikoärmer zu erschließen

(und zu beziehen) als jene superteuren »neuen« Energien, für die wir statt dessen als Steuerzahler und Bezieher zugleich unser Geld locker machen sollen. Und auch billiger als das, was in der Nordsee, in Alaska, im Atlantik veranstaltet wird. Das ist grotesk teuer —so sehr, daß sich die Multis in ihrer Reklame damit brüsten. Diese ungeheuren Investitionen sollen wir mitbezahlen. Aber damit besorgen wir keineswegs unser Geschäft, sondern das einiger internationaler Großkonzerne. Sie behaupten (und unsere Regierung sagt es nach), uns nur zu diesem Preise krisensicher und »unerpreßbar« machen zu können. In Wirklichkeit machen wir nur sie, die Multis, krisensicher mit unserem Geld in Form von Subvention und Preis. Warum sollte ihre Krise die unsere sein?

Die Krise der Multis: das ist der Verlust ihrer Verfügungsgewalt über das Öl der OPEC-Länder. Die Krise würde fast zur Katastrophe, wenn es in vielen Ländern der Erde öl gäbe, das nicht sie kontrollieren vom Bohrloch bis zur Tankstelle, wie sie jahrzehntelang die Ölwirtschaft der Welt beherrscht und (heute steht es fest) verdorben haben, sondern das die Förderländer direkt an die Kundschaft der ganzen Welt verkaufen würden, ohne teuren Zwischenträger - auch an uns. Diese Förderländer wären keineswegs automatisch OPEC-Mitglieder, wie schon heute nicht alle Ölexportländer der OPEC angehören. Und bekanntlich gibt es auch in der weltweit verteufelten, aber deswegen dennoch nicht teuflischen OPEC genug Verständnis für die Bedürfnisse der westlichen Welt.

Nun also werden sinnlos teure Projekte forciert, die unsere Energie weit teurer machen werden, und dazu

wird uns die bei weitem gefährlichste, aber keineswegs billigere Atomkraft als Allheilmittel gepriesen.
Der Slogan »Weg vom Öl« ist ebenso blödsinnig wie das »Weg von der Kohle« früherer Bundesregierungen, und für uns alle zu teuer. Die Ölvorräte der Welt sind groß genug, um uns Zeit für eine vernünftige, weniger aufwendige und weniger riskante Erschließung von neuen Energiequellen zu sichern. Wie seltsam, daß man sich nicht dafür interessiert. Vielleicht, weil sie wieder einmal Gewinne von Multis stören würde?
Wenn Sie dieses Buch gelesen haben, werden Sie wissen, warum das Mißtrauen berechtigt ist, das Sie schon immer gegen die ölmultis und ihre Propaganda verspürt haben.

I. Die seltsame »Ordnung«

1. Auftakt zur Eroberung der Bundesrepublik: Wie das Öl die Kohle verdrängte und die Warner tauben Ohren predigten

Vor ziemlich genau 15 Jahren nahm ich in Paris an einer Versammlung von Etagenwohnungsbesitzern teil, die auf ihren Architekten schimpften. Nichts war fertig, aber ständig sollten wir Geld nachschießen. Eine besonders lebhafte Diskussion entspann sich wegen der Heizung. Da erkundigte sich jemand, warum denn dieses wunderschöne moderne Appartementhaus anstatt des bequemeren Öls überhaupt noch eine Kohlefeuerung haben müsse.
»öl?« rief der Architekt entrüstet, es war ein älterer Herr. »Meine Damen und Herren, ich habe ja nun zwei Kriege erlebt, und die jüngeren von Ihnen werden sich mindestens an die Knappheiten im zweiten erinnern. Wieviel Öl hat Frankreich? Nichts! Wie viel Kohle? Viel! Genug für immer. Ein Architekt, der hier Ölfeuerung statt Kohle einbaut, handelt verantwortungslos.«
Der Zufall meines Berufslebens wollte, daß diese Szene in Frankreich stattfand. Sie hätte sich natürlich auch in der Bundesrepublik ereignen können, doch ist sehr fraglich, ob nicht die meisten deutschen Architekten ihren französischen Kollegen als rückständig verspottet haben würden - eben als »typisch französisch«. Nun, heute sind wir ein Vierteljahrhundert klüger, und heute

ist sonnenklar, daß er recht hatte. Unsere Abhängigkeit vom Öl wird so allgemein bejammert, so ausnahmslos, daß ich darüber kein weiteres Wort zu verlieren brauche.
Aber eine andere Frage muß man sich als mündiger Bürger wohl stellen, wenn man nicht nur über abstrakte oder fernliegende Ereignisse nachdenkt, sondern über die Energieversorgung - sie ist lebenswichtig, sie beherrscht das wirtschaftliche und damit das soziale Leben des eigenen Landes: War denn der Architekt in Paris ein einsamer Prophet, gab es hierzulande niemanden, der ähnlich vorausschauend, auch aus Erfahrung und Kenntnis der Versorgungsmöglichkeiten zu argumentieren imstande war?
Wenn man nach manchen Wirtschafts Journalisten geht, war es unmöglich vorauszusehen. Da sind diejenigen, die sich heute über die Fehlentwicklung von damals beschweren, »ideologisch verbohrte Sprücheklopfer, die heute wieder einmal alles besser gewußt haben«, wie die Süddeutsche Zeitung in einer Wirtschaftsglosse am 17. März 1980 nach meiner Fernsehserie Öl-Geschichten schrieb.
Der Kommentator feierte sogar noch nachträglich, was im Licht der Entwicklung in der Tat wenig glückwunschwürdig scheint, nämlich daß seinerzeit der damalige Wirtschaftsminister und spätere Bundeskanzler Ludwig Erhard »wenigstens auf diesem Gebiet der Energiewirtschaft den Gesetzen des Marktes zum Durchbruch verholfen hat«. Es waren freilich mehr die Profitgesetze der Ölmultis, und mit den Gesetzen des Marktes hatten die, wie wir gleich sehen werden, nichts zu tun. Aber die Stimme macht klar, wie stark die

Lobby der Großmultis in der Bundesrepublik seit jeher ist. Es hatte natürlich schon damals, als die Kohle systematisch und mit obrigkeitlicher Hilfe vom öl zurückgedrängt wurde, Warner in Hülle und Fülle gegeben. So ohnmächtig war ja nun die schwer betroffene Kohlewirtschaft auch wieder nicht.
»Wir sind ohne jeden Zweifel erpreßbar. Seit wir uns vom Öl abhängig gemacht haben, mußte das für jedermann klar sein«, sagte Professor Carl-Friedrich von Weizsäcker vor dem »Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der Industriellen Gesellschaft« Mitte November 1977 (Protokoll Nr. 58/1977), und Professor Helmut Schäfer von der Technischen Universität München fügte hinzu: »Es wurde hier so getan, als habe 1973 eine krasse Zäsur in unserer Energieversorgung stattgefunden, die alle Welt überrascht hat. Dies war keineswegs der Fall. Die Problematik der Ölversorgung, die Abhängigkeit von dritten Ländern war durchaus vorher bekannt. Es ist auch schon vor 1973 von Fachleuten deutlich darauf hingewiesen worden.
Nur hat niemand die Warnungen in der Öffentlichkeit und insbesondere in der Politik hören wollen.«
Das wird wohl auch auf die Haltung wichtiger Presseorgane zurückzuführen sein. In Wirklichkeit waren die Warnungen schon damals unüberhörbar.
Mit der wachsenden Abhängigkeit vom Öl verbunden war ja ein schmerzhafter Schrumpfungsprozeß der deutschen Ruhrkohle, der unter ausgesprochen krisenhaften Begleiterscheinungen in wenigen Jahren viele Arbeitsplätze vernichtete. Die Zahl der Beschäftigten unter Tage ging an der Ruhr von Ende 1969 bis 1973 von 325 215 auf 98220 zurück, die der

insgesamt in der Ruhrkohle Beschäftigten von 495 847 auf 162979, und an der Saar wurde ja auch »stillgelegt«. Die »stillgelegten« Schachtanlagen hatten eine verwertbare Förderung von mehr als 75 Millionen Tonnen pro Jahr gehabt, die stillgelegten Kokereien von etwa 19 Millionen Tonnen, die stillgelegten Brikettfabriken fast drei Millionen Tonnen.
Nicht alles an dieser »Schrumpfung« war vermeidbar. Auch die Kohleindustrie hatte ja einen jedenfalls unbequemen Modernisierungsprozeß durchzumachen. Aber die Art, wie ihre Abdankung zugunsten des Öls forciert wurde, ohne daß die Verantwortlichen für die deutsche Energieversorgung eingriffen (Ludwig Erhard gehörte zu den Entscheidenden), war nicht nur eine Versündigung an den lebenswichtigen Interessen der nächsten Generationen, sie wurde auch damals schon so erkannt und immer wieder beschrieben. Als ein Beispiel für viele braucht man nur die regelmäßigen Warnungen im Jahrbuch des deutschen Bergbaus anzuführen, und als besonders eindrucksvoll möchte ich hier auf einen 1959 erschienenen Artikel des Bergassessors a. D. Helmuth Burckhardt verweisen.
Vorher allerdings möchte ich für jüngere Leserinnen und Leser kurz den Rahmen skizzieren. Als Vorläuferin der Europäischen Gemeinschaft war am 25. Juli 1952 die »Montanunion« ins Leben getreten, die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl«. Sie wurde ebenso wie heute die EG in Brüssel von einer »Hohen Behörde« (in Luxemburg) geleitet, mit der Zuständigkeit, die der Name beschreibt und die ihr die teilnehmenden Regierungen (Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und die Benelux-Staaten) unter Verzicht auf eigene

Souveränitätsrechte abgetreten hatten. In der Zeit davor war die Ruhr nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg einem von den Besatzungsmächten verordneten Sonderregime unterworfen gewesen — zur verordneten »Entflechtung« und »Ent-kartellisierung«, die große Teile der deutschen Industrie betraf, hatte auch noch ein spezielles Statut die Ruhr einer internationalen Behörde unterstellt. Die Bundesrepublik hatte dort gegenüber den westlichen »Partnern« kaum etwas zu melden. Aber auch nach Beginn der Montanunion ging es dem Ruhrkohlebergbau nicht besser. Die Weichen für den überwältigenden Sieg des Öls wurden damals gestellt. Helmuth Burckhardt, Ehrendoktor ing., Bergassessor a. D., war damals Generaldirektor des Eschweiler Bergwerks-Vereins und Vorstandsvorsitzender des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau. Seine 1981 erschienene Schrift 25 Jahre Kohlepolitik ist eine wichtige, wenn auch deprimierende Lektüre. Auch sie würde heute wohl als nachträgliche Besserwisserei abgestempelt werden – wenn nicht ihr Verfasser schon damals so nachdrücklich und unüberhörbar gemahnt hätte. Immerhin stand er hoch oben in der Hierarchie der Fachleute. Er versuchte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und seinem Staatssekretär Müller-Armack, dann Konrad Adenauer und schließlich Erhard als Bundeskanzler klar zu machen, daß eine politische Entscheidung fällig sei, um dem Verdrängungs-wettbewerb des Öls zu begegnen. Damals waren die Multis mit dem Heizöl gegen die Kohle angetreten. Für Benzin brauchten sie keinen Kampf zu liefern, dieses Geschäft besorgte die Motorisierung von selbst.

Aber — wer Heizöl forcierte, forcierte zwangsläufig auch die Benzinproduktion mit. Aus der Tonne Rohöl gewinnt die Raffinerie automatisch auch Benzin - allenfalls die Hälfte ergibt Heizöl.
Burckhardt wurde angehört, er verfaßte Denkschriften, aber es passierte nichts, jedenfalls nichts Wirksames. Man kann sich denken, mit welchen Gefühlen er 1964 aus dem Bundeskanzleramt vernahm, die Lage des Bergbaus werde ja vielleicht durch einen kalten Winter wieder verbessert...
Wesentliche Auszüge aus Burckhardts Veröffentlichung des Jahres 1959 finden Sie hinten im Anhang. Hier will ich nur resümieren, daß er schildert, wie die Ruhrkohle im Wettbewerb behindert und zu einer Umverteilung ihrer Lieferungen gezwungen wurde, wie dadurch dann ihre traditionellen Abnehmer erst zur Importkohle und dann zum Heizöl abgedrängt wurden — all das nicht in einem Wettbewerb mit Chancengleichheit, sondern unter beständiger gezielter Behinderung der Ruhrkohleunternehmen. Und Burckhardt warnte damals, daß das öl nicht so billig bleiben werde:
Der deutsche Steinkohlenbergbau »steht also heute auf seinen angestammten Märkten im Wettbewerb mit Energieträgern, die nur vorübergehend auf Grund besonderer Ereignisse ganz besonders billig angeboten werden und deren Wettbewerbslage gegenüber der heimischen Kohle sich wieder ändern wird. Es entsteht in dieser Sachlage die Frage, ob es angezeigt ist, zuzulassen, daß diese nur vorübergehende Entwicklung zu einer starken Einschränkung der Förderkapazität des deutschen und europäischen Kohlebergbaus führt...

Zur Diskussion stehen dabei die Fragen der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit der Versorgung. Ihre Sicherheit ist vor allem abhängig von der Sicherheit der Zufuhrwege und von der Lieferwilligkeit der jeweiligen Produzenten. Ihre Wirtschaftlichkeit ... ist aber wesentlich auch eine Funktion der von den Exporteuren angestrebten Preispolitik...«

Das war ein Jahr vor der Gründung der OPEC, 14 Jahre, bevor die OPEC die westliche Welt unsanft aus der Vorstellung aufweckte, billiges Öl sei ein automatisches Vorrecht für die Industrieländer. Die Leserinnen und Leser von heute können davon überzeugt sein, daß diese Stimme damals keineswegs allein war. Und im gleichen Band des Bergbau-Jahrbuches fand sich aus der Feder Dr. Johann Schäfers in einer Übersicht über das Bergbaujahr 1958/59 eine zweite, zum Nachdenken herausfordernde Schilderung mit dem Schlüsselsatz: »Im Jahre 1958 setzte ein scharfer Wettbewerb der ölfirmen auf dem voll liberalisierten westdeutschen Energiemarkt ein. Er führte zu solchen Kampfpreisen, daß das Heizöl erheblich unter Weltmarktpreisen angeboten und verkauft wurde. Dieser Verdrängungswettbewerb zu Lasten der Kohle verfolgte das Ziel, Absatzmöglichkeiten für die Ölraffinierien zu schaffen...« Der Heizölverbrauch der Bundesrepublik verdreifachte sich von 1952 bis 1958.

Schäfer erzählt, wie der Versuch unternommen wurde, wegen der wachsenden Kohleabsatzkrise »den ungleichen Wettbewerbskampf des Öls gegen die Kohle mindestens einzuschränken«. Es kam zu einem »Krisenkartell«, das aber nur das schwere Heizöl, nicht das mittlere und leichte, kurzfristig bremsen sollte und

nicht lange funktionierte. »Mitte August 1959 kam es zur Kündigung des Kartells durch die Ölfirmen und zu dem Beschluß des Wirtschaftskabinetts, eine Steuer für schweres und leichtes Heizöl in Höhe von 30,— DM je Tonne zu empfehlen.«

Das nützte natürlich auch nichts mehr. Das Öl war auf dem Vormarsch, gefördert durch die beschriebenen Umstände, die natürlich nicht von Naturgesetzen, sondern von Personen bewirkt waren bzw. hätten gebremst werden können. Ein besonderer Förderer war, wie man damals hierzulande vielleicht nicht so recht erkannte (wirklich nicht?), die Marshallplan-Verwaltung, und das schon lange vor Inkrafttreten des Vertrages über die Montanunion, lange bevor man in Deutschland erkannte, was eine Offensive der ölmultis bedeuten konnte.

Diesem segensreichen Unternehmen zur Förderung des europäischen Wiederaufbaus nach dem Kriege verdankt die Bundesrepublik einen wichtigen Anstoß zu ihrem schnellen wirtschaftlichen Aufschwung. Präsident Trumans Außenminister Marshall hatte es am 5. Juni 1947 angekündigt. Auch die Sowjetunion war aufgefordert, mitzumachen, lehnte aber ab. So wurde das Projekt auf das Europa beschränkt, das nicht dem Ostblock angehörte, und Francospanien war auch nicht dabei. Die Teilnehmerländer gründeten in Paris die OEEC (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, heute erweitert und in OECD umbenannt), das Programm bekam seinen offiziellen Namen ERP (European Recovery Program), dessen Initialen noch heute herumgeistern, weil es noch ERP-Fonds gibt. Die Verwaltung des Programms lag bei der

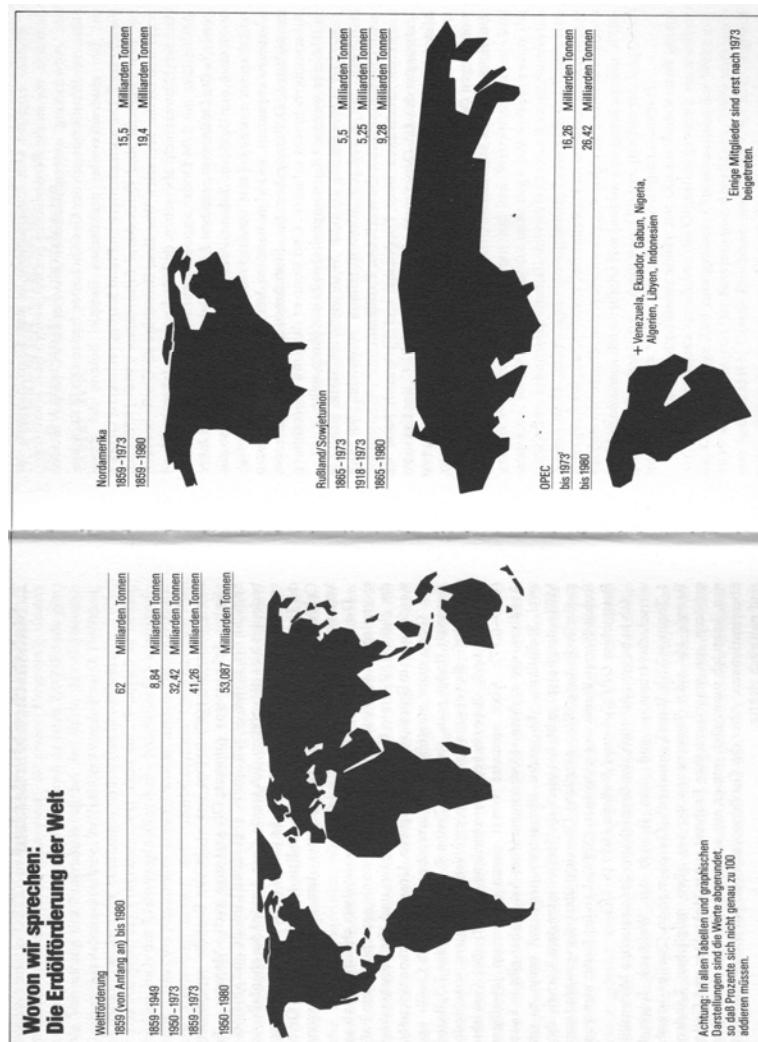
ECA, der »Economic Cooperation Administration«, ihr Präsident wurde Paul G. Hoffman, bis dahin Präsident der berühmten Autofirma Studebaker.
Die Aufgabe des Programms war nicht nur, finanziell zu helfen, sondern auch mit Lieferungen aller Art - hauptsächlich amerikanischen -, und wo Finanzhilfe gewährt wurde, achtete die amerikanische Regierung darauf, daß amerikanischen Unternehmen der Löwenanteil an den Aufträgen zukam. Die ölgesellschaften wiederum waren in ausgezeichneter Position, sich das Programm zunutze zu machen, »sowohl bei der Deckung unmittelbarer Bedürfnisse als auch bei der Geltendmachung vorrangiger Marktpositionen für die Zukunft« (Joe Stork: Middle East Oil and the Energy Crisis).
Die ölkonzerne Exxon und Mobil hatten bis zum Kriege leistungsfähige Vertriebsorganisationen in Europa besessen. Die amerikanische Industrie versuchte nun beharrlich, die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaft von jenen Bereichen zu fördern, in denen die USA stark waren - »einer dieser Sektoren war öl«. Stork berichtet als Beispiel, wie die Europäer für ihre Eisenbahnen — ihr traditionelles Transportsystem - 47000 Güterwagen angefordert, aber nur 20000 bekommen hätten. »Dagegen bestanden die Amerikaner darauf, ihnen 65 000 Lastkraftwagen zuzuteilen, obwohl keine verlangt worden waren« (Stork: Middle East Oil, S. 61). Mitte 1950 machte das Erdöl schon elf Prozent des Wertes aller ECA-Verschiffungen nach Europa aus.
Im allgemeinen betrachtete es die ECA offenbar als eine ihrer Aufgaben, die Belange der Ölmultis zu fördern.

Der Druck des Öls auf den europäischen Markt, der sich auf die Bundesrepublik konzentrierte, hatte höchst amtliche Protektion. Reiner Zufall, daß die Erdöl-Abteilung in der ECA von einem vormaligen Mobil-Direktor geleitet wurde... Vermutlich wird bestritten, daß damit bewußt die Eroberung der deutschen Mineralölwirtschaft durch die Multis eingeleitet wurde. Aber jedenfalls kam es so.
Bevor ich es erzähle, möchte ich den weltweiten Rahmen, in den dies einzuordnen ist, etwas deutlicher machen. Die ölwirtschaft ist viel grotesker, auch verhängnisvoller, als gemeinhin bekannt - und einige den Multis liebe und für uns teure Legenden müssen dringend auf ihren Wahrheitsgehalt untersucht werden.

2. Statistischer Hürdenlauf

Die größten ölgesellschaften werden in der Branche seit langem »Sieben Schwestern« genannt. Oft sagt man auch »Majors« - die Sprache des Erdöls ist nun einmal angloamerikanisch, und »majors« bedeutet hier die größten. Ich werde diese Ausdrücke ebenfalls viel verwenden. Die sieben — das sind die Exxon (amerikanische Mutter der Esso), Shell, Mobil, BP, Texaco, Gulf und Socal (Standard Oil of California), deren Produkte wir unter dem Namen »Chevron« kennen. Die Statistiken der ölwirtschaft sind so unübersichtlich, fast als sei es geplant. Am meisten wird mit dem »Barrel« gerechnet, dem Faß, das gleich 159 Litern öl ist, und die Förder- und Verbrauchszahlen werden gern in Barrel pro Tag angegeben. Unsereiner kann sich unter der Tonne mehr vorstellen: wie umrechnen? Je nach Quelle und Autorität findet man,

daß eine Tonne 7 oder 7,3 oder 7,5 Barrel beinhalte - die verschiedenen Fördergebiete geben ganz verschiedene öle, und diese haben verschiedene spezifische Gewichte (0,80—0,97). Aber niemand verrät einem bei seinen jeweiligen Angaben, wie er denn selbst umgerechnet hat. Daher gibt es kaum zwei Statistiken, die genau übereinstimmen, und wenn es um Milliarden Barrel geht, hat auch die Stelle hinter dem Komma ihre große Bedeutung. Eine nützliche Übersicht über die verschiedenen Rohöl/Barrel-Werte der einzelnen OPEC-Länder findet sich zum Beispiel im OPEC Annual Bulletin 1980 (S. IX).
Ich habe grundsätzlich, der Empfehlung des deutschen Mineralölwirtschaftsverbandes und dem Brauch der Weltbank folgend, 1 Tonne = 7,33 Barrel gerechnet.
Da zu meinen Quellen sowohl Barrel- als auch Tonnenangaben aus allen möglichen Ländern gehören, aus amerikanischer Frühzeit sogar Hektoliter und Gallonen, kann ich unmöglich immer mit anderen bekannten Statistiken übereinstimmen. Aber die Größenordnungen, auf die es ankommt, sind natürlich richtig. Ebenso ergeben sich Unterschiede in den Berechnungen der Summen, die an die Förderländer gezahlt worden sind, wohl wegen der Anwendung unterschiedlicher Devisenkurse. Sogar in den Bilanzveröffentlichungen der Gesellschaften finden sich Unterschiede. Ein eindrucksvolles praktisches Beispiel lieferte die Royal Dutch/Shell. Die normalerweise in Pfund Sterling rechnende Gruppe hat ihre Financial And Operational Information 1969-1978 auch separat in Dollar übersetzt.



Wovon wir sprechen: Die Erdölförderung der Welt

Weltförderung		
1859 (von Anfang an) bis 1980	62	Milliarden Tonnen
1859–1949	8,84	Milliarden Tonnen
1950–1973	32,42	Milliarden Tonnen
1859–1973	41,26	Milliarden Tonnen
1950–1980	53,087	Milliarden Tonnen

Achtung: In allen Tabellen und graphischen Darstellungen sind die Werte abgerundet, so daß Prozente sich nicht genau zu 100 addieren müssen.

Nordamerika		
1859–1973	15,5	Milliarden Tonnen
1859–1980	19,4	Milliarden Tonnen

Rußland/Sowjetunion		
1865–1973	5,5	Milliarden Tonnen
1918–1973	5,25	Milliarden Tonnen
1865–1980	9,28	Milliarden Tonnen

OPEC		
bis 1973[1]	16,26	Milliarden Tonnen
bis 1980	26,42	Milliarden Tonnen

[1] Einige Mitglieder sind erst nach 1973 beigetreten.

Wer diese Broschüre als Quelle benutzt, darf den Hinweis nicht übersehen, daß für diese zehn Jahre das

Pfund gleichmäßig mit 2,04 Dollar angesetzt wurde. In Wirklichkeit aber pendelte der Dollarwert zwischen 2,39 im Jahre 1969, 2,50 im Jahre 1972 und nur 1,75 im Jahre 1977 (1978: 1,92). Wer also die Angaben für einzelne Jahre benötigt und sie einfach dieser Dollar-Übersicht entnimmt, würde in manchen Jahren zu hohe, in anderen zu niedrige Dollarangaben für Einnahmen und Ausgaben des Riesenunternehmens erhalten. Und wenn er dann mit Umrechnung in DM eine weitere Ungenauigkeitsquelle einführen sollte ...
Bei der Umrechnung fremder Währungen in Mark habe ich durchweg den jeweiligen Jahresmittelkurs verwendet, bei weit zurückliegenden Daten die amtlichen Paritäten.
Für die Statistiken über Förderung und Verbrauch habe ich Unterlagen des US-Department of Energy, der OPEC, der Esso, des Mineralölwirtschaftsverbands (MWV), des Petroleum Economist und zahlreicher Fachwerke benutzt. Kaum zwei stimmen überein, wohl wegen der erwähnten Umrechnungsschwierigkeiten - aber die Größenordnungen stimmen.

3. Ordnung für Ungleiche: Weltwirtschafts-Unordnung, erster Teil

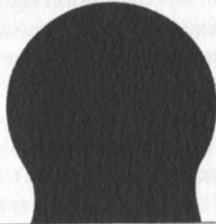
Wenn es auf irgendeinem Gebiet der Weltwirtschaft ein besonders folgenschweres Ungleichgewicht gibt, dann bei der Energie. Wie viel davon zur Verfügung steht, bestimmt weitgehend materielle Entwicklung und Lebensstandard. Besonders kraß ist das Mißverhältnis zwischen Begünstigten und Benachteiligten beim Erdöl und seinen Produkten.
Die Industrieländer verdanken ihren wirtschaftlichen Aufschwung natürlich nicht allein dem Erdöl. Sie waren schon vorher im Vorteil, zum Beispiel durch ihre Lage in einem günstigen Klima, auf genügend fruchtbarem Boden, der ihnen ermöglichte, eine wachsende Bevölkerung gut zu versorgen. Aber auch durch eine gute Energiebasis, die Kohle - ohne sie wäre Europas und Nordamerikas industrielle Revolution nicht denkbar. Und dann durch überlegene Waffen: Sie ermöglichten die rücksichtslose Ausdehnung ihrer Herrschaft über einen großen Teil der übrigen Welt.
So konnten die Europäer Arbeitskraft und Bodenschätze der ganzen Welt für sich einspannen und jene Weltwirtschaft auf- und ausbauen, von der sie noch heute nicht begreifen wollen, warum die inzwischen erwachten, ehemals unterdrückten und ausgeplünderten Völker sie für änderungsbedürftig halten. Dann kam das Erdöl, jene Energiequelle, die in diesem Jahrhundert zum entscheidenden Motor für den wirtschaftlichen Aufschwung geworden ist und in den letzten drei Jahrzehnten die westliche Konjunktur sich geradezu überschlagen ließ. Die westliche — denn vom Ölboom profitierten lange Zeit nur die »weißen« Völker, bis schließlich Japan dazustieß.

Nicht alle Industrieländer waren mit diesem Wunderstoff gesegnet. In Nordamerika sprudelten die Ölquellen gewaltig, sie machten die USA für lange Zeit zum größten Ölproduzenten der Welt; erst 1975 wurden sie von der Sowjetunion überflügelt, 1980 auch noch von Saudiarabien. Dieser Reichtum machte die USA auch sogleich zum größten Verbraucher - Öl und Benzin trugen die Vereinigten Staaten endgültig an die Spitze der Industrieländer. Sie konnten an Industrialisierung und Lebensstandard nun auch die Europäer für lange weit hinter sich lassen, die übrige Welt sowieso.
Die Europäer hatten so gut wie kein Öl, lächerlich wenig. Zwar erlebte bald nach Amerika auch Rußland seinen Start ins ölzeitalter und sofort einen gewaltigen Förderboom. Es trug zeitweise erheblich zur Versorgung Europas bei. Aber dann kam der Erste Weltkrieg, die Revolution, die Abkapselung von der Weltwirtschaft. Die Sowjetunion wurde wieder Exporteur, aber die Produktion der UdSSR zählt nur noch gering in der Energiebilanz der übrigen Welt.
Als nach dem Zweiten Weltkrieg für Europa das Ölzeitalter richtig begann, verschwand auch der einzige andere nennenswerte Produzent auf europäischem Boden, Rumänien, hinter dem »Eisernen Vorhang«. Die Reserven der übrigen Welt mußten herhalten, um den Bedarf des reichen Westeuropa zu decken.
Der wuchs schnell bis an das Unmaß des amerikanischen Verbrauchs heran — doch nun reichte auch den Amerikanern nicht mehr, was ihnen aus eigenem Boden zur Verfügung stand. Europa und Nordamerika blühten weiter, weil sie drei anderen

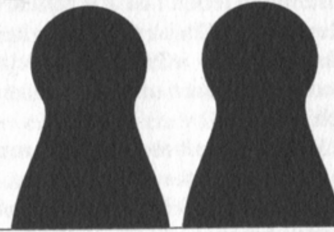
Erdteilen ihr Erdöl wegsaugen konnten. Das festigte ihr industrielles Ubergewicht, lange, bevor sich in Asien, Afrika und Lateinamerika eine nennenswerte Industrie bilden konnte. Frühe Ansätze, wie etwa die indische Textilindustrie, haben die Kolonialmächte zunichte gemacht, spätere stark behindert. Was sich allmählich nach der politischen Entkolonialisierung regte, hätte mit der heimischen Energie schneller wachsen können. Aber zu deren Nutzung bestand so gut wie keine Infrastruktur, und also noch keine gewichtige Kundschaft. Auch das ölgeschäft war (wie viele andere Bereiche der Wirtschaft) auf die Industrieländer ausgerichtet, die ihren Vorsprung im Galopptempo vergrößerten, und die verbrauchten fast das ganze geförderte Öl. Diesen Vorsprung werden die OPEC-Länder zu unseren Lebzeiten nicht mehr einholen können, so viel sie auch seit kurzem am Öl verdienen mögen.Die westliche Zivilisation ist dank des Öls im wesentlichen eine Auto-Zivilisation geworden. Bei uns ist von der Autoindustrie direkt oder indirekt jeder siebente Beschäftigte abhängig, sagt der Verband der Autoindustrie. Die zehn umsatzstärksten Industrieunternehmen der Welt: acht ölgesellschaften, zwei Autofirmen. Unter den 30 Größten: nur sechs, die nichts mit dem Auto oder dem Erdöl zu tun haben, wobei die Ölfirmen in der großen Mehrheit sind. Entsprechend riesig ist der westliche Fahrzeugpark.

Welt im Ungleichgewicht

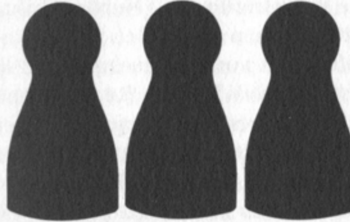
1 Amerikaner verbraucht so viel Energie wie:



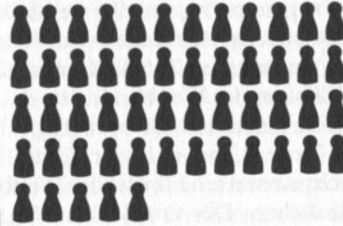
2 Deutsche oder Australier



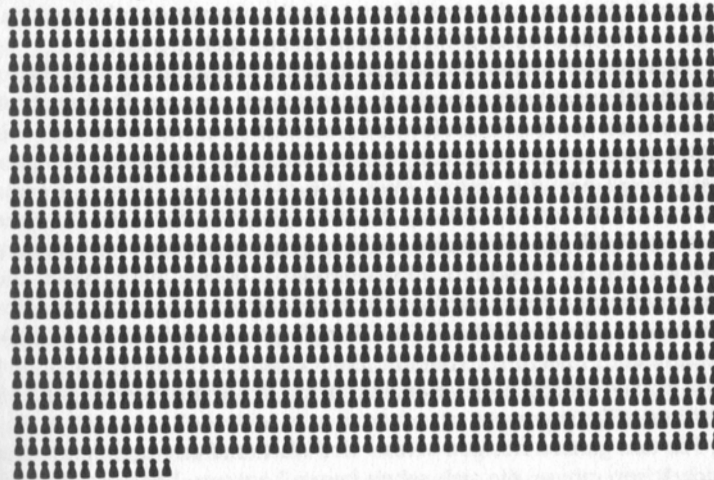
3 Schweizer oder Japaner



53 Inder oder Indonesier



1072 Nepalesen



Der bundesdeutsche ist (nach den USA und Japan) der drittgrößte der Welt - größer als der ganz Afrikas und Asiens außer Japan zusammen. Aber wir sind nur knapp 62 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, Millionen Gastarbeiter inbegriffen. In Asien und Afrika zusammen leben fast 2,9 Milliarden, mehr als die Hälfte der ganzen Menschheit. Da ist wohl auch kein Gleichgewicht, und das kann man allenfalls eine »Ordnung« nennen, wenn man die Kluft zwischen wenigen Reichen und vielen Elenden für gottgewollt und unabänderlich hält. Wir sind ein besonders überentwickeltes Autoland, aber die USA rollen »natürlich« an der Spitze, mit knapp 150 Millionen Autos. Sie allein, rund 250 Millionen Menschen, besitzen fast 43 Prozent aller Kraftfahrzeuge dieser Welt, sind also nicht weit entfernt von der Hälfte. Insgesamt haben die westlichen Industrieländer (Nordamerika, Westeuropa, Australien und Neuseeland, dazu die weißen Südafrikaner) zusammen 285 Millionen Kraftwagen von den zusammen 390 Millionen des Weltbestandes, das sind fast drei Viertel. Rechnet man Japan hinzu, hat die bevorzugte industrialisierte Völkergruppe über 83 Prozent, mehr als vier Fünftel des Weltbestandes. Vier Fünftel für nicht einmal ein Fünftel der Weltbevölkerung, nämlich 765 Millionen Menschen. Der Ostblock verfügt über etwas mehr als 26 Millionen Kraftfahrzeuge, 6,7 Prozent des Weltbestandes. Für die gewaltige Mehrheit der Menschen, 3,2 Milliarden, das sind knapp 74 Prozent, also drei Viertel, bleiben ganze zehn Prozent der Autos. Die Bundesrepublik allein hat schon sieben Prozent...

Da kann sich niemand wundern, daß der Verbrauch der kostbaren flüssigen Energie stets ebenso unausgewogen war, um den beliebten Ausdruck aus der Fernsehsprache zu übernehmen. Von 1925 bis 1938, dem letzten Jahr vor dem so vieles verändernden Zweiten Weltkrieg, hat die ganze Welt 846 Millionen Tonnen Benzin verbraucht (Zischka: ölkrieg, S. 286). (Staunen Sie nicht über die niedrige Zahl, der Triumph des Öls in Europa kam erst nach diesem Krieg.) Davon rauschten 605 Millionen Tonnen allein durch die amerikanischen Vergaser. Weit hinterher hinkten die nächst benzindurstigen Industrieländer (in der Rangfolge des Verbrauchs): Großbritannien, Frankreich, Kanada, Deutschland, Rußland, Japan und Italien. Sie brachten den Benzinkonsum der Industriewelt auf 758 Millionen Tonnen. Für den ganzen riesigen »Rest« der Welt, und da waren immerhin auch schon einige, die sich sehen lassen konnten, blieben ganze 88 Millionen Tonnen. Benzin, wie gesagt, zum Verbrauch für die 14 Jahre von 1925 bis 1938. Ein Jahresdurchschnitt für drei Kontinente und einen Teil Europas von knapp 6,3 Millionen Tonnen zu einer Zeit, als die USA im Jahresschnitt 43,2 Millionen Tonnen Benzin verfahren konnten. Die schon zitierten Zahlen für die Autos zeigen, daß sich an dieser Benachteiligung der Dritten Welt bis heute nichts geändert hat. Vielleicht ist es gar kein Wunder, daß so viele bei uns dies für ein Naturgesetz halten oder für den Beweis großer, freiwilliger Genügsamkeit. »Die Hälfte der Bevölkerung dieser Erde kommt mit acht Prozent der zur Verfügung stehenden Energie aus«, las ich unter einem Schaubild über Weltbevölkerung und Energieverbrauch (Süd-

deutsche Zeitung, 19.6.1980); die Industrieländer »verbrauchen dagegen fast zwei Drittel der Energie«. Oder am 13. 2. 1981 im gleichen Blatt: »Verglichen mit hochindustrialisierten Staaten ist der Energie durst der Entwicklungsländer sowieso äußerst gering. Verbraucht jeder Bewohner eines hochentwickelten Industriestaates pro Jahr rund 5 Tonnen Rohöl, so begnügen (Hervorhebung von mir) sich die Entwicklungsländer mit durchschnittlich 0,6 Tonnen pro Einwohner« (Walter Schild: Die Zukunft verfeuert). Wie zuvorkommend von ihnen. Mit dieser Art Unterrichtung des westlichen Publikums wird man sicherlich nicht erreichen, daß die Probleme der »Dritten Welt« begriffen werden. Fast ein Wunder, daß aus der deutschen Publizistik wenigstens das Bild vom fröhlichbedürfnislosen, aber auch faulen »Eingeborenen« verschwunden ist, der sich mit einer Handvoll Maniok »begnügt«. Im Jahr 1937, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, noch auf dem Höhepunkt kolonialer Ausbeutung, belief sich die gesamte Erdölförderung der Welt auf rund 278 Millionen Tonnen, von denen nach Angaben des US Department of Energy rund 262 Millionen Tonnen verbraucht wurden. Die Aufteilung war so: Industrieländer und Sowjetunion 232 Millionen Tonnen. Dazu etwa 10 Millionen für Truppen und Unternehmungen in den Kolonien. Vom Rest blieben 11 Millionen Tonnen in Lateinamerika, dessen Anteil an der Förderung damals sehr groß war. Aber elf Millionen Tonnen waren nicht eben viel für einen ganzen Kontinent. Und für ganz Asien und Afrika, kolonisiert oder nicht: neun Millionen Tonnen. Für weit mehr als die Hälfte der

Menschheit nicht einmal dreieinhalb Prozent der so entscheidenden Energie und Antriebskraft.
Mustergültige Weltwirtschaftsordnung schon damals?
Und wie sah es zehn Jahre später aus - nun war der Zweite Weltkrieg vorbei. Die Völker, die heimgesucht worden waren, schritten zum Wiederaufbau, sie brauchten dafür reichliche und billige Energie. Der indische Subkontinent, der menschenreiche, wurde unabhängig in den zwei Problemstaaten Indien und Pakistan. In Südostasien, in Afrika hofften die Völker nicht nur auf politische Befreiung, sondern auf den höheren Lebensstandard, den ihnen die Kolonialherren bisher noch nicht gebracht hatten - aber die waren ja nun so lange mit dem Weltkrieg beschäftigt gewesen.
In dieser Lage wurde das Öl (außerhalb des Ostblocks) wie folgt verbraucht: USA 68 Prozent. Restliches Amerika zwölf Prozent. Westeuropa zehn Prozent, Australien und Neuseeland ein Prozent. Für Afrika und Asien zusammen blieben neun Prozent.
Die Welt der Energieverteilung war also auch vor einem halben Jahrhundert nicht in Ordnung. Noch immer nicht. Wie sie vorher und nachher noch immer weiter in Unordnung gebracht wurde, geht aus den Zahlen über »Kolonial-Öl« hervor (siehe Kapitel 7).
Der Ölverbrauch des Jahres 1980 gibt die verzerrte Ölwirtschaft dieses Jahrhunderts nicht ganz so anschaulich wieder. Nun waren ja einige Förderländer endlich in der Lage, mehr und mehr von ihrer Energiequelle für sich selbst zu verbrauchen.
Immerhin bleibt es, wenn man an die famose Weltwirtschafts-»Ordnung« denkt, doch ganz eindrucksvoll. Vom Ölangebot der Erde beanspruchten

Nordamerika (USA und Kanada) fast 30 Prozent, Westeuropa knapp 23 Prozent - also die beiden zusammen, nur etwas mehr als 14 Prozent der Weltbevölkerung, mehr als die Hälfte. Die Bundesrepublik allein verbrauchte mit rund 131 Millionen Tonnen doppelt soviel wie ganz Afrika - und noch immer weit mehr als die Länder und »Scheichtümer« des Nahen Ostens, die Haupt-Öllieferanten der Welt, zusammen.

Daß die Förderung ein anderes Bild gibt, haben wir alle 1973 gemerkt, als Benzin in Europa plötzlich knapp und teuer wurde. Westeuropa, der enorme Verbraucher, ist bis vor kurzem ein lächerlich kleiner Ölproduzent gewesen. Erst das Nordsee-Öl hat seine Anrainer letzthin ebenfalls zu respektablen Produzenten gemacht. Aber 1980 bestand das Mißverhältnis dennoch fort. Die Westeuropäer, die fast 23 Prozent des Öls verbrauchten, förderten bei sich nur rund vier Prozent. Das Bild ist noch unausgewogener, wenn man es zum Zeitpunkt des ersten Ölpreis-Schocks Ende 1973 betrachtet. Ende 1973 sorgten die OPEC-Länder mit dem Entschluß, die Preise künftig selbst zu bestimmen und sofort heraufzusetzen, für einen entscheidenden Einschnitt nicht nur in die Ölgeschichte, sondern in die Weltwirtschafts-»Ordnung«. Entsprechend habe ich in diesem Buch eine Reihe von informativen Berechnungen, die das Ungleichgewicht sehr deutlich machen, mit dem Jahr 1973 enden lassen. Aber natürlich werden der Vollständigkeit halber auch bedeutende Entwicklungen bis 1980 fortgeführt.

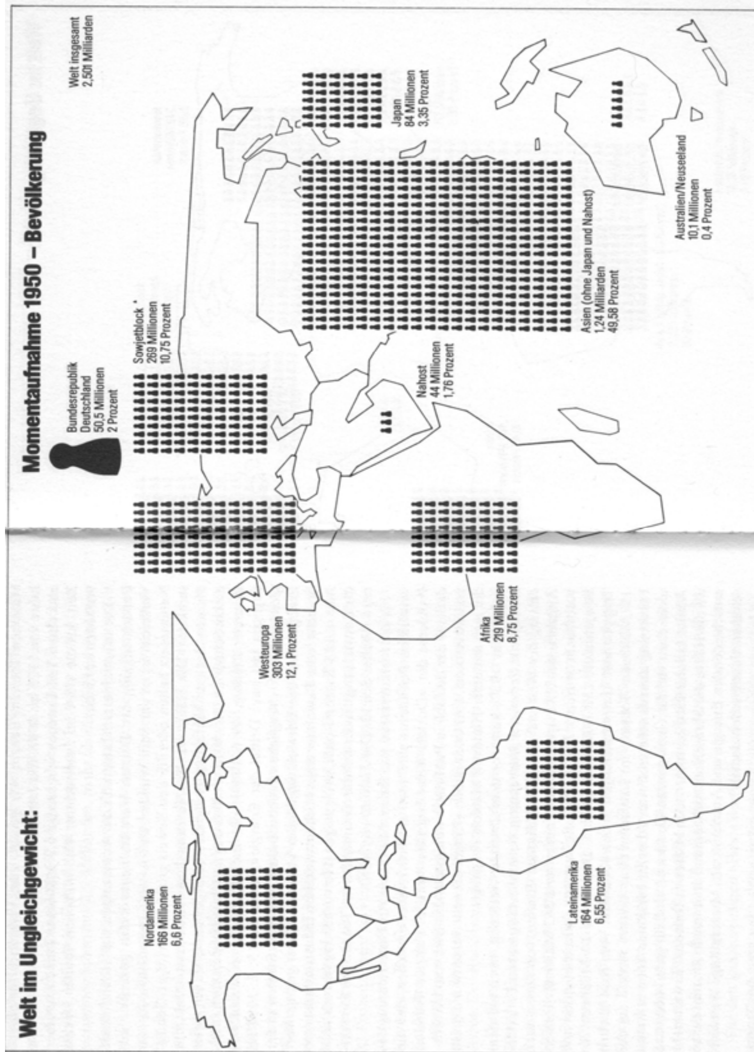
Seit überhaupt Öl gefördert wird, also seit 1859, sind aus den Fundstellen der ganzen Welt bis einschließlich

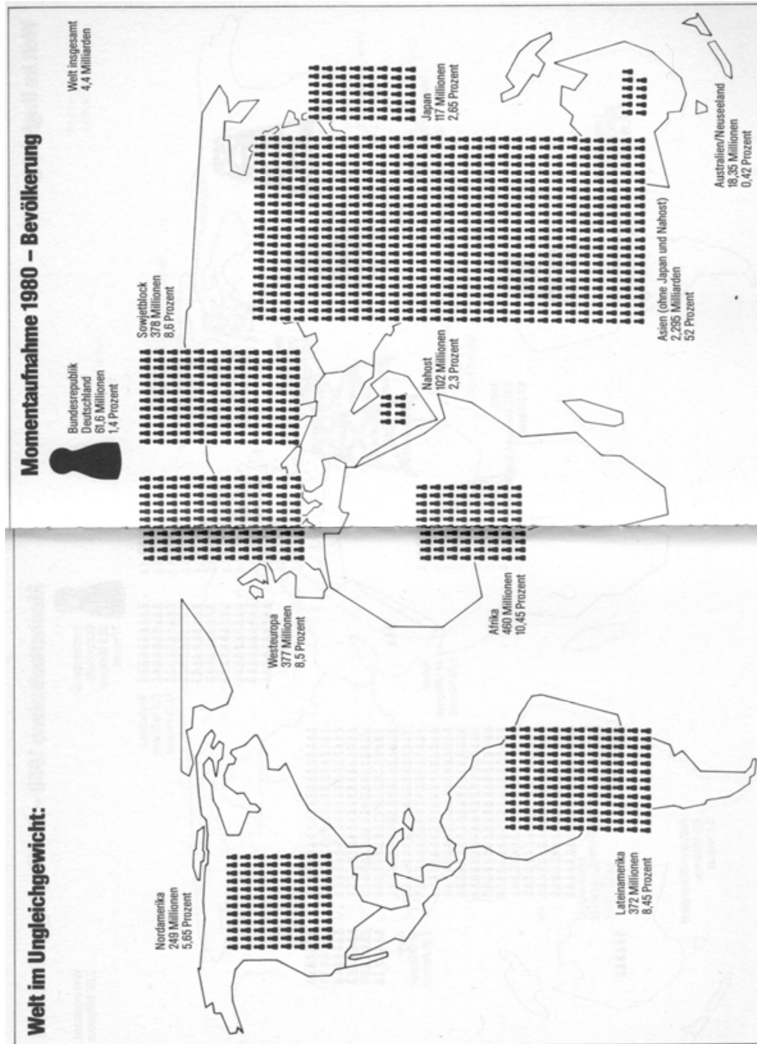
1980 rund 62 Milliarden Tonnen öl gepumpt worden oder unter eigenem Druck geflossen. Bis Ende 1973 waren es rund 41 Milliarden. Davon hatte Nordamerika die dort bis 1973 geförderten 15,5 Milliarden Tonnen als der Welt größter ölverschwender selbst verbraucht, aber damit keineswegs gereicht, sondern rund 2,75 Milliarden Tonnen zusätzlich importieren müssen. Auf das amerikanische Konto kommen also 18,25 Milliarden Tonnen. Die Sowjetunion (einschließlich einer für den Verbrauch ziemlich belanglosen Strecke als Russisches Reich) verbrauchte in dieser Zeit mit dem Rest des Ostblocks 5,5 Milliarden. Westeuropa 9 Milliarden. Australien und Neuseeland 0,6 Milliarden. Japan 2,5 Milliarden. Für die drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika blieben zusammen rund 5 Milliarden, etwa zwölf Prozent. Und in dieser Menge steckte noch erhebliche Tonnage, die von und in weißen Enklaven verbraucht wurde, nicht nur während des Kolonialregimes.

Ausgewogene Weltwirtschaftsordnung?

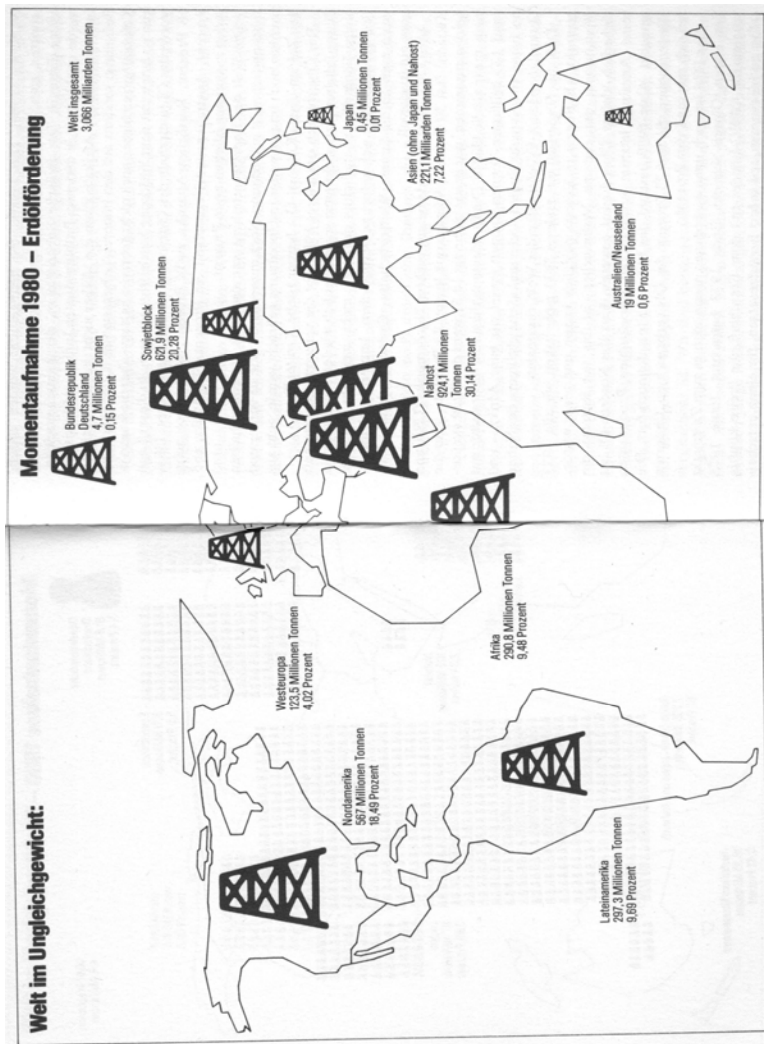
Heute, wo Erdöl knapper und sehr viel teurer ist, verweisen die Industrieländer die »Dritte Welt« gern auf andere Energiequellen - Sonne, Wasser, Biogas -, und natürlich ist in vielen Ländern auch das Holz eine wichtige Energiequelle. So hilfreich diese Empfehlungen gemeint sein mögen, sie übersehen ausgerechnet die Bedürfnisse der Landwirtschaft. Dabei besteht doch allgemeine Übereinstimmung, daß nur in deren schleuniger Entwicklung für die armen Länder die Rettung liegen kann. Und gerade in der Landwirtschaft können mit verhältnismäßig geringem Einsatz von Erdöl unverhältnismäßig große Fortschritte erzielt

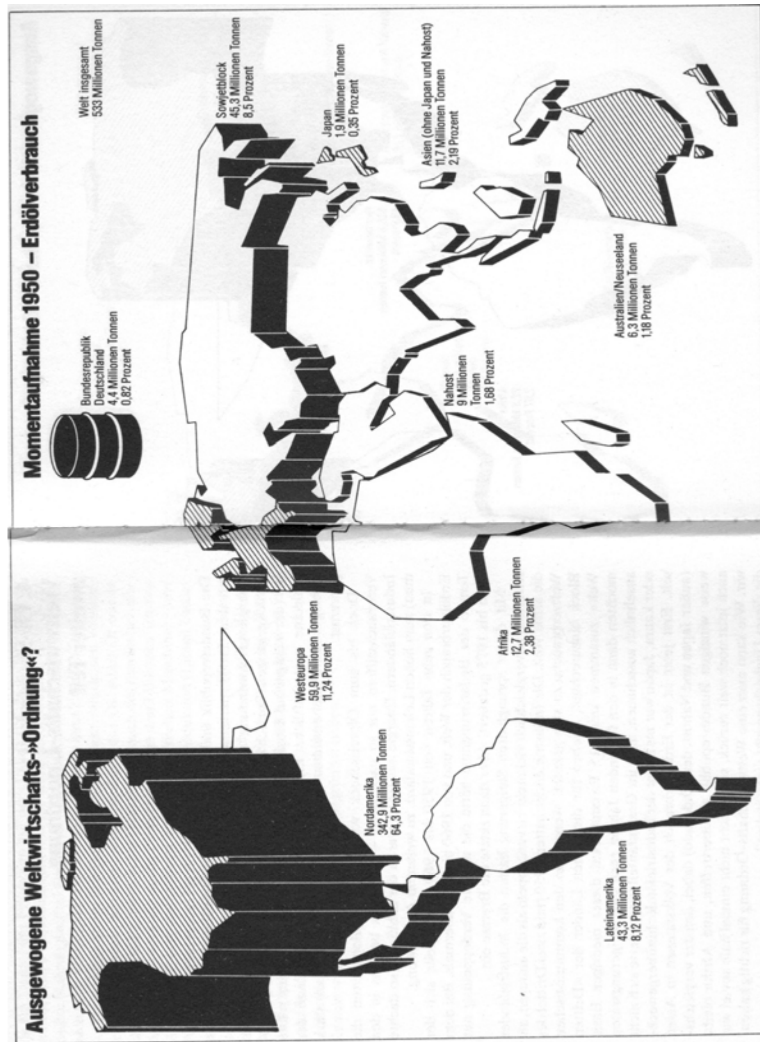
werden. Die Erfolgsgeschichte der französischen Landwirtschaft ist dafür ein schlagendes Beispiel, wenn auch natürlich vieles daran nicht vergleichbar ist. Wir sind heute gewöhnt, französische Eßwaren in praktisch allen Lebensmittelgeschäften zu finden. Frankreich ist eines der bedeutenden Agrarausfuhrländer. Aber das ist eine ziemlich junge Rolle. Das Land galt zwar von jeher als ein Volk von Bauern, und kurz vor dem Zweiten Weltkrieg arbeiteten noch mehr als ein Drittel der Franzosen auf dem Lande (36 Prozent). Aber da konnte sich Frankreich schon lange nicht mehr selbst ernähren. Es mußte Nahrungsmittel einführen - aus den Kolonien, und schließlich auch vom Weltmarkt.
Die Wende kam nach dem Zweiten Weltkrieg - weit weniger durch den Gemeinsamen Markt, wie dessen Verfechter gern glauben möchten, sondern durch das öl. Aber Öl nur in Quantitäten, die gemessen am Gesamtverbrauch des Landes geradezu lächerlich wirkten: sechs Prozent. Rund je drei Millionen Tonnen jährlich für den wachsenden landwirtschaftlichen Maschinen- und Fuhrpark, ebensoviel für die Düngemittelproduktion (Lionel Tacco-en: La guerre de l'energie est commencee).
Zugegeben: Es war billiges öl, wie überall im Westen. Heute haben wir - keineswegs nur bildlich gesprochen - das billige Öl der Welt verbraucht, gerade in dem Augenblick, in dem es die »Dritte Welt« besonders dringend benötigt. Doch auch deswegen ist das französische Beispiel sehr lehrreich.
Wir müßten uns einmal wirklich klar machen, wie und auf wessen Kosten wir unsere Ölzivilisation begründet haben.


Welt im Ungleichgewicht:
Momentaufnahme 1950 – Bevölkerung
Bundesrepublik Deutschland 50,5 Millionen 2 Prozent
Welt insgesamt 2,501 Milliarden
Nordamerika 166 Millionen 6,6 Prozent
Sowjetblock * 269 Millionen 10,75 Prozent
Westeuropa 303 Millionen 12,1 Prozent
Japan 84 Millionen 3,35 Prozent
Nahost 44 Millionen 1,76 Prozent
Afrika 219 Millionen 8,75 Prozent
Lateinamerika 164 Millionen 6,55 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 1,24 Milliarden 49,58 Prozent
Australien/Neuseeland 10,1 Millionen 0,4 Prozent

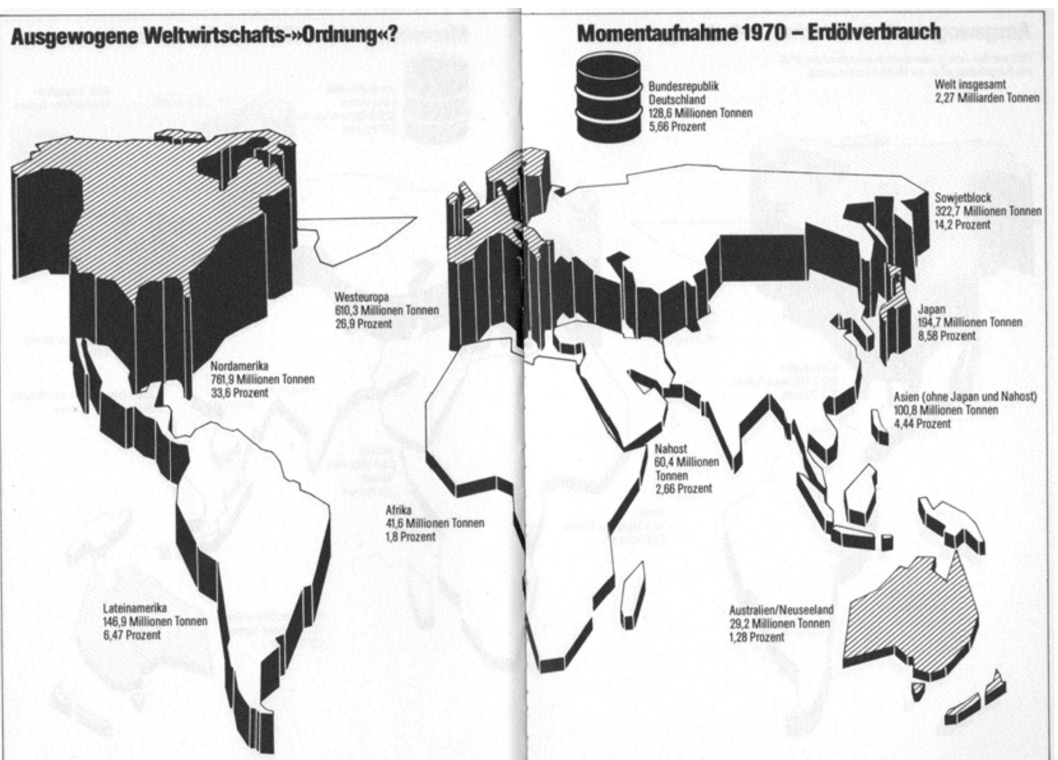


Welt im Ungleichgewicht:
Momentaufnahme 1980 – Bevölkerung
Bundesrepublik Deutschland 61,6 Millionen 1,4 Prozent
Welt insgesamt 4,4 Milliarden
Nordamerika 249 Millionen 5,65 Prozent
Sowjetblock 378 Millionen 8,6 Prozent
Westeuropa 377 Millionen 8,5 Prozent
Nahost 102 Millionen 2,3 Prozent
Japan 117 Millionen 2,65 Prozent
Afrika 460 Millionen 10,45 Prozent
Lateinamerika 372 Millionen 8,45 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 2,295 Milliarden 52 Prozent
Australien/Neuseeland 18,35 Millionen 0,42 Prozent

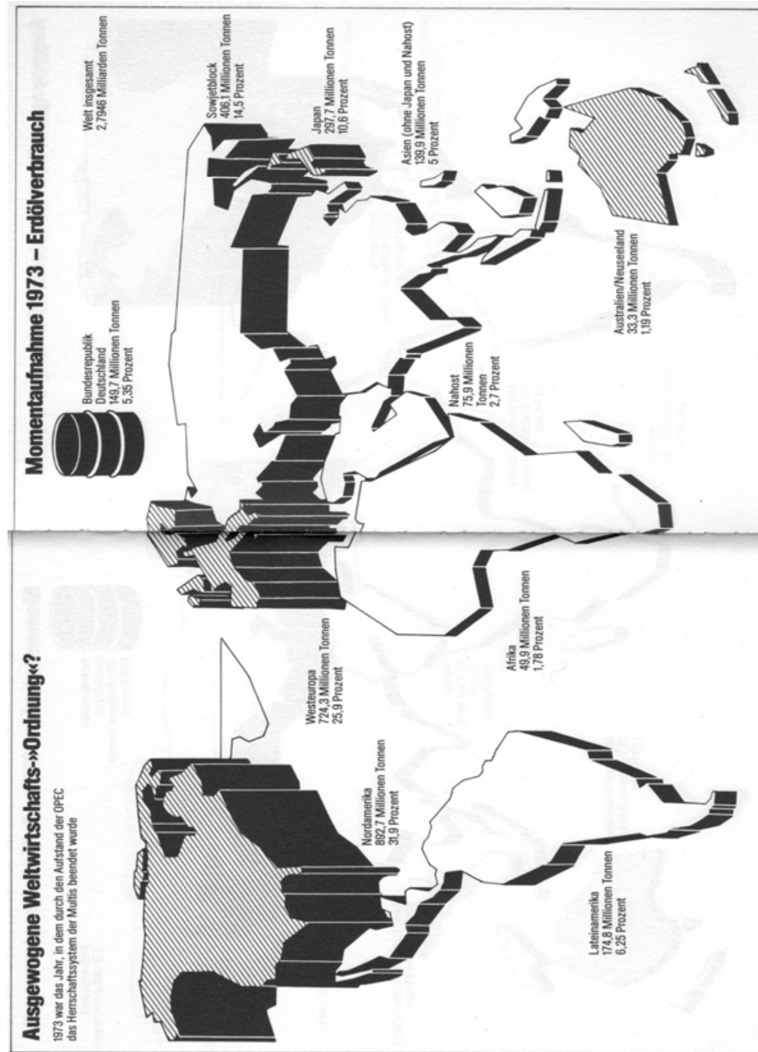

Welt im Ungleichgewicht:
Momentaufnahme 1980 – Erdölförderung
Bundesrepublik Deutschland
4,7 Millionen Tonnen
0,15 Prozent
Welt insgesamt
3,066 Milliarden Tonnen
Sowjetblock
621,9 Millionen Tonnen
20,28 Prozent
Westeuropa
123,5 Millionen Tonnen
4,02 Prozent
Nordamerika
567 Millionen Tonnen
18,49 Prozent
Japan
0,45 Millionen Tonnen
0,01 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost)
221,1 Milliarden Tonnen
7,22 Prozent
Nahost
924,1 Millionen
Tonnen
30,14 Prozent
Afrika
290,8 Millionen Tonnen
9,48 Prozent
Lateinamerika
297,3 Millionen Tonnen
9,69 Prozent
Australien/Neuseeland
19 Millionen Tonnen
0,6 Prozent

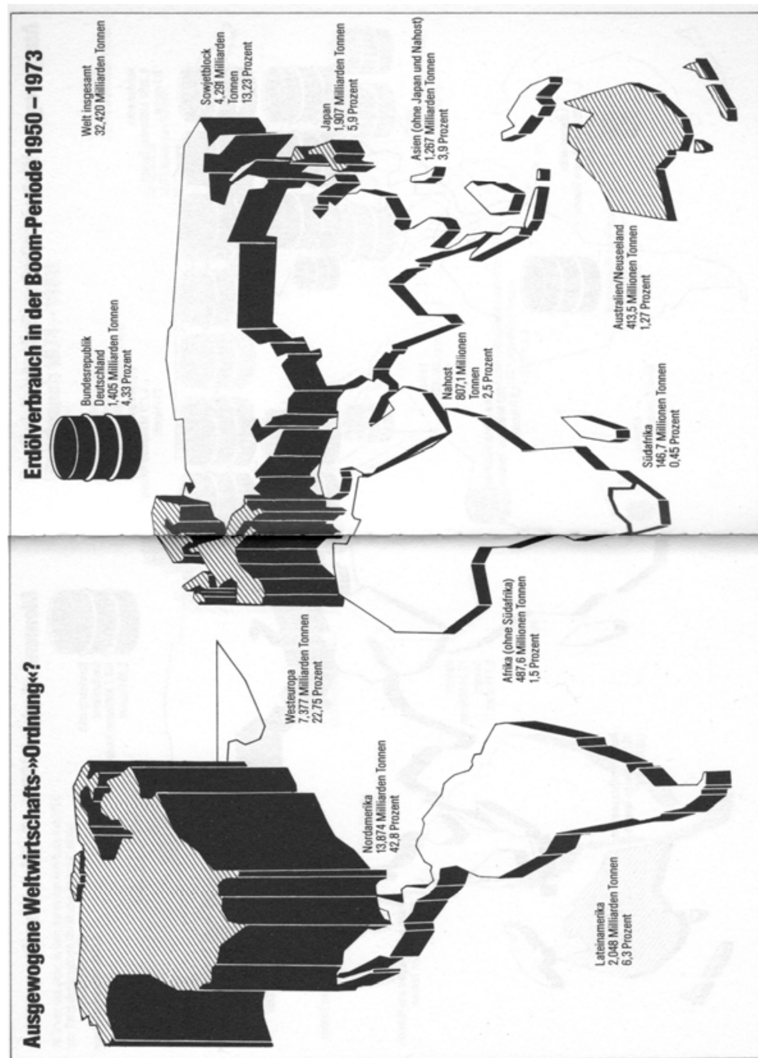

Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Momentaufnahme 1950 – Erdölverbrauch
Bundesrepublik Deutschland 4,4 Millionen Tonnen 0,82 Prozent
Welt insgesamt 533 Millionen Tonnen
Sowjetblock 45,3 Millionen Tonnen 8,5 Prozent
Westeuropa 59,9 Millionen Tonnen 11,24 Prozent
Japan 1,9 Millionen Tonnen 0,35 Prozent
Nordamerika 342,9 Millionen Tonnen 64,3 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 11,7 Millionen Tonnen 2,19 Prozent
Nahost 9 Millionen Tonnen 1,68 Prozent
Afrika 12,7 Millionen Tonnen 2,38 Prozent
Lateinamerika 43,3 Millionen Tonnen 8,12 Prozent
Australien/Neuseeland 6,3 Millionen Tonnen 1,18 Prozent

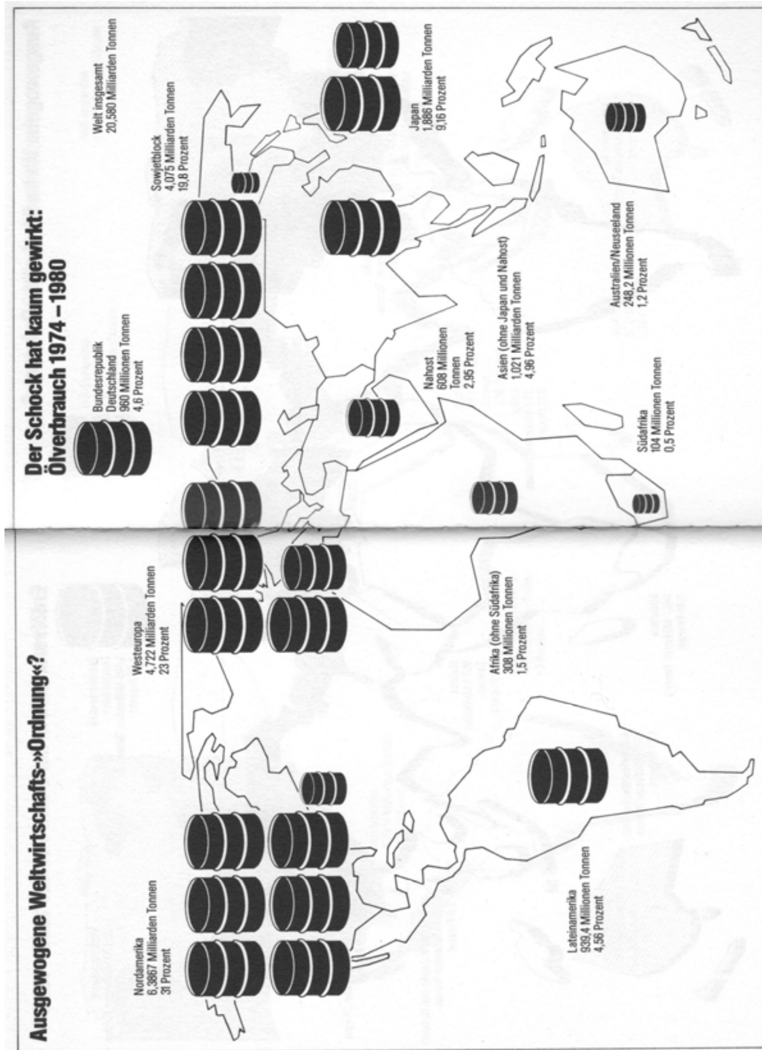

Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Momentaufnahme 1960 – Erdölverbrauch
Bundesrepublik Deutschland
33,6 Millionen Tonnen
3,12 Prozent
Welt insgesamt
1,1 Milliarden Tonnen
Sowjetblock
136,8 Millionen Tonnen
12,7 Prozent
Westeuropa
199,4 Millionen Tonnen
18,55 Prozent
Japan
30,5 Millionen Tonnen
2,84 Prozent
Nordamerika
526,8 Millionen Tonnen
49 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost)
36,5 Millionen Tonnen
3,4 Prozent
Nahost
26,8 Millionen
Tonnen
2,4 Prozent
Afrika
22,3 Millionen Tonnen
2,07 Prozent
Lateinamerika
82,9 Millionen Tonnen
7,7 Prozent
Australien/Neuseeland
13,2 Millionen Tonnen
1,23 Prozent

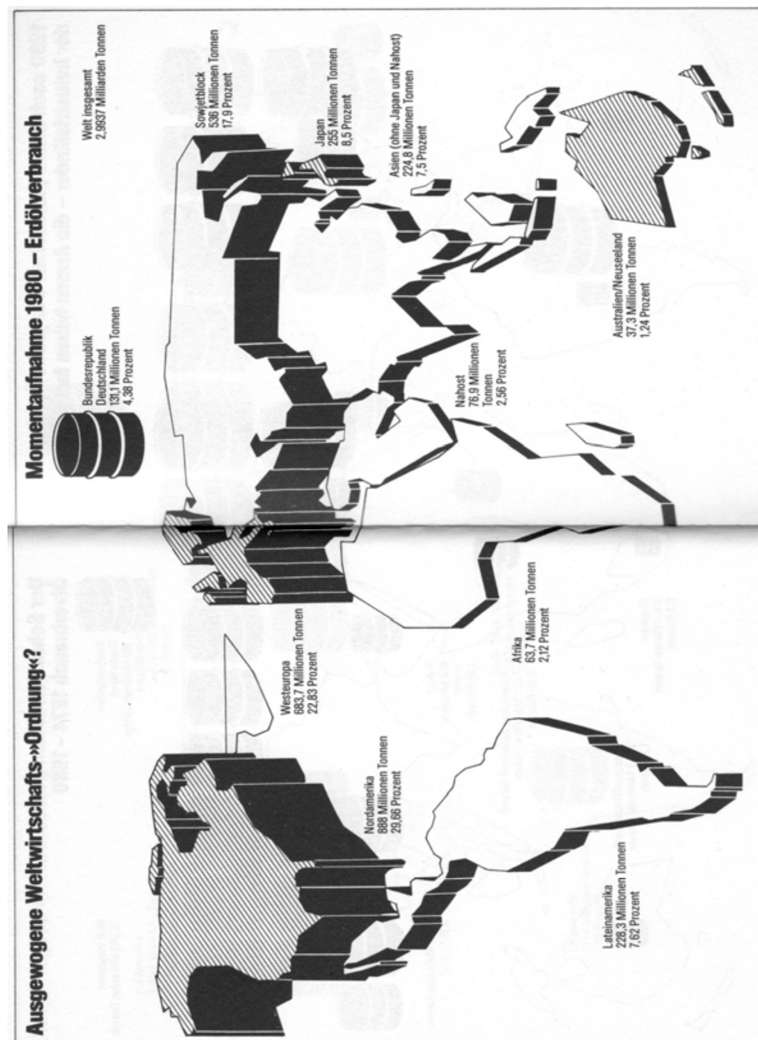


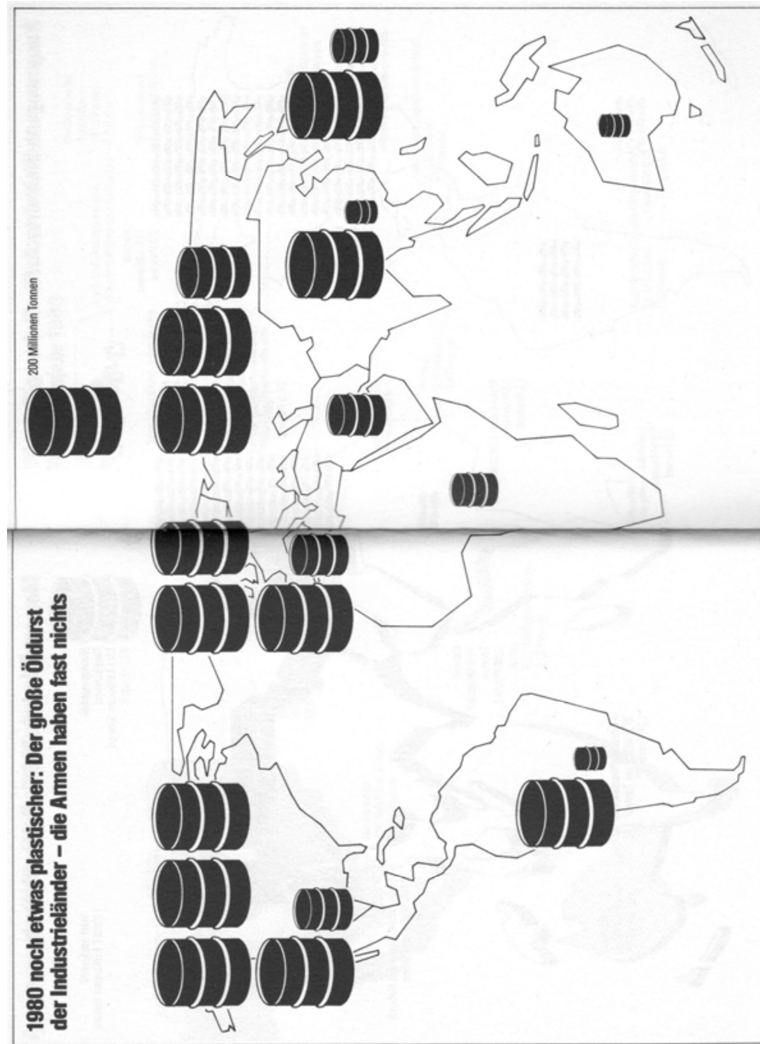
Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Momentaufnahme 1970 – Erdölverbrauch
Bundesrepublik Deutschland 128,6 Millionen Tonnen 5,66 Prozent
Welt insgesamt 2,27 Milliarden Tonnen
Sowjetblock 322,7 Millionen Tonnen 14,2 Prozent
Westeuropa 610,3 Millionen Tonnen 26,9 Prozent
Japan 194,7 Millionen Tonnen 8,58 Prozent
Nordamerika 761,9 Millionen Tonnen 33,6 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 100,8 Millionen Tonnen 4,44 Prozent
Nahost 60,4 Millionen Tonnen 2,66 Prozent
Afrika 41,6 Millionen Tonnen 1,8 Prozent
Lateinamerika 146,9 Millionen Tonnen 6,47 Prozent
Australien/Neuseeland 29,2 Millionen Tonnen 1,28 Prozent


Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
1973 war das Jahr, in dem durch den Aufstand der OPEC das Herrschaftssystem der Multis beendet wurde
Momentaufnahme 1973 – Erdölverbrauch
Bundesrepublik Deutschland 149,7 Millionen Tonnen 5,35 Prozent
Welt insgesamt 2,7946 Milliarden Tonnen
Sowjetblock 406,1 Millionen Tonnen 14,5 Prozent
Japan 297,7 Millionen Tonnen 10,6 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 139,9 Millionen Tonnen 5 Prozent
Nahost 75,9 Millionen Tonnen 2,7 Prozent
Australien/Neuseeland 33,3 Millionen Tonnen 1,19 Prozent
Westeuropa 724,3 Millionen Tonnen 25,9 Prozent
Afrika 49,9 Millionen Tonnen 1,78 Prozent
Nordamerika 892,7 Millionen Tonnen 31,9 Prozent
Lateinamerika 174,8 Millionen Tonnen 6,25 Prozent


Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Erdölverbrauch in der Boom-Periode 1950 – 1973
Bundesrepublik Deutschland 1,405 Milliarden Tonnen 4,33 Prozent
Welt insgesamt 32,420 Milliarden Tonnen
Sowjetblock 4,291 Milliarden Tonnen 13,23 Prozent
Westeuropa 7,377 Milliarden Tonnen 22,75 Prozent
Japan 1,907 Milliarden Tonnen 5,9 Prozent
Nordamerika 13,874 Milliarden Tonnen 42,8 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost) 1,267 Milliarden Tonnen 3,9 Prozent
Nahost 807,1 Millionen Tonnen 2,5 Prozent
Afrika (ohne Südafrika) 487,6 Millionen Tonnen 1,5 Prozent
Lateinamerika 2,048 Milliarden Tonnen 6,3 Prozent
Australien/Neuseeland 413,5 Millionen Tonnen 1,27 Prozent
Südafrika 146,7 Millionen Tonnen 0,45 Prozent


Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Der Schock hat kaum gewirkt:
Ölverbrauch 1974 – 1980
Bundesrepublik
Deutschland
960 Millionen Tonnen
4,6 Prozent
Welt insgesamt
20,580 Milliarden Tonnen
Nordamerika
6,3867 Milliarden Tonnen
31 Prozent
Westeuropa
4,722 Milliarden Tonnen
23 Prozent
Sowjetblock
4,075 Milliarden Tonnen
19,8 Prozent
Japan
1,886 Milliarden Tonnen
9,16 Prozent
Nahost
608 Millionen
Tonnen
2,95 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost)
1,021 Milliarden Tonnen
4,96 Prozent
Afrika (ohne Südafrika)
308 Millionen Tonnen
1,5 Prozent
Lateinamerika
939,4 Millionen Tonnen
4,56 Prozent
Australien/Neuseeland
248,2 Millionen Tonnen
1,2 Prozent
Südafrika
104 Millionen Tonnen
0,5 Prozent


Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?
Momentaufnahme 1980 – Erdölverbrauch
Bundesrepublik
Deutschland
131,1 Millionen Tonnen
4,38 Prozent
Welt insgesamt
2,9937 Milliarden Tonnen
Sowjetblock
536 Millionen Tonnen
17,9 Prozent
Westeuropa
683,7 Millionen Tonnen
22,83 Prozent
Japan
255 Millionen Tonnen
8,5 Prozent
Nordamerika
888 Millionen Tonnen
29,66 Prozent
Asien (ohne Japan und Nahost)
224,8 Millionen Tonnen
7,5 Prozent
Nahost
76,9 Millionen
Tonnen
2,56 Prozent
Afrika
63,7 Millionen Tonnen
2,12 Prozent
Lateinamerika
228,3 Millionen Tonnen
7,62 Prozent
Australien/Neuseeland
37,3 Millionen Tonnen
1,24 Prozent


1980 noch etwas plastischer: Der große Öldurst der Industrieländer – die Armen haben fast nichts
200 Millionen Tonnen

Ausgewogene Weltwirtschafts-»Ordnung«?

Wie die Autos in der Welt verteilt sind – Vergleichsjahr 1980



Bundesrepublik Deutschland
28 Millionen
7 Prozent

Welt insgesamt
rund 390 Millionen

Kanada
12,8 Millionen
3,3 Prozent

USA
149 Millionen
38,2 Prozent

Lateinamerika
22,6 Millionen
5,8 Prozent

Westeuropa
115 Millionen
29,5 Prozent

Afrika (ohne Südafrika)
5 Millionen
1,3 Prozent

Südafrika
3,3 Millionen
0,8 Prozent

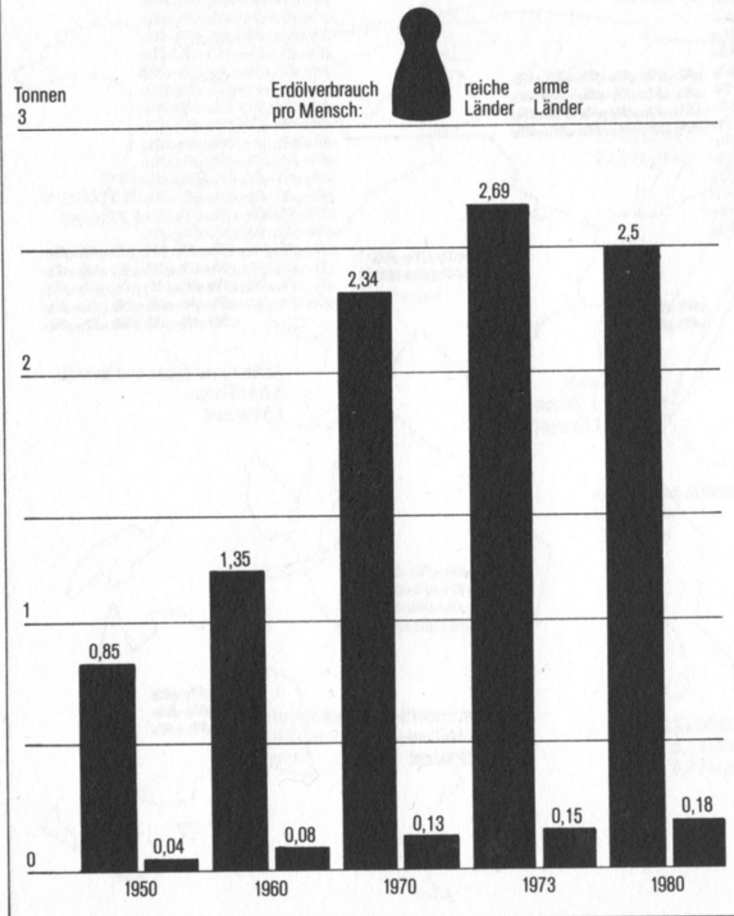
Sowjetblock und Jugoslawien
26,3 Millionen
6,7 Prozent

Nahost
5,5 Millionen
1,4 Prozent

Asien (ohne Japan und Nahost)
5,8 Millionen
1,5 Prozent

Japan
36,2 Millionen
9,3 Prozent

Australien/Neuseeland
8,5 Millionen
2,2 Prozent


Momentaufnahme, auf den einzelnen bezogen: Wieviel Erdöl ein Mensch in den Industrieländern durchschnittlich verbrauchen konnte und wieviel einer in der »Dritten Welt«
Tonnen
Erdölverbrauch pro Mensch:
reiche Länder
arme Länder
3
2
1
0
0,85
0,04
1,35
0,08
2,34
0,13
2,69
0,15
2,5
0,18
1950
1960
1970
1973
1980

4. Öl-Süchtigkeit: Weltwirtschafts-Unordnung, zweiter Teil

Die Bundesrepublik und die anderen Industrieländer gehen heute mit dem Erdöl sparsamer um, verglichen mit der Spitzenzeit der Energieverschwendung um 1973/74. Unser Verbrauch ist stark zurückgegangen. Freilich liegt das nicht nur am allgemeinen Sparwillen (der weniger auf Einsicht als auf den hohen Preisen beruht): Die schlechte wirtschaftliche Entwicklung, die Krise, die Ende der siebziger Jahre unübersehbar wurde, hat den Bedarf ebenfalls stark gebremst.

Doch bis zum Ölpreisschock von 1973/74 galoppierten die Verbrauchsziffern nur so nach oben — jedenfalls bei uns in den Industrieländern. Energie aus Erdöl war ja der Schlüssel (so dachte man) zum hohen Lebensstandard, zu weiterem Aufschwung.

In den zehn Jahren von 1950 bis 1960 verdoppelte sich der Erdölverbrauch der Welt, und von 1960 bis 1970 abermals. Bei dem Tempo der Bedarfszunahme hätte die nächste Verdoppelung nur noch bis 1975 gedauert. Aber dann setzte die Bremse ein.

Mit dieser sprunghaften Steigerung hatten die Industrieländer natürlich unvergleichlich viel mehr zu verdoppeln als die anderen, als die arme Welt. Die Industrieländer hatten 1950 rund zwei Drittel des Weltverbrauchs zu sich geleitet. Wenn man den kommunistischen Block hinzurechnet, blieben für die armen Länder der »Dritten Welt« zusammen keine 15 Prozent. Auf dieser niedrigen Basis mochten dann in den folgenden Jahren auch ihre Steigerungsraten ansehnlich ausschauen, aber ihr Gesamtanteil vergrößerte sich nicht oder kaum; Japan war ins Lager

der Industrieländer hinübergewechselt. Erst jetzt ist der Erdölverbrauch der Volksmassen in Asien (außer Japan und Nahost, dem Öldorado) dabei, den der vergleichsweise winzigen Bundesrepublik zu übertreffen, und Afrika bleibt auch jetzt noch weit zurück, verbraucht nicht einmal halb soviel wie wir. Wie kann man eine Weltwirtschafts-Ordnung für richtig halten, die dieses Ungleichgewicht nicht ändert?

Die bisherige Entwicklung hat das Ungleichgewicht kaum gemildert. Es ist so kraß wie je.

Die Weltbevölkerung belief sich 1980 auf schätzungsweise 4,374 Milliarden Menschen (nach den Unterlagen und Berechnungen der UNO). Der Anteil der reichen Industrieländer (einschließlich Japans) daran betrug 17,4 Prozent, also noch nicht einmal ein Fünftel. Aber diese rund 762 Millionen Menschen verbrauchten 62,2 Prozent des Erdöls, nicht viel weniger als zwei Drittel.

Der Sowjetblock mit seinen etwa 378 Millionen Menschen, etwa 6 Prozent der Weltbevölkerung, verbrauchte knapp 18 Prozent.

Für mehr als zwei Drittel der Menschheit (70,5 Prozent) in Lateinamerika, Afrika und Asien, zusammen rund dreieinviertel Milliarden Menschen, blieben knapp 20 Prozent des Erdöls, nicht ganz ein Fünftel.

Wie wenig das auf »natürliche« Gegebenheiten zurückgeht, zeigt die geographische Verteilung der Förderstätten. Da haben die reichen Industrieländer nicht einmal ein Viertel (23,1 Prozent), der Sowjetblock verfügt über ein Fünftel (20,3 Prozent). Weit mehr als die Hälfte, nämlich 56,6 Prozent, wurden 1980 in Ländern der Dritten Welt« gefördert. Es leuchtet wohl

ein, daß unter den heute herrschenden Bedingungen der Weltwirtschafts-»Ordnung«, beim heutigen Tempo der Entwicklung«, die Kurve der armen Menschheit, mehrerer Milliarden Menschen, der unsrigen niemals nennenswert näherkommen würde.

5. Einige gute Geschäfte - oder warum manche die Weltwirtschafts »Ordnung« so gut finden

I: Die persische Ölkonzession kostete 1901 in bar 20000 Pfund, umgerechnet 409000 Reichsmark. In heutiger Kaufkraft würde man etwa sieben oder acht Einfamilien-Reihenhäuser dafür bekommen.
Die »Anglo-Persian«, später in Anglo-Iranian umgetauft und dann in BP, konnte dafür rund 835 Millionen Tonnen öl fördern. Das ist soviel, wie die Bundesrepublik im ersten Vierteljahrhundert ihres Bestehens insgesamt verbraucht hat: von 1950 bis 1974.

II: Zwei Millionen Pfund zahlte die britische Regierung 1914 für ihre Beteiligung an der BP. Winston Churchill gab 1923 bekannt, daraus habe die Regierung schon 25,6 Millionen Pfund gewonnen - an der Wertsteigerung, an den Dividenden und an gesparten Ausgaben für Erdöl. Die bis dahin von der BP gezahlten Steuern vergaß er: 3,24 Millionen Pfund. Für einen Einsatz von zwei Millionen nach acht Jahren fast 29 Millionen - das kann sich sehen lassen. Der ausgewiesene Reingewinn der BP von damals bis 1980: 6,8 Milliarden Pfund. Obwohl von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre weitgehend von Steuern befreit, wird sie dem britischen

Staat dennoch auch einen Milliardenbetrag an Steuern verschafft haben.
III: Für eine Konzession im Nahen Osten zahlte die Standard Oil of California aus eigener Kasse 70000 Pfund (Gold), umgerechnet 324000 Dollar (oder auch 1,4 Millionen Mark), verteilt auf die Jahre 1933 bis 1936. Für das Geld hätte sie auch etwa dreißig Rolls Royce kaufen können, oder 30 Mercedes S8, oder ein ziemlich großes Mietshaus.
Alle weiteren Kosten konnte sie auf später hinzukommende Gesellschafter abwälzen oder aus den schon laufenden Öleinnahmen decken.
Das war in Saudi-Arabien. Es brachte der Standard bis 1973 mehr als 800 Millionen Tonnen Erdöl (siehe I, wieviel das ist), den vier Partnern zusammen 2,7 Milliarden Tonnen. Bis 1980 flossen weitere drei Milliarden Tonnen - auch sie zu günstigen Bedingungen größtenteils von denselben Gesellschaften vermarktet. Insgesamt wäre das die Ölversorgung der Bundesrepublik (unter Anlegung unseres tatsächlichen Verbrauchs) von 1950 bis zum Jahr 2000. Dafür würde man gern ein paar Autos springen lassen, oder eine Mietskaserne...
IV: Die Bundesrepublik hat seit ihrer Gründung bis 1980 am Mineralöl rund 350 Milliarden DM Mineralölsteuer und Umsatz-(letzthin: Mehrwertsteuer verdient.
Das sind einige Milliarden mehr, als Indiens Zentralregierung mit allen Staatshaushalten der letzten zehn Jahre zusammen für ihr 675-Millionen-Völk ausgeben konnte. Es ist fünfmal soviel, wie die Bundesrepublik in diesem Zeitraum insgesamt an staatlicher »Entwicklungshilfe« ausgegeben hat.

6. Einer als Beispiel für alle: Mr. Five Per Cent und der Irak-Skandal

Warum sollten Völker der »Dritten Welt« eine Wirtschaftsordnung für sinnvoll und gerecht halten, die ihnen fast ohne Gegenleistung ihre wichtigste Energiequellen nimmt, um damit westlichen Großgesellschaften enorme Gewinne und westlichen Staaten ungeheure Beträge für ihren Staatshaushalt zu verschaffen? Die Frage wird schärfer, wenn gar einzelne Individuen oder Familien Milliarden für sich abschöpfen können, ohne daß die Völker, die da geschröpft werden, die mindeste Gegenleistung bekommen. In den fünfziger und sechziger Jahren war der Name Gulbenkian häufiger in den Illustrierten und den Klatschspalten der Boulevardpresse zu finden als viele Filmstars und sonstige Jet-Set-Vertreter.

Nubar Gulbenkian, der vollbärtige Riese mit dem jovialen Gesicht, dem Monokel, der Orchidee im Knopfloch (täglich frisch, natürlich) war zusammen mit dem Aga Khan und weniger Prominenten Stammgast auf Rennplätzen, in feinen Kasinos, Badeorten und Hotels, in den Zentren teuren Amusements: einer jener Beneideten, die immer vergnügt schienen und vorgaben, nicht genau zu wissen, wie reich sie eigentlich seien. Als Nubar Gulbenkian 1972 75jährig starb, widmeten ihm auch seriöse Blätter gerührte Nachrufe. Eine der letzten extravaganten Erscheinungen einer Wohllebensklasse, die auszusterben schien (sagte man), war abgetreten.

Es gab fast nur freundliche Anekdoten über ihn, der wegen seines großzügigen Lebensstils mit ebenso großen Trinkgeldern wie Zigarren bekannt gewesen

war, und dem die Umwelt seine Extravaganz nicht übel genommen hatte. Aber Gulbenkian könnte gut als eine Karikaturfigur des Nord-Süd-Komplexes herhalten.
Der Tiefstand in den Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern hat ja nichts damit zu tun, wie sympathisch oder nicht die handelnden Personen waren. In diesem Fall auch diejenigen, die Völker der »Dritten Welt« ausgenommen haben oder noch ausnehmen. Hier geht es um die durchaus meisterhafte Konstruktion, die den Gulbenkians Geld und Macht verschaffte, wie sie nicht viele Regierungen ihr eigen nennen konnten, die aber auch den großen Konzernen zu ungeahnten Gewinnen verhalf. Der Meisterarchitekt war Nubars Vater Calouste. Schon dessen Vater, Sarkis, hatte gleich nach Beginn des russischen Öllbooms mit Petroleum aus Baku gehandelt.
Die Gulbenkians waren eine verzweigte armenische Familie reicher Geschäftsleute, die über die Grenzen des damaligen osmanischen Reiches hinaus Handel trieben; die Mutter stammte aus einer Familie armenischer Bankiers.
Sarkis hatte gute Beziehungen zum Sultan, die später sein Sohn Calouste übernehmen konnte. Er war eine Zeitlang Gouverneur, dazu Steuereinnehmer, ein großer Herr in Trapezunt auf der türkischen Seite des Schwarzen Meeres. Sohn Calouste studierte Natur- und Ingenieurwissenschaften, zeitweise in London, und interessierte sich frühzeitig für Erdöl. Nach einer Besichtigung des frühen russischen Ölzentrums Baku veröffentlichte er optimistische Prognosen über die großen Möglichkeiten der Ölindustrie; er galt schon in

Hingen Jahren als Experte. 1896 begann das vorletzte große Massaker der Türken an den Armenien.
Die reicheren unter ihnen konnten rechtzeitig fliehen. Die Gulbenkians begaben sich durchaus komfortabel und mit den notwendigen Papieren versehen über Kairo nach London, sogleich in angemessenen Lebensstil: Hauptwohnsitz London, Winterquartier in Südfrankreich. Zwischen reichen Armeniern im Ausland und jenen, die mangels Fluchtmöglichkeit und Verbindungen auf denkbar scheußliche Weise umgebracht wurden, bestand zweifellos auch ein Unterschied, was die Beziehungen zur verfolgenden Macht anbelangte, eben dem Sultan. Die von Calouste blieben gut. Er erwarb beziehungsweise behielt das Vertrauen der »Pforte«, auch des Sultan - Nachfolgers. Er wurde, wenn auch auf Entfernung, wenn auch bald als britischer Staatsbürger, aber von dem bedeutenden Finatzplatz London aus wohl um so wichtiger, Finanzberater des Sultans. Auch nach Persien unterhielt er - dank armenischer Verbindung zum dortigen Hof — ausgezeichneten Kontakt.
Seine früheste und für lange wohl wichtigste Geschäftsbeziehung aber,
streckenweise eine richtige Freundschaft, war die zu Henri Deterding. Der war im Begriff, die Gesellschaften Royal Dutch und Shell zu einem weltweiten Konzern zusammenzufügen und, unterstützt
durch die Bankiers Rothschild, auch im Bündnis mit den in Rußland starken Gebrüdern Nobel, eine europäische ölmacht gegen die gigantische amerikanische Standard Oil John D. Rockefellers aufzubauen.

Über Gulbenkians frühe große Geschäfte gibt es widersprechende Berichte, zumal die Freundschaft zu Deterding später in die Brüche ging. Er war offenbar ein geschickter Verhandler und Konzessionsbeschaffer; er verschaffte der Royal Dutch Konzessionen in Rußland und Lateinamerika (Venezuela und Mexiko) und verdiente seinen Schnitt daran. Deswegen wäre er nicht in die Geschichte eingegangen. Aber dafür finden wir ihn kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf wirklich denkwürdige Weise am Werk: Er versuchte, Engländern und Deutschen zusammen eine türkische Erdölkonzession zu verschaffen.
Um diese Zeit hatte die Deutsche Bank bereits einen respektablen Öl-Trust aufgebaut, im wesentlichen auf der Basis rumänischen Ölbesitzes. Sie hatte außerdem für die Türkei eine Eisenbahnlinie von Konstantinopel nach Bagdad in Angriff genommen, die historisch berühmte Bagdadbahn. Dafür hatte sie die Zusage auf Mineralrechte entlang der Bahnlinie bekommen. Eine richtige Ölkonzession war das nicht.
Gulbenkian gelang es, auf dem Weg über eine auf sein Betreiben gegründete - rein englische - »Nationalbank der Türkei«, mit viel Druck durch das Foreign Office und viel Verhandeln eine sogenannte »Turkish Petroleum Company« zusammenzubringen.
Deren Anteilsverhältnisse änderten sich mehrfach. Schließlich sah sie so aus: 50 Prozent die britische Gesellschaft »Anglo-Persian« (die spätere BP), 25 Prozent Royal Dutch/Shell, 25 Prozent die Deutsche Bank - und die Anglo-persische und die Shell garantierten aus ihrem Anteil je zur Hälfte, daß

Gulbenkian fünf Prozent bekam. Daher sein berühmter Name »Mr. Fünf Prozent«.
Die Gruppe mußte nun freilich noch die nicht sehr verbindliche Zusage, die der Deutschen Bank gegeben worden war, in eine etwas präzisere Konzession verwandeln. Persönliche Kontakte —besonders Gulbenkians - wurden eingesetzt, Schmiergelder gezahlt, die britische und die deutsche Vertretung in der Türkei eingespannt. Im Juni 1914 unterschrieb der Großwesir des Sultans tatsächlich gleichlautende Briefe an den deutschen und den britischen Botschafter: die Zusage einer Konzession war da. Doch einige Wochen später begann der Erste Weltkrieg. Mit ihm verloren die Deutschen auch ihren Anteil an der »Turkish Petroleum Company«, die natürlich noch keinen Tropfen Öl gefördert hatte.
So lange Zeit später ist vielleicht nützlich, daran zu erinnern, dass die Türkei damals eine Kolonialmacht war. Der Sultan herrschte aber der größten Teil der arabischen Welt. Die Konzession, die sein Wesir den Partnern der »Turkish Petroleum« zugesichert hatte, betraf Mesopotamien — arabisches Gebiet.
Die türkische Kolonialherrschaft hatte wenig Ähnlichkeit mit der europäischen.
Es war Oberherrschaft, aber keine vergleichbare Ausbeutung. Doch das bedeutete nicht, daß die Araber sie nicht loswerden wollten.
Mit dem Ersten Weltkrieg war auch das türkische Empire zu Ende. Das brachte freilich den Völkern, die auf der Seite der Engländer und Franzosen hauptsächlich gewesen waren, um die Türken loszuwerden, keineswegs die erhoffte Unabhängigkeit.

In die arabischen Gebiete teilten sich nun Frankreich und England nach Grenzen, die sie während des Krieges in geheimen Vereinbarungen festgelegt hatten. Ihre Herrschaft ließ unter ihrem »Protektorat« durchaus auch Staatsgründungen zu, deren Dynastien und Regierungen freilich die jeweilige »Schutzmacht« bestimmte und kontrollierte, Für die Geschichte des Erdöls ist wichtig, daß Großbritannien nun
direkter Schutzherr« über Mesopotamien wurde, das immerhin als neuer Staat Irak wenigstens theoretisch unabhängig und souverän sein sollte.
Da hatte die alte »Türkische Ölkompanie« natürlich keinen richtigen Platz mehr. Nicht nur stimmte ihre Zusammensetzung nicht mehr - die Deutschen wurden als Verlierer des Weltkrieges an die Luft gesetzt. Die Konzession war auch sehr fragwürdig. Ein Brief vom Großwesir eines inzwischen abgetretenen Kolonialherren konnte doch eigentlich nicht mehr viel gelten. Und im Krieg war von amerikanischer Seite so viel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen worden ...
Nun wollten die Franzosen aber die Deutschen beerben anscheinend ein Verdienst« Gulbenkians, der sie schon im Kriege darauf aufmerksam gemacht und dafür die Zustimmung Deterdings gewonnen hatte.
Die beiden konnten unmöglich übersehen, wie sehr die anglopersische Gesellschaft, also die heutige BP, von der aktiven Unterstützung durch die britische Regierung profitierte. Da wollten auch sie eine Regierung als Rückhalt gewinnen. Rückhalt war notwendig, denn auf heilige Prinzipien, weniger der Selbstbestimmung als der »offenen Tür« in der

Weltwirtschaft, beriefen sich nun amerkanische Ölgesellschaften. Sie wollten zum Schrecken der TPC- Partner ebenfalls in Nahost Fuß fassen, sogar im Irak. Auch sie hatten die Unterstützung ihrer Regierung - die berief sich darauf, daß man schließlich gemeinsam über die Deutschen und die Türken gesiegt habe.
Es begann ein jahrelanges Feilschen zwischen den Gesellschaften, den Regierungen und, jawohl, den Gulbenkians. Inzwischen war Sohn Nubar, seinerseits zum Öl- und Finanzfachmann herangewachsen, ebenfalls dabei. In mühsamer Kleinarbeit erreichte Vater Calouste, daß ein 1914 im Foreign Office getroffenes Übereinkommen, das praktisch die TPC zum ersten Mal in ihrer Zusammensetzung aktenkundig gemacht hatte und sogar vom deutschen Botschafter mit unterschrieben worden war, als weiterhin gültige, geradezu einzige Rechtsgrundlage anerkannt wurde. Die Iraker hatten ihre eigenen Gedanken darüber und verlangten eine Beteiligung von mindestens 20 Prozent. Aber sie fragte keiner, und die Beteiligung bekamen sie nicht.
Als 1928 endlich alles unter Dach und Fach war, hatten die meisten amerikanischen Ölgesellschaften unter dem Eindruck eines Öl-Überangebotes schon wieder den Appetit auf Nahostöl verloren, und 1930 waren es nur noch zwei, die mitmachten. Kurz nachdem endlich bei Mossul das erste Öl zu fließen begann, und zwar gewaltig, taufte sich die Gesellschaft wenigstens höflicherweise in »Iraq Petroleum Company« um, obwohl kein Iraker in ihr vertreten war. Ihre endgültige Zusammensetzung sah nun so aus:

Je 23,75 Prozent d'Arcy Exploration Co (Tochter der späteren BP), Anglo-Saxon-Petroleum Co (Tochter der Shell), die eigens hierfür gegründete Compagnie Francaise des Petroles (CFP), Near East Development Corporation (die amerikanische Gruppe, von der schließlich nur Exxon und Mobil, je zur Hälfte, übriggeblieben waren), und fünf Prozent Gulbenkian.
Um Steuern zu sparen, hatte er eine Gesellschaft »Participation and Investments« gegründet, mit dem Sitz in Toronto. Mit geändertem Namen besteht sie noch heule (Partex = Participation and Exploration).
Die Iraker blieben, wo schon die Türken geblieben waren, als das Unternehmen noch nach ihrem Land hieß: draußen. Keiner der Beteiligten hatte auch nur den geringsten Zweifel daran, daß die Zusage vom Wesir des Sultans eine rechtlich einwandfreie Basis lieferte, die auch für den inzwischen unabhängigen Irak bindendes Recht setzte. Die Amerikaner allerdings hatten das türkische Papier als wirkungslos und ungültig bezeichnet - bis sie selbst mitmachen durften. Und natürlich sorgte die britische Regierung als Protektoratsmacht« dafür, daß es nun eine formvollendete irakische Konzession für die »IPC« gab.
Verbunden mit dem mühsamen Abkommen über die IPC war eine Vereinbarung, die besonders bemerkenswerte Folgen gehabt hat und ebenfalls auf Gulbenkian zurückging, mit Unterstützung der Franzosen. Es war, in den Worten Christopher Tugendhats (Oil — The Biggest Business, S. 84) »das berühmteste Beispiel eines Arrangements, das je in der internationalen Ölindustrie zur Einschränkung von Konkurrenz getroffen wurde«. Die alte »Turkish Petrol«

hatte ja,dachten ihre Erfinder, nicht nur in einem eng begrenzten Gebiet um Mossul herum Öl gewinnen wollen, sondern Konzessionen im gesamten Ottomanischen Reich angestrebt. Dafür hatten sie im erwähnten »Foreign Office-Agreement« vereinbart, die beteiligten Gesellschaften sollten dort nicht mehr unabhängig voneinander handeln. Dies bedeutete: Niemand durfte für sich eine Einzelkonzession anstreben und niemand durfte ohne Zustimmung der Partner tätig werden. Diese Klausel war den amerikanischen Neu-Mitgliedern ein Greuel, denn der Nahe Osten galt nun überall als ölverdächtig.
Aber der Hinweis auf die alten Vereinbarungen und die Androhung eines Prozesses bewirkten schließlich Einigung. Gulbenkian erzählt in seinen Erinnerungen (zitiert in Ralph Hewins: Mr. Five Per Cent), wie er schließlich mit Rotstift auf einer Karte eine dicke Linie um das malte, was das Ottomanische Reich gewesen sei. Ob korrekt oder nicht - das »Red Line Agreement« wurde akzeptiert und hatte Bestand bis zum Zweiten Weltkrieg. Es umfaßte praktisch die gesamt arabische Halbinsel, den Irak, Jordanien, Palästina, Syrien und die Türkei. Daß in diesem Gebiet Völker lebten, deren Regierungen andere Ideen über die Nutzung ihrer Bodenschätze haben könnte, störte niemanden. Für Gulbenkian bedeutete es, daß er nun automatisch an allen neuen Konzessionen in diesem Gebiet, wenn er darauf bestand, beteiligt werden mußte, Es bedurfte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht etwa eines vielleicht erwachten westlichen Verständnisses für die Rechte und Belange nahöstlicher Völker, um das Red Line Agreement zu beenden. Nein: inzwischen waren die

ungeheuren Vorkommen Saudi-Arabiens entdeckt, und Bahrein erwies sich ebenfalls als lohnend - für amerikanische Ölgesellschaften. Hauptsächlich für die Standard Oil of California (Socal) und die Texaco, und in Kuweit (das nicht ins Red-Line-Abkommen einbezogen war) für Gulf und die BP. Doch die Socal und die Texaco waren mit ihrem saudiarabischen Ölschatz nicht so recht glücklich, weil sie sich nicht zutrauten, ihn gehörig weltweit zu vermarkten; sie hätten gern die amerikanischen IPC-Partner Exxon und Mobil dabei gehabt. Die durften ja nicht ohne die Genehmigung der anderen... In Kuweit saßen BP und Gulf ebenfalls auf Riesenvorräten, die sie wenigstens zur Vermarktung gern an die Größeren losgeworden wären. Alles hat seinen Preis. Die Franzosen und Gulbenkian stimmten zu, das Red Line Agreement wurde aufgehoben, die Partner gewannen ihre Handlungsfreiheit zurück. Esso und Mobil konnten sich am fürstlichen Ölkuchen Saudi-Arabiens beteiligen. Gulbenkian erhielt dafür aus dem Irak neben seinen fünf Prozent eine zusätzliche Ölquote: 14 Jahre lang 3,8 Millionen Tonnen pro Jahr. Er brauchte keine Ölgesellschaft zur Vermarktung zu gründen - dafür hatte er eine Vereinbarung mit der französischen CFP. Gulbenkians und der anderen drei IPC war im Oktober 1927 fündig geworden. Sie konnte ihre Konzessionen im Irak schnell erheblich ausdehnen. Binnen kurzem verwaltete sie eines der größten Ölvorkommen der Welt. Der Konzessionsvertrag hatte sie ab 1931 zu jährlichen Zahlungen von 400000 Pfund (Gold) bis zum Exportbeginn verpflichtet, dazu einer Royalty von vier Shilling (Gold) pro Tonne und einer Jahresgarantie von

400000 Pfund Royalties, sobald zwei Millionen Tonnen pro Jahr exportiert werden könnten. Schon 1935 betrug die Jahresproduktion fast vier Millionen Tonnen. Tiefer ist sie nie mehr gewesen. Die IPC machte 1935 einen Gewinn von (umgerechnet) etwa 70 Millionen Mark. Da ließen sich die Anfangszahlungen an den Irak schnell wieder hereinholen oder auch vergessen. Von da an war auch gleichgültig, wieviel die Gesellschaft an Abgaben zu zahlen hatte. Das wurde aus den laufenden verdient. Wie gut, geht daraus hervor, daß Exxons Vorläufer hier von 1934 bis 1939 pro Barrel 52 Prozent Gewinn machte - mehr als das doppelte von dem, was man an die irakische Regierung abführte (Sampson, S. 92).
Mit den Gesellschaften befassen wir uns genauer an anderer Stelle. Dieses Kapitel ist ja Mr. Five Per Cent gewidmet, Calouste Gulbenkian. Es ist lohnend, aufzurechnen, was dieser geschickte Makler ohne Organisation, ohne »Gesellschaft«, kein Erschließer von Energiequellen, sondern ein Vermittler, aufgrund der Kolonial-Konzession der IPC verdient hat. Die IPC-Gruppe breitete sich nicht nur im Irak aus, sondern griff auch auf den Golf über – Gulbenkians Firma war stets mit dabei, in Katar, Oman (dort nur mit zwei Prozent beteiligt) und Abu Dhabi. Die neuen Beteiligungen ließen sich mühelos aus dem Irak-Gewinn finanzieren. Die »Partex« operiert noch heute; Calouste Gulbenkian ist 1955 gestorben, sein Sohn Nubar erbte nur einen kleinen Teil des väterlichen Vermögens. Der größte Teil fiel einer Stiftung in Portugal zu; Nubar war jedoch inzwischen ölmillionär aus eigenem Recht geworden. Er starb 1972 — in dem Jahr, in dem der Irak die Gesellschaft enteignete und verstaatlichte.

Bis zur Verstaatlichung konnten die Gulbenkians über rund 112 Millionen Tonnen irakischen Öls verfügen. Insgesamt konnten sie bis 1973, dem Jahr des großen Einschnitts, aus dem Nahen Osten mehr als 127 Millionen Tonnen Erdöl vermarkten. Um das etwas plastischer zu machen: mit dieser Menge würde ganz Australien, wenn man den hohen Verbrauch der letzten Jahre zugrunde legt, vier Jahrelang auskommen. Und die hochindustrialisierte Bundesrepublik, einer der Verbraucher-Riesen im Weltmaßstab, immerhin ein ganzes Jahr lang (wenn sie ihre bescheidene Eigenproduktion von viereinhalb Millionen Tonnen noch dazu nimmt). Um es anders zu verdeutlichen: soviel Erdöl, wie die Gulbenkians verkaufen konnten, hat die Bundesrepublik in den ersten elf Jahren ihrer Existenz, in der Wirtschaftswunderzeit bis 1960, insgesamt gebraucht. Soviel möchte man auch verkaufen können, wenn man es liefern kann, weil man es hat — für nichts, oder für fast nichts. Nämlich von einem kolonisierten Volk, das sich gegen diese Art Fremdverfügung über seinen Bodenschatz, seinen einzigen wichtigen, erst spät wehren konnte - erst mit der Verstaatlichung, und dann, als Mitglied der OPEC, mit gewaltigen Preissteigerungen. »Gewaltig im Verhältnil wozu?« pflegen die OPEC-Leute zu fragen. Im Verhältnis dazu, daß ihr Öl jahrzehntelang fast umsonst abgeholt wurde, darunter die vielen Millionen für den Herrn Gulbenkian und seine lachenden Erben? Gulbenkians fünf Prozent, sagt Tugendhat, müssen eine der profitabelsten Investitionen aller Zeiten sein. Sohn Nubar schätzte 1965, daß die »Gulbenkian-Interessen« im Nahen Osten in den vier Jahrzehnten von 1914 bis

1953 nie mehr als zwischen einer halbe und einer Million Pfund investiert hatten (ein gewisser Anteil an de verschiedenen Gesellschaften war ja aufzubringen) - und daß sie allein von 1955 bis 1965 jedes Jahr zwischen fünf und sechs Millionen Pfund erbrachten (Nubar Gulbenkian: Pantaraxia. S. 230). 1955 bis 1960 war das Pfund im Durchschnitt noch 11,72 DM wert, dann fiel es bis 11,16 DM. Umgerechnet brachte also diese Investition in diesen zehn Jahren etwa eine Dreiviertelmilliarde Mark. Die gesamten Öleinnahmen des Staates Irak waren in der gleichen Zeit
mit etwa 1,5 Milliarden Mark fünfzehnmal so hoch wie dieses Einkommen einer Familie (beziehungsweise Stiftung, denn nach seinem Tode hatte die Stiftung die Nahostbeteiligungen geerbt).
Fünfzehnmal mehr, allerdings für ein Land von (damals) zehn Millionen Menschen. Gerechte Weltwirtschafts-»Ordnung« ?
Wir wollen auch bedenken, daß es nur wenige Leute in dieser Reichtumsklasse gibt, die wirklich alle ihre Einnahmen in der richtigen Höhe angeben.
Die Gulbenkians waren im allgemeinen nicht sehr gesprächig, was diesen Punkt anbelangt; einige sehr spärlichen Hinweise verdankt man dem Biographen Caloustes, Ralph Hewins(Mr. Five Per Cent), der sich auf schriftliche Aufzeichnungen des Vaters und ausführliche Gespräche mit Sohn Nubar beruft, dem aber viele Unstimmigkeiten unterlaufen sind. Für 1955 gibt Hewins das Gulbenkian-Einkommen mit vier Millionen Pfund aus dem Irak und einer Million aus Katar an. Die vier Millionen beziehen sich auf

seine fünf Prozent aus einer Jahresförderung von 34 Millionen Tonnen, also 1,7 Millionen. Er hätte also 2,94 Pfund für die Tonne bekommen, zum damaligen Kurs 34,50 DM. Dieser Preis hätte aber bedeutet, daß er allein für den Anteil am irakischen Öl in der vom erwähnten Zeit nicht eine Dreiviertelmilliarde, sondern 1,75 Milliarden Mark verdient hätte, und dazu wären noch die Einnahmen aus Katar gekommen. Da gibt Hewins für 1955 (Tonnage insgesamt 5,4 Millionen, Gulbenkians fünf Prozent: 270000 Tonnen) einmal 0,65 Millionen an, was pro Tonne 2,40 Pfund oder 28,16 DM machen würde, ein andermal 1 Million, was 3,70 Pfund oder 43,46 DM pro Tonnen beseutet. In der fraglichen Zeit kamen Gulbenkians Konto rund 4,7 Millionen Tonnen aus Katar zugute. Auf jeden Fall brachten sie, Kursrückgang des Pfundes eingerechnet, noch einmal zwischen 100 und 200 Millionen dazu, Für die Zeit von 1966 bis 1972 (da verstaatlichte der Irak die IPC) kann man das Gulbenkian-Einkommen aus dem Irak (für knapp 26 Millionen Tonnen) auf 1,1 Milliarden DM schätzen, für die Zeit bis
1973 aus Katar (knapp acht Millionen Tonnen) auf 277 Millionen Mark. So dürften, zusammen mit den Einnahmen aus anderen, kleineren Beteiligungen in diesen acht Jahren, abermals (umgerechnet) rund 1,1 Milliarden Mark eingegangen sein.
In der Tat eine lohnende Investition. Was hatte Gulbenkian eigentlich bezahlt?
In seinen Memoiren (Hewins, S. 75) gibt Gulbenkian an, daß er bei der Gründung der »Turkish Petroleum Company« in London von den insgesamt 80000 Aktien der Gesellschaft 32000 übernommen und voll bezahlt

habe (ein Pfund pro Aktie), und erfühlte sich später übers Ohr gehauen: für die 28000, die er an die Royal Dutch/Shell (20000) und an die Anglo-Persian weitergab, er behielt je eben nur fünf Prozent, also 4000 Aktien, bekam er sein Geld nur von der Shell wieder, nicht von der späteren BP. Sein Anfangseinsatz war also 12000 Pfund, nach damaligem Kurs rund 245 000 Mark. An Kaufkraft würde das nach heutigem Stand etwa 1,2 Millionen DM entsprechen.
Sodann erwähnt Gulbenkian noch eine unspezifizierte Summe an Bestechungsgeldern, die er aufwandte, um zu verhindern, daß die BP-Vorläuferin Anglo-Persian vor der »TPC« eine eigene Konzession von der türkischen Regierung bekam.
Schließlich mußte er zum Auftakt der IPC natürlich seinen Anteil an den Vorkosten tragen. Die freilich kamen, wie gezeigt, mit dem Gewinn aus der Produktion ab 1935 schnell und überreichlich zurück. Das gilt auch für seinen voll eingezahlten Kapitalanteil an der IPC, der im Jahr seines Todes 5,25 Millionen Pfund (damals 61 Millionen DM) von insgesamt 125 Millionen Pfund Gesellschaftskapital betrug. Das war jenes Jahr, in dem er am Öl aus dem Irak und Katar zusammen fünf Millionen Pfund verdient hatte - 58,6 Millionen Mark, und das waren längst nicht mehr seine einzigen Einnahmen. Ganz abgesehen davon, wie schön sich jährliche Einnahmen von dieser Höhe, über einen so großen Zeitraum, durch gute Anlage gewaltig vermehren lassen.
An dieser Geschichte werden die meisten Menschen im Westen wohl das große Geschick Gulbenkians bewundern, seine Zähigkeit im Verhandeln. Er und

seinesgleichen waren durchaus achtbare Geschäftsleute, sie nutzten die Bedingungen ihrer Zeit, unserer Zeit. Aber welches Verständnis kann man von den Irakern erwarten, deren Öl den Gulbenkians — und den Gesellschaften — eine so fürstliche Rente bescherte? Wohin sie auch schauen mögen: eine Gegenleistung ist nirgendwo zu sehen. Und da erwartet der Westen Respekt vor seiner Weltwirtschafts-»Ordnung«. Calouste Gulbenkian ist übrigens nie im Lande seines größten Geschäfts gewesen.

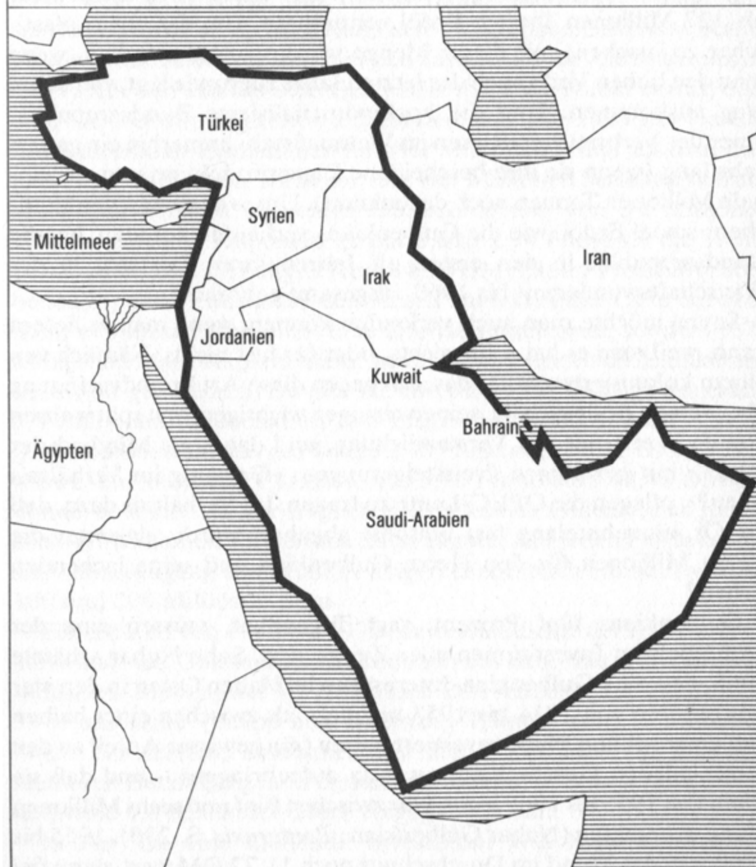
Über die Einnahmen, die der Irak von seinem Erdöl gehabt hat, bis er 1972 die westlichen Gesellschaften enteignete und die ölwirtschaft verstaatlichte, kann man sich in den statistischen Jahrbüchern der OPEC informieren. Sie führen diese Statistik in jeder

Der Irak produzierte von Anfang bis einschließlich 1972 insgesamt 8631013000 Barrel. Das sind 1,177 Milliarden Tonnen. Dafür hat er bis 19702,556 Milliarden Pfund und seit 1970 bis 1972 einschließlich 1,936 Dollar bekommen. Zum jeweiligen Kurs umge-rechnet ergibt das 26,3 Milliarden Mark. Das wären pro Tonne 22,40 Mark gewesen, oder pro Barrel 3,05. Für den Barrelpreis bekam man Mull dieser Periode im deutschen Lokal zwei bis drei Tassen Kaffee - aber ein Barrel bedeutet 159 Liter Öl...

Wir sehen im Durchschnitt sind die nahöstlichen öllieferanten so gering bezahlt worden, daß es uns gemessen an den heutigen Preisen lächerlich vorkommt. Man kann nicht genug daran erinnern, daß die schäbige Bezahlung von damals ein Hauptgrund für die hohen Preise von heute ist.

Das »Red Line«-Agreement ...

... verdankt seinen Namen dem dicken Rotstiftstrich, den Calouste Gulbenkian auf der Karte um das frühere türkische Kolonialreich zog. Damit entstand ein Kartell, von dem fünf Ölgesellschaften (die heutige Exxon, Shell, BP, Mobil und CFP/Total) und die Gulbenkians viele Jahre profitierten.



Billig-Öl (für die Multis) unter den Bedingungen der Kolonialwirtschaft...

... Konzerne und Lieferländer, denen sie ihren Aufstieg verdanken, weil sie Mengen und Preise weitgehend selbst festsetzen konnten

Bezogene Mengen bis zur OPEC-Preisrevolution (gerundet in Tonnen)

Exxon ____ **2,643 Milliarden**

Venezuela 1,48 Milliarden

Saudi-Arabien 813,9 Millionen

Irak 151,7 Millionen

Iran 147 Millionen

Indonesien 50 Millionen

Royal Dutch/Shell ____ **2,3 Milliarden**

Venezuela 1 Milliarde

Indonesien 303,6 Millionen

Irak 303 Millionen

Iran 295,3 Millionen

Nigeria 150,8 Millionen

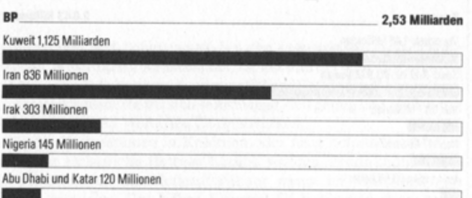
Brunei 119,7 Millionen

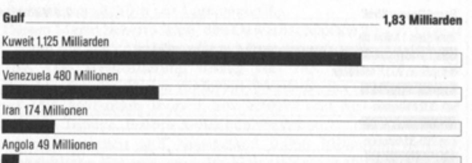
Katar 63,8 Millionen

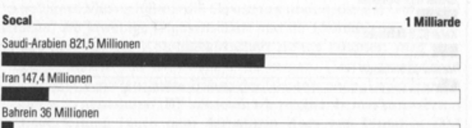
Mexiko 52 Millionen

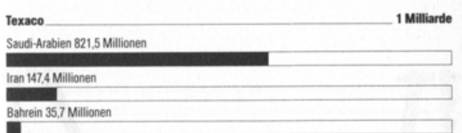
Billig-Öl (für die Multis) unter den Bedingungen der Kolonialwirtschaft...

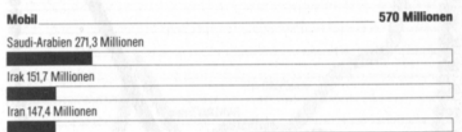
(Fortsetzung)

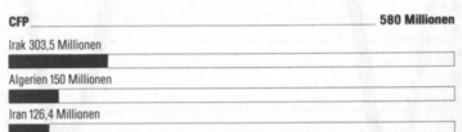








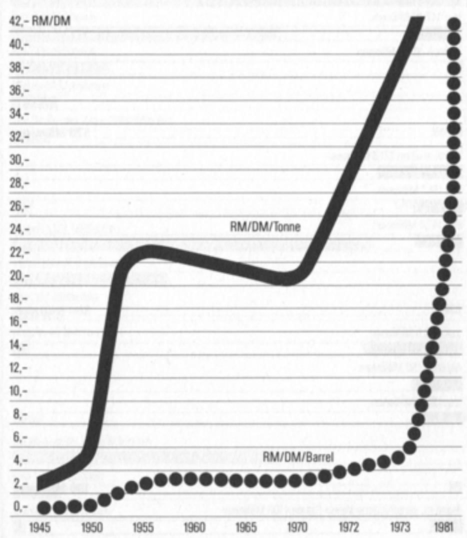






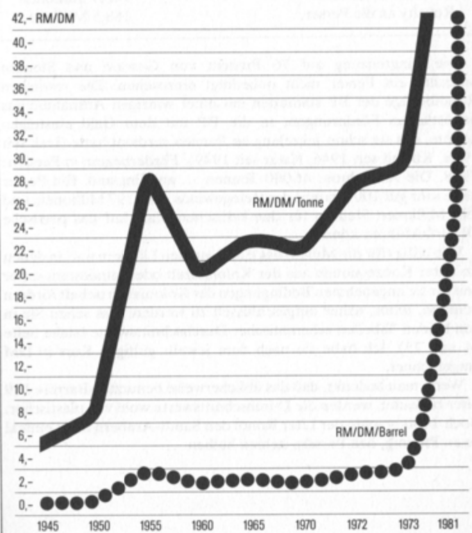
Persien, später Iran genannt…

… produzierte nach winzigen, statistisch der Bezahlung nach nicht auffindbaren Anfängen (1913–1918) von 1919 bis 1973 insgesamt 2 450 768 600 Tonnen, erzielte dafür aus dem jeweiligen Pfund- oder Dollarkurs in RM beziehungsweise DM umgerechnet 57 076 885 000,– Mark. Das wären im Durchschnitt aller Jahre pro Tonne 23,28 Mark, pro Barrel 3,18 Mark.
Zum Vergleich: 1981 galten 73,60 DM pro Barrel beziehungsweise 539,50 DM pro Tonne schon fast als billig …



Saudi-Arabien…

… hat von 1938 bis 1973 produziert: 2 728 385 000 Tonnen, dafür insgesamt bekommen (umgerechnet nach dem jeweils gültigen Dollarkurs) 67 500 000 000,– Mark, das wären im Durchschnitt aller Jahre pro Tonne 24,74 Mark, pro Barrel 3,37 Mark.



7. Erdöl-Kolonialismus: 12,5 Milliarden Tonnen zum Spottpreis

Antriebskraft und Schmierstoff für den industriellen Aufschung Europas, Australiens, Neuseelands, Japans und der weißen Enklaven in Afrika und Asien war das superbillige Erdöl der Kolonialzeit. Nordamerika förderte für sich selbst lange Zeit genug und mußte erst nach dem Zweiten Weltkrieg öl importieren.
Für die Konzessionen in Kolonien oder nach kolonialem Muster waren nur lächerliche Beträge bezahlt worden. Produktionskosten und Abgaben an die Herkunftsländer waren im Verhältnis zum Gewinn belanglos. Das billige Kolonial-Öl bestimmte durch seine Mengen auch die Preise für die Produktion aus anderen Ländern, die ebenfalls benötigt wurde, um die immer gewaltigere Nachfrage zu decken - hauptsächlich aus Lateinamerika.
Diesen Markt beherrschten, den Gewinn schöpften bis 1973 so gut wie allein die sieben größten Ölgesellschaften, die »Sieben Schwestern«.
Die Weltförderung betrug von 1857 bis 1973: 41,20 Milliarden Tonnen. Davon förderten: Nordamerika (Selbstverbraueher) 15,5 Milliarden Tonnen, Sowjetblock und Jugoslawien 5,63 Milliarden Tonnen, Europa außer den vorstehenden 0,48 Milliarden Tonnen, Australien und Neuseeland 0,066 Milliarden Tonnen Hauptsächliche Konzessionen der Kolonialwirtschaft: 12,5 Milliarden Tonnen (siehe Aufschlüsselung nach Gesellschaften, Übersicht Seite 71-73). In welchem Mißverhältnis die Gewinne standen, die das Lieferland einerseits, die jeweilige Ölgesellschaft und ihr Heimatland andererseits aus dem öl der

Kolonialwirtschaft ziehen konnten, mag eine Momentaufnahme aus dem Jahr 1950 zeigen. Gestützt auf die in London 1951 veröffentlichte Bilanz der (damals noch Anglo Iranian Oil Company genannten) BP kommen wir zu einer bemerkenswerten Gewinnverteilung (nach dem damaligen Kurs von Pfund in DM umgerechnet; siehe Tabelle Seite 76).
BP-Rohölentnahme aus Persien 1950: 31750 000 Tonnen Das sind vom Gesamt-Ölaufkommen der BP 1950: 76 Prozent 76 Prozent des für 1950 erklärten BP-Reingewinns (in DM): 301,7 Millionen 76 Prozent des an den britischen Staat für 1950 von der BP gezahlten Steuerbetrages (Gewinn- und Einkommensteuer): 453,2 Millionen Von der BP einbehaltene Rückstellung in einem Sonderfonds für spätere finanzielle Auseinandersetzungen mit den Persern: 194,0 Millionen In britische Kassen: 948,9 Millionen Royalty an die Perser: 188,5 Millionen.
Die Eingrenzung auf 76 Prozent von Gewinn und Steuern brauchte ein Perser nicht unbedingt einzusehen. Die restlichen Rohölbezüge der BP stammten mit einer winzigen Ausnahme aus nahöstlichen Förderungen, in die BP mit dem Geld einsteigen konnte, das sie schon jahrelang an Persien verdient hatte (Irak seit 1928, Kuweit seit 1946, Katar seit 1949). Förderbeginn in Persien 1908. Die Ausnahme: 46000 Tonnen ... aus England. Ein Perser hätte sehr gut 100 Prozent des Reingewinns, also 397 Millionen, und 596 Millionen Steuern für den britischen Staat auf das persische Öl zurückführen können.

Wie billig (für die Multis) das Erdöl aus den Ländern war, in denen sie unter Konzessionen aus der Kolonialzeit oder mindestens unter den für sie angenehmen Bedingungen der Kolonialwirtschaft fördern konnten, lohnt, näher aufgeschlüsselt zu werden. Das sehen Sie in den beiden Tabellen schematischer Durchschnittswerte (siehe Seite 74 und 75). Ich habe sie nach dem jeweils gültigen Kurs in DM umgerechnet. Wenn man bedenkt, daß das üblicherweise benutzte »Barrel« 159 Liter bedeutet, werden die Durchschnittswerte wohl viel plastischer, Noch 1950 brachte der Liter Rohöl den Saudi-Arabern nicht einmal einen Pfennig, den Persern keinen halben...

II. Vertrauen zu den Multis?

8. Verantwortung und Wirklichkeit

Viele Jahrzehnte lang haben einige wenige Öl-Multis den Energiemarkt der Welt beherrscht und, was die Kohle anbelangt, durcheinandergebracht - man denke nur an ihre Verdrängung in der Bundesrepublik.
Die »Sieben Schwestern« wünschen weiter eine entscheidende Rolle zu spielen, wenn auch vielleicht nicht mehr (nur) beim Öl. Sie stellen sich uns als zuverlässige, verantwortungsbewußte Garanten stetiger Energieversorgung vor — unter der Bedingung freilich, daß wir ihnen hohe Gewinne gönnen. Doch bevor wir ihnen diese Rolle anvertrauen, sollten wir ihr vergangenes Verhalten überprüfen. Es gibt nicht weniger zu denken als die Gegenwart.
In dieser Diskussion wird die Hauptfrage selten gestellt. Wieso können eigentlich weltweit engagierte Konzerne, deren Leitung im Ausland sitzt, die Interessen der jeweiligen »Gastgeberländer«, in denen sie operieren, besser berücksichtigen, als dies nationale öl- beziehungsweise Energiegesellschaften würden oder könnten? Fünf der Groß-Multis sind in den Vereinigten Staaten beheimatet. Sooft sie die US-Regierung schon gegen andere Länder einspannen konnten (was auch zu denken gibt), sooft sind sie in ihrer Heimat auf Gegenkurs zur Regierung, sobald diese ihren Wünschen nicht nachkommt. Die Amerikaner selbst sind durchaus nicht einstimmig der Meinung, von diesen Konzernen stets bestmöglich, gar verantwortungsvoll »betreut« worden zu sein - und dort steht den »Schwestern«

wenigstens eine große heimische Konkurrenz gegenüber.

Knappheit, selbstgemacht

Lange vor dem Ölpreisschock von 1973 nahm der nordamerikanische Verbrauch so schnell und deutlich zu, daß die Regierung Sorgen äußerte, ob nicht eine Knappheit zu befürchten sei. Die Multis bagatellisierten das. Sie investierten anstatt in ihrer Heimat lieber im Ausland. Das bot günstigere Gewinnchancen. In den 15 Jahren vor dem Schock wurde an der Ostküste, immerhin ein gewaltiger Ballungsraum mit kräftigem Öl- und Benzindurst, keine einzige neue Raffinerie errichtet. Robert Engler, der hierauf besonders aufmerksam gemacht hat, berichtete auch, daß einige Ölgesellschaften die ihnen erlaubten Einfuhrmengen kürzten (damals herrschte Import-Kontrolle mit dem Ziel, durch die Einfuhrbeschränkung die heimische Förderung zu schützen). Die amtliche Kontrolle über die Heizölpreise mißfiel ihnen. So erlebte Amerika plötzlich im Winter 1972/73 eine Heizölknappheit, vor den Mißlichkeiten des OPEC-Boykotts. Als die Regierung Preissteigerungen zuließ, wurde auch die Heizölproduktion gesteigert - und daraufhin wurde Mitte 1973 zu allerseitigem Staunen Benzin knapp, noch immer vor dem Boykott. Aber die Vertreter der Ölgesellschaften hatten, wie dann in Congresshearings herauskam, der Regierung ausdrücklich versichert, es werde keine Knappheit geben.

Ich mußte an diesen Beweis für »Verantwortungsgefühl« denken, als mir nach einer Fernsehsendung, in der ich die Vorzüge einer

staatlichen Gesellschaft wie der italienischen ENI gerühmt hatte, in einem wenig überzeugenden Brief der Mobil-Pressestelle die rhetorische Frage gestellt wurde, wo es denn Autofahrer-Schlangen vor Tankstellen gegeben habe. Gemeint war natürlich Italien. Aber es kam öfter und früher in Amerika vor, dem Heimatland der Mobil, sogar schon 1971.
Während der Importbeschränkungen in den sechziger Jahren fand die amerikanische Regierung, die zugelassenen Einfuhrmengen seien zwischen den Gesellschaften so unterschiedlich verteilt, daß das Land beziehungsweise seine Raffinerien ungleich versorgt würden. Sie versuchte eine fairere Verteilung durchzusetzen. Einige der »Großen«, deren Einfuhrkontingente betroffen wurden (also teilweise zu den Raffinerien anderer Firmen hätten umdirigiert werden sollen), gingen dagegen gerichtlich vor. Sie reduzierten auch lieber ihre Einfuhren, als sie im Interesse einer gleichmäßigen Versorgung des Landes vorübergehend Konkurrenzunternehmen zukommen zu lassen. Sie leiteten ihr Öl in ausländische Raffinerien um. Doch in den Untersuchungen des Kongresses behaupteten dann die Vertreter der größten, bestausgestatteten ölfirmen der Welt, sie hätten die Knappheit, die sie teilweise selbst verursacht hatten, wirklich nicht vorausgesehen. Schon wegen ihrer eigenen Reklame mußte das unglaubhaft wirken. Diesen Firmen traute man perfekte Markt
Über sicht zu und die Befähigung zu einigermaßen zutreffenden Voraussagen.
Es gibt zu viele Beispiele dafür, daß die Multis ohne viel Federlesens Produktion und/oder Versorgung kürzten,

sobald sie sich über amtliche Maßnahmen und Regelungen ärgerten, seien es Kontrollen oder Quoten oder in anderen Fällen auch die Freigabe eines Marktes, den sie lieber schön geregelt und aufgeteilt sähen. Diese Beispiele werde ich noch erzählen. Ganz zu schweigen davon, daß die Multis, als schon die künftige Knappheit längst vorausgesehen war, sogar die Ölsuche selbst drosselten. Vorkommen, deren Ergiebigkeit längst erwiesen war, wurden nicht in Arbeit genommen, weil die Gesellschaften lieber auf höhere Preise warten wollten.
ölgesellschaften sind keine Fürsorgeunternehmen. Sie sind kommerziell orientiert, auf möglichst hohen Gewinn ausgerichtet. Warum hätten sie ausgerechnet in Zeiten relativen Energie-Überflusses (so sah es ja jahrelang aus) schon die zusätzlichen Quellen entwickeln sollen, die dann die Preise ihrer bisherigen Gewinnbrin-ger gedrückt hätten ? Da zu zögern, ist verständlich. Sie möchten auch nicht dafür getadelt werden, daß sie die ungeheuren Erdgasvorkommen in ihrem Tätigkeitsbereich, die schon vor 20 Jahren hätten nutzbar gemacht werden können, keines Blickes würdigten. Das galt als zu teuer, »unwirtschaftlich«. So darf ein kommerzielles Privatunternehmen natürlich argumentieren. Aber dann kann es nicht gleichzeitig behaupten, qualifiziert zu sein, die Verantwortung für unsere Energieversorgung zu übernehmen. Qualifizierter, so tönt es ja, als ein staatliches Unternehmen wäre. Diese Behauptung wirkt im Licht bisheriger Erfahrungen reichlich verwegen. Staatliche Unternehmen will auch ich nicht automatisch höher einschätzen als nichtstaatliche. Wenn es aber um

Grundlagen für die Lebensfähigkeit der Staaten überhaupt geht, und zu diesen Grundlagen gehört sehr vorrangig eine ausreichende Energieversorgung, dann flößt ein Unternehmen, das dem Staat verpflichtet ist und von ihm kontrolliert werden kann, dem also die Versorgungssicherheit wichtiger zu sein hat als seine eigene »Rendite«, zweifellos mehr Vertrauen ein.
Während dieses Buch in Druck geht, macht das Erdgasgeschäft zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion Schlagzeilen, über das jahrelang verhandelt worden war. Fraglos stünde es um die deutsche und europäische Energieversorgung besser, wenn durch die projektierte Leitung schon Gas herkäme. Aber in meinen Unterlagen finde ich einen alten Vermerk aus dem Jahre 1969, der zeigt, daß es den deutschen Erdgasproduzenten nicht immer eilig mit zusätzlicher Versorgung war. Schon einmal stritt man um eine Lieferung russischen Erdgases. Die Leitung sollte in den siebziger Jahren fertig sein.
Die Gesellschaften behaupteten, den Bedarf der Bundesrepublik auch so bis in das achte Jahrzehnt hinein decken zu können. Zusätzliche Importe vorher »würden nicht nur die Fördertätigkeit der deutschen Erdgasproduzenten, sondern auch die Suche nach weiteren Gasvorkommen hemmen«.
Diese damals umstrittene Erdgasleitung ist seit 1973 in Betrieb und bringt russisches Gas nach Süddeutschland. Aber wer waren denn diese deutschen Produzenten, die fanden, zusätzliche Energie sei fernzuhalten? In Wirklichkeit die Ableger der Ölmultis, die vier Fünftel der bundesdeutschen Erdgaswirtschaft in den Händen haben und nicht gestört werden wollten.

Man beachte den Hinweis, Fördertätigkeit und Suche nach neuen Vorkommen würden gehemmt werden... Nicht unsere Regierung, unsere Vertreter, wir entscheiden, ob und was und wie viel in unserem Land »exploriert« und gefördert wird, und sollten wir auch noch so unter Energiemangel leiden: das bestimmen, auch für unseren Boden, die Multis. Das ist keineswegs nur bei uns so.Das neue, riesige Erdgasgeschäft mit der Sowjetunion ist bekanntlich unter recht störender amtlicher Begleitmusik zustande gekommen. Die Amerikaner rechneten den Deutschen vor, sie würden dadurch in der Energieversorgung zu sehr von den Sowjets abhängig. Aber andere Amerikaner, und dazu Briten und Holländer, wußten schon, warum sie für das Geschäft waren: Sie kontrollieren die »deutsche« Ruhrgas AG, die in diesem Geschäft eine Hauptrolle spielen wird; die »Ruhrgas« ist mehrheitlich in der Hand der Multis. Ein Mammutgeschäft, gewiß — aber um die Finanzierung müssen sich die Multis keine großen Sorgen machen; da wird die Bundesrepublik kräftig zur Kasse gebeten. Andere für sich zahlen zu lassen oder Risiken übernehmen zu lassen, da sind die Multis in ihrem Element (siehe Teil IV dieses Buches). Selbst stärker zur Kasse gebeten zu werden, ist und war ihnen stets und überall ein Greuel.

Die britische Regierung — wie alle Regierungen in Geldnot - erhöht die Abgaben auf das Nordsee-Öl: Sofort erklären die Gesellschaften, dann würden sie weniger fördern und weniger »explorieren«. Es lohne ja nicht mehr. Die kanadische Regierung wünscht (einige Jahre nach den »Scheichs«) einen größeren kanadischen Anteil an der Öl- und Erdgasförderung ihres

Landes, vornehmlich durch Beteiligungen an den dort tätigen Tochtergesellschaften der Multis: Schon reduzieren diese drastisch ihre Förder und Suchtätigkeit. Wer will behaupten, daß solches Verhalten im Interesse des betroffenen Staates liegt? Gar von Verantwortungsgefühl für die Versorgung seiner Menschen zeugt?
Diesen Widerspruch zwischen den Phrasen und der Wirklichkeit kann man weltweit beobachten. Der Jammer darüber, daß die »Sieben Schwestern« und einige andere Gesellschaften ihre Verfügungsgewalt über das öl der OPEC-Länder verloren haben, ist noch nach Jahren nicht verklungen. Da denkt der Laie natürlich, nun würde alles daran gesetzt, die verlorenen Quellen zu ersetzen, der westlichen Welt (für die man sich doch so verantwortlich fühlt) neue Vorkommen zu erschließen. In eindrucksvoller Fernseh- und Illustriertenreklame sieht das auch so aus, als täten sie es. Aber das ist prahlerische Schönfärberei, von ähnlichem Wirklichkeitsgehalt wie jener Reklameraucher, der sich in der Wildnis die Sohlen durchläuft. Die weltweite Ölsuche lohnt durchaus ein eigenes Kapitel. Hier wollen wir noch etwas näher bei den vermeintlichen Vorzügen verweilen, wegen derer man die Multis als beste Sachwalter nationaler Energieinteressen hinnehmen soll. Wie vertrüge sich das zum Beispiel mit der Angewohnheit der amerikanischen Konzerne, bei Streitigkeiten mit dem »Gastgeberland« die USA-Regierung einzuspannen? Das ist im Laufe der ölgeschichte so oft vorgekommen, gegenüber südamerikanischen Regierungen, gegen die Italiener, als diese anfingen, ihren eigenen nationalen

Energiekonzern aufzubauen, gegen befreundete Länder, wenn die Multis ihre Chancen verbessern wollten. Daß amerikanische Gesellschaften Zugang zum öl des Irak bekamen, gegen britischen Widerstand (die Iraker fragte niemand), verdanken sie dem massiven Druck Washingtons. Der kanadische Regierungschef weiß auch schon sein Lied davon zu singen, seit er den schon erwähnten kanadischen Anspruch auf Beteiligung am kanadischen Öl angemeldet hat — die Androhung von Repressalien ließ nicht auf sich warten.

Die Förderung zu drosseln — das ist für die »Sieben Schwestern« überhaupt nichts Neues. Neu ist allenfalls, daß sie keinen Unterschied machen zwischen Ländern, zu denen ihre Beziehungen mehr auf der Grundlage der Kolonialwirtschaft beruhten, und den Industrieländern, einschließlich ihren eigenen.

Als Mitte der fünfziger Jahre die »Majors«, wie man sie auch nennt, mit einigen kleineren amerikanischen Gesellschaften das Konsortium zur Vermarktung des persischen Öls bildeten, machten sie untereinander auch gleich einen Schlüssel für die Produktionsbe - schränkung aus. Das Ziel war natürlich, eine »Ölschwemme« zu verhindern - für Schwemme hielten sie alles, was ihre Gewinne drücken würde. Das vor den Persern, besonders ihrem Schah geheimgehaltene System bestand darin, daß sich der Gesamtumfang der Produktion nach derjenigen Gesellschaft richtete, die (im Vergleich zu ihrer Quote) am wenigsten haben wollte. Exxon, Texaco, Socal und Mobil schwammen im saudiarabischen öl. Wenn einer die persische Quelle drosseln wollte, mußten auch alle anderen weniger nehmen. »Kein Wunder also, daß den Gesellschaften

nicht daran lag, daß der Schah erfuhr, daß die künftigen Einnahmen seines Landes von einem privaten System der Rationierung abhängig waren, das acht Ölgesellschaften handhabten«, schreibt Anthony Sampson in Die Sieben Schwestern. Als er es dann doch erfuhr, »war die Wirkung wie ein elektrischer Schlag für ihn«. Umgekehrt haben die Großmultis in den ersten Zeiten der Ölgeschichte unbedenklich die Dumping-Waffe eingesetzt, wenn sie neue Märkte erobern wollten. Besonders die Standard Oil Rockefel-lers und die Shell lieferten sich bis zu den zwanziger Jahren einen erbitterten Preiskampf. Aber dann, im Herbst 1928, schlossen die Standard, die Shell und dazu die heutige BP auf dem schottischen Landsitz Achnacarry einen Waffenstillstand. Sie vereinbarten, es außerhalb der USA im wesentlichen bei den inzwischen gewonnenen Marktanteilen zu belassen und Preise und Produktionen abzusprechen. Dem Abkommen schlossen sich in der Folge fast alle bedeutenden Gesellschaften an — es gewann auch in Deutschland Gültigkeit (Tugendhat, S. 100; Blair, S. 64).
Als die überwiegend in den Vereinigten Staaten fördernden Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg Importbeschränkungen durchsetzten, trafen sie natürlich besonders diejenigen, die über viel öl aus dem Ausland verfügten. Diesen Mengen waren nun die USA weitgehend verschlossen. Um sie anderswo unterzubringen, hauptsächlich in Europa, führten die Multis noch einmal einen Kampf um Marktanteile. In der Bundesrepublik wurde das, wie gezeigt, ein regelrechter Verdrängungswettbewerb - aber nicht untereinander, sondern gegen die Kohle. Diese

Geschichte ist sicher kein Beweis dafür, daß wir gut daran getan hätten, allen Warnungen zum Trotz unsere einzige reichlich fließende Energiequelle, eben die Kohle, zugunsten des Öls zu vernachlässigen.
Damals hatten wir keine nationale Energiepolitik; der Freie-Markt-Fetischismus der CDU-Regierungen ging so weit, daß sie diese schwere Gefährdung der einheimischen Versorgung hinnahmen. Und die Bundesrepublik war in dieser entscheidenden Phase sehr von den Besatzungsmächten abhängig, deren Regierungen sehr auf ihre Ölgesellschaften hörten. 20 Jahre später sollte die Lektion begriffen sein. Eine nationale (was nicht bedeutet: nationalistische) Energiepolitik, die eine bestmögliche Versorgung anstrebt, kann sich eben nicht nur auf fremde Gesellschaften verlassen. Denen ist im Zweifelsfall ihr Konzernhemd näher als der Rock des »Gastgeber« - Landes.

Viele Stimmen, ein Lied

Um dennoch als vertrauenswürdige Hüter der Energiebedürfnisse akzeptiert zu werden, wenden die Multis erhebliche Mittel für Sympathiewerbung auf - sie mögen noch so große Verluste machen, Geld für teure Anzeigenkampagnen ist immer da, eine freundlich gesonnene Schar von Wirtschaftsjournalisten auch, das Lager der unbedingten Marktwirtschaftler hilft ebenfalls; ein sogenanntes energiewirtschaftliches Institut kommt mit seinem Sachverstand stets zu Schlüssen, die in den Multi-Zentralen mit Applaus bedacht werden können, aber eine neutrale wissenschaftliche Instanz ist natürlich das Beste - ein

besseres Umfeld, einen besseren Chor können sich die Gesellschaften nicht wünschen, auch wenn gelegentlich Theaterdonner gegen ihre Benzinpreissteigerungen hallt. Die verständnisvollen Artikel in den Zeitungen, die farbenprächtigen Anzeigen in den Illustrierten, die Fernsehspots mit dem Flair des großen Abenteuers dienen keinem Konkurrenzkampf und kaum einer Werbung für bestimmte Produkte, sondern der »Image-Pflege« der Branche. Nicht der ganzen, wohlgemerkt. Mit der aufwendigen Werbung treten immer wieder nur diejenigen Gesellschaften hervor, die durch Gigantismus und gewaltige Gewinne von Zeit zu Zeit unter Beschuß geraten, oder wegen ihrer kletternden Preise. Esso, Shell, BP und Mobil, dazu (bescheidener) die Texaco haben offensichtlich rund 50 Millionen Mark im Jahr für diese Seelenmassage am bundesdeutschen Publikum übrig, auch wenn sie angeblich wegen fürchterlichen Geschäftsganges auf dem letzten Loch pfeifen. Sie zeigen sich wortreich ihrer »Verantwortung« bewußt, glänzen mit Jugendwerken, setzen Sportstars ein, kurz: Sie sind so geschwätzig, als wollten sie Sprichworte über Leute mit schlechtem Gewissen bestätigen. Die anderen Ölfirmen, die sich in der Bundesrepublik betätigen, werben interessanterweise weit weniger apologetisch — oder gar nicht. Aber natürlich ist der Werbeaufwand in den Vereinigten Staaten selbst am größten. Als Anfang 1980 die Rekordgewinne der Konzerne in der amerikanischen Öffentlichkeit nicht mehr so heftig Anstoß erregten wie früher, berichtete der New Yorker Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, darin zeigten sich unter anderem »Erfolge einer

großangelegten Kampagne der Multis, die in Fernsehspots und Zeitungsanzeigen versuchen, den Verbraucher davon zu überzeugen, daß hohe Gewinne notwendig sind, um den Investitionsanforderungen der Branche in Zukunft gerecht zu werden« (Süddeutsche Zeitung, 4. 2. 1980). Da haben wir das Leitmotiv weltweiter Werbeanstrengungen, die in bundesdeutschen Instituten und Redaktionen durchaus Eindruck machen oder gleich gefördert werden. Ölkonzerne »brauchen« hohe Gewinne, offensichtlich viel höhere als andere Unternehmen, weil sie doch sonst ... eben unsere Energieversorgung nicht garantieren könnten. Diese verlangt ja wirklich bemerkenswert hohe Investitionen - wenn wir einen Augenblick beiseitelassen, daß die meisten Prognosen auf dem Energiegebiet in den Worten Erhard Epplers »längst Makulatur« sind (Stern, 12/1981). Dort wies Eppler auch darauf hin: »Sogar die Frage, ob es einen Sinn macht, Öl durch Atomenergie zu ersetzen, ist nach Berechnungen der Enquete-Kommission (des deutschen Bundestages) wieder offen.«
Die Darlegungen der Industrie werden weithin nachgebetet — in der Sprache der Multis. »Wer liefert Energie?« fragt die Süddeutsche Zeitung (9. 6. 1981) in einem Schaubild ihres Wirtschaftsteils über den Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik. Ihre Auskunft: »Für jeden Bundesbürger mußten im vergangenen Jahr — in Steinkohleeinheiten gerechnet - 6350 Kilogramm Energierohstoffe gefördert werden. Diese Riesenaufgabe geht finanziell und technisch über die Kräfte von Kleinbetrieben. So kommt es, daß nur neun Unternehmen zwei Drittel der Energieversorgung

sicherstellten. Unter den größten Energielieferanten der Bundesrepublik finden sich vier deutsche.« Das muß man mehrmals lesen, sonst verpaßt man Feinheiten. Beachten Sie, wie für jeden Bürger gefördert werden »mußte« - die Konzerne sind, scheint es, geradezu dienstverpflichtet. Daß sie von sich aus fördern (und verkaufen) wollen - niemand zwang sie ja in dieses Geschäft —, bleibt sehr im Hintergrund. Und als ob jemand nach »Kleinbetrieben« gerufen hätte. Krasser ist noch selten für die Konzentration in der Hand einiger weniger Riesen plädiert worden, die doch normalerweise auch den liberalen Marktwirtschaftlern ein Dorn im Auge ist. Und dann die als selbstverständlich mitgeteilte Tatsache, daß das Hauptgeschäft an die ausländischen Konzerne geht. Dabei wird dem Leser immer noch etwas verschwiegen, denn das zweitgrößte der schematisch abgebildeten Unternehmen, die »Ruhrgas«, gehört zu zwei Dritteln ebenfalls den Multis. Es sind also nicht vier, sondern drei deutsche Unternehmen. Bei anderer Formulierung des Begleittextes, die tiefer gegangen wäre als diese Schein-Information, hätten freilich manche Leser denken können: Wieso braucht man einen so hohen ausländischen Anteil, warum gibt es keine hinreichend kräftigen bundesdeutschen Energie-Unternehmen? Dieser Gedanke ist den Multis unsympathisch. Wer ihn äußert, kann breiter Verdammung sicher sein.
Auch von bundesdeutscher Publizistik, auch von regierungsfrommer Seite, wo man sich angewöhnt hat, vor dem Stirnrunzeln der internationalen Ölgesellschaften zu erschrecken. Dort überall wird der Gedanke, die bundesdeutsche Energiewirtschaft könne

auch anders geordnet sein, gern als weltfremder Nationalismus, als ausgesprochen töricht und jedenfalls undurchführbar abgetan. Allenfalls die Kenntnis, daß der französische und der italienische Energiemarkt von konservativen Regierungen just so geordnet wurde, um den Staatsinteressen Vorrang zu belassen, ist ein gewisser Schutz davor, daß man nicht gleich noch als Bolschewist verfemt wird. Immerhin wurde gegen den Mann, der die italienische Staatsgesellschaft ENI hochgebracht hat, Enrico Mattei, Anfang der fünfziger Jahre ähnlich argumentiert. Man zeigte sich schockiert, daß er russisches Öl kaufte — ja, Sie haben richtig gelesen. Das Argument, damit mache er Europa von den Sowjets abhängig, wie es in abgewandelter Form die Argumentation der Reagan-Regierung im Jahre 1981 gegen das deutsch-sowjetische Röhren-Erdgas-Geschäft zierte, haben ältere Zeitgenossen schon früher gehört. Gottlob war Mattei Mitglied der christdemokratischen Partei... Die Bemühungen des kanadischen Ministerpräsidenten, sein Land aus der weitgehenden Abhängigkeit US-amerikanischer Ölgesellschaften zu lösen, haben übrigens in der bundesrepublikanischen Publizistik ein geradezu auffälliges Desinteresse gefunden, und so gut wie keine Sympathie.

Der Bock als Gärtner: Wer abdankt, hat selbst schuld

Über die Vertrauenswürdigkeit der Groß-Multis zu sprechen, ist besonders dringlich, wenn der Kapitalbedarf immer riesiger und die Energieversorgung immer problematischer zu werden scheinen. Es ist ein Ablenkungsmanöver, zu behaupten, nur diese Gesellschaften hätten die Mittel dafür. Woher denn? Doch wohl von den Verbrauchern, dem Kapitalmarkt, dem Staat, durch die großzügigen Steuervergünstigungen, die gewöhnlich nicht erwähnt werden, wenn von der angeblich zu hohen Besteuerung der Firmengewinne die Rede ist. Fraglos könnte der Staat, könnten die Staaten das notwendige Kapital ebenfalls aufbringen — zumal, was uns am nächsten liegt, die in der Europäischen Gemeinschaft. Wenn die Summen wirklich ins Astronomische gingen, müßte vielleicht auch eine europäische Energiegesellschaft her; sie ist ja auch schon vorgeschlagen worden.

Seit einiger Zeit geistert durch die Diskussionen die Schätzung eines renommierten Instituts, daß der Übergang zu neuen Energiesystemen weltweit zusätzliche 40 Billionen (also 40mal 1000 Milliarden) Dollar im Wert von 1975 erfordert. Damals stand der Dollar ähnlich wie 1981, es bedeutet also fast 100 Billionen Mark. Zugegebenermaßen - diese Riesensumme wäre schließlich für die ganze Welt, und keineswegs nur von einem Staat aufzubringen, und sicher nicht auf einmal. Und auch für dieses Institut könnte der Satz Erhard Epplers von der Prognosen-Makulatur gelten. Aber daß gewaltige Beträge nötig sein werden, bezweifelt niemand. Stört denn auch der

Gedanke niemanden, daß sie von kaum einem Dutzend Ölgesellschaften einkassiert, verwaltet, disponiert, ausgegeben werden sollten? Daß die Verfügungsgewalt über diese Gelder in die Hände einiger weniger, privatprofit-orientierter Konzernvorstände gerät, die niemandem außer ihren gewinnerpichten, aber machtlosen Akionären Rechenschaft schulden und keiner wie immer gearteten demokratischen Kontrolle unterliegen? Die sich vielmehr in der Vergangenheit immer wieder über die Interessen und Wünsche so mancher Völker und Staaten, deren Geld sie da abschöpfen würden, hinweggesetzt haben? Die zivilisierte Welt verhängte einen Boykott gegen das weiße Apartheidsregime im Süden Afrikas - Multis lieferten Öl und machten den Boykott wirkungslos.
Geld ist Macht — wenn man dieser kleinen Gruppe die Finanzgewalt zur Organisation unserer Energieversorgung überträgt, könnte man ihr gleich die Weltregierung übertragen, vielleicht wenigstens die der westlichen Welt. Wer so abdankt, ob als Staat oder Staatengruppe, hat Energie-und andere Wirtschaftskrisen in der Tat verdient.
Das Argument gilt natürlich auch für weniger abenteuerliche Finanzmassen und in bescheidenerem Rahmen, wenn sie für uns so wichtig sind wie die Energieversorgung der Bundesrepublik. Leider hat es den Anschein, als ob unser Staat, just auf diesem Gebiet, das alle andere wirtschaftliche Aktivität beeinflußt, weitgehend abgedankt hat. Das ist schon in den Gründerjahren der Bundesrepublik passiert, in der Zeit, als die CDU/CSU die Regierung stellte. Damals haben wir uns wohl angewöhnt, die Interessen der

Multis mit unseren eigenen gleichzusetzen, und diese Mentalität findet sich auch in der Gegenwart. Sie prägt beispielsweise eine Studie über die Energieversorgung, die das Bundeswirtschaftsministerium im Auftrag von Bundeskanzler Schmidt Anfang 1980 entworfen hat, und die großenteils von der PR-Abteilung eines Ölmultis verfaßt sein könnte.
»Mit dem Zurückdrängen der internationalen Ölgesellschaften mehren sich die Ansatzpunkte für eine Bilateralisierung und Politisierung des Ölgeschäfts«, heißt es da, als seien direkte (öl-)wirtschaftliche Beziehungen zwischen zwei Staaten etwas Verwerfliches und die Ölwelt nicht schon immer politisiert gewesen, woran in der Vergangenheit die internationalen Ölgesellschaften mehr schuld hatten als jeder andere. Es geht weiter:
»Die Ölwaffe wird selektiver und subtiler anwendbar; die Lieferländer könnten als Geschäftsgrundlage von ihren Abnehmern politisches Wohlverhalten und spezifische Marktöffnungen, konkrete Abnahmezusagen bestimmter Erzeugnisse, Technologie und ähnliches fordern.« Zu deutsch: Die Lieferländer können in Zukunft ihre Lieferungen mit Bedingungen verknüpfen. Das klingt so recht bedrohlich. Aber da täten sie nur, was die Ölkonzerne vorgemacht haben. Diese haben die Wirtschaftspolitik von jeher mitbestimmt, sogar auch die Außenpolitik. Die OPEC-Länder würden auch nichts machen, was ihnen nicht die westlichen Nationen und der Ostblock gezeigt haben. Die Verfolgung außenpolitischer Ziele mittels des Außenhandels ist nichts Neues, internationale Koppelgeschäfte schon überhaupt nicht. Als sich Ende

1981 Multis aus Libyen zurückzogen, auf dem Tiefpunkt der amerikanisch-libyschen Beziehungen, wurde wohl ebenfalls die »Ölwaffe« angewendet.
Man beachte, daß hier auf der »Gefahrenliste« (denn das Bundeswirtschaftsministerium meint diese Aufzählung, die in der Tat von Shell und Mobil oder BP entworfen sein könnte, nicht anders) sogar die eventuelle Forderung nach Technologietransfer als bedrohlich hingestellt wird, verbunden mit vermutlich noch schlimmerem »und ähnliches«. Selten hat man die Katze so ungeniert aus dem Sack blinzeln sehen, denn eigentlich werden dem Technologietransfer doch höchstamtlich große Wunderkräfte für die Heilung wirtschaftlicher Übel der »Dritten Welt« zugetraut.
Ja, das liest sich alles wie ein Appell, die Multis möglichst schnell wieder in ihre alte Rolle einzusetzen. Aber das kann nur ein Nachruf sein, denn sie haben diese Rolle ja nun verloren, und es ist besser, der Westen stellt sich realistisch darauf ein. Dazu gehört natürlich auch die Erkenntnis, daß es im Gegensatz zum Selbstlob der Ölgesellschaften kein Vorteil wäre, ihnen ihre alte Schlüsselrolle zurückzugeben. Sieben oder acht Ölgesellschaften in der Schlüsselrolle - da dürfte ein politischer Krach zwischen einer von ihnen und einem Förderland wohl für die Kundschaft bedenklicher sein, zu der dann viele Länder gehören würden, als zwischen einem westlichen Staat und einem Lieferland. In Wirklichkeit würde der Weg über den Verteilungsapparat der Multis die Ölländer noch mächtiger machen. Aber der geht zu Ende. Ihnen bleibt nur für eine Zeit noch die Funktion von Verteilern, weitgehend zu Diensten und im Auftrag der

Förderländer, bis diese auch das in direkte Eigenregie nehmen. Daß die Ölgesellschaften nichts mehr wirklich garantieren können, hat in der Ölkrise von 1973/74 Japan merken müssen. Plötzlich kündigte einer der Ölriesen nach dem anderen diesem besonders ölabhängigen Industriekoloß die Lieferungen auf, dann lieferten sie doch.
Bemerkenswert dürfte aber auch sein, daß Japan die Folgen der Ölpreissteigerungen weit besser durchgestanden hat, also schon 1981 eine weit bessere Leistungsbilanz erwarten konnte als die anderen Industrieländer (Süddeutsche Zeitung, 25. 7. 81). Klarer kann man kaum beweisen, daß die Wirtschaftskrise nicht so sehr mit der OPEC zusammenzuhängen scheint als mit der jeweiligen nationalen Wirtschaftspolitik. »Die meisten ölproduzierenden Staaten des Nahen und Mittleren Ostens sind innenpolitisch wenig stabil«, liest man weiter in dem Warn-Papier des Wirtschaftsministeriums. Das ist auch so ein Klischee aus dem Arsenal der Multis. In Wirklichkeit haben die ölproduzierenden Staaten des Nahen Ostens in den letzten drei Jahrzehnten weit stabilere Regierungsverhältnisse gehabt als die westeuropäischen mit ihrer Unzahl von Krisen und Regierungswechseln. Die Ausnahme Iran und die Ermordung Sadats kann das nicht vergessen machen; vor dieser lächerlichen Formulierung hätte das Wirtschaftsministerium nicht die Mineralölwirtschaft, sondern das Auswärtige Amt konsultieren sollen. Das Schreckgespenst der Großmultis, die direkten Beziehungen zwischen Staaten auch auf dem Gebiet des Erdöls, hat in Wirklichkeit einen Vorteil, den kein Multi bieten kann.

Sollte in der Tat ein Boykott eines Industrielandes kommen, also eine Lieferverweigerung trotz vorher getroffener Abmachungen, dann kann sich ein solches Land wohl besser wehren, als es eine Ölgesellschaft könnte: Es hat ganz andere Druckmittel. So wie wir von dem öl, sind die Ölförderländer auf geraume Zeit von Ausrüstungen abhängig, die nur die industrialisierten Staaten liefern können. Die wirtschaftlichen Beziehungen und Abhängigkeiten sind keine Einbahnstraße. Wie gesagt - diese Entwicklung ist ohnehin im Gange, wie die wachsende Zahl von Lieferabkommen zwischen den Ölstaaten beziehungsweise deren nationalen Gesellschaften und westlichen (aber auch anderen) Empfängerländern und deren staatlichen Gesellschaften beweist.
Was manche westliche Regierung befürchtet, darunter auch wohl die unsere, ist etwas anderes. Die ölfördernden Länder sind entsprechend der allgemeinen Stimmung in der »Dritten Welt« scharf darauf, nicht nur über ihre Lieferungen des für uns wichtigsten Rohstoffes zu verhandeln, also über unsere Interessen. Sie möchten auch andere Bereiche der Weltwirtschaft einbeziehen, jene, in denen die geltende Weltwirtschafts-»Ordnung« ihre Interessen und die anderer »Entwicklungsländer« nicht hinreichend berücksichtigt. Davor schreckt man in Bonn nicht weniger zurück als in Washington oder London.
Aber es ist abzusehen, daß es uns nicht gelingen wird, ewig zu mauern. Eine realistische und langfristige Politik der Energiesicherung setzt voraus, daß man auch die Wurzeln der Krise erkennt, in die wir geraten sind. Sie sind in einer tiefen Ungerechtigkeit, im

kolonialistisch bestimmten Ungleichgewicht des herrschenden Weltwirtschaftssystems zu suchen, an dem die Multis erheblichen Anteil hatten. Dagegen haben sich die ölfördernden Länder als erste erfolgreich aufgelehnt. Die Multis wegen ihrer technischen Tüchtigkeit auch morgen zu den Verantwortlichen für die Energieversorgung zu machen, heißt wirklich, den Bock als Gärtner zu behalten.

Die Lösung, sogar eine, die den Multis die erwähnten Verteilungsaufgaben lassen würde, geht nur in Zusammenarbeit mit den OPEC-Ländern. Dabei stört das Israelproblem, aber das ist nicht die Schuld der OPEC. Natürlich auch nicht der Multis. Naiv ist nur, anzunehmen, so entscheidende Belange wie unsere Energieversorgung durch Länder, die auch noch wichtige andere Interessen haben, könnten für immer in einem politikfreien Raum gehalten werden. In diesem Zusammenhang gibt es seit der ersten Ölkrise auch eine neue Diffamierungskampagne. Wer auf die berechtigten, teilweise lange überfälligen Wünsche und Forderungen der arabischen Ölstaaten eingeht, mache »Kotau vor den Scheichs«, heißt es da, »schiele« nach ihrem Wohlwollen, sprich Öl - kurz: ist offenbar ein Charakter- und würdeloser Verräter an edlen Prinzipien. Hauptprinzip unter diesen wäre natürlich, die Launen der jeweiligen israelischen Regierung über alles zu stellen ... auch über jede Moral. Denn es ist unbestreitbar, daß in unseren Beziehungen zu dieser nahöstlichen Welt, die der Westen jahrzehntelang politisch betrogen und wirtschaftlich ausgeplündert hat, das langfristige Interesse sich endlich auch einmal mit der Moral deckt. Die gebietet Wiedergutmachung

der Sünden, die im Kolonialzeitalter begangen wurden, bis weit in unser Jahrhundert hinein. Das ist so zwingend, wie die Diffamierungskampagne verächtlich ist. Man kann ihre Spuren aber fast täglich irgendwo in der deutschen Presse finden. Wer die Zukunftsinteressen der Bundesrepublik ernst nimmt, darf sich von diesen Haßgesängen nicht beeindrucken lassen.

Für die Zusammenarbeit zwischen den Industrieländern und der OPEC gibt es schon einen diskutablen Vorschlag. Er stammt vom Präsidenten des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Armin Gutowski, und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Roth, die ihn 1980 vorgelegt haben. Er sieht Liefergarantien und Preisbeschränkungen der OPEC einerseits, eine Wertgarantie der Industrieländer für die Finanzanlagen der Förderländer anderseits vor, dazu einen Fonds, der auch anderen »Entwicklungsländern« helfen würde. Wie üblich, ist er zunächst von den Zuständigen, die aus ihrem eingefahrenen Geleise nicht herauswollen, als unmöglich abgelehnt worden. Zurück zu unseren »Sieben Schwestern«, den »Majors«. Natürlich hätten sie auf Presse und Öffentlichkeit in den westlichen Ländern nicht ganz so erfolgreich einwirken können, wenn sie sich nicht rechtzeitig Freunde und Kontakte in den Regierungen und Verwaltungen gesichert hätten. So brauchten sie ihre Argumente nur selten selber vorzubringen. »Das für die Öl-Entwicklung benötigte Kapital ist so groß, daß nur die größten internationalen Gesellschaften die Ressourcen und die technische Erfahrung im benötigten Umfang haben«, las ich schon vor 20 Jahren in einer amtlichen britischen Publikation

(World Oil: A Short Survey. COI, London, Juli 1961). »Besonders«, so geht es weiter, hätten nur die Großen »die Fähigkeit, die schweren Verluste zu tragen, die untrennbar mit den erfolglosen Suchbohrungen verbunden sind, denen man bei der Suche nach neuen Ölquellen ausgesetzt ist.« Unausgesprochen: und deswegen müssen sie möglichst riesige Gewinne machen. Die Osmose zwischen »Majors« und regierendem Milieu ist überall weit gediehen. In den USA ist sie ganz offen und notorisch - die Ölindustrie hat nicht wenige hohe Regierungsbeamte und Regierungsmitglieder gestellt, und einige Präsidenten aus dem »richtigen« Milieu. In der Bundesrepublik gibt es kaum ein einschlägiges Papier von Bundesregierung oder Länderregierungen, das nicht wenigstens teilweise auf Entwürfe früherer oder gar noch tätiger Mitarbeiter der ölgesellschaften zurückginge. Wenn die niedersächsische Wirtschaftsministerin den pensionierten Shell-Deutschland-Chef Welbergen zu ihrem offiziellen Berater macht, wenn man sich erinnert, daß der CDU-Schatzmeister Walter Leisler Kiep früher im Aufsichtsrat der Texaco saß und der einflußreiche Industrielle Otto Wolff von Amerongen im Direktorengremium von Exxon, braucht man sich über großes Verständnis für Multi-Belange nicht sonderlich zu wundern. Verständnis hauptsächlich für ihre Gewinnbedürfnisse wegen der aufwendigen, verlustreichen Suche - das Lied ist alt.

Steuerzahler zur Kasse!

So alt sind freilich auch die gewaltigen Steuerprivilegien, die ja gerade damit begründet wurden, den Konzernen müßten diese Verluste wieder gutgemacht werden. Wer weiß, ob einige von ihnen ohne diese Großzügigkeit der Steuerzahler je so weit gekommen wären, allen voran die amerikanischen. Ein Blick auf das für Ölmultis großzügige Steuersystem wird wohl klarer machen, wie die Konzerne im Lauf der Zeit eine so erstaunliche Finanzmacht anhäufen konnten. Eine so große, daß VWD-Korrespondent Peter Bauer im Januar 1980 in einem Bericht aus New York mitteilen konnte: »Nur eine Handvoll der größten Industriemächte übersteigen mit ihrem Bruttosozialprodukt die Einzelumsätze der wichtigsten US-Ölfir-men« (31. 1. 1980). Da kann man natürlich auch die Shell und BP hinzufügen.

Auf der Liste der größten Industrie-Unternehmen der USA und der Welt, die das amerikanische Wirtschaftsmagazin Fortune jährlich veröffentlicht, belegen die Ölkonzerne stets die vordersten Plätze

93

Rang 1980	Konzern	Umsatz (Milliarden Dollar)	Nettogewinn (Milliarden Dollar)
1	Exxon	103,1	5,650
2	Royal Dutch/Shell	77,1	5,174
3	Mobil	59,5	3,272
4	General Motors	57,7	Verlust
5	Texaco	51,2	2,642
6	BP	48,0	3,337

7	Standard Oil of California (Socal)	40,5	2,401
8	Ford	37,0	Verlust
9	ENI	27,2	0,098
10	Gulf	26,4	1,407

- die drei größten der Welt sind Exxon, Shell und Mobil. Die Shell ist seit langem auch in den USA ansässig (durch die Tochter Shell Oil). Die britische BP wiederum hat sich vor Jahren die Mehrheit bei der Standard Oil of Ohio (»Sohio«) verschafft und ist dadurch, dank der Alaska-Funde, inzwischen größter Ölförderer US-amerikanischen Rohöls.

Die Tabelle auf dieser Seite zeigt die zehn umsatzstärksten Industrieunternehmen der Welt für das Jahr 1980 (nach Fortune, 10. 8.1981). Die Übernahme der amerikanischen Ölgesellschaft Conoco durch den Chemiekonzern Du Pont de Nemours 1981 wird die Reihenfolge in zukünftigen Tabellen verändern. Conoco (bis 1979: Continental Oil) erzielte 1980 einen Umsatz von 18,3 Milliarden Dollar und einen Reingewinn von 1,026 Milliarden Dollar; es besetzte Platz 25 der Liste. Du Pont hatte Platz 38 mit 13,6 Milliarden Umsatz und 716 Millionen Dollar Gewinn. Der fusionierte Konzern würde also 1980 Platz 9 eingenommen haben. 1980 war ein Dollar 1,8158 DM wert.

Die Steuerbegünstigung der Ölriesen geht weit in die Anfänge der Öl-Großindustrie zurück. Im Lauf der Zeit gab es geradezu kabarettreife Episoden, die gut als Vorlage für Politsatiren zum Thema »Wie bringe ich den Steuerzahler zur Kasse« dienen könnten, oder zum

Thema: »Wie man Reiche noch reicher macht«. Fast ein halbes Jahrhundert lang nach dem Ersten Weltkrieg konnten die Gesellschaften ihre Steuer schon mittels der sogenannten »Erschöpfungsabschreibung« (depletion allowance) gewaltig drücken. Da durften jährlich, bis zum Höchstbetrag von 50 Prozent des Netto-Einkommens, pro Bohrstelle (alt oder neu), 27,5 Prozent des durch sie gewonnenen Profits vom steuerpflichtigen Einkommen abgesetzt werden, so lange das Öl lief. Für eine Investition von beispielsweise 100 000 Dollar konnte leicht im Laufe der Jahre mehr als eine Million an Steuerersparnis verdient werden. Ganz abgesehen davon, daß natürlich die Bau- und Einrichtungskosten ohnehin abgesetzt werden konnten. Der Sinn dieser großzügigen Regelung war ursprünglich, kleinere Unternehmen zur intensivierten Suche und Erschließung neuer Ölfelder zu animieren. Die amerikanischen Bohrungen geben ja im allgemeinen weit weniger Öl her als die nahöstlichen. Aber Gebrauch machten davon hauptsächlich die Großen, und nur zu einem lächerlich kleinen Teil für »neues« Öl. Ferner konnten die Unternehmen den größten Teil ihrer Bohrkosten zusätzlich zum bereits absetzbaren reinen Material, also Löhne, Mieten, Unterhaltskosten für Teams und dergleichen, im selben Jahr ganz von der Steuer absetzen - der Vorteil der normalen Kostenabsetzung und der »Erschöpfungsabschreibung« wurde dadurch erheblich aufgestockt. Kurz, bevor diese Anzapfung der Steuerzahler drastisch eingeschränkt wurde, bezifferte man den durch die beiden legalen Tricks entstandenen Einnahmeverlust des Staates für ein einziges Jahr (1972)

auf (umgerechnet) 7,5 Milliarden Mark, und dieses nette Steuergeschenk an die Multis war 1926 eingeführt worden... Es lohnt sich, die Geschichte in John M. Blairs Buch The Control of Oil im einzelnen nachzulesen. Nicht vergessen bitte, daß diese fürstlichen, steuersparenden »Gewinnminderungen« den Unternehmen gewaltige Mittel für neue Investitionen freisetzten — bevor überhaupt die Rede darauf kam, welchen »Gewinn« sie übrigbehalten würden. Es ist ja ein beliebter Irrtum, anzunehmen, der müsse dann für die Ölsuche herhalten. Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden diejenigen Multis, die über ausländische Quellen verfügten, ein noch viel einträglicheres Mittel, ihre Gewinne auf Kosten der Steuerzahler hochzuhalten: durch die Anrechenbarkeit der im Ausland entrichteten Steuern auf die Steuerschuld in der Heimat. Wie das zustande kam, ist bei Blair, der sich auf Anhörungen vor dem Senatsausschuß über multinationale Unternehmen stützt, mit dem angebrachten Sarkasmus beschrieben. Eine Anrechenbarkeit gab es schon lange, aber eingeschränkt. Die (für Amerika) noch jungen Nahostquellen wurden von den dortigen Regierungen nicht besteuert. Die Gesellschaften zahlten »Royalties«. Diese waren zwar zu Hause von den Steuern absetzbar, aber »nur« zu 48 Prozent.

Im Jahr 1950 erfuhr König Ibn Saud, daß Venezuela mit den Fördergesellschaften ein neues Abkommen geschlossen hatte: in Zukunft sollten die Gewinne 50:50 geteilt werden. Venezuela (erster Initiator des OPEC-Gedankens) informierte die Nahostländer und ermutigte sie, gleiches anzustreben. Das tat Ibn Saud.

Doch die in der »Aramco« vereinten amerikanischen Fördergesellschaften (Esso, Socal und Texaco zu je 30 Prozent, Mobil 10 Prozent) hatten wenig Lust, von ihrem Gewinn etwas nachzulassen. Er betrug-vor Steuern - 1,34 Dollar pro Barrel. Es ist interessant, die Rechnung aufzumachen : Förderkosten 0,20 Dollar; Royalty 0,21 (= 12 Prozent auf den Verkaufspreis am persischen Golf, der 1,75 Dollar betrug). Nach Steuern in den USA verbleibender Reingewinn pro Barrel: 0,91 Dollar. Saudi-Arabien, dessen Öl der Aramco zufloß, produzierte damals fast 200 Millionen Barrel (rund 27 Millionen Tonnen), also für die vier Gesellschaften einen Nettogewinn (nur am Rohölpreis, wohlgemerkt) von 182 Millionen Dollar (728 Millionen DM). Saudi-Arabien bekam für sein öl nicht einmal ein Viertel, 42 Millionen Dollar, also 168 Millionen DM. Ibn Saud wollte mehr. Während die Konzernzentralen in den USA sich sperrten, befürwortete die amerikanische Regierung, Ibn Saud entgegenzukommen. Das State Department war beunruhigt über die schlechte Stimmung, die Amerikas Rolle bei der Gründung Israels im Nahen Osten ausgelöst hatte. Es fürchtete Umsturzpläne gegen Ibn Saud und ein Vordringen des sowjetischen Einflusses im Nahen Osten (freilich gehörte auch die Sowjetunion zu den Förderern der israelischen Staatsgründung) und war dafür, dem König größere Mittel zukommen zu lassen. Die Aramco-Leute an Ort und Stelle befürworteten das 50:50 nach venezolanischem Muster. Damals belief sich der jährliche Gesamtgewinn der Aramco auf etwa 50 Prozent seiner Investition. Um den Widerstand der Muttergesellschaften zu überwinden, machte

schließlich ein Beamter (es wird sogar behauptet, des amerikanischen Schatzamtes) den rettenden Vorschlag, der nicht nur hier akzeptiert wurde, sondern auch anderswo Schule machte. Die Aramco solle Ibn Sauds Anteil ruhig von den bisher 21 Cents pro Barrel auf 67 Cents erhöhen und selbst auch nur 67 behalten, aber die Differenz solle als Steuer gezahlt werden. Dann würde sie von der in Amerika geschuldeten Steuer absetzbar sein - und Aramco würde, wie sofort ausgerechnet wurde, nach der Steuerzahlung in den USA den gleichen Reingewinn wie bisher behalten: 91 Cents! Gesagt, getan. Ein Team von Steueranwälten der Ölgesellschaften und des Schatzamtes eilte nach Saudi-Arabien und entwarf dort im Karacho für ein Land, in dem solche Unternehmen so gut wie unbekannt waren, ein Einkommenssteuersystem für Aktiengesellschaften. Es wurde ebenso schnell in Kraft gesetzt - dem König war gleichgültig, ob seine Einnahmen Royalties oder Steuern hießen. Das Abkommen wurde am 30. Dezember 1950 unterzeichnet. Ein Jahr später wurde auch in Kuweit die Konzession entsprechend revidiert (Konzessionäre: BP und Gulf), und 1954 wurde auch die neue Konzession des Iran für die Nachfolger der BP entsprechend abgefaßt. Die britische Regierung hatte das vortreffliche US-Modell inzwischen auch für die BP und die Shell übernommen. Wer da alles über die zusätzlichen Steuerersparnisse lachen konnte! Hier die Teilnehmerliste dieses Iran-Konsortiums: BP 40 Prozent, Shell 14 Prozent, Exxon 7 Prozent, Mobil 7 Prozent, Socal 7 Prozent, Texaco 7 Prozent, Gulf 7 Prozent, CFP (Total) 6 Prozent, Iricon 5 Prozent. (Iricon war eine Gruppe »kleinerer« amerikanischer Firmen:

American Independent Oil Co. 16,66 Prozent, Getty 16,66 Prozent, Arco 33,33 Prozent, Sohio 8,33 Prozent, Charter 16,66 Prozent, Conoco 8,33 Prozent).
Schon im ersten Jahr nach der Vereinbarung zahlte die Aramco in Amerika 50 Millionen Dollar weniger an Steuern. 1955 betrug der Jahresverlust für den amerikanischen Steuerzahler schon 154 Millionen Dollar, rund 648 Millionen Mark. Der Kongreß begann dieser Schröpfung des Publikums zugunsten der Ölgesellschaften erst 1975 ein Ende zu machen. Inzwischen haben die Multis sowieso ihre Konzessionen verloren. Sie treten nun als Käufer des Öls auf. Sie bezahlen einen Preis, keine Steuern mehr - das Privileg hat für den Nahen Osten keinen Sinn mehr. Aber da waren ja nun die ölpreise schon so weit auf dem Weg nach oben, daß sich die Gesellschaften mit den daraus resultierenden Gewinnen trösten konnten. Was sie bis dahin an US-Steuer zahlten, sagt Anthony Sampson, »liest sich beinahe wie ein Witz« (S. 205): Exxon von 1962 bis 1971 auf ein Netto-Einkommen von insgesamt 19,6 Milliarden Dollar einen Steuersatz von 7,3 Prozent, im Jahr 1972 auf 3,7 Milliarden nur 6,5
97 Prozent. Mobil konnte seinen Steuersatz von nur 4,7 Prozent für die Periode 1962-71 auf sage und schreibe 1,3 Prozent für 1972 sinken sehen (Einkommen 1972: 1,34 Milliarden Dollar). Gulf: 4,7 Prozent auf 1,2 Prozent. Socal: 2,7 Prozent auf 2,5 Prozent. Texaco: 2,6 Prozent auf 1,7 Prozent...
»Fiskalität für Milliardäre«, hat Harvey O'Connor das entsprechende Kapitel seines Buches The Empire of Oil überschrieben. Robert Englers Summe für sieben Gesellschaften für die Periode 1968-1972: 44 Milliarden

Dollar Nettogewinn, weniger als 2 Milliarden Dollar Steuern (Exxon, Texaco, Mobil, Socal, Gulf, Standard Oil of Indiana und Shell Oil). Diese fürstliche staatliche Subvention, denn etwas anderes ist es nicht, behaupteten die Gesellschaften von Anfang an für weitere Erschließungsprojekte zu benötigen, mit denen sie der Menschheit Energieversorgung ... — das Lied kennen wir schon. Zu diesem Zweck haben Ölgesellschaften ja auch schon Supermärkte, Verpackungsunternehmen und eine gigantische Metzgerei gekauft, auch ein Zirkus war schon in Betracht gezogen worden. Man sieht jedenfalls, daß für die angeblich benötigten riesigen Explorationskosten schon immer gesorgt wurde, bevor es darum ging, den endgültigen Reingewinn zu berechnen. Wenn dessen Höhe die Umwelt staunen macht, dann ist das kein Fonds für neue Abenteuer, sondern eben ... Gewinn. Mit den Summen, die da zu Lasten der Steuerzahler den Multis bewahrt werden, ließe sich schon sehr gut ein staatliches Öl-Unternehmen finanzieren. Da gäbe es wenigstens eine direkte, den Steuerzahler repräsentierende Kontrollinstanz. Da sprängen vermutlich stattliche Summen heraus, die im Sinn des Gemeinwohls verwendet werden könnten anstatt für den Gewinn (oder die Gewinnverschleierung) einer fremden Privatgesellschaft. Vielleicht hätte eine solche staatlich kontrollierte Form der Versorgung den Heizölzuschuß überflüssig gemacht, der eine Zeitlang in der Bundesrepublik gewährt wurde und ja in der Wirkung nichts anderes gewesen ist als eine Ermunterung, hohe Preise zu nehmen, also eine Prämie direkt für das Konto der Ölgesellschaften.

Privatwirtschaft ist ohne Zweifel unabdingbar notwendig - aber nicht auf dem lebenswichtigen Gebiet der Energie. Auch nicht mit einer Monopolgruppe von Gesellschaften, deren enge Förderung durch eine fremde Regierung — die amerikanische, für die sie im Nahen Osten und lange vorher auch in Lateinamerika gelegentlich als außenpolitischer Arm auftraten — allein schon ausschließt, daß sie im Krisenfall das Interesse der Bundesrepublik wirklich über alles andere stellen würden. Auch bei uns kassieren sie und profitieren von immens steuersparenden Regelungen, darunter die erhöhten Abschreibungen auf Projekte im Ausland. Da ist keineswegs garantiert, daß eventuelle Ölfunde dort wirklich immer unserem Bedarf dienen werden. Bei einem staatlichen Unternehmen bestünden solche Zweifel nicht.

Staat = Trottel?

Es ist eine beliebte Abwehrreaktion, staatliche Unternehmen als vertrottelt, überbürokratisiert und unfähig hinzustellen, die von verknöcherten Beamten geleitet oder beaufsichtigt werden. In Wirklichkeit gibt es natürlich auch Beamte mit hervorragenden Unternehmereigenschaften. Aber nichts würde die Bundesrepublik ja daran hindern, ein solches Unternehmen weitgehend frei von täglicher Einmischung zu machen und privatwirtschaftlich handeln zu lassen. Sie wäre der Hauptaktionär, dem regelmäßig Rechenschaft abgelegt werden muß, und der die großen Linien der Unternehmenspolitik bestimmt - unter Berücksichtigung des staatlichen Interesses. Das Herabsetzen staatlicher

Unternehmungen, mit Vorliebe an britischen Mißerfolgen emporgerankt und bei uns gedankenlos nachgebetet, ist leicht zu widerlegen mit dem Hinweis auf die geschäftlichen Erfolge des VW-Werkes, das ebenfalls dem Staat gehört. Und schließlich ist der britische Staat der entscheidende Aktionär der BP. Die Bundesrepublik hat schon Energieunternehmen gehabt, die sich in eine solche Rolle hätten hineinentwickeln können; eines hat sie sogar noch in der VEBA. Aber die möchte (oder darf) nicht aus Gründen, die einmal klar in der Öffentlichkeit erläutert werden sollten. Sie hat ja wesentliche Anteile an der deutschen Ölwirtschaft im Gegenteil an die britische BP abgegeben. Darüber mehr im Kapitel 16.

Jahre vorher wuchs und blühte in der Bundesrepublik ein unternehmungslustiger Konzern, der auf die Anfänge deutscher Ölwirtschaft um die Jahrhundertwende zurückging. Das war die DEA, und sie hatte schon einen beachtlichen Anteil an Bodenschätzen und Förderung, darunter Erdöl und Erdgas. Auf ihrem Fundament hätte sich hervorragend weiterbauen lassen, die Aussichten für die DEA waren glänzend — da kam die amerikanische Texaco und kaufte sie. Da die damalige (christdemokratische) Bundesregierung kein nationales Energiekonzept hatte (außer allenfalls, unsere Kohlewirtschaft ruinieren zu lassen), konnte der Verkauf so leicht über die Bühne gehen, wie das in keinem anderen westlichen Industrieland möglich gewesen wäre.

Besonders in Frankreich wäre es ein Unding gewesen.

Es gibt auch längst bedeutende nationale Energiekonzerne anderswo, die eine Gegenmacht zu den »Majors« darstellen und das Gerede von der Unfähigkeit staatlicher Öl-Unternehmen Lügen strafen. Im allgemeinen wird vergessen, daß auch die BP dazu gehört, und dann gibt es in Frankreich die Compagnie Francaise des Petroles (CFP), die nach dem Ersten Weltkrieg eigens auf Betreiben der Regierung gegründet wurde, um den Anteil am irakischen öl zu verwerten, der den Deutschen abgenommen worden war. Auch hier sicherte sich die Regierung den entscheidenden Einfluß, wenn auch nicht die Aktienmehrheit. Und in der Ära de Gaulle kam die gänzlich staatseigene Elf-Aquitaine hinzu, ebenfalls dynamisch und erfolgreich.
CFP (Handelsmarke »Total«) und BP konnten zu den ganz Großen aufsteigen, weil sie über eine stattliche Rohölbasis verfügten, noch dazu über eine außerordentlich billige, unter den Bedingungen der Kolonialzeit erworbene. Mit dem leicht erzielten Gewinn ließ sich dann vorzüglich weiter wachsen, anderswo Konzessionen und Beteiligungen bezahlen, ein »Major« werden. Die CFP wurde bald als eine Art achte »Schwester« betrachtet. Später Hinzugekommene konnten und können keinen derartigen Vorteil ausnutzen. Dazu gehört die in vieler Hinsicht besonders bemerkenswerte ENI, der italienische staatliche, aber ganz privatwirtschaftlich operierende Konzern, dessen Öl-, Gas- und Benzingeschäft von der AGIP betrieben wird, die auch seine Keimzelle gewesen ist.

Als überall nach dem ersten Ölschock die Preise stiegen und vorübergehend das Benzin knapp wurde, haben die Vertreter der Multis voller Hohn darauf gedeutet, daß in den Ländern mit den staatlichen Gesellschaften die Benzinpreise am höchsten seien und die Versorgungslage schwieriger war als anderswo. Abgesehen davon, daß dafür dort oft der Heizölpreis niedriger war (aus sozialen Gründen, denen sich eine staatliche Gesellschaft eben Gottlob nicht entziehen kann) — dieser Hohn steht Gesellschaften, die sich ihre hauptsächlichen Vorkommen und Bezugsmöglichkeiten unter den Bedingungen der Kolonialwirtschaft verschafft hatten, sehr schlecht an. Da, wo ihnen die OPEC-Länder die Verfügungsgewalt über die früheren Konzessionsgebiete genommen hatten, gewährten sie ihnen immerhin den Vorrang beim Bezug des dortigen Öls, häufig in festgelegten Kontingenten, und großenteils billiger. Das Geschrei hätte man nicht hören mögen, das ausgebrochen wäre, wenn die »Majors« nicht diese Einkaufsmöglichkeiten behalten hätten (und sei es auch nur für eine Übergangszeit). Solche Vorteile hatten Spätkömmlinge wie die ENI natürlich nicht, die sich deswegen keineswegs zu schämen braucht.

Die vier, die das saudiarabische Öl aufgrund der alten Aramco-Beziehung vermarkten können (Esso, Socal, Mobil und Texaco), waren nicht nur den staatlichen Gesellschaften, sondern allen anderen durch ihre günstigere Einkaufsmöglichkeit überlegen. Ihre Kosten pro Barrel lagen wesentlich unter denen anderer Lieferanten, wie alle Welt spätestens seit dem Tauziehen zwischen Saudi-Arabien und den anderen

Ölländern um die Senkung des Ölpreises weiß. Aber verkaufen konnten sie zum ähnlich hohen Preis wie alle anderen, und nirgendwo im Westen geben ihre Tankstellen das Benzin wesentlich billiger ab oder kann die Kundschaft den Heizöltank billig füllen, weil es aus dem nachweisbar billigeren saudiarabischen Öl stammt. Wollen die vier Gesellschaften behaupten, damit den Interessen der Abnehmer zu dienen? Indem sie ihre Preise ebenso hoch halten wie diejenigen ihrer Konkurrenten, die für das Öl wesentlich mehr ausgeben müssen, zeigen sie allenfalls Verantwortung gegenüber diesen, die sie nicht unterbieten wollen, und gegenüber ihrer eigenen Gewinnlust. Auch kein bedeutendes Motiv für uns, ihnen die Verantwortung, die sie haben möchten, zu geben.

Von jeher haben Multis versucht, sich gegen Kritik — für Vergangenes oder auch zukünftige — ziemlich ungeniert durch den Aufbau eines multifreundlichen Chores zu sichern, durch direkte Eingriffe in die Innenpolitik mancher Länder, durch Bestechungen und »Zuwendungen«. Bekannt wurden die Millionen, die Gulf zwischen 1966 und 1972 der südkoreanischen Regierungspartei zukommen ließ, oder kleinere Beträge an bolivianische Gruppen (kurz vor der Nationalisierung ihrer dortigen Holdings 1969), oder die Gelder, die Esso, Mobil und Gulf zwischen 1963 und 1973 an italienische Parteien verteilten (darunter 12 Millionen Dollar an die Christdemokraten und, sicher ist sicher, 86000 Dollar an die Kommunisten); Esso und Gulf wiederum bedachten auch kanadische Parteien. Die meisten »Majors« sind auch großartige Gastgeber für Journalisten.

Zum Thema Verantwortungsbewußtsein gehört wohl auch, fast hätte ich es vergessen, ihre direkte Aufgabe: Öl liefern. Als 1974 Knappheit herrschte oder besser gesagt zu herrschen schien, lagen merkwürdig viele Tanker, voll bis an den Rand, im Persischen Golf - und dampften nicht ab. Durften nicht abdampfen Richtung Europa, wo Öl knapp schien und die Preise stiegen. Nicht schnell genug?
Andere Beispiele habe ich in anderem Zusammenhang genannt. Hier sei allenfalls noch angefügt, daß im Juli 1981 am Bahnhof Klagenfurt mehr als 50 Waggons mit Benzin entdeckt wurden, während doch die Ölfirmen wegen angeblicher Versorgungsprobleme Kärntner Tankstellen nicht mehr belieferten (Süddeutsche Zeitung, 25. 7. 1981). »Man hält die These für erwiesen, daß die Versorgungskrise manipuliert wurde, um die große Abhängigkeit Österreichs vom ausländischen öl zu einer erpresserischen Preistreiberei auszunutzen«, hieß es in dem Zeitungsbericht.
Kann man im Licht solcher Informationen nicht die Frage verstehen, die Peter Christ am 10. August 1979 in der ZEIT stellte: »...tun die Unternehmen, die am öl jetzt so mühelos verdienen können, wirklich alles, um die Abhängigkeit von diesem Rohstoff - und von der OPEC - zu mindern? Können sie als angehende Herren auch über Energieformen der Zukunft nicht neue Techniken zurückhalten, bis die alten ausgereizt sind und maximalen Gewinn gebracht haben?« Christ schließt seinen Artikel:
»Das gegenwärtige Verhalten nährt Zweifel an der Seriosität der Multis. Wenn sie jetzt schneller Gewinne wegen den Bogen überspannen, wird

marktwirtschaftliche Organisation für die Energieversorgung der Zukunft politisch nicht mehr haltbar sein. Die Ölkonzerne sägen damit an dem Ast, auf dem sie sitzen.«

9. Muß öl wirklich so teuer sein?

Die Rolle der »Majors« in der internationalen ölwirtschaft schrumpft. Noch 1963 waren 80 Prozent der Ölproduktion außerhalb des Ostblocks fest in ihren Händen, ganz direkt, von der Förder-bis zur Tankstelle. 1979 waren es nur noch 25 Prozent der Produktion, 40 Prozent des Vertriebs, mit weiter sinkender Tendenz. Auch im Raffineriegeschäft zeichnete sich ein - wenn auch langsamerer - Rückgang ab. Wenn diese Gesellschaften auch dank langfristiger Verträge weiterhin Zugriff zu OPEC-Öl hatten, nunmehr freilich nicht mehr als Besitzer, sondern selbst als Käufer, so nahm es doch auch an Bedeutung für sie selbst ab.
Der Anteil am Welt-Rohölhandel und -geschäft, der direkt zwischen nationalen Gesellschaften beziehungsweise Staaten abgewickelt wurde, näherte sich schon 1980 der Hälfte. Das heißt nicht, daß die »Majors« ärmer wurden, ganz im Gegenteil. Sie waren ja nach den Förderländern und den steuererhebenden Regierungen in den Industrieländern gewaltige Nutznießer der Preissteigerungen. Besonders die vier Unternehmen, deren Kosten für das saudiarabische öl so tief unter dem Preis lagen, den die Konkurrenten für ihr öl bezahlen mußten. Und was Exxon, Mobil, Socal und Texaco aus Saudi-Arabien weiter verkaufen konnten, war ja fast so viel, wie alle anderen OPEC-

Länder zusammen lieferten, dank der gewaltigen, auch noch forcierten saudiarabischen Produktion.
Der Preisvorteil im Einkauf betrug zeitweise bis zu acht Dollar pro Barrel, also mehr als 100 Mark pro Tonne, was kein Kunde bemerkt haben kann. Die Endpreise unterschieden sich merkwürdigerweise kaum. Da konnten die vier also phantastischen, im Vergleich zu den anderen überdurchschnittlichen Gewinn machen.
Die Bundesrepublik führte im bis dahin teuersten Ölimportjahr 1981 rund 80 Millionen Tonnen Rohöl ein. Davon war fast ein Drittel saudiarabisches.
Wie gesagt: An der Tankstelle oder für die Ölheizung merkte man kaum einen Unterschied. Der war wohl auf dem Weg vom arabischen Golf bis in die Bundesrepublik verloren gegangen - wohin wohl?
Es steht freilich fest, daß andere »Majors«, soweit sie als Folge früherer Konzessionen bevorzugt einkaufen konnten, ihrerseits auch billigere Quellen hatten, weit unter der Höchstpreisgrenze. Auch sie richteten sich nach noch teureren, was auch ihnen durchaus deutliche Gewinne ermöglichte. Abgesehen davon fördern die Riesen durchweg in den Vereinigten Staaten - die sieben zusammen mindestens 175 bis 180 Millionen Tonnen im Jahr, aus weitgehend amortisierten Förderstellen. Diese Menge ist bei weitem nicht so teuer wie OPEC-Öl: Die Lager gehören den Multis. Dort waren die Preise bis vor kurzem noch staatlich kontrolliert, künstlich niedrig gehalten. Aber 1979/1980 wurden die Preiskontrollen aufgehoben - und da explodierten gleich die Gewinnzahlen.
Merkwürdigerweise beruhigten die Multis ihr aufgebrachtes und verwundertes amerikanisches

Publikum damit, die Hauptgewinne seien im Ausland angefallen. Damit können sie schwerlich Albanien oder Grönland gemeint haben, sondern sicherlich uns und ähnlich reiche Länder. Die enorme Spanne zwischen den vergleichsweise geringen Förderkosten in den USA und den durch Angleichung an OPEC-Preise erzielten Gewinnen schienen selbst den konzernfreundlichen USA zu weit zu gehen, und so wurde unter Präsident Carter eine Steuer auf diese »windfall profits« eingeführt. Ich sage nicht, wie hoch und was sie abgeschöpft hat, denn während ich dies schreibe, hat Präsident Reagan diese Steuer schon wieder weitgehend entschärft. Es ist reizvoll, dem Hinweis auf den hohen Anteil saudiarabischen Öls an der Versorgung der Bundesrepublik noch etwas nachzugehen.
Diese 25,6 Millionen Tonnen von insgesamt 79,6 Millionen 1981 eingeführten waren also, gemessen an anderen, ausgesprochenes Billigpreisöl. Zu dieser Menge müssen im gleichen Zeitraum noch etwa vier Millionen Tonnen »eigenes« Öl gekommen sein, in der Bundesrepublik gefördertes. Das kommt im wesentlichen aus dem niedersächsischen Norddeutschland und hat schon seit langem nur noch vergleichsweise lachhaft geringe Förderkosten. Freilich gehört es »uns« gar nicht, sondern einigen »Majors«. Just jenen, die auch über das billige Saudi-Öl verfügen: Esso, Texaco und Mobil, und dazu die Shell. Die drei Amerikaner sind also besonders fein dran (Mobil verkauft über seine 28-Prozent-Beteiligung an Aral), Shell ist nicht gerade bemitleidenswert.
Die nächste sehr beachtliche Importmenge des für uns bestimmten Rohöls stammt aus der Nordsee: etwa 18,7

Millionen Tonnen, davon abgerundet 16 aus dem britischen Teil. Da kommt die Stunde der BP, größter Förderer in der Nordsee (1979: 49 Millionen Tonnen), der die Shell aber auch schon einiges abgewinnt (15 Millionen), und Esso und Mobil auch (6,3 bzw. 4,8 Millionen Tonnen). Die Texaco auch, aber weniger. Das Nordseeöl wurde lange sehr teuer verkauft (bis Anfang 1981 wie das teuerste OPEC-Öl, dann aber dem Preis des hilligen saudiarabischen wenigstens angenähert). Die Förderkosten betrugen nur etwa ein Fünftel (vor der Preissenkung) bis ein Viertel des Abgabepreises (durchschnittlich acht Dollar pro Barrel, wie man der Süddeutschen Zeitung vom 2. 6. 1980 entnehmen konnte). Die unbestritten hohen Nordsee-Erschließungskosten werden bei einer solchen Ergiebigkeit (in den vergangenen vier Jahren dürfte die Nordsee rund 400 Millionen Tonnen Öl hergegeben haben, abgesehen vom Erdgas) keine solchen Sorgen bereiten. Und wenn auch die britische Regierung und die BP den Löwenanteil bekommen, so brauchen wir doch sicher nicht anzunehmen, daß die Gesellschaften ihr billigeres Nordseeöl um den Erdball herum woanders verkaufen, um uns lieber teurer von weit her zu beliefern. Auch das merken wir leider nicht an der Endpreiskalkulation. Hingegen wissen wir, daß die BP über ihre Beteiligung in den USA erhebliche Sondergewinne macht. Das hält sie natürlich nicht für einen Grund, uns an ihrem Nordsee-Vorteil teilhaben zu lassen. In unserer Übersicht könnten wir also den vorher erwähnten 29,6 Millionen Tonnen billiger erworbenen Öls noch fast 19 Millionen Tonnen aus der Nordsee hinzufügen, die auch nicht zum teuersten

gehören. Wenn wir das zusammenrechnen, dann kommen wir zu dem erfreulichen Ergebnis, daß über die Hälfte des in der Bundesrepublik verwendeten Rohöls aus Quellen stammte, wo die Beschaffungspreise wesentlich niedriger lagen als die, welche viele OPEC-Länder verlangten. Doch niemand hat in der Bundesrepublik irgend etwas von einem Versuch bemerkt, wenigstens diese große Masse billiger zu machen. Im Gegenteil: Wir mußten zahlen, als gäbe es diese billigeren Beschaffungen nicht. Da kehrte sich wohl die berühmte Weltwirtschafts-»Ordnung«, von der Dr. Karl-Heinz Narjes, heute EG-Kommissar, in der schon erwähnten Bergedorfer Debatte rühmte, sie sei »eine verläßliche Welthandelsordnung, zu der es keine Alternative gibt«, zur Abwechslung einmal gegen uns. Dennoch bleibt seltsam, daß ein so massives Unterschreiten des höchsten Einkaufspreises keinerlei Senkung des Endpreises bedeutet (es sei denn, eine so minimale, daß sie nicht ins Gewicht fällt). Und diese Seltsamkeit ist eine durchaus weltweite Erscheinung - abermals ein Anlaß, die geltende Weltwirtschafts-»Ordnung« mit Verwunderung zu betrachten.

Die OPEC-Länder, deren Preise die übrige Welt so zu erbittern scheinen, fördern ja nur etwa die Hälfte der Weltproduktion. Aber von dieser Menge förderte 1980 und 1981 fast 40 Prozent Saudi-Arabien, das alle anderen Förderstaaten mit seinem Preis (von 32 Dollar für das »Marker Crude«) erheblich unterbot, gerade um auch sie zur Preissenkung zu bewegen. Erst zu Ende des Jahres setzte sich Saudi-Arabien durch: Sein Preis stieg auf 34 Dollar, aber der für das teurere Öl fiel. Die billiger beschaffbare Masse ist also höher gewesen,

selbst wenn man den Sowjetblock aus dem Weltdurchschnitt herausrechnet, sogar viel höher, fast dreimal so hoch. Und von den Nicht-OPEC-Fördermengen stammen ja ganz beträchtliche aus Konzessionen, in denen die Multis oder die uns befreundeten Regierungen die Preise selbst bestimmen können. Wenn man also nach dem Beispiel Saudi-Arabiens die Preise hätte drücken wollen, hätte der Westen durchaus die Möglichkeit dazu gehabt. Er hätte auch den von und bei ihm existierenden Anteil an der Förderung, ebenso wie Saudi-Arabien es tat, vorübergehend stark erhöhen können. Der Einwand, daß dann die Vorräte schneller erschöpft würden, gilt für die Saudi-Araber ebenfalls. Es handelte sich doch darum, den offenbar krisenauslösenden Preis im Interesse der ganzen westlichen Wirtschaft zu drücken, bis die Umstellung auf andere Energien in Verbindung mit gesteigerter Sparsamkeit die Versorgungslage sowieso entlasten würde. Das angestrebte Resultat hätte sehr wohl die vorübergehend stärkere Belastung gerechtfertigt - besonders in der allgemeinen Verzweiflung über die mißliche Wirtschaftslage.
Doch merkwürdigerweise kam es niemandem von jenen, die ständig das Wort von der Verantwortung im Munde führten, und jenen, die wirklich Verantwortung hatten, in den Sinn, eine derartige verantwortliche Energiepolitik zu treiben.
Das wäre sicher nicht ohne die »Majors« gegangen, deren Fördermöglichkeiten außerhalb des OPEC-Gebietes weiterhin sehr ansehnlich sind. Aber das wäre auch nicht ohne die amerikanische Regierung gegangen — und da mag man bezweifeln, daß sie dafür zu haben

gewesen wäre. Es gibt ja Gründe genug, nicht so fest zu glauben, daß die USA über die Preiserhöhungen seit 1973 wirklich sehr unglücklich sind. Manche Leute vertreten im Gegenteil die These, daß diese Entwicklung ganz direkt auf die Amerikaner zurückgeht, mehr auf die Regierung als die Multis. Diese freilich können über Preissteigerungen, mit denen ihre Gewinne so kräftig mitklettern, auch nicht gerade unglücklich sein.

Die Preispolitik der OPEC hat den Vereinigten Staaten am wenigsten geschadet, wenn überhaupt. 1973 waren die USA nur zu einem geringen Teil auf nahöstliche Lieferungen angewiesen. Der Lieferboykott und die höheren Preise konnten sie also nicht so stark treffen wie andere Industrieländer, die viel abhängiger vom Nahostöl waren. Aber die stärker getroffenen, viel verwundbareren Gebiete, nämlich Westeuropa und Japan, hatten sich seit den sechziger Jahren zu außerordentlich erfolgreichen, immer gefährlicheren Konkurrenten der USA entwickelt. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg im Welthandel kam auch wachsende außenpolitische Distanz zu den USA, nicht etwa nur in Frankreich unter dem Einfluß de Gaulles, sondern auch anderswo. Der Ölschock von 1973 traf in diese Entwicklung hinein. Er stürzte Westeuropa und Japan wieder in die Krise (die Japaner scheinen sie schneller überwunden zu haben als wir). Die Konkurrenzgefahr für die Vereinigten Staaten war wie auf einen Schlag wenn nicht beseitigt, so doch stark verringert.

Von dieser deutlich sichtbaren Entwicklung darauf zu schließen, die Vereinigten Staaten hätten sie ausgelöst,

besonders durch ihre Beziehungen zum Schah und zu den Saudi-Arabern, ist nur ein Schritt. Die These ist schon sehr früh in London und Paris aufgetaucht. Es gibt auch manche Aussagen amerikanischer Beamter, daß Washington Anfang der siebziger Jahre die Preisvorstellungen der OPEC-Länder (die damaligen!) nicht so schockierend empfand, wie es die »Majors« vorgaben zu tun. Aber da ging es nur um 40 oder 50 Cents pro Barrel. Schon vor dem Oktoberkrieg von 1973 konnte man im Economist die Vermutung lesen, ob Ölpreiserhöhungen nicht ein amerikanisches Komplott gegen die japanische Konkurrenz seien.

Gegen die Komplott-These lassen sich ebenfalls Indizien anführen, für die leider hier nicht der Raum ist. Daß die Wirkung so war, als habe es ein Zusammenspiel gegeben, ist wohl deutlich genug. Jedenfalls spiegelt die These auch Mißtrauen gegen das Zusammenspiel der amerikanischen Ölindustrie mit der Regierung wieder. Dieses Mißtrauen ist alt, aber deswegen nicht unberechtigt.

Wenn die Regierungen der anderen Industrieländer das gleiche Mißtrauen hegen sollten, so ließen sie sich jedenfalls nicht nur nichts anmerken, sondern handelten so, als wollten sie die Wirkung der neuen, hohen Preise auf die Wirtschaft ihrer Länder noch steigern. Entzückt über die höheren Steuern, die von den gestiegenen Preisen abzukassieren waren, ließen die westeuropäischen Regierungen ihre Völker bezahlen. Sie erhöhten eher noch die Mineralölsteuern, als sich etwas zur Milderung der negativen Wirkung einfallen zu lassen. Im gleichen Atemzug wurde auch noch die OPEC aufgefordert, den Ölpreis zu spalten,

mit einem geringeren für die armen Länder. Was vom Argument der armen ölpreisgeschädigten Entwicklungsländer zu halten ist, steht in Kapitel 13. Der industrialisierte Westen aber hatte wirklich die Möglichkeit, wesentlich billigere Preise durchzusetzen, auch »gespaltene«, und jedenfalls bei sich zu praktizieren. Er dachte nicht daran, obwohl er den Einnahmeverlust einiger »Majors« und Länder hätte verkraften können - zugunsten der Schwachen im eigenen Land. Als wenn die Krise nicht schon schwer genug gewesen wäre, die Arbeitslosenzahl nicht viel zu hoch, die schwächeren Schichten nicht wie stets am schwersten getroffen, fanden die westlichen Regierungen kein besseres Rezept, als die hohen Energiepreise durch höhere Steuern noch höher zu treiben. Energie, Benzin, Heizöl, Strom sollten möglichst schnell noch ärger verteuert werden, damit die Bevölkerung sich abgewöhne, Öl und Benzin zu verbrauchen. Aber die anderen Energiepreise folgten ja auch. Zynischer konnte man keine Wirtschaftspolitik gegen die ärmeren Schichten machen. Und das war in unseren Verhältnissen nichts anderes, als was man der OPEC im Verhältnis zu anderen Entwicklungsländern vorwarf — nur daß die OPEC für ihr Handeln weit bessere Argumente hat (siehe Kapitel 13). Die westlichen Regierungen hätten sich etwas anderes einfallen lassen müssen, und seien es jene gespaltenen Preise, nicht ein paar tausend Kilometer entfernt für fremde Völker, sondern hier im eigenen Land.
Mir scheint sehr passend, was John K. Galbraith schon am 27. September 1979 im New York Review schrieb: »Für den Puristendes Freien Marktes zählen die Armen

nicht. Professor Milton Friedman, der anerkannte Führer der Freie-Markt-Gemeinde, ist nicht bewußt hartherzig. Hohe Preise zu benutzen, um der Familie mit niedrigem Einkommen Benzin und Heizung vorzuenthalten, ist für ihn ... eine technische Sache ohne moralischen Inhalt. Nichts unterscheidet dies von der Steuerrevolte der Wohlhabenden gegen die Wohlfahrt, gegen Schulen, Parks, öffentliche Erholungsanlagen, Büchereien und die Polizei, die alle für das Leben der Armen viel wichtiger sind als für diejenigen, die sich privaten Ersatz leisten können ... Die Markt-Lösung bedeutet, daß Einkommen >recycled< (wieder in den Kreislauf der Wirtschaft zurückgeleitet) wird: vom Publikum allgemein, einschließlich jener, die am meisten von den hohen Preisen gedrückt werden, zu den >Sieben Schwestern< und den ebenso gesegneten >Unabhängigen< (anderen Ölgesellschaften).« Und, muß man hinzufügen, zum Staat, dem nichts Besseres einfiel.

Die Multis behaupten wenigstens noch, sie brauchten das viele Geld, um neues Öl zu finden. Was sie in den letzten Jahren mit ihren Gewinnen angefangen haben, zeigt, wie fadenscheinig diese Begründung ist. Zwar haben sie auch gewaltig in Energie investiert, nämlich in Kohle, Uran und Solarenergie, und sie verfügen schon über einen nennenswerten Anteil an diesen Energiequellen. Man muß sich da sogar fragen, ob es wirklich in unserem Interesse ist, allmählich die gesamte Energieversorgung der Menschheit jenen Konzernen anzuvertrauen, die als Produkte und Motoren der Raffgier im Kolonialzeitalter schon sehr

zum fatalen Ungleichgewicht zwischen armer und reicher Welt beigetragen haben.
Das Verantwortungsgefühl, das sie in ihren Inseraten anführen, haben sie nicht bewiesen. Wäre eine Völkerfamilie nicht verrückt, wenn sie einer Konzerngruppe, die schon schlechten Gebrauch von ihrem Entscheidungsmonopol in der Welt-Ölwirtschaft gemacht hat, nun den Weg zum nächsten, vielleicht noch wichtigeren Monopol ebnet? In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, keineswegs der Multi-Feindschaft verdächtig, artikulierte Klaus Wiborg (24. 7. 1980) »das Unbehagen darüber, daß diese ausgreifenden Riesen den Schlüssel auch zu den Alternativenergien in Händen halten und damit jeden zukünftigen Substitutions-Wettbewerb mitkontrollieren könnten«.
Monopolbildungen, Kartelle sind selbst in der »freien Marktwirtschaft« verpönt. Wie können Sozialisten und Liberale gemeinsam eine solche Entwicklung fördern wollen? Wenn jemand für die lebenswichtige Energie zuständig sein darf, dann doch wohl die Staaten selbst, um deren Wohl und Wehe es sich handelt, vertreten durch ihre Regierungen. Abgesehen von ihrer Investition ins Energiewesen haben sich die Multis gewaltig in der Metallindustrie engagiert, der besseren natürlich. Die Shell gehört schon zu den bedeutenden Aluminium-, Kupfer-, Zink- und Nickelproduzenten, sie verfügt über Bauxit, Magnesium, Molybdän, Tungsten und Blei. Exxon projektierte, eine der größten chilenischen Kupferminen mit einem Aufwand von einer Milliarde Dollar zu entwickeln, und verfügt über Silber, Blei und Zink, Gulf ebenso. Mobil fördert Phosphat, Atlantic Richfield (Arco), nach dem 1980er-

Gewinn auf Rang 8 der amerikanischen Ölunternehmen, hat vor einigen Jahren die Anaconda gekauft, Amerikas drittgrößten Kupfer- und fünftgrößten Aluminiumproduzenten. BP investiert zur Zeit jährlich ein Viertel seines Explorationsaufwandes in den Metallsektor und hat vor kurzem den größten Kupferkonzern der USA, Kennecott, erworben, schon 1979 Gold-und Kupfervorkommen in Südaustralien. BP kaufte 1980 mit dem Selection Trust eines der bedeutendsten Bergbau-Finanzierungsunternehmen, und damit umfangreiche Bunt-, Edelmetall- und Diamantvorkommen. Die Standard Oil of Indiana wiederum, besser bekannt als Amoco, übernahm 1979 den kalifornischen Kupfer-, Blei- und Zinkproduzenten Cyprus Mines. Es liegt auf der Hand, daß die ölriesen, nicht nur die »Majors«, auch groß in der chemischen Industrie sind - Erdöl ist ja die Ausgangsbasis für Tausende von Kunststoffen und Produkten. Die Shell gehört zum führenden Dutzend der Chemiekonzerne in der Welt, die Exxon-Chemie ist von vergleichbarer Größe. Aber weniger einleuchtend ist, und noch weniger mit der Suche nach Erdöl- und Erdgas hat es zu tun, wenn Mobil eine Warenhauskette und ein Verpackungsunternehmen kauft und ein Appartmentblock-Viertel in Hongkong errichtet, Gulf von sich reden macht, weil es über den Erwerb eines Zirkus nachdenkt, Oxy (das ist Occidental, Nummer 13 unter den US-Ölkonzernen) die größte amerikanische Fließbandmetzgerei (Umsatz fünf Milliarden Dollar im Jahr, Kaufpreis 800 Millionen) übernimmt, die »Iowa Beef«. An Fleischverarbeitung ist auch die BP beteiligt, die bisher (laut VWD) am weitesten »diversifizierte«

Öl-»Schwester«: allgemein stark in der europäischen Nahrungsmittelindustrie, in Fisch- und Geflügelzucht und Tierfutter, aber auch in Waschmitteln. Die BP ist auch ins Computergeschäft eingestiegen. Exxon verfolgt zielstrebig den Ausbau ihres Anteils an der Informations-Elektronik und der Elektrobranche, Schreibmaschinen eingeschlossen. Sun (Platz 10 der US-ölrangliste) übernahm eine Spedition, eine Tonbandkassettenfirma und eine Ladenkette, Ashland stieg in Schiffahrt und Bauwirtschaft ein, Tenneco bei Autozubehör und Versicherung.
Diese Betätigungen werden der Öl- und Erdgasversorgung der Welt ebenso wenig hinzufügen wie die 1981 ausgetragene Übernahme-Schlacht um den neuntgrößten US-ölkonzern, die Conoco, um die sich gleich mehrere Riesen bewarben und die dann für mehr als sieben Milliarden Dollar beim Chemie-Giganten Dupont landete. Zwei Jahre vorher hatte die Shell die einträgliche, wegen ihrer ölreserven interessante Belridge (USA) übernommen, für den (bis dahin) Rekordpreis von 3,6 Milliarden Dollar.
Auch daß Mobil etwa sieben Milliarden Dollar für den Versuch mobilisierte, »Marathon Oil« zu schlucken, Nummer 14 der US-öl-gesellschaften, oder gar »United Steel«, den gegenüber Marathon erfolgreicheren Konkurrenten, kann schlecht als Erschließungstat betrachtet werden. Die Marathon, die wegen großer eigener ölreser-ven so begehrenswert erschien, brauchte keine Lehren in ölsuche und Förderung.
Auch andere Ölriesen stellten damals Mittel bereit, um Übernahmeversuche abwehren oder auch selbst wagen zu können. Die Kreditmasse, die von einem Dutzend

Großbanken für etwa ebenso viele Ölgesellschaften locker gemacht wurde, lag mit reichlich 45 Milliarden Dollar in der Zeit von März 1980 bis März 1981 wesentlich über dem Betrag, der im gleichen Zeitraum zwölf Entwicklungsländern zur Verfügung stand, und darunter waren solche Großkunden wie Mexiko, Brasilien, Argentinien, Venezuela und Südkorea (South, Oktober 1981). Im Rest des Jahres 1981 kann die Summe nur gewachsen sein. Zu diesen Transaktionen waren die Ölgesellschaften fähig, weil sie in den Supergewinnen der Jahre 1979 bis 1981 schwelgten. Lieber sahen sie, wenn geglaubt wurde, sie steckten ihr Geld in neue Suche und Gewinnung, und in der Bundesrepublik verbreiteten Mitarbeiter jenes schon erwähnten energiewirtschaftlichen Instituts »Untersuchungen«, die diesen irrigen Eindruck förderten. Sie versäumten selten, den Multis zu bescheinigen, daß sie ihre Gewinne immer wieder zum größten Teil investiert hätten, zu 90 Prozent im Energiebereich, und diese Gewinne seien ohnehin nicht exzessiv. Ende 1981 enthüllte die Londoner Financial Times dann, daß Mobil außer seiner 6-Milliarden-Dollar-Kreditlinie über weitere zwei Milliarden in bar und in Wertpapieren verfüge. Die Milliarden erhöhter Gewinne, die den »Majors« seit dem ölpreisschock zugeflossen sind, und zwar aus unseren Taschen, dienen ganz offensichtlich nicht dazu, für billiges Öl zu sorgen. Das wird im nächsten Kapitel noch deutlicher werden und jedenfalls auch kein vernünftiger Grund sein, den Multis das erbetene Vertrauen zu schenken. Sie sind auch so schon teuer genug.

10. Multi-Märchenstunde: Wie man kein öl sucht

Seit Jahren bombardieren uns Ölfirmen mit eindrucksvollen, aufwendigen Anzeigen und Fernsehspots über ihre Ölsuche: In den entlegensten Ecken der Welt und unter unwirtlichen Bedingungen wird dort der Menschheit gedient. »Es gibt noch viel zu tun«, sagt die Esso ganz richtig. Die ständige Aufforderung an das deutsche Publikum freilich (»Packen wir's an!«) ist nicht so recht verständlich. Wahrscheinlich soll der Leser und Zuschauer diesem Imperativ nicht folgen, indem er selbst zu eigener öl suche aufbricht. Vermutlich genügt es, den Multis das Zupacken für leckere Gewinne zu gönnen. Wo doch das Ganze so viel kostet.
Eigentümlicherweise aber wird weder so energisch gesucht, wie es die schönen Anzeigen schildern, noch müßte es wirklich so überaus teuer sein.
In Wirklichkeit ist es so aufwendig, weil weniger schwierige, aber durchaus riesige und Vorrat versprechende Gebiete gemieden werden oder jedenfalls bis eben gemieden worden sind.
Das sind just jene, die auch bisher schon mit so erstaunlichen Fördermöglichkeiten glänzten, nämlich die Länder der sogenannten »Dritten Welt«.
Ganz recht: Die Landstriche (abgesehen von ihren Festlandsok-keln und Meeren), die schon so hohe nachgewiesene Reserven haben, sind nach Ansicht der Fachleute auch noch für weitere große, nur eben noch nicht entdeckte Mengen gut. Wieso sind die nicht entdeckt? Nun, weil da nicht so energisch gesucht worden ist. Und warum nicht? Warum wird nicht

wenigstens jetzt, wo man so klar jeden erreichbaren Tropfen Öl braucht, mit aller Kraft gesucht?
Die Antwort ist ganz einfach: weil sie in Gegenden liegen, in denen die Multis nicht mehr hoffen können, so großzügig wie früher mit den Funden umgehen zu können. Und früher haben sie hier kaum gesucht, weil sie ja schon über mehr Reserven verfügten (dachten sie) als nötig - jeder neue Fund senkte den Wert der alten...
Die »Majors« suchen in der Tat energisch dort, wo sie hoffen können, nicht auf Interessen von Völkern Rücksicht nehmen zu müssen, die sie für unzuverlässig halten. Also nicht gern bei solchen, die einen später enteignen, weil es doch ihr Bodenschatz ist. Darauf, daß sich vermutlich eine für beide Seiten befriedigende Basis finden ließe, doch zu suchen, doch daran zu verdienen und doch dem jeweiligen Land auch die Wahrung seiner Interessen zu gönnen —auf diesen Standpunkt, einen für Ölmultis denkbar neuen, hat sich noch kaum jemand umgestellt. Und so angeknackst ist aus gutem Grund ihr Ruf in der »Dritten Welt«, daß manche Länder erst ihre Gesetze ändern müßten, um die westlichen Multis wieder ans Werk zu lassen - sie haben unter dem Eindruck der Erfahrungen anderer die Suche und die Förderung gesetzlich ihrer nationalen Ölgesellschaft vorbehalten, und die ist vielerorts noch zu schwach dafür. Doch dies sind Regelungen, die keineswegs in der ganzen, riesigen »Dritten Welt« gelten, deren Potential gewaltig ist.
Unsere Multis, Schwestern oder nicht, suchen seit langem, schon lange vor dem Ölschock, am liebsten da, wo sie noch den größten Einfluß haben, am besten gar die Eigenverfügung: in Nordamerika, in Alaska, in der

Nordsee, in der Arktis — nur weit weg von jenen unsicheren Kantonisten der »Dritten Welt«.
Zwar müssen die Gesellschaften feststellen, daß auch Briten, Norweger, Dänen, Kanadier, wenn es um ihre nationalen Anrechte auf ihre Bodenschätze geht, ob zu Land oder auf dem Meeresboden, sich allmählich nicht mehr viel anders verhalten, als es die »Ölscheichs« tun. Sie vergeben die Konzessionen nur zu ihren eigenen Bedingungen, sie behalten sich vor, Förderanteile zu übernehmen, sobald die Gesellschaften etwas Fördernswertes gefunden haben. Sie besteuern die Gesellschaften ziemlich hoch, sobald Gewinn da ist. Sie behalten sich vor, das Fördertempo zu bestimmen. Sie behalten einen immer größeren Anteil ihren nationalen Gesellschaften vor. Sie behalten das Recht, die Förderung zu bremsen (was praktisch alle skandinavischen Länder und Großbritannien in der Nordsee schon tun). Ja - sie halten für ihr Recht, das öl, wenn es einmal da ist und geliefert werden kann, als politische Waffe einzusetzen (die norwegische Regierung hat dies ausdrücklich erklärt, die britische tat es längst, beispielsweise, indem sie Lieferungen an andere Staaten davon abhängig machte, daß von dort Aufträge an die britische Industrie gehen).
Diese lange Liste liest sich natürlich wie das Handbuch der OPEC, und als die OPEC solche Bedingungen setzte, löste sie denkbar unfreundliche Reaktionen im Westen aus. Aber hier handelt es sich immerhin um Völker, in denen die Multis nicht so suspekt sind wie in Asien, Afrika oder Lateinamerika. Hier haben sie selbst viel größeren Einfluß — und mobilisieren ihn. Hier hat die Bevölkerung kaum das Gefühl, von den Multis

ausgenommen worden zu sein, außer vielleicht letzthin bei den Benzin- und Heizölpreiserhöhungen. Aber diese Höhe erklären die Multis ja stets mit den »Scheichs«, allenfalls noch (was berechtigt ist) mit den staatlichen Abgaben, nicht mit sich selbst. Da findet sich dann auch immer mindestens ein Minister oder ein »Energie-Institut«, um ihnen zu bestätigen, sie müßten diese Gewinne haben. In den Zeitungen steht das sowieso. Zweifellos aber könnte der Preis allgemein viel niedriger sein, wenn das viele Erdöl, das noch in der Erde vermutet wird, tatsächlich schon entdeckt und vermessen wäre. Ob es wirklich schon gefördert werden müßte, ist fraglich: 1981 brachte ja wieder ein Überangebot, und das Öl wurde tatsächlich erheblich billiger. Aber unser Benzin stieg noch eine Weile...
Solange die Menschheit glaubt, in der Knappheit zu leben, die sich in den übereinstimmenden Schätzungen spiegelt (sichere Reserven nur rund 90 Milliarden Tonnen, was nur etwa 30 Jahre reichen würde), ist mit keiner drastischen Senkung mehr zu rechnen, die zu Preisen wie Anfang der siebziger Jahre zurückführen würde. Also ist es höchste Zeit, die gewaltigen Aktivitätsberichte der Ölindustrie näher unter die Lupe zu nehmen. Eine fleißig nachgedruckte Pressemeldung der deutschen Esso vom Februar 1980 kann uns da durchaus als Anschauungsmaterial dienen: »Von den 13000 Suchbohrungen, die von 1969 bis 1978 außerhalb Nordamerikas und der kommunistischen Länder niedergebracht worden sind, wurde rund die Hälfte in Entwicklungsländern und etwa je ein Viertel in Europa, Australien und Japan einerseits, sowie den OPEC-Ländern anderseits abgeteuft. Die 6500 Suchbohrungen

verteilen sich auf 68 der insgesamt rund 110 Entwicklungsländer.« Ganz schön viel...?
In zehn Jahren 6500, das wären freilich nur 650 im Jahr, verteilt auf die große, weite Welt, die riesigen Kontinente Lateinamerika, Afrika und Asien. Viel? Und fünf dieser Jahre waren Nach-Öl-Schock-Zeit, wo unsereiner dachte, nun würde besonders nachdrücklich gesucht. Und bei der Suche geht nichts über die Suchbohrung, was immer die seismischen und sonstigen geophysikalischen Vorarbeiten ergeben mögen, öl ist schon dort gefunden worden, wo es nach Ansicht der Wissenschaftler gar nicht hätte sein dürfen. Die erwähnten Zahlen kommen in eine bessere Perspektive, wenn wir uns die Vereinigten Staaten ansehen, ein altes, gewaltiges Förderland, das dauernd befürchtet, das eigene Öl werde knapp (da kommt uns doch etwas bekannt vor). Aber in den Vereinigten Staaten sind ja auch von Anfang an mehr als zwei Millionen Suchbohrungen niedergebracht worden. Zum Vergleich: Australien, für westliche Konzerne ebenfalls günstiger als »Scheichtümer«, konnte bis Anfang 1981 sage und schreibe erst 2740 Such- und Aufschlußbohrungen verzeichnen (VWD, 29. 5. 1981). Das fand (nach derselben Quelle) auch die australische Regierung zu wenig, und so konnte VWD auch mitteilen, die Zahl der Bohrungen werde sich 1981 fast verdoppeln gegenüber dem Vorjahr — auf 223! Da lohnt wohl ein Blick auf die Weltkarte und ein Größenvergleich. Die wahren Größenverhältnisse zeigen nicht, daß die Ölmultis den BP-Reklamespruch »Unsere Verantwortung wächst« wirklich ernstnehmen. Betrachten wir sie bezogen auf die Zeit bis zur Ölpreis-

Explosion, in einer Periode, als das internationale Ölgeschäft tatsächlich von den »Sieben Schwestern« beherrscht wurde. Suchbohrungen in den Jahren 1960 bis 1973, nach J. Favre, dem Direktor des französischen Erdölinstituts (Exploration In Petroleum-Deficit Developing Countries. Keynote Paper, UN-Meeting on Co-operation Among Developing Countries, Genf, 10.-20. November 1975):

USA und Kanada 145 700 Suchbohrungen

84 Öleinfuhrländer der »Dritten Welt« mit (damals, 1974) 1,4 Milliarden

Menschen 6816 Suchbohrungen

Das macht also für diese Ländermasse im

Schnitt 487 Suchbohrungen

pro Jahr. Während die Öffentlichkeit zum ersten Mal wohl durch die Ölkrise 1973/74 aufgeweckt wurde (vorübergehend), hatten Fachleute schon etwa 1970 vor der Verknappung — also auch der zu erwartenden Verteuerung — des Erdöls gewarnt. In dieser Zeit lagen die Versuchsbohrungen pro Jahr in Nordamerika (also USA und Kanada) gewöhnlich etwas über 10000, 1971 darunter; sie stiegen leicht auf 12238 im Jahr 1975, 12640 im Jahr 1976, 13000 im Jahr 1977. Der ganze »Rest« der Welt (außerhalb der Ostblockländer) blieb unter 2000 Suchbohrungen jährlich. Bezeichnende Zahlen für 1977: ganz Afrika 220, Naher Osten 100, Fernost und Australien 240, Lateinamerika 500. Indonesien ist schon lange ein bedeutendes Ölförderland, auf das seinerzeit die Shell ihren Reichtum gründen konnte. Seit dem Zweiten Weltkrieg tummeln sich hier andere Konzerne. An Fläche ist Indonesien etwa den Vereinigten Staaten gleich - doch hier betrug die Suchbohranstrengung nur

etwa ein Hundertstel der nordamerikanischen. Und das lag nicht daran, daß die »Majors« daran gehindert worden wären. Gegen 1970 wurde etwa die Hälfte aller Suchbohrungen außerhalb der USA von staatlichen Erdölgesellschaften durchgeführt, in den späteren Jahren mehr. Vom vielberufenen »Verantwortungsgefühl« der Großmultis ist nichts zu merken. Diese Beobachtung gilt nicht nur für die Zeit nach dem ersten Ölpreisschock 1973/74. Sie gilt auch seit dem zweiten, seit 1980. Die Suchaktivität der Multis ging sogar zurück. Vor der Bohrung kommt meist die seismische Prospektion. Sie ist viel billiger und eine wichtige Vorbereitung für den Bohrentschluß. Nach einer Faustregel kann man bei der Ölsuche die einzelnen Posten wie folgt ansetzen: geologische Bestandsaufnahme (die freilich die Länder sowieso machen, da sie ja nicht nur über ihre Erdölmöglichkeiten, sondern über ihre Bodenschätze überhaupt Bescheid wissen wollen): fünf bis zehn Prozent der Explorationskosten. Geophysikalische Prospektion einschließlich seismischer Methoden: 15 bis 30 Prozent. Die Suchbohrung: 60 bis 75 Prozent (Favre). An seismischer Prospektion, gemessen in Team/Monaten, ergibt sich für die schon erwähnten 84 Entwicklungsländer in der Zeit von 1960 bis 1973 ein Aufwand von rund 14000 Team/Monaten. Das wären im Durchschnitt der 14 Jahre also 1000 im Jahr. Vergleichszahl für Nordamerika: rund 53 000 Team/Monate, also pro Jahr 3785. Laut Esso (Magazin, 3/1979) arbeiteten 1978 rund 500 Seismik-Trupps in der ganzen Welt. Die würden also 1978 insgesamt nur neuneinhalb Monate im Jahr gearbeitet haben. Das mag Urlaubsansprüche

westlicher Art bezeugen, aber keine besondere Dringlichkeit der Suche. Auch die Zahl der Trupps erscheint viel zu niedrig. Selbst in den Vereinigten Staaten war die Aktivität in den letzten Jahren zurückgegangen. Sie nahm erst wieder zu, als Präsident Carter 1980 das Ende der Ölpreiskontrollen beschleunigte. Die Preise für Öl aus amerikanischer Produktion waren nach einem abgestuften System künstlich niedrig gehalten worden. Da zeigten sich die »verantwortungsbewußten« Ölgesellschaften an verstärkter Förderung uninteressiert, ungeachtet allen nationalen Interesses an mehr heimischem öl.
Den Aufschwung ab 1980 merkten voller Begeisterung die Bohrgerätfabrikanten. 1979 waren etwa 2300 Bohrtürme in Betrieb, 1980 schon mehr als 3000 (1971: 975!), wie man der International Herald Tribüne vom 16. 1. 1980 entnehmen konnte.
Wir hören dauernd, extrem hohe Gewinne seien nötig, um die erforderliche Suchtätigkeit zu finanzieren. Also wäre auch ein Blick auf den finanziellen Aufwand dieser Unternehmungen reizvoll. Dabei sollten wir bedenken, daß die Öl-Förderkosten in den Ländern der »Dritten Welt« im allgemeinen wesentlich niedriger sind als aus den Tiefen der Nordsee und in Alaska, und daß nach Meinung der Fachleute in diesen leichter zugänglichen Gebieten auch noch viel ergiebigere Vorkommen zu erwarten sind als jene, die so mühsam und aufwendig in der Nordsee und in Alaska aufgeschlossen werden. Will jemand behaupten, deren immense Kosten, deren sich die Gesellschaften in ihrer Reklame oft brüsten, hätten nichts mit dem Benzin- und Heizölpreis zu tun?

Für die geophysikalische Ölsuche in der Welt, also Seismik einbezogen, sind (außerhalb des Ostblocks und Chinas) in den 20 Jahren von 1957 bis 1976 insgesamt 27,74 Milliarden Dollar ausgegeben worden (nach Angaben der Chase Manhattan Bank, wiedergegeben im Esso-Magazin, 3/1978). Auch hier lag der Löwenanteil in Nordamerika, stets das Mehrfache, oft fast alles. Wenn man auch noch Europa mit der Nordsee abzieht, bleibt für die »Dritte Welt« auffällig wenig übrig — im Durchschnitt dieser zwanzig Jahre wohl kaum mehr als 200 Millionen Dollar im Jahr, für die vielfach größeren, riesigen Gebiete der Welt. Die Bundesrepublik gab 1975 zwölf mal soviel für die Beseitigung von Hausmüll aus.

Die Teile der Erde, in denen man Ölreserven vermutet, die aber überhaupt noch ganz unerforscht sind, machen schon ein gewaltiges Stück der Welt aus, die nur teilweise erforschten ein noch größeres.

Nach Meinung der Fachleute ist insgesamt erst etwas mehr als die Hälfte des vermuteten Erdölvorrats der Welt gefunden worden (53 Prozent laut Michel T. Halbouty, bekannter Geologe und Ölfachmann).

Die Schätzungen gehen verständlicherweise weit auseinander, aber über diesen Prozentsatz herrscht doch ziemliche Einigkeit. Man glaubt auch ziemlich sicher, die mutmaßlichen »ölhöfigen« Becken zu kennen, wo sich Anstrengungen lohnen würden. Man ist sich auch weitgehend einig, wo die Aussichten besser sind und wo schlechter. Da können OPEC-Experten, ohne großes Risiko, widerlegt zu werden, auf den Widerspruch hinweisen. In einer Studie für den US Geological Survey werden »Lateinamerika und Afrika als >schlafende Riesen< betrachtet, was ihr

Ölpotential anbelangt«, zitiert Dr. Hasan S. Zakariya, UNO-Berater für Ölwirtschaft und -gesetzgebung, im OPEC-Review, Frühjahr 1981. »Jedoch gelten sie im Vergleich beispielsweise zu den USA als praktisch unangebohrt.« Von den mehr als drei Millionen Such- und Entwicklungsbohrungen, die in der ganzen Welt seit Beginn der Ölindustrie niedergebracht worden sind, wurden allein 2,2 Millionen in den USA gebohrt, »aber diese beinhalten nur etwa zehn Prozent von den voraussichtlichen Ölfördergebieten der Welt«. Auf Lateinamerika, das l,6mal größer als das Gebiet der USA ist, kamen nur etwa 100000. »Das Mißverhältnis zu Afrika ist noch größer: dort waren es weniger als 50000.« Zakariyas Kollege A. Yassari vom OPEC-Stab in Wien erklärte im Juli 1980 auf dem Workshop für Journalisten aus den Entwicklungsländern anhand einer Übersicht der Weltbank: »Man kann sagen, daß von 23 Nicht-OPEC-Ländern mit hohen oder sehr hohen Aussichten nur sieben angemessen erforscht wurden, sechs mäßig und der Rest ungenügend. Von 15 Ländern mit recht guten Aussichten ist nur eines angemessen erforscht worden« (OPEC-Bulletin, September 1980).

Da sind übrigens auch die Bilanzen der »Majors« aufschlußreich. Die meisten verschweigen, wieviel Geld sie wirklich für die Ölsuche ausgegeben haben. Aus den Jahresabschlüssen der Mobil für 1979 kann man sich aber schon ein Bild machen. Für 1978 heißt es da unter »Exploration Costs« von insgesamt 313 Millionen Dollar: USA 163 Millionen, Kanada 32 Millionen, andere westliche Hemisphäre 6 Millionen, Europa 74 Millionen, und »andere östliche Hemisphäre«, womit ganz Afrika und Asien gemeint sind, ganze 38

Millionen. Für 1979 erhöht sich die Gesamtsumme auf 499 Millionen Dollar. Davon kommen auf Afrika und Asien zusammen (falls übrigens nicht auch noch Australien und Neuseeland dabei sind) hundert Millionen Dollar - ein Fünftel. In DM: 1978 für die gesamte »östliche Hemisphäre« außer Europa 76,3 Millionen, 1979 185 Millionen. - Mobil-Reingewinn 1978: 1,125 Milliarden Dollar, also 2,259 Milliarden DM. Dieses Mißverhältnis können die schönen Anzeigen der »Majors« nicht verschwinden machen. »Die meisten der in den USA beheimateten internationalen ölgesellschaften sind entschlossen, mindestens zwei Drittel ihres Investitionsaufwandes heimatlichen Projekten zuzuwenden«, bestätigt Edward Symonds im Petroleum Economist (März 1981).
Das kann man auch einer Übersicht über die in der ganzen Welt eingesetzten Bohranlagen entnehmen. Von den 1980 registrierten »rigs«, nämlich 4644, waren um die Jahreswende 1979/1980 2903 in den Vereinigten Staaten, 400 in Kanada, 489 in Lateinamerika, 252 im Fernen Osten. Auf Europa, den Nahen Osten und Afrika zusammen kamen 600. Die Schätzungen für 1981 zeigten eine Steigerung, am stärksten in den USA (3600), wohl auf Kosten Kanadas (280), wo die Maßnahmen der Regierung, die Marktmacht der amerikanischen Multis einzuschränken, sofort einen Rückgang ihrer Aktivität bewirkt haben. Lateinamerika: 546, Fernost 277, Europa, Nahost und Afrika zusammen 546 (Petroleum Economlst, April 1981).
Im September 1981 waren dann nach einer Statistik der Esso außerhalb des Sowjetblocks rund 5600

Bohranlagen in Betrieb, davon 89 Prozent auf dem Lande, elf Prozent off shore, in den Meeren.
Davon arbeiteten 3987 in Nordamerika, 244 vor der amerikanischen Küste - insgesamt also 4231, das sind drei Viertel (75,5 Prozent) im nordamerikanischen Bereich. Westeuropa: 100 auf dem Land, 91 im Meer, überwiegend Nordsee, auch ein bißchen Mittelmeer. Zusammen: weitere 3,4 Prozent. Vor und in Lateinamerika (mit den ölriesen Venezuela und Mexiko und der ergiebigen Karibik): 490, also 8,75 Prozent. Naher Osten: 154, also 2,76 Prozent. Fernost und Australien zusammen 278, ergibt 4,79 Prozent. Afrika 192, also (wie Westeuropa) 3,4 Prozent.
Was das nicht kleine Lateinamerika anbelangt, sind die Bohranlagen hauptsächlich in Mexiko (217), Argentinien (91) und Brasilien (82) zu finden. Für das ganze andere riesige, für Ölsuche keineswegs uninteressante Gebiet bleiben hundert. Von den afrikanischen kommen allein 124 auf Algerien, von denen in Fernost allein hundert auf Indonesien.
Ich zitiere hier so viele Untersuchungen zu diesem Thema, weil sie (bei allen Differenzen im Detail) allesamt in der Feststellung übereinstimmen, daß die Ölsuche in der Welt keineswegs forciert, sondern sträflich vernachlässigt wird. Doch in welchem Wirtschaftsteil einer deutschen Tageszeitung haben wir sie gelesen ? Sie bedeuten ja, daß die westlichen Länder möglicherweise auf viel teurere Energien umsteigen, weil sie die Ölreservoirs großer Weltteile gar nicht erbohren wollen.
Die in diesem Sinne finsterste Statistik über die neuen Suchbohrungen, Jahr für Jahr, für den Zeitraum von

1961 bis 1979, hat der AGIP-Vizepräsident Marcello Colitti im Herbst 1981 in einer umfangreichen Studie über die Welt-Erdöl-Reserven veröffentlicht. Sie ist im OPEC-Review (3/1981) abgedruckt und bestätigt die von mir wiedergegebenen Untersuchungen - nur ist sie noch negativer. Gesamtzahl dieser Bohrungen (ohne Sowjetblock und China): 151958. Davon Nordamerika: 134581. Westeuropa 4540. Afrika 4369. Lateinamerika 4101. Asien (ohne Nahost und China), Australien und Neuseeland zusammen 3190. Nahost 1177.
Das macht im Jahresdurchschnitt für Nordamerika 7083, Westeuropa 239, Afrika 230, Lateinamerika 216, Asien (ohne Nahost und China), Australien und Neuseeland 168, Nahost 62. In Prozenten: Nordamerika 88,56, Westeuropa 2,98, Afrika 2,87, Lateinamerika 2,69, Asien (ohne Nahost und China), Australien und Neuseeland 2,09, Nahost 0,77.
Das soll angemessen sein? Aber es kommt noch schöner. Für Afrika zeigen die Zahlen eine sinkende Tendenz - von 268 im Jahr 1961 auf 188 im Jahr 1979. Lateinamerika blieb ziemlich gleich: 224/222. Westeuropa: 297 im Jahr 1961,165 im Jahr 1979. »Packen wir's an?« Aus der Weltbank stammt eine interessante Studie, die die Bohrdichte besonders plastisch macht, und zwar bezogen auf das Jahr 1976. Damals zählte man pro 1000 Quadratmeilen prospektierbaren Gebietes im Welt-Durchschnitt 109 Bohrungen, doch wie waren sie verteilt... In den OPEC-Ländern kamen auf die 1000 Quadratmeilen (= 2590 Quadratkilometer, eine Fläche etwa wie das Saarland) 20 Suchbohrungen, in den nicht zur OPEC zählenden Entwicklungsländern gar nur sieben. Aber in den Industrieländern waren es 290 —

auch nur wieder im Durchschnitt, denn die USA hatten wie erwartet den Löwenanteil: 780 (Energy Options and Policy Issues in Developing Countries. World Bank Staff Working Paper. No. 350. August 1979. Zitiert in OPEC-Bulletin, Juni 1980). Aus diesem Mißverhältnis, das in noch vielen anderen Untersuchungen bestätigt wird, könnte man den Multis natürlich keinen Vorwurf machen - wenn sie nicht ständig mit ihrem »Verantwortungsbewußtsein« aufschneiden und ihre extremen Gewinnbedürfnisse damit begründen würden, sie müßten ja schließlich für die zukünftige Energieversorgung sorgen, offenbar für uns alle, durch Ölsuche in den entlegensten Winkeln der Erde.
Sie müssen nicht, und sie tun es auch nicht.
Das Mißverhältnis würde noch krasser sein, wenn es neben den Multis nicht immer mehr nationale Gesellschaften gäbe, die sich an der Suche beteiligen. Das aber heißt: Die mageren Zahlen für Bohraktivität in der »Dritten Welt« gehen noch nicht einmal alle auf das Konto der Multis. Deren Anteil ist, gemessen an ihren Propagandasprüchen, lächerlich gering.
Die Multis weigern sich nachweisbar, in der »Dritten Welt« zu suchen, trotz ihrer Finanzmacht. Wenn wir die »nationalen« Gesellschaften einen Moment beiseitelassen, wäre die Ölsuche in den Kontinenten der »Dritten Welt« natürlich ein gegebenes Betätigungsfeld für jene internationalen Institutionen, die sich um die »Entwicklung« kümmern beziehungsweise um ihre Finanzierung. Da denkt man gleich an die Weltbank. Doch da ist ein befremdliches Vorkommnis zu berichten. Vorweg: Die Weltbank hat sich lange an der bedrohlichen Entwicklung auf diesem wichtigen

Teilbereich der Welt-Energieversorgung vorbeigedrückt. In der Zeit von 1960 bis 1979 hat sie so gut wie keine öl-(und Erdgas-)Projekte finanziert, eher schon Elektrizitätsvorhaben. Diese freilich mehr für die Stromverteilung als etwa für die Stromerzeugung, was Dr. Ade T. Ojo vom OPEC-Sekretariat im Mai 1980 zu dem sarkastischen Kommentar veranlaßte: »Ironischerweise bewirken solche Strom-Verteilungsprojekte in vielen Fällen einen größeren Bedarf an Energieeinfuhr, keinen geringeren. Die ölimportierenden ärmsten Entwicklungsländer würden wohl mehr Nutzen haben von Projekten, die weniger importierte Energie verbrauchen und mehr von ihren eigenen, heimischen Energievorräten« (in einem Beitrag für das 2. World Scientific Banking Meeting on International Financing of Economic Development, Dubrownik, Mai 1980. Zitiert im OPEC-Bulletin, Juni 1980).

Aber Ende der siebziger Jahre konnte sich die Weltbank dem allgemeinen Eindruck nicht mehr entziehen, daß etwas getan werden müsse. 1978 entstanden Pläne für einen revolvierenden Fonds von 500 Millionen Dollar, aus dem Suchbohrungen in der »Dritten Welt« gefördert werden sollten. Auf dem Instanzenweg zur Verabschiedung freilich schrumpfte diese Summe, und dann kam das Projekt auch der Ölindustrie zu Ohren — und führte zu einer Protestexplosion des Exxon-Präsidenten, Clifton Garvin Jr. Er versuchte sofort, der Regierung das ganze Projekt auszureden: Die Weltbank solle solches Geld nur zur Verfügung stellen, wenn das betreffende Gebiet zunächst der Ölindustrie (ä la Exxon!) »zu vernünftigen Bedingungen« (also besten Gewinnaussichten) angeboten worden sei (Interna-

tional Herald Tribüne, 23. 8. 1979). Die ölsuche werde besser den Ölgesellschaften (sprich: Multis) überlassen. Das war ein Standpunkt, »den andere westliche Ölgesellschaften weitgehend teilen, aber nicht offen ausdrücken«, berichtete Axel Krause in der International Herald Tribüne vom 6. Dezember des gleichen Jahres. Allerdings bildeten BP und Gulf eine rühmliche Ausnahme. Das schließlich verabschiedete Programm war dann wesentlich bescheidener.
Das Verhalten der Bank im ersten Jahr danach zeigte, daß das Hauptgewicht der finanziellen Bemühungen doch wieder auf der Entwicklung schon entdeckter Vorkommen lag. Inzwischen hat die Weltbank wegen der ablehnenden Haltung der amerikanischen Regierung anscheinend auch ein weiteres Projekt begraben: die Gründung einer besonderen Institution für Energieprojekte. Niemand hat ja auch behauptet, Exxon und ihre Schwestern hätten keinen Einfluß auf Präsident Reagan. Anfang August 1981 forderte die US-Regierung die Weltbank auf, »ihren Plan zur Verdoppelung der Kreditvergabe für Energieprojekte in der »Dritten Welt« aufzugeben (VWD-Energie 4. 8. 1981) - die »Entwicklungsländer« sollten gefälligst privates Kapital hereinlassen ...
In wachsendem Umfang scheinen die OPEC-Länder allmählich über ihren »OPEC-Fonds für internationale Entwicklung« zu übernehmen, was die Weltbank nicht ... darf. Dieses Bild paßt schlecht zu der angeblichen Dringlichkeit, mit der die Ölkrise auch von der westlichen, privatorientierten Wirtschaft überwunden werden müßte. Freilich ist fast so alt wie die Gruppe der »Majors« der Zweifel, ob sie nicht, weit davon entfernt,

sich um reichlich billiges Öl für jedermann zu bemühen, lieber eine Verknappung wünschen, auch in kritischen Zeiten. Die sorgt bekanntlich für höhere Preise und bessere Rendite. Zwar hat diese Gruppe in der Vergangenheit auch mehrmals unter Überfluß und entsprechender Verdienstminderung zu leiden gehabt (leiden freilich in einem Sinne, der anderen wohl noch als Genuß vorkommen würde). Aber so sehr die Preise auch sinken mochten, die Gestehungskosten des unter Kolonialbedingungen beschafften Nahostöls waren so viel tiefer, daß es für seine Nutznießer so gut wie nie zu einem wirklichen Verlust gekommen ist. In ihren Bilanzen gibt es auch fast kein Verlustjahr.

Für den Verdacht, daß die Ölriesen manche Schätze lieber erst finden oder heben wollen, wenn der Markt reif ist, höhere Preise zu ertragen, gibt es Indizien genug. Schon der gesunde Menschenverstand (nicht gleichzusetzen mit Verantwortungsgefühl) läßt wohl jedem, der es sich leisten kann, das Abwarten höherer Preise angezeigt erscheinen. Und sei es, indem man selbst der Verknappung nachhilft.

Hier könnte man einwenden, das sei doch auch OPEC-Politik. Auch sie setzt ja auf Preiserhöhung durch Verknappung, echte oder künstliche. Aber da besteht ein gewaltiger Unterschied. Die OPEC-Länder beziehen nicht nur scheinbar hohe Einnahmen, die ich nach der Vorgeschichte nur gerecht finden kann. Sie sind, scheint mir, eine angemessene Nachvergütung für viele Jahre, in denen sie für ihr Öl skandalös wenig bekamen, vergleichsweise so gut wie nichts, während die westliche Wirtschaft damit um Milliardenwerte wuchs. Für das Geld, das beispielsweise Persien im Jahr 1938 für

ein Barrel, also 159 Liter Rohöl bekam, konnte ich zur gleichen Zeit als Schüler auf dem Liegnitzer Jahrmarkt keine vier Pferdewürste bekommen, keine drei »ordentlichen« Knoblauchwürste: 50 Pfennig! Da floß das persische Öl schon 30 Jahre lang. Zu lange her? Saudi-Arabiens Einnahme pro Barrel belief sich 1970 auf 3,19 DM: soviel wie zwei Bratwürste auf einem deutschen Jahrmarkt. Am 1. November 1981 belief sich Saudi-Arabiens Einnahme pro Barrel (umgerechnet) auf 73,37 DM. Ein Liter Rohöl brachte also 46 Pfennig. An diesem Tag kostete am Rhein (Kiosk an der Dollendorfer Fähre) die »einfache Brühwurst« 1,80 DM - so viel, wie die Saudis für fast vier Liter Rohöl bekamen. Hauptbahnhof Köln um etwa die gleiche Zeit: 2,40 DM für eine Bockwurst mit Brötchen; für dieses Geld hätten die Saudis schon fünf Liter liefern müssen.
Für die anderen OPEC-Länder fiel die Rechnung nicht viel günstiger aus. Bis der Irak 1972 die westlichen Ölgesellschaften enteignete, hatte er für die mehr als eine Milliarde Tonnen, die diese bis dahin weggepumpt hatten, im Schnitt pro Liter Rohöl knapp zwei Pfennige bekommen. Auch die anderen nahöstlichen Öllieferländer sind so übers Ohr gehauen worden.
Nun verdienen sie mehr. Aber in absehbarer Zeit wird diese ihre wichtigste Einnahmequelle, die den Westen reich gemacht und ihnen bis kurz vor Schluß nichts Wesentliches eingebracht hat, versiegen. Einige von ihnen werden schon in wenigen Jahren kaum noch Erdöl exportieren können, weil dann die Förderung nur noch für den wachsenden Eigenbedarf reichen wird. Mir scheint verständlich, daß sie bis dahin das, was sie noch auf eigene Rechnung verkaufen können, nicht

gerade zum Nutzen der reichen Industrieländer möglichst billig hergeben wollen. Mit welchen Einnahmen sollten sie sonst ihre Industrialisierung bezahlen, die für den Westen mit ihrem Öl so sehr erleichtert wurde? Außerdem nehmen ja auch unsere Ölgesellschaften später drohende höhere Preise regelmäßig und ganz offen vorweg. Sie verkauften uns das nachweisbar billiger beschaffte
Produkt stets schon teurer, weil doch auch sie selbst demnächst mehr bezahlen müßten, und das akzeptierte jedermann. Die Multis sind durch ihre vergangene Preis- und Förderpolitik näher als jeder andere an den Besitz des Perpetuum mobile gelangt. Wenn sie mit Maximum an Gewinn die eine Energiequelle erschöpft haben, können sie mit diesem Gewinn die nächste in Angriff nehmen, die dann auch wieder höheren Ertrag bringen wird, unter lautem Gezeter der Kassierer, daß für sie (nicht etwa für uns) alles teurer werde. Wofür sie dann genug Verständnis finden, worauf sie dann - und so fort. Solange das Nahostöl so billig zu haben war, daß mit diesen hohen Gewinnen unzugängliches Erdöl finanziell bequemer hätte erschlossen werden können, dachte niemand daran. Sogar das billig zu fördernde Nahostöl war den Multis gelegentlich zuviel.
Die Partner in der IPC, also bei der Ausbeutung des Irak, bremsten dort ganz bewußt die Produktion und die weitere Suche, um ihr eigenes Preisgefüge nicht zu stören. Als andere amerikanische Gesellschaften einspringen wollten, intervenierte das State Department auf der Seite der Großen und redete es ihnen aus. (Engler, S. 124). Nicht viel unternehmungslustiger verfuhr man mit dem Iran.

Als nach dem Sturz Mossadeghs und der Rückkehr des Schahs ein internationales Konsortium als Nachfolger der BP die Nutzung übernahm, arbeiteten die Beteiligten sofort ein Quotenarrangement aus, das die iranische Produktion drosselte; mehrere von ihnen hatten doch schon Öl aus anderen nahöstlichen Quellen und fürchteten »Preisverfall«.
Man braucht aber nicht nur nahöstliche Beispiele zu bemühen, um die Zurückhaltung zu beobachten, die nicht so recht zur verantwortungsvollen Entwicklung ausreichender Energiequellen passen will. Auch in Amerika selbst gibt es zu Lande und zu Wasser interessante Anzeichen dafür, daß die Gesellschaften die Produktion absichtlich verlangsamten, daß sie bereits bekannte Vorkommen keineswegs gleich erschließen und daß sie sich an den blockweisen Versteigerungen ölverdächtiger Gebiete durch das Innenministerium oft nur beteiligten, um die dort vermuteten Vorkommen zu blockieren: für sich, aber keineswegs für schnelle Erschließung. Bis das allgemeine Preisniveau wieder befriedigend weiter gestiegen ist (Engler, S. 161). Professor Peter Odell, Direktor des Instituts für Wirtschaftsgeographie an der Universität Rotterdam und einer der bekanntesten Erdölfachleute, hat schon vor Jahren kritisiert, daß die Multis ihre im Norden entdeckten Felder nur sehr saumselig nutzten, um sie lieber für später »aufzubewahren«. Odell hat auch darauf aufmerksam gemacht, daß unsere heutigen Kenntnisse von Ölvorkommen auf den historischen Zufällen der Kolonialgeschichte beruhen. Im Petroleum Economist erinnerte er im Januar 1980 an die Geschichte, die

anderswo teils vergessen, teils nicht gewußt, teils nicht gern gehört wird: Die westliche Ölindustrie konnte sich so lukrativ im Nahen Osten betätigen, weil die Großmächte bei der Kolonialisierung der Welt hier besonders günstige Bedingungen geschaffen hatten. Nicht nur, daß für die reichlich fließenden Ölquellen so lange nichts Nennenswertes bezahlt werden mußte, schon gar nicht für die Förderung - Schwäche und wegen ihrer Isolierung mangelnde Weltkenntnis der »Scheichs«, eine schwache, spärliche Bevölkerung wirkten mit, um den Ölgesellschaften eine lange Periode ungestörten Verdienens zu gestatten. Anderswo hätten, wie Odell meint, Nationalismus und Entkolonialisierung weit schneller dafür gesorgt, die billige Quelle zu verteuern. Am dauerhafteren Zustand waren aber auch die Rivalitäten der Großmächte beteiligt, die zu gegenseitigen Abgrenzungen führten, und das Geschick, mit dem die Gesellschaften ihre Regierungen einspannen konnten, um sich die Konzessionen zu sichern und zu erhalten.

Die persische Auflehnung Mitte der fünfziger Jahre kam spät; lateinamerikanische Förderländer waren viel früher gegen die Multis aufgestanden. Mexiko machte die Enteignung schon vor dem Zweiten Weltkrieg vor. Venezuela erzwang gleich nach Kriegsende eine zunehmende Eigenbeteiligung an den Konzessionen, bis es die Gesellschaften schließlich auch der Form nach enteignete. Von der Verstaatlichung in Rumänien ganz zu schweigen (schon Anfang der zwanziger Jahre), oder gar dem Herauswurf der Gesellschaften aus Rußland durch die Revolution.

Nach dem Ende der goldenen Zeiten im Nahen Osten sehen die westlichen Länder das Heil nun in der Entwicklung alternativer Energien. Das hat gewiß seine Berechtigung. Aber es ist nicht einzusehen, warum darüber das Erdöl selbst, das im Boden noch vieler Länder vermutet wird, nun vergessen oder jedenfalls vernachlässigt zu werden scheint (ich folge hier noch immer Professor Odells Argument). Odell meint ja auch, die Vorräte in der Nordsee und in Alaska seien vernachlässigt worden (schon vor der vorübergehenden Ölschwemme von 1981). Jedenfalls vermißt er mit Recht eine intensivere Aufschließungstätigkeit in den riesigen Gebieten der »Dritten Welt«, wo sie technisch einfacher und wesentlich billiger wäre als das mühsame und teure See- und Eis-Abenteuer, mit dem die Multis nicht nur ihre Farbanzeigen zieren, sondern auch tatsächlich unser Geld verschwenden und die Notwendigkeit immer höherer Preise und Gewinne begründen. Folgerichtig meint Odell: Das Potential der »Dritten Welt« zu tief anzusetzen, ist vom Standpunkt der Gesellschaften natürlich gerechtfertigt. »Für sie ist die effektive Reservebasis diejenige, die sie erwarten ausbeuten zu können.« Aber daß die ölgesellschaften die Ölreserven großer Teile der Welt »schwer unterschätzen«, könne wohl kaum Grund sein, dieses Potential für nicht vorhanden zu erklären und die Möglichkeit auszuschließen, daß die ölförderung in absehbarer Zeit — »etwa Ende der achtziger Jahre« — doch stark ausgeweitet werden könnte -, auf Grund neuer oder revidierter Arrangements mit den Ländern der »Dritten Welt«. Darauf, daß das Potential der »Dritten Welt« heruntergespielt würde, haben auch

andere Fachleute aufmerksam gemacht. Um so leichter kann man Vorräte, die vorerst noch unerwünscht sind, übersehen. Im allgemeinen wird zu wenig bedacht, daß die Statistiken der Ölwirtschaft, welchen Aspekt sie auch betreffen mögen, fast immer nur von den Multis selbst stammen. Dazu gehören auch die Angaben über vorhandene Reserven, wohlgemerkt, ganz abgesehen von den so oft angezweifelten über die Kosten. Es gibt kaum einen staatlichen Apparat, der in der Lage wäre oder Lust oder gar den Auftrag hätte, ganz zu schweigen von den Mitteln, diese Informationen selbst zu erheben oder auch nur seriös zu überprüfen. Ministerien, Verbände, Presse, Bibliotheken leben im wesentlichen von Informationen, die von den »Majors« aufbereitet worden sind (in der Bundesrepublik hauptsächlich von der Esso). Die Osmose zwischen Behörden und Multis ist nicht nur in den USA gelungen, man kann sie auch bei uns feststellen. Allmählich entsteht in der OPEC sozusagen auch statistisch eine Gegenkraft. Aber sie wird lange brauchen, bis sie ähnlich gerüstet ist und mit ihren Angaben ähnlich erfolgreich operieren kann. Wer kann Odell verübeln, wenn er darauf aufmerksam macht, »wie lächerlich die mehr oder minder offiziellen Zahlen (über die Ölreserven) der westlichen Welt für Lateinamerika im Licht der letzten Ereignisse in Mexico aussehen. Seine erwiesenen, wahrscheinlichen und möglichen Reserven nähern sich allein schon den größten Schätzungen der westlichen Ölindustrie für die Vorräte des gesamten Kontinents«. Auf die Bedeutung dieses Aspekts für die deutsche Förderung komme ich noch zurück. In diesen Zusammenhang gehört aber

auch, wie prompt manche Multis auf Besteuerung oder andere Eingriffe unserer Regierungen reagieren — auch hier, wer hätte das angesichts der großen Verantwortung angenommen, mit ganz offen verkündeter Drosselung von Förderung oder auch nur »Exploration«. Die britische Regierung besteuert das Nordseeöl höher? Schon tönt es aus der Ölindustrie (und wird in den Medien nachgeplappert), dann sei eine Verzögerung der Förderung unvermeidlich, weil der Anreiz für die Gesellschaften zu klein werde; daran habe nur die Regierung schuld! Und die Multis schicken sich an, ihre Aktivität noch mehr als ohnehin schon auf die Vereinigten Staaten zu konzentrieren.
Die International Herald Tribune zitiert amerikanische Fachleute (am 26. 11. 1980, mit Reuters als Quelle), der britische Steuerplan werde die Gewinnspannen in der Nordsee reduzieren, dadurch würden sich automatisch die Investitionen verringern. Doch das werde für die in den USA tätigen Firmen geradezu ein Segen sein. »Die USA sind das Land mit dem geringsten Risiko, denn hier versteht man den Steuermechanismus recht gut.«
Eben. Darüber habe ich schon einiges gesagt. Hier muß man sich fragen: Wie hoch soll denn der zu erwartende Gewinn mindestens sein, damit die Multis sich ihrer eigenen Sprüche über ihre Verantwortung erinnern?
Die kanadische Regierung unter Ministerpräsident Trudeau sieht mit Mißfallen, daß die Besitzverhältnisse am kanadischen öl denen der Nahoststaaten im Kolonialzeitalter gleichen. Er kündigt an, daß er eine stärkere Beteiligung Kanadas an den eigenen Bodenschätzen erzwingen werde. Sogleich antworten die Multis mit einer Kürzung ihrer dortigen

Investitionen. So erklärte die Exxon-Tochter in Kanada, Imperial Oil, durch die neue kanadische Energiepolitik werde sich die Verfügbarkeit von Erdöl bis 1985 möglicherweise um bis zu 180000 Barrel pro Tag verringern (berichtete VWD-Energie, datiert 5. 1. 1981). Das wären rund neun Millionen Tonnen im Jahr weniger. Für 1990 »geht Imperial Oil heute davon aus« (berichtete VWD, es hätte auch formulieren können: »drohte Imperial«), daß das Inlandsölangebot um bis zu 600000 Barrel pro Tag niedriger ausfallen werde gegenüber einer früheren Exxon-Prognose. Das wären fast 30 Millionen Tonnen pro Jahr weniger.
Einige Wochen später meldete sich die Chevron Standard Limited, eine Tochtergesellschaft des Ölriesen Socal, und teilte mit, die geplanten neuen kanadischen Wirtschaftsgesetze machten eine Ausbeute des vor der Küste von Neufundland gelegenen Erdölfeldes »Hibernia«, einem der bedeutendsten Off-shore-Vorkommen der Welt, unwirtschaftlich (VWD, 25. 3. 1981). Unter Berücksichtigung des von der kanadischen Regierung vorgesehenen Steuersatzes und der vorgesehenen 25prozentigen Beteiligung Kanadas läge die Verzinsung der Investitionen nach Steuern im günstigsten Fall bei 15 Prozent. Dieser Satz könne bei höherer Inflationsrate oder bei Förderungs-verzögerungen bis auf zehn Prozent schrumpfen - solche (offensichtlich für Socal zu mageren) Gewinnaussichten rechtfertigten nicht, das Feld zu erschließen. Am Hibernia-Feld sind außer Socal (16,41 Prozent) noch beteiligt: Mobil (28,12 Prozent), Gulf (25 Prozent), die staatliche Petro Canada (25 Prozent) und Columbia Gas System (5,47 Prozent). Sehr

unwahrscheinlich, daß Mobil und Gulf der Schwester Socal in den Rücken fallen würden. Um so weniger, als die amerikanischen Gesellschaften gegen Trudeaus Energieprogramm sofort gemeinsam auftraten. Sie hatten nicht nur ihre eigenen gewaltigen Möglichkeiten, sondern auch noch die Unterstützung der ölreichen Provinz Alberta, deren Regierung mit dem Energieprogramm Trudeaus ebenfalls nicht zufrieden war. Sie hat in bemerkenswertem Zusammenwirken mit den Multis Anfang 1981 die Ölproduktion in ihrem Bereich gedrosselt, was Trudeau mit einer Sonderabgabe auf das öl beantwortete.
Wie verwerflich war denn nun das Programm der kanadischen Zentralregierung? Es sah vor, den kanadischen Anteil an der kanadischen Ölindustrie von bisher 28 Prozent bis 1990 auf 50 Prozent zu erhöhen, bei voller Bezahlung, also den ausländischen, überwiegend US-amerikanischen von 72 Prozent auf 50 zu senken. Ferner, die nationalen ölgesellschaften bevorzugt zu behandeln: Sodann: den Anteil der Provinzen an den Öleinnahmen von 45 Prozent auf 43 zu senken und den der Ölgesellschaften von 45 auf 33 Prozent, dafür aber den der Zentralregierung von zehn auf 24 Prozent zu erhöhen. Schließlich, und vielleicht war das in den Augen der Multis das Schlimmste: die Öl- und Erdgaspreise in Kanada sollten erheblich unter den Weltmarktpreisen bleiben. In Kanada für geringere Preise, also geringere Gewinne zu arbeiten, fanden die amerikanischen Multis unzumutbar, und sie gaben immer neue Kürzungen ihres Engagements bekannt. Imperial (Exxon) stoppte im Sommer 1981 ein 12-Milliarden-Dollar-ölsand-projekt am Cold Lake, das

ursprünglich darauf angelegt war, Mitte der achtziger Jahre eine Jahresproduktion von sieben Millionen Tonnen zu erreichen, und kürzte andere Posten seines Investitionsbudgets um 400 Millionen Dollar. Gulf-Canada reduzierte seine geplanten Investitionen um 15 Prozent - rund 900 Millionen Dollar über fünf Jahre. Die Conoco-Tochter Hudson's Bay Oil & Gas kürzte ihre Budget für 1981 um 40 Prozent. Der kanadische Verband der Bohrstellenausrüster sagte im Winter 1980/81 voraus, daß die Bohrtätigkeit um 40 Prozent zurückgehen werde - 70 Bohranlagen wurden ins Ausland abgezogen (die meisten nach den USA), und die Zahl der Bohrungen werde von 9000 im vergangenen Jahr auf etwa 5500 fallen. Bohranlagen 1980: 454. Ende 1981: 276. Die Multis bekamen auch, siehe da, Schützenhilfe von keinem Geringeren als der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel. VWD berichtete Anfang April 1981, bei den halbjährlichen Konsultationen zwischen der EG und Kanada hätten die europäischen Vertreter Kritik am Programm der kanadischen Regierung geübt. Die Absicht, bei Großunternehmen die staatliche Kontrolle zu übernehmen, verstoße gegen den Geist der Zusammenarbeit - Kanadas Energiepolitik würde die bereits vereinbarte Zusammenarbeit im Energiebereich gefährden. So sehen wir die europäische Kommisssion im Namen der Mitgliedsvölker als Schützenhelfer der ölmultis eingespannt. Wir sollten wohl darüber nachdenken, wie diese unglaublichen, aber wahren Geschichten zu dem Bild der Verantwortungsbereitschaft für das Gemeinwohl passen, das die Multis von sich gerne malen und malen lassen. Sie maßen sich

längst an, dafür zuständiger zu sein als demokratisch gewählte Regierungen. Mir scheint, wir sollten die Entscheidung in Sachen unseres Gemeinwohls lieber den Regierungen überlassen. Die können wir zur Verantwortung ziehen und abwählen, die Leitung der Multis nicht. Nicht anders denken wohl die Norweger, deren Regierung Anfang 1980 ankündigte, sie wolle den Anteil ausländischer Firmen im norwegischen Teil der Nordsee abbauen. Besitzrechte auf dem Kontinentalsockel würden künftig nur noch nationalen Gesellschaften eingeräumt, und unter dem Motto »Norwegisierung und Ausbau der staatlichen Lenkung« werde man dafür sorgen, daß die Rolle der staatlichen Ölgesellschaft Statoil ständig wachse. Sie würde nicht nur immer stärker bei der Vergabe von Konzessionsblöcken berücksichtigt werden, ihr jeweiliger Anteil solle auch mindestens zwischen 50 und 80 Prozent betragen... (zitiert nach VWD, 12. 2. 1980). Italien, Frankreich, Kanada, Norwegen - und die BP ist auch eine vom Staat kontrollierte Firma —: so absurd wäre der Gedanke keineswegs, auch unsere Bundesregierung könne sich aufraffen, das Interesse ihrer Bürger einmal gegen das der »Majors« abzuwägen. Der Kampf der Multis gegen die unwillkommene italienische Staatsgesellschaft ENI liefert immer neue Beispiele dafür, wie unverantwortlich sie sich in Wirklichkeit benehmen. So meldete VWD Anfang August 1981, hohe Raffineriekosten und »niedrige Preise für Mineralölprodukte«(!) hätten die Multis bewogen, ihre Aktivität in Italien zu reduzieren. »Während die Öl-Multis die Rohöllieferungen des relativ preisgünstigen Saudi-Öls an ihre italienischen Töchter

einfach kürzten«, sei die ENI gezwungen gewesen, die so entstandene Versorgungslücke unter wachsendem eigenen Verlust mit dem viel teureren libyschen Öl zu schließen. Saudi-Öl war aber nicht etwa knapp!

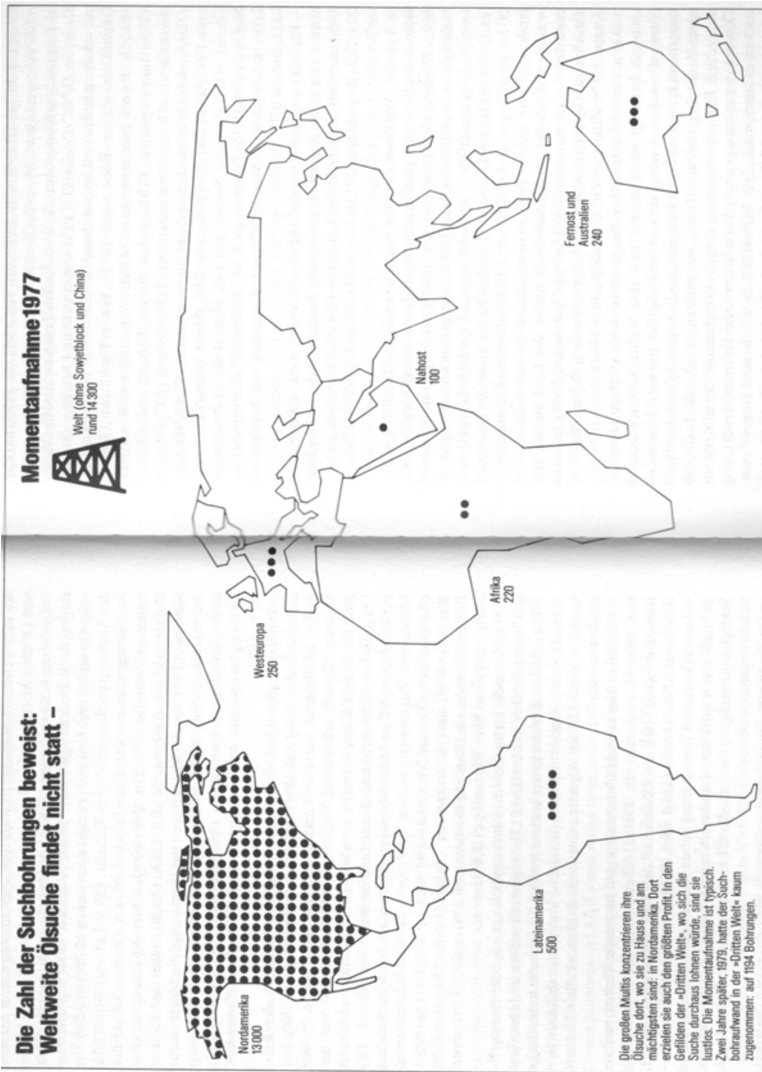
Noch ist Zeit genug

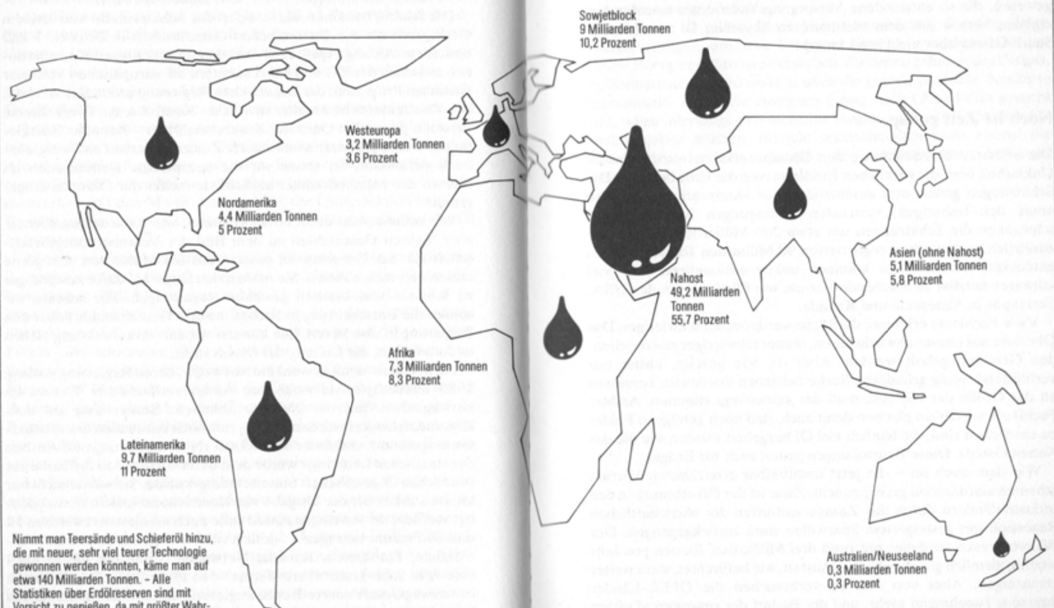
Die seltsame Beschränkung der Ölsuche erklärt, warum größte Unklarheit über die wirklichen Erdölreserven der Erde herrscht. Die Schätzungen gehen weit auseinander. Für »konventionelles«, also unter den bisherigen, vertrauten Bedingungen förderbares öl schwanken die Schätzungen um etwa 200 Milliarden Tonnen, die zusätzlich zu den schon registrierten 90 Milliarden Tonnen noch zu entdecken wären. Dazu kommen unkonventionellere, sehr viel schwerer nutzbar zu machende Vorräte wie Ölschiefer in den USA, Teersände in Venezuela und Kanada.

Viele Fachleute erklären, die Suche werde immer schwieriger. Das Öl müsse aus immer unwirtlicheren, immer schwieriger zu erreichenden Gebieten geholt werden. Aber da, wie gezeigt, bisher nur verblüffend wenig gründliche Suche betrieben worden ist, bemessen an der Größe der Flächen, muß das keineswegs stimmen. Andere Fachleute wiederum glauben denn auch, daß noch genügend Felder zu entdecken sind, die ähnlich viel öl hergeben würden wie die des Nahen Ostens. Diese Beurteilungen gelten auch für Erdgas. Wie dem auch sei - die jetzt unmittelbar erreichbaren Vorräte scheinen alarmierend gering zu sein. Zwar ist der Ölverbrauch in den Industrieländern durch das Zusammentreffen der wirtschaftlichen Rezession mit gesteigertem Sparwillen

stark zurückgegangen. Der Weltverbrauch ist daher mit rund drei Milliarden Tonnen pro Jahr letzthin ziemlich gleich geblieben anstatt, wie befürchtet, stark weiter anzusteigen. Aber von nun an verbrauchen die OPEC-Länder ihrerseits zunehmend mehr, und der Bedarf der gesamten »Dritten Welt« nimmt zu.

Nach einer OPEC-Studie vom Herbst 1980 wird der Ölbedarf der nicht-ölfördernden »Entwicklungsländer« von nicht einmal 350 Millionen Tonnen im Jahr 1978 ziemlich schnell auf 850 Millionen Tonnen steigen, und der OPEC-Selbstverbrauch von etwa 175 Millionen Tonnen auf ebenfalls rund 850 Millionen. Insgesamt würde damit schon mehr als eine Milliarde Tonnen mehr pro Jahr gebraucht als jetzt — und dann würde der jetzt bekannte Vorrat schon keine Generation mehr reichen. Anderseits ist selbst dieser Vorrat beruhigend. Zwanzig Jahre müßten genügen, um neue Felder zu finden — natürlich auch, um andere Energiequellen zu erschließen. Zu denen gehören das Erdgas, die Sonnenenergie und andere, auch die gerade jetzt sehr bewährte Sparsamkeit. Wenn nur energisch genug nach Öl und Gas gesucht wird, wozu allerdings nun mehr die Regierungen als die Multis den Anstoß geben müßten, braucht wahrscheinlich nicht einmal die Atomkraft so forciert zu werden, wie ihre staatlichen Anhänger behaupten.


Die Zahl der Suchbohrungen beweist:
Weltweite Ölsuche findet nicht statt –
Momentaufnahme 1977
Welt (ohne Sowjetblock und China)
rund 14 300
Nordamerika
13 000
Westeuropa
250
Nahost
100
Afrika
220
Lateinamerika
500
Fernost und
Australien
240
Die großen Multis konzentrieren ihre Ölsuche dort, wo sie zu Hause und am mächtigsten sind: in Nordamerika. Dort erzielen sie auch den größten Profit. In den Gefilden der »Dritten Welt«, wo sich die Suche durchaus lohnen würde, sind sie lustlos. Die Momentaufnahme ist typisch. Zwei Jahre später, 1979, hatte der Suchbohraufwand in der »Dritten Welt« kaum zugenommen: auf 1194 Bohrungen.


Erwiesene Erdölreserven, die mit konventionellen Mitteln gefördert werden können –
Stand 1981
Welt insgesamt
88 Milliarden Tonnen
Sowjetblock
9 Milliarden Tonnen
10,2 Prozent
Westeuropa
3,2 Milliarden Tonnen
3,6 Prozent
Nordamerika
4,4 Milliarden Tonnen
5 Prozent
Nahost
49,2 Milliarden
Tonnen
55,7 Prozent
Asien (ohne Nahost)
5,1 Milliarden Tonnen
5,8 Prozent
Afrika
7,3 Milliarden Tonnen
8,3 Prozent
Lateinamerika
9,7 Milliarden Tonnen
11 Prozent
Australien/Neuseeland
0,3 Milliarden Tonnen
0,3 Prozent
Nimmt man Teersände und Schieferöl hinzu, die mit neuer, sehr viel teurer Technologie gewonnen werden könnten, käme man auf etwa 140 Milliarden Tonnen. – Alle Statistiken über Erdölreserven sind mit Vorsicht zu genießen, da mit größter Wahrscheinlichkeit unvollständig!

III. OPEC:Zerrbüd und Wirklichkeit

11. Haß ist ein schlechter Informant: Erster Blick auf den Sündenbock

Araber haben es in der bundesdeutschen Publizistik schwer. Der deutsche Schuldkomplex gegenüber den Juden hat nach dem Zweiten Weltkrieg sein Ventil in einer radikalen, allerdings weitgehend »von oben« verordneten Parteinahme für den Staat Israel und gegen die von ihm verdrängten beziehungsweise unterdrückten Araber Palästinas gefunden. Diese zahlten und zahlen mit dem Verlust ihrer Heimat, ihres Besitzes oder ihrer Rechte jene Zeche für die Verbrechen Hitler-Deutschlands, die die Nazis und ihre Nachfolger nicht zu tragen bereit waren. Sehr schnell dehnte sich bundesdeutsche Abneigung auf die gesamte arabische Welt aus, in der jüngeren Generation verstärkt oder auch erst geweckt durch eine hervorragend funktionierende israelische Public-relations-Technik. Jahrzehntelang war dies ein billiges Gefühl. Die israelische Überlegenheit schien total und glatt - das beförderte die instinktive deutsche Sehnsucht, nach so vielen Pannen der Vergangenheit sich endlich einmal auf der richtigen Seite begeistern zu können. Wer in der Bundesrepublik um Verständnis für den arabischen Standpunkt warb, der wurde nach Kräften als »Antisemit« verleumdet. Die Ex-Nazis und ihre Nachfolger brachten fertig, das Stigma des

Nazismus an die Araber weiterzureichen, ohne daß sich Historiker, Moralisten und Leitartikler empörten. Diese Haltung der bundesdeutschen Mehrheit - jedenfalls, soweit sie sich ausdrückte — traf ausgerechnet eine Völkergruppe, die lange Zeit deutschfreundlich gewesen war, was weder ein weitverbreiteter Zug unter den Menschen dieser Erde ist noch wohl besonders verwerflich. Deutschfreundlich waren die Araber schon, bevor es Hitler gab. Aber es gelang der israelischen Propaganda, dies mit den Nazis in Zusammenhang zu bringen. Fraglos hatten sich die unterdrückten Kolonialvölker in Asien und Afrika gefreut, daß es ihren französischen und englischen Kolonialherren durch den Hitlerkrieg an den Kragen zu gehen schien. Sie hätten sich auch mit dem Teufel verbündet, um ihre teilweise schon mehr als hundert Jahre währende Besatzung loszuwerden. Mit Liebe zu Hitler hatte das nichts zu tun, mit Nazismus noch weniger. Das war ja ein Bazillus, für den, wie die Geschichte lehrt, in erster Linie die Deutschen anfällig waren. Bei den Arabern hat man nichts dergleichen beobachten können. Abgesehen von ihrer völlig anderen Weltsicht fehlen ihnen auch die sozialen, wirtschaftlichen —kurz: alle historischen Voraussetzungen dafür. Die Geringschätzung der arabischen Welt war schon fast Tradition geworden, da machten die Deutschen zusammen mit allen westlichen, reichen Industrievölkern eines Tages die Entdeckung, daß arabische Länder unversehens eine Waffe hatten, eine sehr wirksame sogar, um eigene Interessen und Ansprüche durchzusetzen, und daß sie sich ihrer auch bedienten: eben das Erdöl.

Der Westen entdeckte (mit ziemlich unverständlichem Staunen), wie sehr er noch auf absehbare Zeit auf die ölfördernden Länder angewiesen war, darunter (aber keineswegs nur) die des Nahen Ostens.
Alle Hast bei der Suche nach weiteren und bei der Entwicklung neuer Energiequellen, alle Sparkunst, alle vorübergehenden Ölschwemmen werden nichts daran ändern, daß die Abhängigkeit noch geraume Zeit bestehen bleibt, und daß ein Verlust dieser Energiequelle unsere Wirtschaft in eine weit schlimmere Krise stürzen könnte, als wir bisher gekannt haben.
Seit dieser Entdeckung beschäftigt sich der Westen mit dem für ihn ebenso neuen wie unheimlichen Wesen namens OPEC. Und obwohl in der OPEC gewichtige nichtarabische Staaten vertreten sind, konzentriert sich das Interesse, bei uns mit der beschriebenen kräftigen Abneigung durchsetzt, so sehr auf die arabischen Mitglieder, daß OPEC und arabische Welt schon fast gleichgesetzt werden. Wer mit der Geschichte dieses Jahrhunderts und des Nahen Ostens vertraut ist, könnte das sogar als einen Akt höherer Gerechtigkeit ansehen, sozusagen die Ölmacht als eine Wiedergutmachung an Völkern, denen jahrhundertelang übel mitgespielt wurde — nicht nur von der Weltpolitik übrigens, sondern auch von ihrem Klima. Aber in den Ländern, vor allem der Bundesrepublik, deren meinungsmachende Schicht ganz überwiegend daran gewöhnt ist, Araber durch israelische Augen zu betrachten, führt das zu gewaltigen Verklemmungen. Die islamische Religion, ihre Gesellschaftsordnung fallen ja auch auf eine Weise, die

uns unheimlich ist, aus unseren bequem festgefügten Vorstellungen von Gesellschaft und Politik heraus.
Das Volk der Karl-May-Leser hat im wesentlichen behalten, daß »Scheichs« merkwürdige Menschen waren, Mischungen von Pathos und kindischem Unsinn, romantisch vielleicht und jedenfalls entsetzlich altmodisch, eigentlich eher auszulachen, doch wieder auch von liebenswert vorsintflutlichen Ehrbegriffen. Seit der Etablierung Israels galten sie nur noch als böse.
Es fällt schwer, in unserer Publizistik, auch der seriösen, auch der liberalen, auch der linken, eine unbefangene, gar verständnisvolle Berichterstattung über die veränderte Lage und besonders die OPEC zu entdecken. So seltsam es »Linken« später vorkommen mag - am nüchternsten verhielten sich noch manche »rechte« Blätter, sofern sie nicht, wie die meisten, in der Argumentationssphäre der Multis waren. Von denen, die den »Scheichs« den Verlust gewaltiger Pfründe verdankten, war natürlich keine araberfreundliche Pressepolitik zu erwarten.
Im großen und ganzen ist die deutsche Berichterstattung über den Problemkomplex Erdöl-OPEC—Araber von einem irrationalen unterschwelligen Haß geprägt, mindestens von einer - gänzlich unbegründeten — hochmütigen Verachtung. Dadurch erhält unsere Öffentlichkeit ein so verzerrtes Bild, wie es seit dem Kalten Krieg gegenüber den Russen nicht mehr in unserer Publizistik gemalt worden ist. Wenn die respektable und liberale ZEIT einen völlig korrekten und informativen Artikel Rudolf Herlts über Öl-Gewinnüberschüsse und das Problem ihrer »Rückschleusung« aufmacht mit zwei Fotos, in

denen ein hungriges Negerkind zwei Arabern (mit Maschinenpistolen) vor einem Rolls-Royce (oder war es ein Bentley?) gegenübergestellt wird, mit der Bildunterschrift: »Die Armen werden ärmer ... die Reichen werden reicher: Folgen der Ölverteuerung« (24. 20. 1980) — dann ist das eine unhaltbare und verantwortungslose Polemik. Wenn der Vorwärts in einem höhnischen Artikel nach dem Abklingen der ersten Ölkrise seinen Mitarbeiter Peter W. Schroeder sagen läßt: »Kleine Beduinenscheichs erteilten den Regierungen des Abendlandes herablassend Lektionen in Sachen Ökonomie« (4. 9. 1975), fühlt man sich an die dümmsten Aussprüche Kaiser Wilhelms II. erinnert und versteht schon besser, warum das »Abendland« (man denke!) in den anderen Ländern so wenig beliebt ist. Fachmann Schroeder machte sich übrigens schadenfroh darüber lustig, daß nun die Ölpreise fallen würden, von einem OPEC-Preis, der damals 12,5 Dollar pro Barrel betrug und bis 1981 bekanntlich auf 32 bis 40 Dollar weiterkletterte. Das Blatt der »Leitenden Angestellten« wiederum sei stellvertretend für alle mit einer Über schrift vom »Ölpreis-Diktat« zitiert (3/1975) - Diktat der OPEC natürlich. Diesen Jargon hatten in Deutschland zum letzten Mal Deutsch-Nationale und Nazis auf den Versailler Vertrag angewendet, und die Nazis kannten, wie man vielleicht erinnert, ja auch noch die »Zinsknechtschaft«.

Da zeigte der Esso-Deutschland-Chef Wolfgang Oehme anderes Format, der doch als Vertreter eines Ölmultis, von seinem Standpunkt aus verständlich, den OPEC-Ländern nicht eben sehr grün sein kann. »Die wollen ihre nationale Souveränität über ihre Bodenschätze,

und das ist auch richtig«, sagte er 1979 in einer Fernsehsendung.
Die Laune des Schicksals wollte freilich, daß ausgerechnet Oehmes Konzern, die Esso-Mutter Exxon, der seine Entstehung und sein frühes Wachstum nicht dem Kolonialismus verdankt, den direkten Anlaß zur Gründung der OPEC geliefert hat. Die erste Initiative zu dieser Gründung ging nicht etwa von Arabern aus, sondern von Venezuela.

Wie es zur Gründung kam

Im Jahr 1949 beherrschten die »Sieben Schwestern« noch weitgehend das Erdölgeschäft der Welt. Sie waren zwar nicht mehr allein, auch keineswegs die einzigen »Multis«, aber sie gaben den Ausschlag, vom Förderturm bis zur Tankstelle.
1949 waren die USA schon seit langem, aber nicht mehr für lang, das Land mit der größten Erdölförderung in der Welt. An zweiter Stelle stand Venezuela, dessen jährliche Produktion von knapp 66 Millionen Tonnen fast der gesamten des Nahen Ostens entsprach (knapp 70 Millionen Tonnen). Damals wandte sich Venezuela an die nahöstlichen Förderländer Iran, Irak, Kuweit und Saudi-Arabien und schlug ihnen einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel engerer Zusammenarbeit vor. In den folgenden Jahren schien es überreichlich Öl zu geben. Die Ölgesellschaften stöhnten über die Schwemme, versuchten sie zu drosseln, wo sie konnten, und jedenfalls ihre Beschaffungspreise möglichst niedrig zu halten.
Das war hart für die Förderländer, auf deren Wünsche die »Multis« wenig hörten. 1959 beschloß der erste

Arabische Erdöl-Kongress in Kairo, eine »Öl-Konsultations-Kommission« einzusetzen. Er forderte die Ölgesellschaften auf, Preisentscheidungen nicht mehr einseitig zu treffen, sondern gemeinsam mit den Regierungen der Förderländer. Die Gesellschaften hatten gerade die Preise für das venezolanische Öl, je nach Grad, um 25 Pfennig bis eine Mark pro Barrel herabgesetzt, für nahöstliches um etwa 75 Pfennig. Es gab keine Möglichkeit für die Förderländer, die Kürzungen durch erhöhte Produktion auszugleichen, und die geförderten Mengen waren weit geringer als die heutigen. Der Schnitt schmerzte.

Zu dieser Zeit verfügten die »Sieben Schwestern« zusammen mit der französischen CFP über nahezu alles Erdöl der heutigen OPEC-Länder: 94 Prozent. Außerhalb des OPEC-Gebietes, das rund 92 Prozent der Welt-Öl-Exporte lieferte (über die Multis), gab es kaum ein nennenswertes Ölexportland. Die USA und die UdSSR verbrauchten ihr Öl im wesentlichen für ihren Eigenbedarf. Das Monopol der acht, oder sagen wir bescheidener ihre Vorherrschaft, war unter den Bedingungen des Kolonialzeitalters, durch die kolonialistische Wirtschaftsordnung zustande gekommen. Die Konzessionen, riesige Verfügungsrechte, hatten nach heutigen Begriffen fast nichts gekostet. Es gab so gut wie keinen Fall, in dem die Länder, in denen die Vorräte lagen, nicht gewaltig übers Ohr gehauen worden waren. Doch nun hatte die Entkolonialisierung eingesetzt, jedenfalls die politische. Das Selbstbewußtsein der Völker in der »Dritten Welt« wuchs, vom Westen als Nationalismus verschrien. Gegen die Wirtschaftsmacht des Westens konnten sie

weniger ausrichten als gegen seine politische oder militärische. Jedenfalls regte sich Widerstand. 1949 hatte Indonesien die holländische Kolonialherrschaft abgeschüttelt, ein langwieriger und mühsamer Prozeß — Indonesien war die Wiege des Reichtums des zweitgrößten Ölkonzerns der Welt gewesen, der Shell. Sie verlor diese Basis bald danach, 1965, durch Verstaatlichung (gegen Entschädigung) und wurde schnell durch die amerikanische Konkurrenz ersetzt. Im Jahre 1952 enteignete Persien die BP. Das führte zu einem Boykott des persischen Öls durch die internationale Ölwelt, den erst der nach kurzem Exil zurückgekehrte Schah beenden konnte — indem er nunmehr alle Großmultis an der Vermarktung des persischen Öls beteiligte. Immerhin wurde nicht mehr bestritten, daß die Vorkommen den Persern gehörten. Mitte der fünfziger Jahre herrschte bereits grimmige Feindschaft zwischen den »Multis« und dem Italiener Enrico Mattei, der an der Spitze des Staatskonzerns ENI (Handelsmarke AGIP) den ölför-dernden Ländern günstigere und fairere Verträge anbot, als sie bisher von den »Majors« bekommen hatten. Deren kärgliche Bedingungen waren auch schon von kleineren amerikanischen Gesellschaften übertroffen worden. Getty und Aminoil schlossen mit Ibn Saud für die neutrale Zone zwischen Saudi-Arabien und Kuweit günstiger ab. Libyen wiederum hatte nach erreichter Unabhängigkeit (1951) die Großen fernhalten wollen. Es vergab seine vielversprechenden Konzessionen kleineren (noch immer höchst stattlichen) amerikanischen Gesellschaften zu Bedingungen, die den Großen ebenfalls Entsetzen einflößten.

In dieser Atmosphäre schon schwelender Rebellion gegen die Übermacht und die Unnachgiebigkeit der »Schwestern« beging deren Größte, eben Exxon, einen entscheidenden psychologischen Fehler, so begreiflich er sein mochte. Um diese Zeit herrschte, wie gesagt, ölüberfluß. Ständig wurden neue Vorkommen entdeckt, die »Unabhängigen« begannen in Nordafrika und Nahost auf Teufel-komm-raus zu fördern, in den USA selbst wurden immer neue Ölquellen erschlossen, Afrika schaffte seinen Eintritt in den Klub der Ölproduzenten — es gab offenbar zuviel Öl. Gleichzeitig öffneten sich neue Märkte, ganz besonders rasant der europäische, an der Spitze der bundesdeutsche. So billig die Multis das öl dort hinwarfen, so sehr wünschten sie auch die Preise ihrer Lieferanten zu drücken. Der Druck verschärfte sich dadurch, daß in den USA selbst Präsident Eisenhower auf Betreiben der heimischen Industrie und des Verteidigungsministeriums die Einfuhren aus dem Ausland nicht übermächtig werden lassen wollte; 1959 wurden Einfuhrkontrollen (sprich: Beschränkungen) erlassen. Also brauchten all die neuen Vorräte in Afrika und dem Nahen Osten dringend einen anderen Markt (dachten die Gesellschaften), und der sollte mit möglichst niedrigen Preisen erobert werden. Um ihre eigenen Spannen zu retten, setzten sie lieber die Preise herab, die sie den Förderländern zahlten - einmal 1959 und dann, angeführt von Exxon, abermals im August 1960 (um 4,5 Prozent). Die Förderländer zu fragen, deren Vorräte sie immerhin nutzten, kam ihnen nicht in den Sinn. Die Regierung des Irak lud darauf den Iran, Kuweit, Saudi-Arabien und Venezuela zu Gesprächen

darüber ein. Die Konferenz fand im September 1960 in Bagdad statt. Sie beschloß Richtlinien für das künftige Verhältnis zwischen Förderländern und den Ölgesellschaf-ten - und die Gründung einer ständigen »Organisation of the Petroleum Exporting Countries«, OPEC. Der Vertrag wurde noch im September geschlossen. Auch eine Organisation nur der arabischen ölexportierenden Länder wurde gegründet, die OAPEC. Heute sind die Mitglieder bekannt: Algerien, Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Kuweit, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. Man wird sie schlecht alle als »Scheichtümer« einordnen können, so gern Politiker und Journalisten in diesen Jargon verfallen.

Die Bedeutung der Gründung ist begriffen. Damals krähte im Westen kein Hahn danach. Gerade die Gesellschaften beachteten die Neugründung nicht. Doch die OPEC wuchs, und der ägyptisch-syrisch-israelische Krieg von 1973 ermöglichte der Organisation den Sprung in eine wirksame, unbestrittene, entscheidende Rolle. Die wird nicht nachträglich dadurch geschmälert, daß sich die Mitglieder nicht immer auf einen gemeinsamen Ölpreis einigen können. Die Gründerländer der OPEC repräsentierten damals, 1960, rund 36 Prozent der Welt-Ölförderung. Doch das wäre eine irreführende Zahl, wenn man ihre wahre Bedeutung für die Versorgung der Industrieländer ermessen will. In der Ölstatistik dominierten ja die USA, die mit 350 Millionen Tonnen in diesem Jahr wiederum rund 35 Prozent des gesamten Öls in der Welt förderten (Welt-Förderung 1960: 1,084 Milliarden Tonnen). Aber die Vereinigten Staaten verbrauchten

weit mehr, nämlich fast 45 Prozent. Also spielte ihre Förderung für den Rest der Welt keine Rolle, trug nichts zur Bedarfsdeckung anderswo bei. Und den sich selbst versorgenden Ostblock, der nur wenig exportierte, muß man auch noch abrechnen (USA und Ostblock: 1960 Förderung 542 Millionen Tonnen, Verbrauch 662 Millionen Tonnen).
In diesem Licht repräsentierten die OPEC-Staaten nicht 36 Prozent, sondern fast 74 Prozent der Lieferungen, mit denen sich im »Rest« der Welt das große Geschäft machen ließ — besonders das Geschäft, die Bundesrepublik und Japan in den Ölboom (des Verbrauchs) zu bringen. Und von diesem Potential war die Hälfte keineswegs »Scheich«-Öl, sondern venezolanisches. Welchen Fehler die »Multis« gemacht hatten, als sie die Gründung der OPEC ignorierten, anstatt ihre Beziehungen zu den Konzessionsgebern auf eine bessere Basis zu stellen, wurde 1973 überdeutlich. Die OPEC-Mitglieder beschlossen, die Preisgestaltung für das Öl, das ja schließlich ihres war, in die eigene Hand zu nehmen und die nationale Souveränität über ihre Bodenschätze auszuüben, die schon in der Gründungsakte von 1960 bekräftigt worden war. Seitdem werden sie bei uns mit Abneigung und Mißtrauen bedacht. Vielleicht können wir versuchen, sie zu verstehen. Zunächst müssen wir uns von der weitverbreiteten Vorstellung verabschieden, das sei ein Klub der Reichen. Es ist nicht neu, frischen Ölreichtum zunächst eine Explosion verschwenderischer Ausgaben, Angeberei oder vielleicht auch nur naive Freude am Aufwand und Maßlosigkeit auslösen zu sehen.

Die Literatur ist voll von pittoresken Beschreibungen: aus Amerika, wo die Ölfunde von Titusville 1859 einen dem Goldrausch vergleichbaren Taumel entfesselten, mit vergleichbaren Erscheinungen und Gewinnen, dubiosen Gestalten, die Vermögen gewannen und wieder verloren, wo aber auch dauerhafte Riesenvermögen entstanden, die ihren Nutznießern ungleich größere Extravaganzen erlaubten, als sie je von »Ölscheichs« berichtet wurden. Oder aus Rußland, wo der Ölrausch in Baku schon bald nach dem amerikanischen einsetzte, wo ebenfalls über Nacht Riesenvermögen entstanden und wieder verschwanden, wo sich die Neureichen bizarre Paläste bauten - einer davon mit Goldplatten verkleidet; ihn ganz aus Gold zu errichten, hatte der Besitzer zwar bezahlen wollen, der Architekt aber abgelehnt. Wo der sagenhafte Mantachoff überregionalen Ruhm für seinen Harem und seine Orgien erwarb und für seine Ölreservoirs Platin verwenden ließ — das alles, während die Ölarbeiter im Elend vegetierten. Einzige Ausnahme, so wird berichtet, war das Öldorf »Petrolia« der Gebrüder Nobel, die sich frühzeitig wesentliche Anteile des russischen Öls gesichert hatten, bis zur Revolution von 1917 etwa 40 Prozent der Produktion besaßen und ihre Arbeiter mustergültig versorgt haben sollen.
Von den Exzessen damaliger Neureicher (ihre Privatbanden hätte ich beinahe aufzuzählen vergessen, Überfälle waren in Baku an der Tagesordnung und Verbrechen gediehen im amerikanischen Ölfieber ebenso wie im russischen) spricht heute natürlich niemand mehr, von dem Schreckensregiment des den Multis ergebenen venezolanischen Präsidenten Gömez

Anfang der zwanziger Jahre ganz abgesehen. Die »Scheichs« werden heute oft mit den Verschwendern von damals auf die gleiche Stufe gestellt. Dabei haben sie - sehr im Gegensatz zu jenen - von Anfang an ein starkes Verantwortungsgefühl für ihre Völker und auch für ihre ärmeren Einwohner gezeigt und keineswegs, wie es die europäischen kleinen und großen Herrscher früherer Zeiten getan hätten, alles Geld für ihre persönlichen Zwecke und Launen verwirtschaftet. Auch die Länder sind keineswegs in unserem Sinne »reich«, wie wir noch näher sehen werden.
Oder vielleicht doch, wenn auch in ganz anderem Sinne: reich an Lehren für uns.

Die Öl-Bremse

Es ist ein recht neuer Gedanke, daß alternative Energie uns von unserer Ölabhängigkeit befreien soll. Bis vor zehn Jahren fand (fast) niemand etwas an dieser Abhängigkeit auszusetzen. Einige wenige Warner gab es schon, aber sie wurden nicht gehört. Das Erdöl herrschte bis Anfang der siebziger Jahre unangefochten auf dem Energiemarkt der Industrieländer, besonders erfolgreich bei uns. Unser Verbrauch stieg sogar noch nach den ersten massiven Preisanhebungen durch die OPEC. Unser Rekordjahr an Mineralölverbrauch war 1973 gewesen, mit 149,7 Millionen Tonnen. 1975 hatten wir es fertiggebracht, den Verbrauch auf 128,8 Millionen Tonnen zu drosseln. Aber kurz danach ging es wieder nach oben, und 1979 lag der bundesdeutsche Verbrauch mit 147 Millionen Tonnen schon wieder sehr nahe an der Rekordmarke. Dann freilich ging es drastisch herunter, auf 131 Millionen 1980, noch weniger 1981.

Daraus kann man entnehmen, daß die damalige Preissteigerung durchaus verkraftbar war. Die hohen OPEC-Preise wurden bis ins Jahr 1979 hinein von der westlichen Wirtschaft ganz gut bewältigt. Sie waren im April auf 14,5 Dollar für den Barrel »Marker Crude« (das saudiarabische leichte Öl, das als Preismaßstab diente) gestiegen, Ende Juni auf 18 Dollar mit Aufschlägen, die den Preis, je nach Herkunftsland, bis zu 23,50 Dollar bringen konnten (Ende 1981: 34 Dollar für »Arabian Light«). Man muß nicht ständig an die Prinzipien der Marktwirtschaft erinnern, um klar zu machen, daß dieses Verkraften der Preise durch die Hauptverbraucherländer den Verkäufern noch nachträglich bestätigte, um wieviel der frühere Preis offenbar, offensichtlich zu niedrig gewesen war.
Ende 1960 hatte Saudi-Arabien knapp 1,60 Dollar pro Barrel bekommen, 1973 3,30, das waren 8,78 DM für 159 Liter Rohöl... Vielleicht können wir uns wenigstens heute aufraffen, dies auch unsererseits für arg wenig zu halten. Jedenfalls hatten die OPEC-Länder auch nach unseren Marktvorstellungen recht, denn der »Preis-Schock« von 1973 hat ja nur kurz gewirkt.
War schon bis dahin klar gewesen, daß die Industrieländer offensichtlich gegen ihre Abhängigkeit vom Erdöl nichts zu unternehmen gedachten, also wohl keine ernsthaften Bedenken hegten, solange das Öl billig genug war, so bedeutete ihr Verhalten in den Folgejahren noch ein weiteres Eingeständnis: Der ölpreis scheint auch bis zum Jahr 1979 nach westlicher Marktauffassung billig genug gewesen zu sein, ungeachtet aller Kritik an seinen mehrfachen

Erhöhungen. Erst von 1979 auf 1980 begann es zu kneifen-und nun erst setzte die Sparbewegung ernsthaft ein, und das Nachdenken über Alternativ-Energie wurde seriös. Wenn man bedenkt, daß ein ungebremster Anstieg des westlichen Ölverbrauchs bei etwa gleichbleibenden Preisen den derzeit bekannten abbaufähigen Erdölvorrat der Welt schon gleich nach dem Jahr 2000 so gut wie ganz aufgebraucht hätte, also in weniger als einer Generationsspanne, muß man den OPEC-Ländern geradezu dankbar sein. Sie haben uns gerade noch rechtzeitig, vielleicht unsanft, aber doch nützlicherweise und durchaus auch in unserem eigenen Interesse auf eine unvermeidliche Krisensituation gestoßen. Sie haben uns klargemacht, daß wir uns beizeiten, in höchster Zeit sogar, um neues Öl oder um andere Energiequellen kümmern müssen, wenn nicht die nächste Generation eine viel schlimmere Energiekrise erleben soll, als wir je kennengelernt haben. Wer will bestreiten, daß nichts anderes genützt hat? Kein Boykott des Jahres 1973, keine Preissteigerung von da bis 1978, keine mahnende Politikerrede, kein Expertenvortrag, kein Parteiaufruf und kein Parlamentsbeschluß. Ernst wurde es erst durch die OPEC. Eigentlich müßten ihre Verantwortlichen Medaillen und Prämien für Verdienste um die Entwicklung alternativer Energiequellen bekommen. Es ist ja auch eine besondere Ironie der Sache, daß in den letzten Jahren niemand so sehr gedrängt hat, wir müßten sparen beziehungsweise andere Wege finden, wie OPEC-Minister und Experten. Allerdings ist darüber in unseren Medien kaum berichtet worden. Wahrscheinlich hielten es die Redaktionen für Hohn,

weil sie noch nicht eingesehen haben, daß allmählich auch die »Dritte Welt«, nunmehr an der Spitze die OPEC-Länder, möglichst viel vom noch vorhandenen Erdöl verbrauchen möchte.

Beim Thema Alternativ-Energie sollten wir noch einen Augenblick verweilen, weil es sich ja dank der OPEC in schier unglaublicher Weise allen amtlichen Lehrmeinungen zuwider entwickelt. Nun endlich, seit der drastischeren Ölpreiskur von 1979/80, hat unsere Gesellschaft gezeigt, daß sie weit weniger Energie wirklich ernsthaft braucht, als ihr je amtlich vorgerechnet worden ist. Sie ist auf dem Wege, zu beweisen, was 1979 in der berühmten Harvard-Business-School-Studie Energy Future behauptet worden war: Die beste Alternativenergie ist keineswegs etwas Neues, irrsinnig Teures, und auch nicht die Kernkraft, sondern - Energie sparen. Dafür sind die technischen Möglichkeiten und die Erfindungskraft noch bei weitem nicht ausgeschöpft.

Nicht die Argumentation und die Agitation der Kernkraftgegner hat es fertiggebracht, daß diese Energie vielleicht wirklich nicht benötigt wird und auf keinen Fall in dem ursprünglich ausgemalten Maß - das hat die OPEC mittels des Ölschocks bewirkt. Und gleichzeitig hat die OPEC — ich zitiere unter mehreren möglichen Stimmen die David Stockmans, Mitglied des Repräsentantenhauses - »den Zusammenbruch der Welt-Kohlenindustrie ins Gegenteil gekehrt, alte öl- und Erdgasprovinzen wieder jung gemacht, den Weg für eine große, weltweite Naturgas-Industrie bereitet und zahlreiche ölprovinzen rentabel werden lassen«

(wiedergegeben in der International Herald Tribüne vom 2. 4. 1979. Das Blatt fügte mit Recht hinzu: »Die OPEC könnte letzten Endes ebenso viel für Ölschiefer, Teersand und Kohlevergasung tun.«) Manche scheinen anzunehmen, daß diese Entwicklung die OPEC schwer treffen würde. Das erweist sich als Unfug, wenn man bedenkt, in wie krassem Mißverhältnis der Energieverbrauch der Industrieländer, so wie ihr Ölverbrauch, zu dem der so viel volkreicheren Kontinente der »Dritten Welt« steht. Energie im Überfluß wird es nicht geben, das OPEC-Öl wird gebraucht werden, solange es überhaupt vorhanden ist. Was aber die Verteuerung der Energie anbelangt (abgesehen davon, daß unsere Regierungen selbst durch hohe Besteuerung daran mit schuld sind), so folgt sie mit großem Abstand der Verteuerung der Industriewaren, die wir an die OPEC und die anderen Länder der »Dritten Welt« liefern. Das Hauptmotiv für die Ölpreiserhöhungen war ja, die nach oben kletternden Preise der Einfuhren aus dem Westen einzuholen.

Teure Versäumnisse

Besonders zur Verteuerung beigetragen hat Anfang der siebziger Jahre das Öldefizit der Vereinigten Staaten. Es war in dieser Höhe keineswegs unvermeidbar.
Es bewirkte von 1971 bis 1977 eine Verdoppelung der Einfuhr, was nicht verfehlen konnte, die Preise am Weltmarkt in die Höhe zu treiben. »Die USA haben ihre Energielük-ke in die übrige Welt exportiert«, hieß es in Erdöl und Energieversorgung, herausgegeben von der BP im Juni 1980. Und im Juli 1981 legte Präsident

Reagans Energieminister James Edwards einen neuen Energieplan vor, der vorsah, lieber die freie Einfuhr von Rohöl in die USA zu fördern als Projekte zur Entwicklung synthetischer Brennstoffe (VWD-Energie, 15. 7. 1981). Die Ölpreise hätten auch nicht wirklich die heutige Höhe erreichen müssen, wenn nicht die westlichen Industrieländer in einer Weise, über deren Charakterisierung man kaum streiten kann, ihre eigenen Ölvorräte vernachlässigt, »geschont« hätten. Wären die in Nordamerika existierenden Ölvorräte ebenso wie die in der Nordsee rechtzeitig erschlossen und dann mit dem entsprechenden Nachdruck gefördert worden, wären wichtige Fördermöglichkeiten nicht absichtlich »auf Eis gelegt« worden, hätten die ölgesellschaften die Suche nach neuem Öl in Afrika, Südostasien und Lateinamerika nicht so seltsam saumselig betrieben, im Verhältnis zu den Bedürfnissen eigentlich fast gar nicht — dann wäre die Verknappungssituation, wenn überhaupt, erst Jahrzehnte später eingetreten, also dank allgemeiner technischer Weiterentwicklung leichter zu meistern gewesen. Und wir säßen nicht in einer so unangenehmen Preisklemme wie heute.

Für diese verhängnisvollen Versäumnisse, die im wesentlichen den Groß-Multis und der amerikanischen Regierung anzulasten sind, kann wohl nicht die OPEC verantwortlich gemacht werden. Sie bestreitet ja nicht einmal die Hälfte der Welt-Erdölförderung.

Nicht weniger merkwürdig ist, daß die Industrieländer, die über Ölvorräte verfügen, von vornherein darauf verzichtet haben, ihrerseits die Produktion zu steigern, um den Preis durch ein verstärktes Angebot zu

drücken. Vielleicht liegt es daran, daß hier die im OPEC-Bereich entthronten Gesellschaften noch mächtig sind, deren Gewinne ja proportional zur Preiserhöhung der OPEC mitgestiegen waren? Für die benötigte, nicht sehr lange Übergangszeit hätte die Kapazität der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Norwegens nebst einiger kleinerer durchaus gereicht für einen Preiskampf. Aber den überließ der Westen Saudi-Arabien, das ihn dann durch seine gewaltige Überproduktion 1981 durchaus stellvertretend auch für den Westen lieferte, erst durch Verhinderung jeglicher Knappheit, dann durch ausgesprochenes Überangebot. Das hätte, wie gesagt, sehr gut aus Nordamerika einschließlich Alaska und aus der Nordsee kommen können. Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff erklärte Mitte Januar 1981 nach einer Reise zu den arabischen Golfstaaten: »Ich muß sagen, ich fange an, mehr und mehr Verständnis für die politische und wirtschaftspolitische Haltung der Erdölländer zu entwickeln.« Von den Erdölländern werde zu Recht der Vorwurf gegen die Amerikaner, Briten und Norweger erhoben, daß diese ihre eigenen Vorräte in der Nordsee und in Alaska schonen wollten, zugleich aber von den arabischen Staaten eine höhere Förderung zur Deckung des Weltbedarfs bei niedrigen Preisen verlangten (VWD-Energie 14. 1. 1980). Die Europäer und Nordamerikaner ließen ihr öl lieber im Boden.
Doch wenn die OPEC-Länder mit diesem Gedanken umgingen, wurden sie als Erpresser beschimpft.
Nur selten regte sich übrigens jemand darüber auf, daß sich Großbritannien lange wie ein Preis-Falke unter den Lieferländern verhalten hat.

Es ließ sich für sein Nordsee-Öl von seinen westlichen Partnern so bezahlen, als gehöre es zu den teuersten OPEC-Lieferanten. Erst Mitte 1981 senkte es seinen Preis etwas. Für ebenso natürlich wird offenbar hingenommen, daß Norwegen mit der deutschen »Ruhrgas«, dem wichtigsten Erdgasverteiler, für Nordseegas den »bisher höchsten Preis in der Welt« ausgehandelt hat (Süddeutsche Zeitung, vom 13. 7. 1981, Statoil-Präsident Johnson). Auch noch mit der bemerkenswerten Begründung, daß es doch so nahe vor der Tür liege, und dazu in einer politisch stabilen Region...
Mit dem ölboykott von 1973 im Zusammenhang mit dem Israelkrieg hat die OPEC übrigens nicht etwa einen Präzedenzfall gesetzt. Boykott als Waffe haben westliche Länder schon mehrfach für legitim gehalten - gegen Italien im Abessinienkrieg, gegen Südafrika und Rhodesien wegen der Rassenpolitik, gegen die Sowjetunion — erst für strategische Güter nach einer amerikanischen Liste, die auch Leitungsrohre enthielt, wie sich die deutsche Stahlindustrie kummervoll zu erinnern Anlaß hat, und später für Weizenlieferungen. Es hat zwar fast nie den erwarteten Erfolg gebracht, wirtschaftliche Waffen zu politischen Zwecken einzusetzen, aber jedenfalls kann der Westen nicht so tun, als sei das Prinzip nun, seit es die OPEC übernahm, unerhört neu. Der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete und jetzige EG-Kommissar Dr. Karl-Heinz Narjes fulminierte während des »Bergedorfer Gespräches« über die Energiekrise 1977 pathetisch: »Mein Vorwurf der Politisierung richtet sich gegen Versuche, mit Hilfe der Lieferverweigerung

fremden Staatswillen zu beugen. Die Folge dieser Politisierung ist, daß heute unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit das Vertrauen in die arbeitsteilige liberale Weltwirtschaft erheblich erschüttert worden ist, und zwar weit über den Energiebereich hinaus.« Die guten Prinzipien der Weltwirtschafts-»Ordnung«, von denen Herr Narjes übersieht, daß sie im größeren Teil der Welt nicht geglaubt werden, weil sie ja nur für die reichen Länder zu funktionieren scheinen, galten eben wieder einmal nur in der Einbahnstraße. »Lieferverweigerung« - ein paar Jahre später hätte man auch über »Förderverweigerung« reden können. Als Exxon und Mobil ihre Förderung in Libyen einstellten, dessen Beziehungen zu den USA auf dem Nullpunkt angelangt waren, sprach kein Kommissar Narjes gegen »Versuche, fremden Staatswillen zu beugen«. Die Multis zogen ja auch vor, ihr schlechtes libysches Geschäftsergebnis als Grund anzuführen. Das nun wieder wäre ein Beweis dafür, daß man die Erdölversorgung der Welt, auch unserer »freien«, eben nicht Multis anvertrauen kann, die ihr eigenes Profitbedürfnis sehr hoch ansetzen und auch nicht die Versorgungssicherheit über alles stellen. Diese Verantwortung würden Staatsgesellschaften besser bewältigen, und daß sie im Zweifelsfall funktionieren, hat die italienische ENI oft (und nicht als einzige) bewiesen. Eines hat die OPEC bisher nicht erreicht: mit dem Hebel des Erdöls die Industrieländer zu zwingen, die wirtschaftlichen Probleme der »Dritten Welt« ernsthaft anzupacken und eine neue Weltwirtschaftsordnung in die Wege zu leiten, wie sie diejenigen wünschen, die von der alten so benachteiligt

worden sind. Ohne eine neue Ordnung besteht kaum Aussicht, Hunger und Elend der Hunderte Millionen in Ubersee zu beseitigen. Immerhin haben die OPEC-Länder wenigstens für sich einen sehr wichtigen Teil jener Weltwirtschafts-»Ordnung« außer Kraft setzen können: die Vorherrschaft der Multis über die Ölwirtschaft. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß dies eines Tages auf andere Rohstoffproduzenten in der »Dritten Welt«, deren Lieferungen wir ebenfalls dringend benötigen, beispielhaft wirkt. So sehr die Weltwirtschafts-»Ordnung« auch von ihren bisherigen Nutznießern in den Industrieländern und den diesen angepaßten, mitnutznießenden Oberschichten in »Entwicklungsländern« verteidigt wird - seit der erfolgreichen Revolte der OPEC ist sie doch nicht mehr ganz dieselbe.

12. Der Neid der späten Jahre: Wer reich sein darf, bestimmt nicht mehr nur der Westen

»Diejenigen zusätzlichen Mittel, die wir heute für Ölprodukte aufbringen müssen«, so klagte ein europäischer Industriekapitän »können wir nicht ohne Inflationsrisiko auf unsere Preise überwälzen. Das aber bedeutet, daß unsere Gewinne zurückgehen und wir zugunsten der OPEC-Länder ärmer werden.« Diesen in vieler Hinsicht bemerkenswerten Satz entnehme ich der Süddeutschen Zeitung vom 16. 12. 1980, weil über ihm die dreispaltige Überschrift stand: »OPEC-Überschüsse machen auch Industrieländer ärmer.« Was der »Industriekapitän« für sein Unternehmen gesagt hatte, wurde gleich mit dem Interesse der Industrieländer gleichgesetzt, obwohl er doch die ihn ärgernde Preiserhöhung nicht weitergeben wollte. Aber was tuts - das Thema OPEC kann in der deutschen veröffentlichten Meinung kaum ohne Verzerrung abgehandelt werden. Wer kann sich denn erinnern, schon die Schlagzeile gesehen zu haben: »Exportüberschüsse der Industrieländer machen Entwicklungsländer ärmer« ? Sie wäre schon seit mehr als einem Jahrhundert immer wieder gerechtfertigt. Das wäre auch eine ungeschminkte Beschreibung einer Weltwirtschafts-»Ordnung«, die in unserem Teil der Welt als gerecht und gut gilt, weil sie ganz überwiegend uns nutzt, weil es uns mit ihr gut geht und wir erst nicht sahen, heute auch nicht mehr sehen wollen (obwohl es offen zutage liegt), auf wessen Kosten sie so gut in unserem Interesse funktioniert.

Daß zur Abwechslung auch einmal jemand an uns verdienen könnte, ähnlich ungeniert und hemdsärmelig, wie die westliche und dann auch die japanische Exportindustrie in früheren Zeiten ihre Preise für die Kontinente der »Dritten Welt« festsetzte, das weckt bei vielen unserer Politiker, Wirtschaftler und Journalisten einen schier unkontrollierbaren Haß, der bestürzen muß. In Wirklichkeit - man kann es nicht oft genug betonen - bewirken die Öleinnahmen für eine ganze Gruppe von »Entwicklungsländern« das, was unsere sogenannte Entwicklungshilfe nicht zustande gebracht hat, was aber Gegenstand westlicher Lippenbekenntnisse ist: Diesen Ländern geht es nun endlich besser. Sie profitieren, wie es unsere Gesellschaft seit langem für allein seligmachend hält, mittels des Gesetzes von Angebot und Nachfrage durch die Marktwirtschaft. Da aber zeigt sich, ganz ohne allgemeine Verblüffung, daß die Marktwirtschaft nur gut zu sein scheint, wenn sie unsere Kassen und Konten füllt. Bedauerlicherweise entdecken auch jetzt die vielen klugen Wirtschaftsfachleute nicht, daß diese spezielle Weltwirtschaftsordnung eine Einbahnstraße sein könnte, in der bisher nur die wenigen Industrieländer zu Wohlstand gekommen sind (begünstigt durch eine ganze Reihe von Faktoren, unter denen das militärische Gewicht eine Hauptrolle gespielt hat). Kaum profitieren andere, zetern wir.

In dem erwähnten Zeitungsbericht wurde weiter lamentiert, daß die westlichen Industrieländer Mühe gehabt hätten, ihre Exporte letzthin zu steigern, weil ihnen die vor ähnlichen Ölpreisproblemen stehenden »Entwicklungsländer bei Nullachtfünfzehn-Produkten

die Preise verdarben«. Donnerwetter! Hatte es nicht immer geheißen, die Rettung für die »Entwicklungsländer«, ganz besonders diejenigen ohne Erdöl, liege im Export? »Trade, not aid?« (»Handel statt Hilfe?«) War ihnen nicht anempfohlen worden, die Finger von den komplizierten Dingen zu lassen, die höhere Technologie erforderten?
Eben »Nullachtfünfzehn-Produkte« zu machen?
Mit denen können sie wohl nur Marktanteile erobern, wenn wir da etwas Platz räumen.
Doch der Verfasser klagte weiter: »So sank die Wertquote der westlichen Industrienationen am Weltexport 1979 von 65 auf 63,5 Prozent. Ihre Wertquote am Weltimport aber nahm von 65 auf 67 Prozent zu. Relativ betrachtet, hat sich damit die Lage der westlichen Industriestaaten um einiges, jene der Entwicklungsländer ohne eigene Ölförderung hingegen nur minimal verschlechtert, denn deren Anteil am Weltexport blieb mit 12,5 Prozent konstant, während ihr Anteil am Weltimport um ein halbes auf 16 Prozent stieg« (Hervorhebung von mir).
Diese Stelle verrät nicht nur ein ziemlich deutliches Mißfallen an einer Entwicklung, die wir doch angeblich anstreben: einen größeren Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel. Der Autor rückt wenigstens auch die beliebte Behauptung zurecht, die OPEC ruiniere die »Dritte Welt«. Leider stand diese wichtige Mitteilung recht versteckt im Wirtschaftsteil.
Die Tendenz des Berichts verdeutlicht sehr gut, wie wenig unsere Öffentlichkeit damit vertraut gemacht wird, am Tisch der Reichen sei allmählich auch denjenigen Platz einzuräumen, die so lange keine

Chance hatten - als Opfer der Weltwirtschafts-»Ordnung«. Der Aufstieg der bisherigen Nur-Rohstoff-Lieferanten, mit deren Produkten wir unseren Wohlstand billig aufbauen konnten, kann nicht ebenso billig und ohne Härte für die schon Etablierten abgehen. Auch die optimistischsten Wirtschaftstheoretiker können nicht geglaubt haben, daß die Industrieländer ihren Vorsprung halten würden, wenn die »Dritte Welt« wirtschaftlich ernsthaft zum Zuge kommen könnte. Die erwartete anhaltende Aufwärtsbewegung des Westens müßte, so wurde stillschweigend unterstellt, weiterhin auf der Stagnation der anderen beruhen. Das war ja auch in den letzten Jahrzehnten die traurige Wirklichkeit. Doch das ändert sich nun, wenn auch langsam, und dazu trägt sehr bei, daß in den OPEC-Ländern, hauptsächlich in den arabischen, eine so bedeutende Finanzmacht entstanden ist.

Die Ankunft der Neuen am Tisch bringt zwangsläufig Härten für die schon Versammelten. Diese Härten auf sich zu nehmen, ist kaum jemand bereit. Das kann man ja schon daran ablesen, daß die wenigen, die stets verlangt hatten, die »Entwicklungshilfe« müsse ein Element des Opfers beinhalten, nicht gehört worden sind. Die »Entwicklungshilfe« ist so belanglos gehalten worden, daß sie niemanden kneift.

Der Gedanke, den Wohlstand weltweit teilen zu müssen, und das bedeutet: etwas abzugeben, ist in unseren Gefilden weiterhin tabu. Obwohl leicht auszurechnen ist, daß die Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Welt (im Gleichgewicht ist sie ja gar nicht) durch die OPEC für eine geraume

Zeit auch auf unsere Kosten gehen werden, wird die Öffentlichkeit kaum darauf vorbereitet.
Die ölexportierenden Länder werden bei uns als eine Art Gaunerbande hingestellt, die uns ausplündern will und jedenfalls nur Böses tut. Daß sie im Recht sein könnten, daß sie von ihrem Standpunkt aus das Richtige tun könnten, daß sie jahrzehntelang ihrerseits vom Westen regelrecht geplündert worden sind, unter aktiver Führung der internationalen Ölgesellschaften übrigens, das kann bei uns nicht allgemein begriffen werden. Da müßten die Meinungsmacher erst aufhören, die Klischees von Multis nachzuplappern oder auch von Regierungen, die einen Sündenbock für ihr wirtschaftspolitisches Versagen suchen und alles Elend den »Ölscheichs« zuschreiben.
Wie sehr Haß blendet, im folgenden Beispiel durchaus bewußt geschürter, konnte man der Welt am Sonntag-Serie »So schwimmen die Scheichs in unserem Geld« ansehen, die im August/September 1979 erschien. In unserem Geld? Nein, werte Tatsachenverdreher, in ihrem. Es ist nicht mehr unseres, sonst wäre wohl das öl, das wir verfahren und verfeuern, noch ihres. Seit wann fühlt sich jemand, der etwas kauft, noch weiterhin als derjenige, dem auch das Kaufgeld gehört? Das möchten viele ... Narren. Hat man schon gehört, daß sich jemand mit gleichem Eifer darüber entrüstet, was westliche, auch bundesdeutsche Lieferanten von Gütern, die wir kaufen, mit »unserem« Geld anfangen? Gegen die »Scheichs« sind die plumpsten, billigsten Ausfälle erlaubt. Tatsache ist, daß unsere öffentliche Meinung ihnen ihr Geld mißgönnt, mit einer Intensität, die gegenüber anderen, die sich wirklich als Aussauger

und Auspresser der Menschheit betätigt haben (oder gar noch betätigen), nie zu beobachten war. Ganz abgesehen davon, daß nicht alle ölexportierenden Länder von »Scheichs« regiert werden, und daß sie ständig »Scheichs« zu nennen von ähnlichem Niveau ist wie das vor Jahrzehnten übliche, eher berechtigtere »Ruhrbarone«. Ihre Launen, ihre angebliche Verschwendungssucht sind nicht größer als die europäischer Fürsten, darunter viele deutsche, der Zeit bis zum 19. Jahrhundert (in manchen Fällen länger) - mit dem Unterschied, daß die »Scheichs« ihren Reichtum nicht der Auspressung ihrer »Untertanen« verdanken, und daß man auch noch von keinem gehört hat, der seine Landsleute als Soldaten an andere Länder verkauft hätte wie seinerzeit die regierenden Hessenfürsten die »ihren« zum Krieg nach Amerika. Prestigeobjekte, Rolls-Royce, angeblich überflüssige Flugplätze als Beweis für (soll der Leser denken) ihre Unseriosität vorzuzählen, oder auch ihrer Dummheit, steht Völkern wie dem unsrigen schlecht an. Es sind wohl eher wir (und die anderen europäischen Länder), die mit den Zeugnissen teurer, oft größenwahnsinniger, meist unsinniger Prestigesucht aller Art in Kunst, Städtebau, Prunkbau, Wirtschaft und Verkehr geradezu übersät sind, und deren reicher »Oberschicht« mit weit größerem Recht nachgesagt werden könnte, daß sie »unser« Geld verpraßt hat - vielleicht noch verpraßt. Aber wie reich sind sie denn nun wirklich, die ölexportierenden Staaten. Was fangen sie an mit diesem Reichtum, und inwiefern ist ihr Geld (ihres!) für uns gefährlich oder beunruhigend?

»Ölscheichs besitzen mehr als 400 Milliarden Dollar«, stand zweispaltig im Wirtschaftsteil der Süddeutschen Zeitung vom 26. 3. 1981. Gemeint war (und in der Meldung erklärt): »Die Kapitalanlagen der Ölscheichs in Devisen und Edelmetallen werden noch heuer 400 Milliarden Dollar übersteigen«, schätzte die Commerzbank, und das sollte wohl bedrohlich klingen. Soviel Geld bringt doch sicherlich die ganze Weltwirtschaft durcheinander. In Wirklichkeit ist das kein Betrag, der irgend jemanden bei uns schockieren würde, wenn er nur (nach westlicher Ansicht) in »den rechten Händen« wäre. Angehäuft haben ihn diese »Ölscheichs«, wie sich hier anscheinend sogar eine renommierte, wenn auch letzthin nicht mehr so glücklich operierende Großbank auszudrücken beliebt, mit den Gewinnen, die ihnen die erheblichen Ölpreissteigerungen seit 1973 verschafft haben.

Aber sie sind so exklusiv ja nicht mit solchen Gewinnen. In der gleichen Zeit haben 20 westliche Ölgesellschaften allein, inklusive die acht größten (die »Sieben Schwestern« und die französische CFP, also Total) zusammen rund 150 Milliarden Dollar Reingewinn gemacht - und einen gewaltigen Betrag in ihre verschiedenen Interessen investiert (keineswegs nur Öl, wenn wir an den von Occidental erworbenen Metzgereikonzern mit beinahe fünf Milliarden Dollar Jahresumsatz denken). Die Summen, über die westliche Ölgesellschaften in diesen Jahren verfügten, waren zweifellos größer als die Kapitalanlagen der »Ölscheichs« »in Devisen und Edelmetallen« - wenn es OPEC-Staaten tun, ist sogar der Erwerb von Gold, Silber, Platin und dergleichen suspekt. Nur die

Juweliere, die den »Scheichs« mehr und mehr Umsatz verdanken, denken vermutlich freundlicher.
Da fällt mir die Geschichte von Nubar Gulbenkian ein, Sohn des berühmten Mr. Five Per Cent (siehe Kapitel 6) und selbst ein betuchter Ölkönig des Westens. Wenn es die angenehmen Umstände und eine hübsche Begleiterin erforderten, ließ er, ob in Paris oder London, den Juwelier auch mitten in der Nacht wecken, um ein passendes Geschenk auszusuchen. Von Deterding, dem Gründer des Royal Dutch/Shell-Konzerns, sind eher noch teurere Schmuckgeschichten überliefert. Aber Gulbenkian und Deterding waren eben auf der »richtigen« Seite.
Sehen wir uns also die Einnahmen der OPEC-Mitgliedstaaten an, und zwar von 1977 bis 1980 (denn vorher, darüber ist sich alle Welt einig, war der OPEC-Überschuß sensationell schnell absorbiert, »zurückgeleitet«, angelegt und ausgegeben, in westlichen Ländern natürlich; über diese Zeitspanne hört man kaum noch westliche Beschwerden). Von 1977 bis 1980 also beliefen sich die Einnahmen auf rund 700 Milliarden Dollar. Davon bekam Saudi-Arabien, der weitaus größte Exporteur, allein 233,5 Milliarden.
Das war aber eine Zeit ausgesprochener Dollarschwäche. Der Dollar stand schlecht.
Also übersetzen wir, um den Wert besser zu erfassen, in die stabilere und uns vertrautere Mark, zum jeweiligen Kurs. Die Öleinnahmen der dreizehn OPEC-Staaten in diesen vier Jahren machten 1337 Milliarden DM aus. Auf 13 Länder und vier Jahre verteilt ist das keineswegs so gewaltig, und bei der Ölrechnung fügt man ja im allgemeinen den 13 OPEC-Produzenten auch noch

Bahrein, Oman, Brunei und Trinidad-Tobago hinzu. Lassen wir die gewaltigen Größenunterschiede zwischen den ölstaaten zwecks besserer Veranschaulichung einmal beiseite, dann käme auf jedes OPEC-Mitglied im Durchschnitt rund 26 Milliarden DM pro Jahr. Kein Geschenk übrigens - für den Betrag haben sie ja in den fraglichen Jahren zusammen rund 5,5 Milliarden Tonnen Erdöl geliefert. Das ist weit mehr als doppelt soviel, wie die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen überhaupt verbraucht hat. Niemand wird noch glauben, daß derartige Energieschätze in den letzten vier oder fünf Jahren noch so billig sein konnten wie damals in den fünfziger und sechziger Jahren. Aber wenn wir schon vergleichen, ob jemand an Öl zuviel verdient hat: an den »nur« 2,37 Milliarden Tonnen, die wir in der Bundesrepublik von 1950 bis 1980 verbraucht haben, hat unser Staat allein an Mineralölsteuer und Umsatzsteuer sage und schreibe knapp 350 Milliarden Mark kassiert. Mit dieser gewaltigen Summe hätte sich im Jahr 1975 die Netto-Lohn- und Gehaltssumme aller in der Bundesrepublik Beschäftigten bezahlen lassen. Unsere Steuer pro Einheit lag schon höher als das, was die Lieferstaaten zu sehen bekamen. Und da die anderen Industrieländer ja auch eine Mineralölsteuer haben, teilweise eine noch höhere als wir, ganz abgesehen von der letzthin immer lästigeren Mehrwertsteuer, können wir nicht fehl in der Annahme gehen, daß die westliche Welt an den Öllieferungen, die den »Scheichs« schließlich zum Bedauern der Commerzbank 400 Milliarden Dollar Uberschuß ließen (zum Kurs von 1980: 726 Milliarden DM), mehr kassiert hat.

Der Londoner Petroleum Economist schätzte im Juni 1981 die gesamten Geldüberschüsse der Ölproduzenten zur Mitte 1980 auf »nur« 319 Milliarden Dollar, zum schlechten Kurs von 1980 keine 580 Milliarden DM - die Ölländer hatten offensichtlich schon einiges von ihrem Schatz ausgegeben. Natürlich wuchs der dann wieder, aber die wirkliche Entdeckung ist nicht, wie hoch er sein mag, wenn Sie dieses lesen, sondern die Erkenntnis: Verdienen scheint gut zu sein, wenn es die Reichen tun, und darüber gibt es ja auch passende Sprichwörter - nicht aber, wenn die Armen profitieren, gar ebenfalls reich werden. Wenn man die Debatte in der Wirtschaftspublizistik verfolgt, wird einem ganz klar: Der Haken ist nicht, daß die OPEC-Finanzmasse so problematisch wäre, sondern daß der Westen sie den »Scheichs« nach Kräften mißgönnt.
Da man nicht gut im seriösen Finanzmilieu, im amtlichen oder privaten, mit dem ehrlichen Argument der Mißgunst operieren kann, braucht man natürlich ein fachlich wirkendes Hilfs-Argument. In diesem Fall heißt es, mit soviel Geld könnten die »Scheichs« nicht umgehen (es wird etwas feiner ausgedrückt), und daher könne es, wenn es unvorsichtig bewegt (etwa aus Banken abgezogen) werde, das westliche Bankwesen, ja überhaupt die Welt-Finanzwirtschaft gefährden. Das beliebteste, letzthin aber nicht mehr so häufig vorgebrachte Argument war, die Ölländer legten ihre Überschüsse in westlichen Banken kurzfristig an, die Banken müßten doch aber längerfristig ausleihen - wenn die OPEC ihre Unsummen plötzlich wieder abzöge, stünden die Banken vor dem Ruin.

Aber das sind alles Töne aus dem Glashaus. Man könnte gleich einwenden, daß OPEC-Gelder bisher nur ein einziges Mal als politische Waffe verwendet worden sind: von den USA, als sie die Guthaben des Iran einfroren. Aber man muß allgemeiner daran erinnern, daß die ganze finanzwissenschaftliche Überlegenheit (wenn sie bestünde), alle praktischen Erfahrungen und Lernmöglichkeiten den Westen nicht gehindert haben, seit einem Dreivierteljahrhundert von einer Wirtschaftskrise zur anderen zu taumeln, Katastrophen und wirtschaftlich begründete Kriege inbegriffen, ganz abgesehen davon, daß auch in unserer Weltgegend bis weit in dieses Jahrhundert hinein gewaltiges Elend herrschte (und wieder droht). Das alles ohne jede Mitwirkung von damals so gut wie unbekannten oder unbeachteten »Scheichs«. Man muß ferner daran erinnern, daß der Aufschwung der westlichen Welt im Zeitalter der Industrialisierung nicht nur mit dem Elend kolonisierter Völker bezahlt wurde, sondern auch mit dem Elend, abermals bis tief in unser Jahrhundert hinein, der europäischen und amerikanischen Arbeiter in Industrie und Landwirtschaft. Zusammenbrüche, Krisen, Depressionen haben wir beziehungsweise unsere Eltern und Großeltern und deren Vorfahren nicht nur im eigenen Lande bitter erlebt. Das Elend wurde dann auch noch in die Kontinente exportiert, die sich gegen diese Beglückung durch westliche Tatkraft nicht wehren konnten und die man heute »Dritte« oder schon »Vierte« Welt nennt. Schon lange gibt es auch jenen Nährboden für Krisen, den nicht wir den Ölproduzenten zuschreiben können, sondern den die

ganze Welt unserer industriellen Wohlstands-
gesellschaft verdankt: die Inflation.
Die Geldentwertung hat unsere wirtschaftliche Lage schon längst verschlechtert, als noch von keiner Ölkrise die Rede sein konnte, und die der ölproduzierenden Länder mit. Sie ist ja der Hauptgrund, das auslösende Moment für die ölpreiserhöhungen gewesen. Wir empfanden diese Steigerungen als sensationell, ohne uns zu fragen, ob die unaufhörliche Verteuerung westlicher Industriegüter nicht vielleicht auf nahöstliche und andere »Entwicklungsländer« ebenso sensationell gewirkt haben könnte. In der Literatur über die Entwicklungshilfe und die jeweiligen Preisverhältnisse für die Einfuhren und Ausfuhren der »Entwicklungsländer« sind ja drastische Beispiele genug aufgeführt: Für eine Uhr aus der Schweiz mußte Tansania in der Periode 1961-1964 7,5 Kilogramm Kaffee aufbringen, aber 1971—1974 14,2 Kilogramm (Strahm: Uberentwicklung-Unterentwicklung). Die Austauschverhältnisse (»terms of trade«) verschlechterten sich für die Entwicklungsländer von 1952 bis 1972 um durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr. Die Bankeinlagen der OPEC-Länder verloren von 1977 bis Mitte 1981 mehr als 40 Prozent ihres Werts durch die Inflation, wie Jonathan Power in der International Herald Tribüne vom 27. 6. 1981 schrieb.
1970 konnte mit einer Tonne Tee die Einfuhr von 17 Tonnen Dünger finanziert werden, berichtete FAO-Generaldirektor Saouma vor kurzem, 1980 nur noch von acht Tonnen. Eine Tonne Bananen finanzierte nach Angaben von J. v. Dohnany (in Vorwärts Spezial, 10/1981) Anfang der siebziger Jahre eine Tonne

Importstahl, heute nur noch die Hälfte. Die Bananenpreise fielen zwischen 1950 und 1970 um 30 Prozent. 25 Tonnen Naturkautschuk aus Sri Lanka finanzierten 1960 sechs Traktoren, 1975 nur mehr zwei (Teresa Hayter: The Creation of World Poverty). 1975 konnten mit einer Tonne Jute mehr als dreimal so hohe DM-Zinsen bezahlt werden wie Ende 1981, mehr als doppelt so viel mit Tee, das Zweieinhalbfache bei Soja, 160 Prozent mehr bei Kautschuk, mehr als das Doppelte bei Kaffee, fast das Doppelte bei Kakao (South, Dezember 1981). Ganz fraglos hat die westliche Inflation, verbunden mit stagnierenden oder zeitweise sinkenden Ölpreisen, auch die Ölexportländer in der Zeit von 1950 bis 1979 stark in ihrem wirtschaftlichen Wachstum behindert. 1974 kostete ein bestimmter deutscher Lastwagentyp den Preis von 529 Tonnen »Arabian Light« (die schon erwähnte saudiarabische Ölsorte, das »Marker Crude«.) 1979 mußte das Ölförderland schon 693 Tonnen aufwenden (El Moudjahid: OPEC: Le mythe du club des riches. Zitiert in Le Monde, 27. 12. 1979). Das Blatt der algerischen Regierungspartei verwies damals auf einen Tatbestand, der in dieser Diskussion nicht vergessen werden darf: »Wer ist denn der wirkliche Reiche, wenn man weiß, daß der Monatsbericht des Internationalen Währungsfonds im Februar 1979 das Defizit der »Dritten Welt« als um 31 Milliarden Dollar gestiegen auswies, während sich die Geldreserven der industrialisierten Länder um fast 30 Milliarden Dollar erhöhten?« Allein 1977 habe die OPEC durch die Schwäche des Dollar 14 Milliarden reale Dollar verloren.

Schon nach dem Preisaufschwung von 1973/74 verbuchten die OPEC-Staaten einen erheblichen Einnahmezuwachs, der die westlichen Wirtschaftskreise auch damals zu finsteren Prognosen bewegte. Aber die gewaltigen, angeblich unbewältigbaren Überschüsse waren 1978 verschwunden. Die westliche Wirtschaft war nicht durcheinandergebracht worden. Die ab 1979 neu entstandenen, noch gewaltiger wirkenden Summen sieht man in besserer Perspektive, wenn man folgendes bedenkt: Ein Teil der OPEC-Länder hat trotz dieser Papierüberschüsse Schulden, und das sind übrigens auch Länder, deren Öl-Exportfähigkeit auf Grund ihres wachsenden Eigenbedarfs bei nachlassenden Reserven voraussichtlich schon in verhältnismäßig wenigen Jahren beendet sein wird: Algerien, Indonesien, Nigeria, Venezuela. Ihr Überschuß wird eher noch westlichen Industrieexport ankurbeln, als uns schaden. Die Ölexporteure wissen ja besser als wir, daß ihr Rohstoff auch für sie knapper wird (nachdem wir jahrelang hemmungslos damit gewirtschaftet haben), und sie versuchen sich für die Zeit danach auszurüsten - mit diesem Geld, weitgehend bei uns. Dabei darf man nicht unerwähnt lassen, daß diese Ausrüstung immer teurer wird, denn unsere Preise steigen ja weiter.

Um die Nach-Ölexport-Zeit vorzubereiten, sind gewaltige Summen vonnöten. Diese liegen teilweise schon jetzt auf westlichen Bankkonten. Die große Mehrzahl dieser Einlagen befindet sich bei den größten Banken der Welt, etwa 90 bis 100 an der Zahl. Für diese bedeuten die OPEC-Gelder weniger als fünf Prozent ihrer Einlagen (siehe unter anderem Ian Peacock,

Direktor von Kleinwort Benson Limited im Far Eastern Economic Review, 27. 3. 1981). Sie werden wohl zur Not auch mit eventuellen plötzlichen OPEC-Abziehungen fertig werden. »Bisher haben die Überschußländer eine sehr konservative Investitionspolitik verfolgt« (Peacock). Von der OPEC her könnte man es ganz anders betrachten. Eines Tages hat US-Präsident Carter, wie schon erwähnt, die iranischen Guthaben in den USA blockieren lassen. Das war ein Signal für die OPEC-Länder, daß ihre Einlagen durch westliche politische Erwägungen gefährdet werden könnten. Seither versuchen sie das Risiko besser zu verteilen. Sie haben sich britischen, deutschen, schweizerischen, japanischen, letzthin sogar sowjetischen Banken zugewendet. Parallel dazu wachsen arabische Banken heran, die zweifellos in wenigen Jahren im internationalen Geschäft eine bedeutende Rolle spielen werden. Wir können ziemlich sicher sein, schon bald Beschwerden zu hören, diese Banken nähmen den westlichen »traditionelle« Geschäfte weg.

Ende 1979 waren schätzungsweise nur etwa die Hälfte der OPEC-Überschüsse in Banken eingelegt. Zusätzlich haben Aktienkäufe, auch wenn sie nicht immer so hohe, spektakuläre Beteiligungen bedeuteten wie die an Krupp oder Daimler-Benz, die seinerzeit soviel Aufsehen erregten, einiges zur Stützung mancher Börsenkurse im Westen bewirkt, und in Grundstücksanlagen, Hotels und so weiter sind erhebliche Gelder verschwunden.

Die Plazierung der OPEC-Gelder im Ausland, überwiegend noch im westlichen, ist ja kein Selbstzweck. Vergessen wir nicht dauernd, daß die

ölfördernden Länder sich in einem Tempo, das den Europäern waghalsig vorkommt, eine Landwirtschaft aufzubauen und sich zu industrialisieren suchen — das ist ja auch unser Rezept für sie -, um für die Zeit gerüstet zu sein, wenn kein Öl mehr für die Finanzierung ihrer Staatshaushalte sorgen kann. Das kostet soviel Geld, daß ein großer Teil der (von uns) gefürchteten Überschüsse dabei verschwinden werden. Für die nahöstlichen OPEC-Staaten ist beispielsweise die Ernährung ihrer Bevölkerung ein Problem; die ist ja durch den Zuzug von Gastarbeitern stark angewachsen. Sie sind weitgehend auf Nahrungsmitteleinfuhren angewiesen. 1979 gaben sie mehr als sechs Milliarden Dollar dafür aus. Ihr Weizendefizit für 1985 wird von der FAO auf rund zehn Millionen Tonnen geschätzt. Gewiß scheint Geld genug vorhanden, um das alles zu bezahlen und dazu noch vieles, an das sich diese Völker dank der reichlicheren Geldmittel und der von den Regierungen stark subventionierten Lebensmitteleinfuhren gewöhnt haben. Doch ein Ergebnis der bequem bezahlbaren Einfuhr war sehr schnell der Niedergang der einheimischen Landwirtschaft, die ohnehin durch die extremen Klimabedingungen beschränkt ist. Was machen diese Länder, wenn das Ölgeld nicht mehr so reichlich fließt, aber die Industrialisierung nicht weit genug gediehen ist, um die benötigten Einfuhren zu finanzieren?
Daß die Industrialisierung so schnell gehen und Erfolg haben wird, wie zu Beginn des Ölgeldstromes angenommen, glaubt heute niemand mehr.
Die massiven anfänglichen Investitionen führten auch dort zur Inflation, Überhitzung der Wirtschaft und

Verschwendung. Dazu kommen die sozialen Probleme, die der Zustrom so vieler ausländischer Arbeiter nebst ihren Familien aus anderen arabischen Ländern, aber auch Pakistan, Indien und weiter entfernten, bewirkten. In einigen Nahost-Ländern sind die »Fremden« schon die Mehrheit. All das zusammen hat die Regierungen veranlaßt, ihre inneren Wachstumspläne zu verlangsamen. Entsprechend länger wird es dauern, bis auf das ölgeld verzichtet werden kann, weil andere Exportgüter es ersetzen würden. Entsprechend schärfer werden die arabischen Anleger darauf achten, daß die öleinnahmen möglichst lange gestreckt und daß diejenigen Summen, die nicht für den internen Konsum benötigt werden, möglichst günstig angelegt bleiben - in ihrem, nicht nur in unserem Interesse.

Die Commerzbank wies dementsprechend auch im Juni 1981 darauf hin, es sei zu beobachten, daß die OPEC-Länder ihre Überschüsse nun verstärkt längerfristig anlegten. Können wir sie angesichts der ungeheuren Entwicklungsaufgabe, die sie zu bewältigen haben, wirklich beneiden? Möglichst alles Geld, das sie verdient haben, bei uns nicht etwa nur angelegt, sondern möglichst gleich unsere Wirtschaft befruchten zu sehen - das ist nichts desto weniger der Hauptwunsch unserer Wirtschaftler. Für das Ölgeld ist der Ausdruck »recycling« in Mode gekommen — ein Fremdwort für den Wunsch, jenen Serientitel der Welt am Sonntag doch wahr werden zu lassen: das Geld, das wir ihnen für das Öl bezahlt haben, möge doch weiterhin unseres bleiben, zurückkommen, bei uns und für uns arbeiten. Der Wunsch ist ebenso verständlich wie übertrieben naiv — übertrieben, weil ein gewisses

»recycling« von jeher stattgefunden hat. Zwischen den Handel treibenden Völkern ist es die Regel, und natürlich findet es ohnehin auch zwischen den ölstaaten und uns statt.
Wenn Gunter Sachs, oder vielleicht ist es jemand anders, einen Rolls-Royce kauft oder auch mehrere (ohne daß man sich hierzulande darüber aufregen würde), dann hat er einen Teil des Gewinnes, den seine Firma in England gemacht hat, zurückgeleitet und damit auch noch geholfen, eine englische Firma mit ihrer Arbeiterschaft am Leben zu halten. Das bewirken die »Scheichs« mit ihren Luxus-Käufen, aber natürlich auch mit dem Erwerb von Notwendigem.
Deutsche Millionäre würden sehr verdutzt sein, wenn man sie aufforderte, nun müßten sie aber auch noch die Verwaltung ihres Vermögens, noch besser gleich das ganze Vermögen in andere Länder abgeben, weil man dort meint, besser (und natürlich nützlicher für sich selbst) damit umgehen zu können.
Im politischen deutschen Reisejournalismus ist modern geworden, sich über die schon kurz erwähnten angeblich zu aufwendigen, zu dicht beieinander liegenden Flughäfen der Vereinigten Emirate zu ereifern, oder über das riesige und möglicherweise nie auszulastende Dock in Dubai. Abgesehen davon, daß es hierzulande von Fehlinvestitionen wimmelt, um die sich zu kümmern lohnender wäre (was wird nicht über den unrentablen Flughafen Köln-Bonn gejammert?) - die Anlagen und Bauten dort unten sind voll bezahlte Aufträge, an denen westliche (und besonders deutsche) Firmen vortrefflich verdient haben, über deren Sinn zu urteilen wir ruhig den Betroffenen überlassen können.

Der Unterschied zum westlichen Herkunftsland dieser Kritiker ist, daß sich die »Scheichs« so etwas leisten können, ohne jemanden anzupumpen oder ihr Volk mit Steuern dafür zu belasten. Die ölexportierenden Länder halten mit ihren Entwicklungsprojekten westliche Unternehmen, schier ganze Industrien am Leben oder in Blüte, besonders Baufirmen, die unsere Rezession sonst wohl nicht so gut überstehen würden, darunter auch bundesdeutsche wie die »Hochtief« bis zu weniger bekannten. Bundeskanzler Schmidt erklärte am 7. April 1981 in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung: »Bei der deutschen Bauindustrie dürfte sich die Hälfte des ganzen Auslandsumsatzes in Saudi-Arabien abspielen.« Michael Jungbluth veröffentlichte Anfang 1979 in der ZEIT eine Übersicht, der zufolge deutsche Unternehmen in der Zeit von 1974 bis 1978 allein 14 Milliarden DM an Aufträgen aus Saudi-Arabien bekamen. Daß der Iran inzwischen seine allzu ehrgeizigen Pläne aufgesteckt hat, ändert nichts daran, wie segensreich der neue ölreichtum (nicht nur) des Nahen Ostens sich für die deutsche Wirtschaft ausgewirkt hat. In den Jahren nach dem ersten Ölschock von 1973 haben die Industrieländer ihre Ausfuhren in die OPEC-Staaten vervierfacht; die Bundesrepublik (nach den USA und Japan an dritter Stelle) hat von 1977 bis 1980 damit mehr als 90 Milliarden DM eingenommen. Selbst die Esso, sonst auch nicht faul darin, den OPEC-Ländern die Schuld an den wirtschaftlichen Unbequemlichkeiten des Westens zuzuschieben, erklärte in ihrem Magazin (1/1979): »Durch den Kauf von Gütern und Dienstleistungen in den Industrieländern verschafften die OPEC-Staaten

diesen wiederum zusätzliche Einnahmen, durch die die Industrieländer die Belastungen ihrer Zahlungsbilanzen durch die Verteuerung des Rohöls weitgehend ausgleichen konnten.« Vergessen wir nicht, daß die Bundesrepublik für fast 30 Prozent ihres Bruttosozialprodukts vom Export abhängig ist. Dazu paßt schlecht, auf das Entstehen einer neuen Ländergruppe von Abnehmern zu schimpfen und ihnen das Geld, ohne daß sie unsere Exporte nicht kaufen könnten, zu mißgönnen. Ende 1981 freilich wich das Gezeter über die OPEC-Überschüsse einer neuen Betrachtungsweise. »Petro-Dollar-Überschüsse verschwinden«, lautete eine Schlagzeile der Süddeutschen Zeitung vom 24. 11. 1981 über einer Reuter-Meldung, deren Anfang zu zitieren lohnt: »Das Gespenst einer durch riesige und hartnäckige Petrodollar-Überschüsse der OPEC verursachten Finanzkrise, das die Bankiers der Welt noch vor einem Jahr verfolgte, ist verschwunden.« Mitte Dezember konnte man von AP-Dow Jones in der International Herald Tribune lesen, nach Meinung der Experten könnten die Überschüsse binnen weniger Jahre auf fast null schrumpfen, und diese Ansicht hatte auch der Verfasser des Reuter-Berichts vertreten - nicht ohne »Sorgen, daß eine kräftige Abnahme der Kaufkraft der OPEC negative Folgen für die Weltwirtschaft haben könnte.«
Man sieht — was immer die OPEC-Länder tun, ob sie verdienen oder darben: Westliche Wirtschaftskreise werden es immer mit Sorge sehen, und wenn auch die heutige Besorgnis nachträglich die von gestern als eher törichte, das Publikum irreführende Panikmache enttarnt. In den Ölüberschußjahren 1980 und 1981

mochte man auch vielleicht schon wieder vergessen haben, daß die Anhäufung dieser Geldmengen weit weniger auf die Geldgier der ölförderländer zurückging als auf die ölgier der Industrieländer, die bis Mitte der siebziger Jahre nicht genug Öl bekommen konnten. Um ihre laufenden Kosten und wichtigsten Wirtschaftspläne zu bezahlen, brauchten Saudi-Arabien und Kuweit höchstens halb soviel Öl zu verkaufen, und auch einige andere förderten mehr, als sie zur Bezahlung all ihrer Projekte verkaufen müßten. In ihrem Interesse wäre gewesen, einen größeren Anteil ihres Öls in der Erde zu lassen und sich dadurch auch noch für später hohe Preise zu sichern. Daß sie es nicht taten, hing mehr mit den Bedürfnissen der Industrieländer zusammen. Mag sein, daß der scheinbare Öl-Überfluß seit 1981 zu der Annahme verführte, die Krise sei nun vorbei. Doch es würde keiner sehr starken Rücknahme der Förderung bedürfen, und bald danach wäre öl wieder knapp (und teurer). Ist schon vergessen, wie unverfroren manche Leute (auch hierzulande) nach 1973, stärker aber noch 1979/80 schwadronierten, der Westen müsse sich das öl, das er brauche, zur Not mit Gewalt aus dem Nahen Osten holen? Eine gewisse Bremswirkung auf die öleinnahmen wird aber auf die Dauer der wachsende Eigenbedarf der OPEC (und der anderen Förderländer wie Mexiko und Oman) ausüben.
Bekanntlich sind die Experten fast nie einig, ob ein wirtschaftlicher Vorgang gut oder schlecht ist.
Da das öl in Dollar abgerechnet wird, bedeutete ein stärkerer Dollar, der also wieder mehr DM, Pfunde, Francs und so weiter wert war als bisher, auch wieder

eine teurere Ölrechnung. Darüber stöhnte alle Welt seit Anfang 1981. Aber wäre der Dollar vor anderthalb Jahrzehnten nicht so abgerutscht — knapp 4 DM wert 1968, kaum mehr als 3 DM 1972, um die 2 DM 1978, 1980 zeitweise nur ein bißchen mehr als 1,70 DM -, dann wäre der Welt ein beachtlicher Teil der Ölpreissteigerungen vermutlich erspart geblieben.
Die ölexportierenden Staaten sahen damals ihre Einnahmen mit dem Dollarwert schrumpfen. Die gleiche Menge Öl war Ende der siebziger Jahre nur noch halb soviel wert wie am Anfang. Man muß kein »Ölscheich« sein, um mit dieser Abwertung der eigenen Exportgüter unzufrieden zu sein. Auch ein westlicher Kapitalist hätte seine Preise heraufgesetzt.
Der schwache Dollar erklärt nicht alles. Auch ohne das verteuerte, wie erwähnt, in den Industrieländern die Inflation die Exporte. In einem bemerkenswerten Leitartikel sagte Hans Herbert Götz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. 6. 1975: »Der Westen ... wehrt sich gegen das ölpreiskartell mit einer schrecklichen Waffe: der der Inflation. Um ein gewagtes Bild aus der Nuklearstrategie-Debatte zu benutzen: gegen den öl- und ölpreiskrieg hat der Westen eine Second Strike Capability, die Geldverschlechterung. Diese Waffe ist bereits angewandt. Ihr Ergebnis ist eine Weltrezession. Wann wird eingesehen, daß dieser unheilvollen Entwicklung Einhalt geboten werden muß, und zwar gemeinsam?«
Der Verdruß darüber ist schließlich der Hauptgrund dafür gewesen, daß die OPEC-Länder ihre Preisgestaltung in die eigenen Hände nahmen und die Preise so steigerten, wie wir es erlebt haben und wie es

die Gesetze der Marktwirtschaft ja zuließen. Die Käufer, also wir, zahlten ja, wenn auch mißvergnügt. Dieses andauernde Mißvergnügen hat uns dann wohl nicht zur Kenntnis nehmen lassen, daß der reale Ölpreis, also sein wirklicher Kaufkraftwert, jahrelang nach der ersten »Explosion« von 1973/74 konstant blieb, gelegentlich sogar fiel - ganz im Gegensatz zu dem, was man uns vormachen wollte. Jahrelang waren die angeblich so gierigen »Ölscheichs« wieder damit zufrieden.
Die OPEC-Länder suchen nun, zum Kummer der Multis, nach der Kontrolle über ihr Erdöl und seinen Preis auch weitere Bereiche der ölwirtschaft an sich zu ziehen, weitere Stadien der Vermarktung: Transport, Raffinerie, Vertrieb - warum nicht eines Tages auch das Tankstellennetz? Auch hier befolgen sie nur die Lehren aus im Westen geheiligten Wirtschaftsrezepten und marktwirtschaftlichen Verhältnissen. Aber fraglos wird das, mindestens in einer Übergangszeit, die Spannungen zwischen ihnen und den internationalen ölgesellschaften, die bisher wenigstens diesen Teil des Geschäfts weitgehend allein betrieben, abermals vergrößern. Das Rezept ist natürlich, nicht nur den Rohstoff zu liefern, sondern auch die einträgliche Verarbeitung zu übernehmen. Das »gibt den Produzenten mehr Profit pro Barrel«, liest man ohne Überraschung beispielsweise in Lloyds List vom 19. 3.1980, und ich erwähne diesen Gemeinplatz ja auch nur, weil speziell das deutsche Publikum durch viele Verlautbarungen der Multis daran gewöhnt ist, alles, was die Multis tun, darunter besonders das Raffineriewesen, für ein jammervolles Verlustgeschäft zu halten.

Die meisten ölproduzierenden Länder haben schon genügend Raffineriekapazität für ihren Eigenbedarf. Nun planen sie kräftige Ausweitungen - Kuweit beispielsweise will schon 1985 die Hälfte Miner Produktion selbst raffinieren.
Die Raffineriekapazität der OPEC-Länder betrug 1980 nur etwa 7,5 Prozent der Weltkapazität. Da sie etwas mehr als 40 Prozent des gesamten Öls fördern, wovon ein wesentlicher Teil noch lange gebraucht werden wird, dürften sie weit mehr eigene Raffinerien auslasten können. Nicht nur, daß sie die Kapazitäten im eigenen Land ausbauen können — einige OPEC-Gesellschaften haben schon angefangen, Raffinerien in Amerika und anderswo aufzukaufen. Dazu wurden 1980 bedeutsame Raffinerie-Verträge geschlossen, etwa zwischen Saudi-Arabien einerseits, der BP und Mobil andererseits, aber auch zwischen Förderstaaten und weniger großen Gesellschaften - deren Raffinerien arbeiten also in fremdem Auftrag, und die Verfügung über die Produkte bleibt bei den Produzenten.
Diese Entwicklung wird die Position der großen Ölgesellschaften, die wegen des allgemeinen Verbrauchsrückganges schon Raffinerien schlossen oder deren Arbeit einschränkten, natürlich nicht gerade stärken. Die Konzerne wußten schon, warum sie vor zwei, drei Jahrzehnten den Wunsch der nahöstlichen Länder nach eigenen Raffinerien ablehnten. Nur beim Chef der italienischen Staatsgesellschaft ENI (AGIP), Enrico Mattei, fanden die Förderländer damals mehr Verständnis. Heute aber bedeutet das nach Meinung mancher Wirtschaftsblätter, daß die westlichen Industrieländer noch tiefer in eine »Ölknechtschaft«

der OPEC geraten (Wirtschaftswoche, 13. 3. 1981), obwohl die OPEC ja weniger als die Hälfte der Welt-Erdölförderung bestreitet.

13. Krokodilstränen und Zahlenspiele auf Kosten der Armen

Der bundesdeutsche Zeitungsleser (und »Tagesschau«-Fernseher) ist nicht sehr an Nachrichten über »Entwicklungsländer« interessiert. Das hat die lesende, schauende und hörende »öffentliche Meinung« unseres Landes mit den meisten anderen westlichen Ländern gemeinsam. Das Thema ist totgeritten, der Fall offenbar hoffnungs-los. Nach so vielen Jahren gewaltiger Hilfsanstrengungen — so denken die Kunden westlicher Informationsmedien - hat sich die Lage fast überall eher verschlechtert. Wahrscheinlich ist wirklich nichts zu machen. Das mag zwar eher mit den mangelhaften Anstrengungen und vielleicht mit dem fehlerhaften Ansatz der »Entwicklungshilfe« zusammenhängen als mit einem Naturgesetz, aber solche Einwände sind nicht mehr oft zu hören.
Die allgemeine Resignation läßt ja auch zu, daß die ohnehin im Verhältnis zur Leistungskraft bescheidene westliche, auch die bundesdeutsche »Entwicklungshilfe« auf beschämend niedrigem Niveau verharrt. Sie kriecht weit hinter dem (auch schon eher bescheidenen) Ziel hin und her, das Anfang der siebziger Jahre gesteckt worden war, jenen 0,7 Prozent, also nicht einmal ein Hundertstel des Bruttosozial-produktes für die öffentlichen, also staatlichen

Leistungen. Diesem trüben Bild werden seit einiger Zeit mit auffälligem Enthusiasmus von Politikern und Medien noch finsterere Farben zugemischt. Die Ölpreiserhöhungen durch die OPEC, so tönen Minister und verkünden Wirtschaftsjournalisten, und andere wiederholen es - sie machen die armen Entwicklungsländer einerseits sowieso endgültig pleite, also anderseits unsere »Hilfe« endgültig zunichte.
Unter solcher Perspektive wird sich kein öffentlicher Enthusiasmus für einen neuen Anlauf zur Hilfe ankurbeln lassen. Hingegen steht da vor dem verwirrten Volk endlich wieder der Sündenbock, die OPEC. Wir hören und lesen, daß sie an unseren eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten schuld sei (»diese Ölrechnung kann doch niemand bezahlen!«); nun versetzt sie auch den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas den Stoß in den Abgrund.
Unseren verschiedenen verantwortlichen Sündenbock-Suchern würde es gut gefallen, wenn das allerseits geglaubt würde. Es regt sich ja auch kaum noch Widerspruch. Also muß es in seiner ganzen bösen Verlogenheit bloßgestellt werden. Zur Front der Verlogenen gehört die amerikanische Regierung ebenso wie die Bundesregierung, die Weltbank, die angeblich so gütige, und der größte Teil unserer Publizistik. Das können wir also nicht methodisch genug untersuchen.
Erste Frage natürlich: Wer sind überhaupt die »Entwicklungsländer«, denen unsere so brillant entfachte Jammersucht gilt? Vielleicht darf man da zunächst daran erinnern, daß fast alle OPEC-Länder, allenfalls mit Ausnahme Venezuelas, aber da zögere ich schon, ebenfalls sogenannte Entwicklungsländer sind.

Daß sie seit ziemlich kurzer Zeit viel Geld am Erdöl verdienen, macht sie keineswegs »entwickelt« oder gar nach unseren Begriffen reich. Dazu fehlt ihnen vielmehr so gut wie alles: die Infrastruktur, die wirtschaftliche Basis, die Bildung, hinreichende Kader - es ist müßig, alles aufzuzählen. Überdies werden einige von ihnen die Quelle dieses neuen Geldsegens in Kürze versiegen sehen. Wenn sie nicht bald und viel neues Erdöl finden, scheiden Indonesien, Ekuador und Gabun schon etwa 1990 als Exporteure aus, Algerien, Nigeria und Katar wenige Jahre später, weil sie ihre Produktion selbst aufbrauchen, bis sie versiegen wird (denn ihr Eigenverbrauch steigt). In der kurzen Zeit ihrer verhältnismäßig hohen Exportgewinne hat sich gezeigt, daß das Erdöl keineswegs eine schnelle »Entwicklung« bewirken kann. Diese Länder werden, wenn die Öl-Exporteinnahmen wieder aufhören, noch keineswegs einen hohen Lebensstandard erreicht haben.
Heute werden die ölexportierenden Länder als große Verdiener angesehen. Rechnen wir. Insgesamt lebten 1981 etwa 4,4 Milliarden Menschen auf der Welt. Davon gehörten 3,6 Milliarden zur armen »Dritten« und »Vierten« Welt. Von diesen geht es nunmehr rund 327 Millionen Menschen in den ölproduzierenden Staaten etwas bis wesentlich (je nach Land) besser. Ihre Chancen, aus dem Zustand der »Unterentwicklung« herauszukommen, sind sehr gestiegen. War das nicht das Ziel westlicher Entwicklungshilfe? Die OPEC-Völker kommen ihm freilich nicht durch unsere Hilfe näher, sondern unter unserem lauten Gezeter, und eben nur dadurch, daß sie ein Preisjoch aus Zeiten der Kolonialwirtschaft abgeschüttelt haben. Vielleicht ist

das der Grund, aus dem unsere »Zuständigen« so schimpfen. Man kann ahnen, warum manche für günstig halten, daß hierüber nicht sehr nachgedacht wird. Es gibt ja noch andere wichtige Rohstoffe, auf die unsere industrialisierte Welt dringend angewiesen ist. Auch sie kommen überwiegend aus »Entwicklungsländern«. Was würde sein, wenn diese Exportländer ebenfalls eines Tages schafften, Preise zu erzielen, mit denen sie auch so viel anfangen könnten wie die Ölexportländer mit den ihren? Damit würde sich unsere jahrhundertelange Billigpreiskonjunktur, der wir unsere unglaubliche Überlegenheit des Lebensstandards verdanken, mit weiteren großen Schritten ihrem Ende nähern. Noch nicht einmal ein Fünftel der Menschheit genießt einen Lebensstandard, der um das zigfache, schier unmeßbar hoch, über dem der gewaltigen Mehrheit liegt. Es war schon immer verwunderlich, wie die Christen das mit ihrem Gewissen vereinbarten, aber ein Gottesgesetz ist es sicherlich nicht. Eher ein Aspekt jener viel gefeierten Weltwirtschafts-»Ordnung«, die in Wirklichkeit den größten Teil der Welt in Unordnung gebracht hat. Und da läßt sich auch der Gedanke anschließen, der keineswegs neu, aber darum nicht falsch ist: Die »Entwicklungshilfe« wäre wohl in der Tat weitgehend unnötig, wenn die Länder der »Dritten Welt« für die Rohstoffe, die sie uns liefern, einen fairen Preis bekommen würden. Das wenigstens haben die OPEC-Länder nun sehr schlagend demonstriert.

Das Argument also, die OPEC schädige mit ihrer Preispolitik die »Dritte Welt«, zu der sie selbst gehört, ist so unsinnig, daß es unmöglich guten Glaubens

angeführt werden kann. Nicht nur, weil die OPEC-Länder ihrerseits auch noch massive finanzielle Hilfe an andere Länder der »Dritten Welt« leisten, also an ihrem »Reichtum« noch andere teilhaben lassen. Darauf komme ich noch. Untersuchen wir noch etwas näher die Behauptung, OPEC-Preise ruinierten die Wirtschaft der ärmsten Länder. Da stellt sich die Frage, wer denn nun diese Länder sind, deren plötzlich gestiegene Ölrechnung unseren politischen Statistikern solches Mitleid entlockt. In einer Veröffentlichung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 22. Juli 1980, betitelt Energiekrise und Entwicklungspolitik, heißt es inmitten eines Sammelsuriums teilweise recht unwesentlicher Statistiken: »Die öffentlichen Leistungen (an Entwicklungshilfe) der OECD-Länder werden 1980 nur noch knapp ein Drittel der Öl-Einfuhrrechnung der Entwicklungsländer ausmachen ... Die zusätzliche Ölpreiserhöhung 1979 ergibt rechnerisch für 1980 eine zusätzliche direkte Belastung der EL (so kürzt man amtlich ab), die die voraussichtliche Hilfe der gesamten ODA-Leistungen für 1980 übersteigt« (ODA ist die englische Abkürzung für öffentliche Entwicklungshilfe im Gegensatz zu den Aufwendungen nicht-staatlicher Organisationen und der Privatwirtschaft). Und gleich anschließend, oh Nachtigall: »Die Preiserhöhungen 1978/80 werden der OPEC zusätzliche Einnahmen von mehr als 170 Milliarden Dollar bringen.«
Zwar würde es, wie gesagt, korrekt sein, auch die OPEC-Länder als »EL« zu bezeichnen. Aber wie würde sich dann lesen, daß diese zusätzliche Einnahmen hätten? Also sehen wir nun die Länder an, auf die das

BMZ (wie dieses für Entwicklungshilfe zuständige Ministerium sich abgekürzt nennt) sein Jammerbild aufbaut. Wir finden ja in derselben Schrift, wer als »von Ölpreiserhöhungen besonders betroffene EL« gerechnet wird: Indien, Kenia, Sri Lanka, Senegal, Korea, Philippinen, Brasilien, Spanien, Taiwan, Türkei, Griechenland, Portugal, Chile. Eine seltsame Liste, werden auch wohl die verehrten Leserinnen und Leser gedacht haben. Gemeinhin stellen wir uns wohl als ärmste Länder eine ganze Reihe von diesen hier nicht vor, und auch sie selbst rechnen sich im allgemeinen nicht dazu. Indien wiederum ist ein Sonderfall, schon deswegen untypisch, weil es in wachsendem Maße (und mit steigenden Krediten der Weltbank) selbst Erdöl erschließt und fördert. Wohl auch, weil es mit kräftiger Förderung durch Ost und West soviel Geld in Rüstung und Atomkraft steckt, daß der Hinweis auf die Ölrechnung müßig erscheint — wenn auch seine Bevölkerung dadurch nicht weniger miserabel dran ist. Hier wird unseriös argumentiert mit Ländern, die von der OECD längst in einer anderen Kategorie geführt werden, nämlich als newly industrialising countries, abgekürzt »NICs«, die also nicht zu den vielberufenen Ärmsten der Armen gehören, sondern längst zur Ländergruppe der »mittleren Einkommen«. Ihre Armut nimmt sich gegen wirklich arme Länder längst wie Reichtum aus: Korea, Brasilien, Spanien, Taiwan, Griechenland und Portugal. Auch die Türkei und Chile in dieser Liste zu finden, macht die BMZ-Aufstellung zum Gegenteil einer aufklärenden Information.
Man kann diese Analyse durch eine andere ergänzen, die der Generaldirektor des OPEC-Fonds für

Internationale Entwicklung, Dr. Ibrahim F. I. Shihata, in einer Zuschrift an die Londoner Financial Times vorgelegt hat. Das Blatt hatte das Zahlungsbilanzdefizit der »Entwicklungsländer« durch Öl für 1980 auf 63 Milliarden Dollar beziffert. Dr. Shihata:

»Für das meiste dieser Summe kommen ein paar Entwicklungsländer mit hohen Einkommen auf, die in jeder anderen Beziehung reicher als irgendein OPEC-Land sind. Und diese Defizite sind nicht nur durch Ölpreissteigerungen verursacht. In der Tat: die zehn am meisten verschuldeten Länder der >Dritten Welt< im Jahr 1979, von denen übrigens fünf Mitglieder der OPEC sind, kamen für 75 Prozent des gesamten Schuldendienstes von Entwicklungsländern auf. Brasilien und Mexiko: 30 Prozent der Gesamtsumme (gemeint sind Schulden an westliche Gläubiger). Mexiko, das sollte man festhalten, ist ein ölexportierendes, nicht importierendes Land. Nicht jedermann beachtet, daß nur acht Länder etwa 70 Prozent der Öleinfuhr) von Entwicklungsländern aufnehmen — die meisten mit hohen Einkommen und halb-industrialisiert« (wiedergegeben im OPEC-liulletin, August 1980). Doch angesichts der desinformierenden Liste kann man sich sogar getrost auf dem Boden der BMZ-Argumentation weiterbewegen und Magen: Wer bedenkt denn Länder der »Dritten Welt« mit einer aufwendigen erdölverschlingenden Technologie? Wer hat denn in gewaltigem Umfang energieintensive Produktionsweisen vorgemacht und verbreitet?

Und schließlich darf man auch in diesem Zusammenhang die Frage nicht vergessen, ob die

Ölrechnung Indiens, Chiles, Taiwans (Formosa) und Südkoreas, um nur einige noch einmal hervorzuheben, vielleicht auch wegen ihrer vom Westen gerüsteten Armeen so hoch ist ? Wer hat schon gemessen, was die Philippinen wiederum für die Unterdrückung des Moslemaufstandes an Öl für die amerikanischen Flugzeuge, Panzer, Fahrzeuge und Schiffe brauchen... Auch die die russischen Panzer in Indien verbrauchen öl. Der BMZ-Liste könnte man noch zwei Länder hinzufügen, deren Öleinfuhr sich für die Gesamtstatistik ebenfalls bemerkbar macht, die aber auch nicht mehr zu jenen gehören, die in der Kategorie der Ärmsten geführt werden: Peru und Ägypten. Die damit erwähnten 15 und dazu noch Pakistan (ebenfalls ein Großverbraucher für militärische Zwecke) sind zusammen für nicht weniger als die Hälfte der ölimporte aller »Entwicklungsländer« verantwortlich, und damit für deren angebliches Öldefizit.
Mit anderen Worten: Die Ölpreiserhöhung traf keineswegs, wie behauptet, in erster Linie die etwa hundert besonders armen »Entwicklungsländer«, sondern eine im Verhältnis zu diesen schon recht wohlhabende Gruppe. Bevor wir das trügerische Zahlenspiel weiter unter die Lupe nehmen, ist die Frage wohl angebracht, warum unsere Zuständigen denn über das Kassenschicksal just der Erwähnten so aufgebracht sind. Ein Blick in die jüngere Geschichte bringt die Antwort: Einige von ihnen sind hervorragende Waffenkunden des Westens, und sie alle bilden eine von der westlichen Exportwirtschaft besonders erfolgreich beackerte Abnehmerschaft.

Es wäre ja wirklich bedauerlich, wenn sie, angeblich wegen der höheren Ölpreise, uns nicht mehr so viele Industriewaren abkaufen würden wie bisher. Aber vielleicht könnten sie sagen, daß sie wegen der hohen Preise, die sie für unsere Waren zahlen müssen, nicht genug Geld für Öl haben? Denn hier erhebt sich nun der Hase aus dem Pfeffer und würde, wenn er nicht mit westlichen Flinten gleich wieder erlegt wird, folgendermaßen sprechen: Die Vörrechnerei des BMZ und vieler anderer suggeriert dem meist ahnungslosen Publikum, daß die armen Länder der Welt ganz fröhlich lebten und sich kräftig dem Wohlstand entgegenimportierten, bis plötzlich die OPEC des Weges kam. Da muß man doch einmal klarmachen, was diese, fast alle »Entwicklungsländer« in den vergangenen Jahrzehnten wirklich ärmer gemacht hat. Ich sage absichtlich Jahrzehnte, um nicht noch einmal auf die Kolonialwirtschaft eingehen zu müssen, die Europa dieser »Dritten Welt« vor langer Zeit aufgezwungen hat und der sie in erster Linie ihre wirtschaftliche Rückständigkeit und ihr Elend verdankt (siehe Gert v. Paczensky: Weiße Herrschaft).
Die neueren Gründe, arm zu bleiben oder noch ärmer zu werden, sind keineswegs unbedeutend.
Mit großem Abstand an der Spitze liegt das ungünstige Verhältnis zwischen dem, was die »Entwicklungsländer« von uns für ihre Waren oder Leistungen bekommen, und dem, was sie für die unseren bezahlen müssen. Die »Dritte Welt« liefert ihre Rohstoffe - viele Länder haben wegen der in der Kolonialwirtschaft eingeführten Monokultur nur ein beherrschendes Exportprodukt - für keineswegs

regelmäßig steigenden, sondern häufig sinkenden und im großen und ganzen ungünstigen, unfairen Preis an die Industrienationen. Diese waren noch stets in der Lage, den Preis weiter zu drücken. Einzige Ausnahme von Bedeutung: das Erdöl...

Mit den ziemlich stagnierenden oder gar sinkenden Einnahmen pro Einheit exportierter Rohstoffe bezahlen die Länder der »Dritten Welt« Fertigwaren, Industriegüter aus unserer Welt, die mit geradezu satanischer Sicherheit und Regelmäßigkeit immer teurer werden - in den letzten Jahren, nein Jahrzehnten mit zuweilen galoppierender Inflation. Wir jammern über die Geldentwertung; denkt jemand, die Käufer in Übersee merken sie nicht? Die »EL«, wie es so schön heißt, haben sich gut anstrengen, unsere Inflation nimmt ihnen die Früchte ihrer Anstrengung. Darüber ist schon zuviel geschrieben worden, als daß ich das hier noch weiter ausmalen müßte. (Einige Beispiele habe ich im Kapitel 12 aufgeführt.)

Nun war ja das westliche Rezept, diese Länder müßten sich industrialisieren. Das hilft auch unserer Industrie. Sie taten beziehungsweise versuchten es auch, mit Hilfe von bereitwillig gewährten und oft auch zu leichtsinnig genommenen Krediten und sonstigen Hilfen. Doch wer einmal ein Pechvogel ist, hat offensichtlich immer Pech. Wer sich industrialisieren will, muß seine Produkte exportieren können, solange der innere Markt nicht aufnahmefähig genug ist, und wo wäre er das schon in »Entwicklungsländern«. Aber als einige von ihnen so weit waren, hatte sich der Industrieländer leider die Rezession bemächtigt. Sie kauften nicht mehr soviel,

wie die Entwicklungsländer hätten verkaufen müssen — und ihre »Entwicklungshilfe« ließ auch noch nach. Für den Fall, daß ein Vernebeier unter den vielen behaupten sollte, an der Rezession seien die Ölpreise schuld (und das kommt in der Tat in vielen Sonntagsreden vor), erinnere ich sicherheitshalber an die von 1967, die nicht im entferntesten mit Ölpreisen zu tun hatte. Unsere jetzige hat auch nicht mit den Ölpreiserhöhungen von 1979/80 angefangen, und von 1973 bis 1978 war der Ölpreis ja real gesunken.
Die kombinierte Wirkung westlicher Inflation mit der Rezession, darüber gestülpt die ungünstigen Preise für verschiedene Rohstoffe
das ist die »Dritte Welt« viel teurer zu stehen gekommen als die Öl Preiserhöhung. Man lese im OECD-Observer 109 vom März 1981 im Artikel »Developing Countries and the Oil Price Shock« aufmerksam nach und wird diese Feststellung bestätigt finden. Richtig ist natürlich auch: »Economists do not agree on which of the external shocks to the balance of payments of the developing countries have been the dominant ones« — welche der Schocks für die Zahlungsbilanz der »Entwicklungsländer« die schwersten waren, darüber sind sich die Wirtschaftswissenschaftler nicht einig.
Vielleicht ist ein hilfreicher Hinweis, daß die »Entwicklungsländer« (OPEC nicht einbezogen) 1975 an uns Industrieländer insge-lamt 52 Milliarden Dollar für Güter und Dienstleistungen bezahlten, für Öl kaum ein Fünftel davon — wobei man natürlich auch nicht die vom BMZ aufgeführten europäischen Länder plötzlich als »Entwicklungsländer« rechnen darf. Für

1980 wurde vom BMZ in der erwähnten Veröffentlichung die Öleinfuhrrechnung aller »EL«, also auch der relativ reichen aus der angeführten Liste, mit rund einem Fünftel der Gesamteinfuhren angegeben. Das Bild ist noch immer nicht vollständig. Nicht nur leisten die westlichen Industrieländer an die »Dritte Welt« sogenannte öffentliche Entwicklungshilfe zu verhältnismäßig günstigen »weichen« Kreditbedingungen. Private Investitionen und Kredite, also von Industrie und Banken, machen einen wichtigen Teil der Kreditmasse aus, mit denen diese Länder ihre Projekte finanzieren - gegen Zinsen natürlich, und die nicht zur »öffentlichen Hilfe« (ODA) gehörigen sind hoch. Die internationale Schuldenlast derjenigen »Entwicklungsländer«, die kein Öl exportieren können, ist zwischen 1973 und 1977 auf mehr als 210 Milliarden Dollar gestiegen. Der Internationale Währungsfonds hat im Mai 1980 (World Economic Outlook) darauf aufmerksam gemacht, daß die Stabilisierungsversuche westlicher Länder, mit denen sie ihre Inflation einzudämmen suchten, die Zinsen scharf nach oben getrieben hätten — auch die Zinsen, die »ELs« zahlen müssen. Ab 1981, als nun auch Westeuropa über hohe amerikanische Zinsen klagte, sollte auch hierzulande klarer geworden sein, was dieses Zinsniveau für die »Dritte Welt« bedeutet.
»Die Ölkosten sind für die >Dritte Welt< wohl kaum kritischer als die Schulden an westliche Banken und Regierungen, die letztes Jahr 300 Milliarden Dollar überschritten und mehr als 60 Milliarden Dollar Zinsendienst kosten«, konnte man in der International

Herald Tribune am 26. 8. 1980 lesen (»Calling OPEC's Bluff on Third World Aid«). Und da stand auch:
»Die Wirkung steigender Ölpreise auf die ärmsten, am wenigsten entwickelten Länder ist gewaltig übertrieben worden. So werden zwar die kombinierten Defizite Afrikas — des Kontinents, der am meisten Besorgnis erregt - dieses Jahr 10 Milliarden Dollar erreichen, aber davon wird viel auf die Rechnung von Lebensmitteln gehen. In der Tat - da ganz Zentralafrika tief im Hunger steckt, dürfte der Preis eines Sacks US-Getreide in manchen Ländern mehr schlaflose Nächte verursachen als der eines Barrels Saudi-Öl.« Und dem Far Eastern Economic Review vom 20. März 1981 zufolge war der amerikanische Hochzinsschock von Ende 1979 für die Zahlungsbilanz der »Dritten Welt« genau so verhängnisvoll wie der Ölpreisschock von 1973/74. Selbst wenn man meinen sollte, nun sei die Wirkung der OPEC-Preise auf wirklich arme Länder schon reichlich relativiert, müßte man noch darauf eingehen, in welch unverantwortlichem Maß westliche Regierungen und Industrien den »Entwicklungsländern« teure Einfuhren aufschwatzen, die sie sich nicht leisten können, darunter besonders Rüstung. Die ungeheuren unproduktiven Ausgaben hierfür werden von den USA, Großbritannien und Frankreich regelrecht forciert. Auch sie tragen zur Schwächung von Zahlungsbilanzen bei.
Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 25. Mai 1981 entnehme ich (»Nahrung oder Waffen«), die Aufwendungen für Rüstung hätten in den Jahren davor etwa 25 Milliarden Dollar im fahr betragen und damit das Gesamtvolumen der öffentlichen

Entwicklungshilfe« der Industrieländer (22 Milliarden Dollar l979) deutlich übertroffen. Die Süddeutsche Zeitung nannte am 4. Juli 1981 folgende Zahlen für 1980: Gesamtausgaben der Welt für Entwicklungshilfe 35,5 Milliarden Dollar, Rüstungsausgaben der Nicht-OPEC-Entwicklungsländer: 38 Milliarden Dollar.
Der Internationale Währungsfonds ergänzt alle diese Rechnungen mit seiner Feststellung, die »Dritte Welt« hätte zwischen 1973 und 1979 durch die Verschlechterung der »Terms of Trade«, also durch das verschlechterte Verhältnis zwischen ihren Exporteinnahmen und den Importkosten, rund 80 Milliarden Dollar verloren. Die Gründe für die Not der »Dritten Welt« haben alle schon vor dem Ölpreisschock bestanden. So verlockend es sein mag, die fürchterlichen Folgen der Kolonialwirtschaft nun, wo sich eine erste Gruppe von Opfern vielleicht aus ihnen lösen kann, ausgerechnet dieser Gruppe zuschieben zu können - um der intellektuellen Redlichkeit willen sollten die Politiker und Journalisten im Land des Friedensnobelpreisträgers und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kom-inission, Willy Brandt, sich an dieser Verdummung des Publikums nicht beteiligen. Die OPEC wird aufgefordert (auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt, im Juli 1981), ihr Öl den »Entwicklungsländern« billigerzu liefern, also einen »gespaltenen« Ölpreis zu praktizieren. Daraufhat der Generaldirektor des OPEC-Fonds für internationale Entwick-lling, Dr. Shihata, geantwortet: »Von niemandem, der irgend eine Ware verkauft, erwartet man, daß er die Käufer für den Preis, den sie

zahlen, oder für Preiserhöhungen entschädigt.« In der Tat bekommt ja die »Dritte Welt« für die Exportgüter aus den Industrieländern auch nicht jenen Rabatt, der von der OPEC rhetorisch und demagogisch verlangt wird. Wenn man den OPEC-Ländern so ingelegentlich rät, ihre Überschüsse an andere »Entwicklungsländer weiterzureichen, könnten sie mit der Wirtschaftswoche vom 1. 5. 1981 antworten: »Schließlich können die Ölländer auf das schlechte Beispiel der Industrienationen verweisen. Als diese nämlich in den sechziger und beginnenden siebziger Jahren erhebliche Leistungsbilanzüberschüsse durch Kapitalexporte ausgleichen mußten, war ihnen die solide Investition in anderen Industrieländern auch lieber als unsichere Geldanlagen in Entwicklungsländern.«

Aber wenn wir schon von Hilfe sprechen, sollten wir uns gleich ansehen, ob und was die OPEC denn schon leistet. Darüber lesen wir in der schon zitierten BMZ-Veröffentlichung einen besonders bösen Satz: »Die OPEC-Entwicklungshilfe hat nach einem kurzfristigen Rückgang zwar wieder zugenommen, ihre Höhe im Verhältnis zur Ölrechnung der Entwicklungsländer nimmt jedoch rapide ab.« Im Verhältnis zur Ölrechnung — vielleicht auch im Verhältnis zu den Rechnungen für unsere Industrieerzeugnisse? Oder im Verhältnis zu den Zinszahlungen an den Westen? Oder im Verhältnis zu ihrer Nahrungsmittelrechnung? Ende der siebziger Jahre machte diese 40 Prozent der Einfuhren von Sri Lanka aus, 30 Prozent für den Senegal, 23 Prozent Ägypten, 19 Prozent Mali, 17 Prozent Malaysia, 13 Prozent Mexiko - mehr, als die meisten von ihnen für Öl bezahlten. Und ihr

Nahrungsmitteldefizit ging fast durchweg auf die Sünden der Kolonialwirtschaft zurück.

14. Wie die Reichen opfern: Beispiel »Entwicklungs«-Hilfe»

Kaiserslautern, 8. Januar (dpa) — Einen >ansehnlichen< Scheck ließ König Khaled von Saudi-Arabien der deutschen Hilfsorganisation Bund diabetischer Kinder (BdK) zuweisen. Das Geld soll nach dem Wunsch des Monarchen für den Bau des ersten deutschen Schul- und Erholungsdorfes für diabetische Kinder verwendet werden, teilte der BdK. am Wochenende in Kaiserslautern mit. Das Projekt wird derzeit für 1,3 Millionen Mark in Kaiserslautern verwirklicht. Nach Angaben des BdK gibt es rund zehntausend diabetische Kinder in der Bundesrepublik.«

Siehe da - »Entwicklungshilfe« einmal anders herum, dachten wir, als wir diese Meldung Anfang 1979 lasen. Wir hoben sie auf. Die Kinder werden vermutlich nicht erfahren, daß ihnen ein »Ölscheich« half, wo offenbar das reiche und stolze und tüchtige Deutschland nicht genug für sie erübrigen konnte. Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik hat es, wenn überhaupt, nur in winzigen Zeitungsmeldungen mitgeteilt bekommen.

Ein Scheich ist ein Ölscheich und ein Ölscheich ist bös — mit dieser Litanei erzieht unser I and auch seine nächste Generation zu einem Weltverständnis, das in erbärmlicher Weise verfälscht ist. Damit wird sie sich kaum in der wirklichen Welt zurechtfinden.

Aber warum sollte die Anti-OPEC-Propaganda auch eine Wirklichkeit berücksichtigen, die den Industrieländern unangenehm ist, weil sie nicht nur

liebgewordene Vorstellungen erschüttert, sondern auch eine Herrschaft. Der Zynismus dieser Kampagne wird an keinem Kapitel so deutlich wie dem, das ohne die kolonialistische Wirtschaftsordnung gar nicht hätte geschrieben zu werden brauchen: »Entwicklungshilfe«. Gelesen in der Wirtschaftswoche (10. 4. 1981): »Das westliche Bankensystem steht den Entwicklungs- und Schwellenländern (jene, die nach Meinung der Experten im Begriff sind, den Weg zu erfolgreicher Industrialisierung zu schaffen) während der nächsten Jahre nicht mehr im selben Umfang zur Verfügung wie im vergangenen Jahrzehnt. Zur Begründung meint Deutsche Bank-Sprecher Wilfried Guth: >Da ist eine dicke Kumulierung (Häufung) von negativen Faktoren.< Er führt im einzelnen an: hohe Ölpreise, hohe Dollarkurse, hohe Zinsen, relativ niedrige Wachstumsraten in den Ländern der Dritten Welt. Die Finanzlücke dieser Länder sollte durch ein zusätzliches Engagement der OPEC-Staaten geschlossen werden...« Da sollen also einige Opfer des Kolonialismus anderen Kolonialismusopfern helfen, damit sich die Kolonialisten vor ihrer Verantwortung drücken können — und Wilfried Guth gilt im internationalen Bankmilieu als Spezialist für Entwicklungsproblematik! Aber das ist ja auch noch milde und vorsichtig, verglichen mit der zynischen Verdrehung, mit der der »Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft« am 14. 5. 1981 aufwartete (wiedergegeben im Pressespiegel des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausgabe 19/1981). Unter der Überschrift »Unterentwik-kelte Hilfe« hieß es da, begleitet von einer grafischen Darstellung unter dem

Titel »Öl-Staaten: Zugeknöpft« : »Die Entwicklungshilfe der Öl-Staaten sprudelt längst nicht so kräftig, wie ihre öleinnahmen steigen: Die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der OPEC-Staaten betrugen 1979 rund 5,2 Milliarden US-Dollar und damit - trotz riesiger Petro-Dollar-Überschüsse - nur 1,8 Milliarden Dollar mehr als 1974. Hilfsbereiter zeigten sich dagegen die von steigenden Öl-Rechnungen geplagten westlichen Industrieländer: Sie brachten mit rund 22 Milliarden Dollar etwa doppelt soviel Entwicklungshilfe auf wie 1974. Am gesamten Entwicklungshilfe-Fonds sind die Industriestaaten mit 76 Prozent, die OPEC-Länder mit knapp 18 Prozent beteiligt. Begrenzt ist auch die Zahl der Geber- und Empfänger-Länder: Fast 90 Prozent der OPEC-Mittel kommen aus den Nahost-Staaten Saudi-Arabien, Kuweit, dem Irak und den Emiraten. Gut 60 Prozent der Leistungen gehen in die >Konflikt-Länder< Syrien und Jordanien sowie an die Palästinenser.« Da kann ja der Bundesbürger beruhigt und selbstzufrieden denken, daß diese Scheichs eben — wie gehabt. Und wie um diese Wirkung zu verstärken, behauptet dieser »Informationsdienst« im Text der grafischen Darstellung (die im wesentlichen Geldsäulen mit Prozentzahlen zeigt): »Die OPEC-Staaten leisten, gemessen an ihrem Öl-Reichtum, nur geringe Entwicklungshilfe: Nicht einmal jeder fünfte US-Dollar der weltweiten Entwicklungshilfe kommt aus diesen Ländern.« Die Verdrehung ist so enorm, daß man sich fragen kann, wo die Verfasser diese traurige Kunst gelernt haben mögen. Da solche Propaganda in der Tat ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung nicht

verfehlt, lohnt es, sich näher mit dieser famosen Darstellung auseinanderzusetzen. Da muß man ein paar Grundtatsachen heraus-arbeiten, die dem deutschen Publikum leider nicht sehr vertraut sind. Sieher soll nicht behauptet werden, daß nur Öl-Einnahmen zur Entwicklungshilfe verpflichten (wenn jenes Institut überhaupt eine Verpflichtung anerkennen will). Nichts ist in den letzten Jahrzehnten so gestiegen wie die Exporteinnahmen der »westlichen« Industrieländer (zu denen man längst auch Japan rechnet). Lesefrucht aus dem Fischer Welt-Almanach 1980: »Der Exportüberschuß betrug 1978 40,7 Milliarden DM, das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik.« Auch für uns wurde die Lage kritischer, aber 1980 hatten wir noch immer einen Exportüberschuß von 9,1 Milliarden, und in den ersten zehn Monaten von 1981 war er schon wieder auf mehr als 18 Milliarden Mark geklettert.

Die Bundesrepublik ist jahrzehntelang geradezu das Modell für Exportüberschüsse gewesen, und nicht geringe Ausfuhren gingen natürlich in die Länder der »Dritten Welt«, ebenso wie aus den anderen Industrieländern. Wir können also unterstellen, daß sie alle zur Steigerung ihrer »Entwicklungshilfe« verpflichtet waren. Aber von den Exporterfolgen eines Landes, die ja durchaus den Schwankungen der Konjunktur unterliegen, können wir natürlich nicht allein schon auf seinen Reichtum schließen.

Den Reichtum der Nationen messen die Fachleute lieber am Bruttosozialprodukt, am Gesamtwert der jährlich erarbeiteten Güter und Dienstleistungen, bezogen auf die Bevölkerungszahl. Es ist immer noch

kein idealer Maßstab, weil er als Durchschnittsangabe natürlich die durchaus vorhandenen Unterschiede in ein und demselben Land verdeckt - hier soll ja nicht behauptet werden, daß es nicht auch in den Industrieländern Arme und Armut gäbe, viel sogar. Aber gemessen an den Völkern der
»Dritten Welt« wirkt auch die meiste westliche Armut noch reich, und jedenfalls scheint man sich weltweit auf das Bruttosozialprodukt als Maßstab geeinigt zu haben, wie weit es ein Land wirtschaftlich gebracht hat.
Ein paar Vergleichszahlen aus dem erwähnten Fischer-Welt-iilniiinach und dem von 1982 (daß der Vergleich ein paar Jahre zurückliegt, macht nichts, denn erstens hinkt weltweite Statistik immer stark hinterher, zweitens haben sich die Relationen der I linder untereinander nicht verändert):
Bruttosozialprodukt 1978:
Bundesrepublik: 1282,6 Milliarden DM. Pro Kopf: 20920 - DM. Ghana: 8,36 Milliarden DM. Pro Kopf: 803 - DM. Venezuela (OPEC): 80 Milliarden DM. Pro Kopf: 6286 - DM. Ecuador (OPEC): 14,8 Milliarden DM. Pro Kopf: 2108 - DM. Algerien (OPEC): 51,67 Milliarden DM. Pro Kopf: 3173 - DM. Irak (OPEC): 45,3 Milliarden DM. Pro Kopf: 4840 - DM. Saudi-Arabien (OPEC): 108,9 Milliarden DM. Pro Kopf: 14756 - DM.
Indonesien (OPEC): 92 Milliarden DM. Pro Kopf: 753 - DM. Zweifellos haben die Ölpreissteigerungen seither auch das BSP der OPEC-Länder erhöht. Aber unseres ist auch nicht gefallen, und während bei uns die Endziffer sich auf wirklich vorhandene Werte stützt, bedeutet sie für jene Länder Papiergeld, das keineswegs automatisch stark gesteigerten Lebensstandard bedeutet. Im übrigen

beachten Sie bitte die niedrigen Pro-Kopf-Werte mancher OPEC-Länder. (Bundesrepublik 1981: 24120-DM.) "
Am Bruttosozialprodukt pflegt man nun schon seit Jahren die »Entwicklungshilfe«-Leistungen der gebenden Länder zu messen. Vor vielen Jahren haben sich die Industrieländer mit beziehungsweise in der UNO dazu verstanden, anzukündigen, sie würden ihre Hilfeleistungen aus öffentlichen Mitteln, also die zu »weichen« Bedingungen (in der sogenannten ODA), auf - man höre und staune, sage und schreibe 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts bringen. Ein ganzes Prozent schien schon zu extravagant.
Drei Jahrzehnte Wirtschaftsblüte und hohe Einnahmen haben nicht bewirkt, daß dieses Ziel erreicht wurde. Im Durchschnitt der OECD ist man Anfang der achtziger Jahre mit Ach und Krach beim, sagen wir, halben Ziel angelangt. 1980 lag der Durchschnitt der reichen Länder (einschließlich Australien, Japan und Neuseeland) bei 0,37 Prozent. Die Bundesrepublik liegt mit 0,43 Prozent etwas über dem Durchschnitt (USA: 0,27 Prozent!), aber weit von dem bescheidenen Betrag entfernt, der heute in der reichen westlichen Welt in der Tat fast allgemein als unerreichbar gilt (nur bei den Holländern und Skandinaviern nicht).
Und die böse OPEC mit ihrer, wie das Institut der deutschen Wirtschaft seinen Informationsdienst sagen läßt, »unterentwickelten Hilfe«? Sie hat es in der Strecke 1974 bis 1979 auf etwa zwei Prozent ihres summierten BSP gebracht - also proportional mehr als viermal soviel wie die Reichen des Westens.

Aber da einige OPEC-Staaten, Wie gezeigt, ja in wahrem Sinn arm und verschuldet sind, wiegt ihr Beitrag wohl etwas mehr als der reicherer Länder, auch wenn er wiederum unter dem OPEC-Durchschnitt liegt, was niemanden wundern kann. Die Spitzenreiter sind bei Leistungen, die unser Land nur beschämen können. Da erreichte das »Scheichtum« Katar, sicherlich den meisten Bundesdeutschen nicht bekannter als dem zitierten Informationsdienst, über mehrere Jahre rund zehn Prozent, und die Vereinigten Emirate lagen sogar bei fast 11. Kuweit: 7 Prozent, Saudi-Arabien: 5,5 Prozent. Der Vergleich ist für uns so peinlich, daß der für die Entwicklungshilfe zuständige Minister, dessen Behörde wir die schon zitierte unseriöse Schrift über die Ölpreisschäden verdanken, verkünden ließ, er bezweifle, ob »in diesem Falle« der Anteil am Bruttosozialprodukt die richtige Meßlatte sei. Begründung: Na, die OPEC-Staaten bekämen doch wieder soviel Geld... (Wirtschaftswoche, 3. 7. 1981). Aber sonst bezweifelt es niemand, der sich einen Blick für Licht und Schatten der herrschenden Weltwirtschafts-»Ordnung« bewahrt hat. Zählen wir also ruhig auf, wer, gemessen am BSP, 1980 die zehn großzügigsten Geberländer der Welt waren. In der Rangfolge: 1. Katar (4,8 Prozent), 2. Vereinigte Arabische Emirate (3,96), 3. Kuweit (3,88), 4. Saudi-Arabien (2,6), 5. Irak (2,12), 6. Holland (0,99), 7. Libyen (0,92), 8. Norwegen (0,82), 9. Schweden (0,76), 10. Dänemark (0,72). (Nach OECD-DAC-Review, 1981.) Von der Bundesrepublik ist da noch nichts zu sehen. Kein Wunder, daß sie lieber die Regeln ändern möchte.

Seit dem plötzlichen Beginn ihres gestiegenen Öl-Einkommens ist die OPEC die zweitgrößte Gruppe der Geberländer geworden. Die OECD meint in ihren Berichten, die Leistung der OPEC sei der unseren prinzipiell vergleichbar von der Anlage, Zielrichtung und Beschaffenheit her. Doch wer in der großen Debatte über das Nord-Süd-Verhältnis ernsthaft mitreden können will, muß sich über den wichtigen Unterschied im klaren sein.

Der »Westen«, die reiche Industriewelt, erwirtschaftet ihren Reichtum, ihr Bruttosozialprodukt durch den gewaltigen Produktions- und Dienstleistungsapparat, den sie sich im Lauf der Zeit aufbauen konnte (weitgehend gestützt auf die billige Rohstoffzufuhr und teilweise auch die Arbeitskraft der kolonialisierten Welt). Das schaffen wir jedes Jahr neu. Wir brauchen uns nur eine Übersicht über die Steuereinnahmen der Industrieländer anzusehen. Von diesem Reichtum, an dem jeder von uns durch Arbeit und Konsum Anteil hat, zweigen wir die »Entwicklungshilfe« ab.

Ist die OPEC in derselben Lage? Keineswegs: Sie zahlt im wesentlichen aus den Einnahmen für einen einzigen Rohstoff, jenen, der jahrzehntelang nur für den Nutzen der Industrieländer weggeholt wurde und nun, wo ihn diese Länder endlich auch für sich nutzbar machen wollen (selbstverständlich auch finanziell), knapp und in absehbarer Zeit erschöpft sein wird.

Die Verfügung über diesen Rohstoff, aus dem sie nun seit noch nicht einmal einem Jahrzehnt angemessenen Gewinn ziehen, bedeutet nicht, daß sie über die gewaltige »Infrastruktur« des Reichtums verfügen wie wir in den Industrieländern. Die wollen sie sich ja erst

finanzieren, dank der von uns verdammten höheren Ölpreise. In diesem Zusammenhang hätte der Bundesminister sogar auf eine Weise recht, die er freilich nicht gemeint hat: Die Bezifferung ihres Bruttosozialprodukts ist trügerisch. Sie brauchten nur zu beschließen, mehr Öl in Erwartung noch günstigerer Preise oder auch, bis sie auf den Eigenverbrauch besser gerüstet sind, im Boden zu lassen. Schon würde ihr Bruttosozialprodukt schrumpfen, sie hätten keine Überschüsse, würden nicht wegen ihres Papierreichtums beneidet - und würden sich auch nicht an der Entwicklungshilfe beteiligen können.
Überdies haben keineswegs alle ölexportierenden OPEC-Staaten hohe Überschüsse, die sie verteilen könnten. Man muß wohl Verständnis dafür aufbringen, daß sie ihre Einnahmen in erster Linie für ihre eigene Entwicklung verbrauchen wollen. Länder, die kaum etwas abzweigen können, sondern selbst hohe Schulden haben, sind Algerien, Ekuador, Indonesien, der Iran, Nigeria und Venezuela. Ihre addierte Außenverschuldung stand Ende 1979 bei 76 Milliarden Dollar. Allein der jährliche Zinsendienst kostete sie 8,5 Milliarden Dollar. Da bleiben nur sieben OPEC-Länder übrig, denen es auch besser geht, und diese sind, wie gezeigt, an der Spitze der internationalen Hilfeleistung, gemessen am Bruttosozialprodukt.
Der Vergleich wird, wenn man abermals genauer hinsieht, für die Industrieländer noch peinlicher. Der Westen rechnet ja in seine Aufwendungen, die so jämmerlich ungenügend sind, auch noch Leistungen an Länder ein, die wir nur mit sehr kühner Phantasie als »Entwicklungsländer« betrachten können, als die

Armen dieser Welt: die südeuropäischen, die im Vergleich zu Afrikanern und Asiaten wie die Fürsten leben, dazu Israel und sogar auch Ausgaben zur Aufrechterhaltung der wenigen Kolonialverwaltungen, die es noch gibt. Rechnet man dies alles aus den Gesamtaufwendungen heraus, würde der bleibende Rest noch unbeachtlicher sein. Vielleicht wird nun aber auch klarer, warum dieser im Verhältnis zur Aufgabe so ungenügende Rest auch tatsächlich nicht soviel bewirkt, wie man einst erhofft beziehungsweise versprochen hatte. Die große Anstrengung findet noch gar nicht statt! Das Lamento über ihren Mißerfolg« ist verfrüht! Westliche Hilfe unterscheidet sich in einem weiteren Punkt von den OPEC-Leistungen. Sie ist zu einem erklecklichen Teil »liefergebunden«. Das heißt, die vorgegebenen Mittel müssen im Geberland verwendet werden — zur Ankurbelung beziehungsweise Beschäftigung seiner Wirtschaft. Die Bundesrepublik ist da noch am großzügigsten und besteht relativ wenig auf solchen Klauseln, die dem bedachten Land häufig ungünstigere Preise einbrocken, als wenn es sich frei auf dem Weltmarkt umsehen könnte. Aber die OPEC-Hilfe kennt eine solche Fessel überhaupt nicht. Bei ihnen könnte man ja auch außer Öl kaum etwas kaufen, werden Zyniker sagen. Sei es drum - jedenfalls ist Tatsache, daß die OPEC-Hilfsgelder zu Einkäufen in den Industrieländern verwendet werden, auch (und ganz tüchtig) bei uns. Ob wir sie deswegen drängen, noch mehr zu helfen? Jedenfalls sichert die OPEC in der Tat auf diese indirekte Weise auch bundesdeutsche Arbeitsplätze.

Das modische, systematische Gezeter über die angeblich unzureichende Hilfe der OPEC ist um so verdächtiger, als sich der Westen gleichzeitig immer schwerer tut, zumindest die internationalen Hilfs-Institutionen und -Fonds am Leben und bei so guter Kasse zu halten, daß sie wenigstens ihre dringlichsten Aufgaben in der Dritten Welt« bewältigen können.
Ob Zeitungsleser, die bald nach dem Amtsantritt Präsident Reagans lasen, wie er die Weltbank, die Internationale Entwicklungsagentur und andere multilaterale Fonds kürzte - ob diese Leser wirklich auch erfahren haben, daß gleichzeitig die OPEC ihre Einlagen in internationalen Fonds erhöhte und außerdem ihren ursprünglich ziemlich bescheidenen eigenen Fonds inzwischen in einen permanenten, gut ausgestatteten, leistungsfähigen Fonds für Entwicklungshilfe verwandelt hat? Jene OPEC, die nach allen akzeptierten Kriterien selbst alle Merkmale der Unterentwicklung trägt?
Das Bruttosozialprodukt aller OPEC-Länder zusammen machte 1978/80 nur sieben Prozent des Bruttosozialprodukts aller OECD-Länder aus, aber der internationale Währungsfonds würde ohne die Gelder, die ihm Saudi-Arabien zur Verfügung stellt, übel dran sein. So hilfreich waren die öl-reicheren Araber schon lange, bevor sie die ölpreise erhöhten. Kuweits Entwicklungsfonds, auch kein geringer, besteht schon seit zwei Jahrzehnten. Schließlich sei noch bemerkt, daß die neue industrielle Aktivität in den arabischen OPEC-Ländern etwa zwei Millionen Arbeitern aus anderen Gebieten Verdienst verschafft, dessen Rücktransfer (ähnlich wie der von Gastarbeitern aus der

Bundesrepublik nach der Türkei, Italien usw.) die Devisenbilanz einer Reihe von Ländern verbessert. Im Nahen Osten arbeiten mehr als eine Million Pakistani, mehr als 100000 aus Südkorea, fast ebenso viele aus der Türkei, dazu stattliche Scharen aus Bangla Desch, Ägypten, Indien, den Philippinen und Sri Lanka.

15. Noch etwas über die Preise

Der Ölpreis, die Benzinpreise sind heutzutage Millionen Menschen geläufiger als der Brotpreis oder der für Fett. Sie sind ja auch umstrittener. In dieser Diskussion wird gleich von mehreren Seiten schief argumentiert. Wie in der ganzen Öldebatte, so ist auch auf die Preise bezogen ein Jargon eingekehrt, der anstatt aufzuklären vernebelt.

Wenn wir mehr für Erdöl bezahlen, dann klagt die Bundesbank (in Ihrem Monatsbericht, Ende Juli 1981) über einen »erheblichen Wohlstandsverlust« und, noch bewegender, über den »stärkeren Zugriff des Auslandes auf das deutsche Sozialprodukt«. Zugriff! Da muß man fast annehmen, es handele sich um Diebstahl, und die Öllieferanten seien Diebe. Milder: Da nimmt offenbar jemand etwas weg, ohne daß wir zurückgriffen. Oder doch? Bekamen wir nicht vielleicht ein paar Dutzend, na, fast hundert Millionen Tonnen öl?

Noch nie habe ich gelesen, daß die Lieferung deutscher Industrie-güter nach, sagen wir Sambia oder Indien, einen »Zugriff auf das Sozialprodukt« dort darstelle. Die Formulierung erinnert an die schon zitierte von »unserem« Geld. Wir liefern gegen Kasse.

Die anderen greifen in unser Sozialprodukt, die Räuber. Schizophrenie im Zusammenhang mit dem ölpreis ist

nichts es. Das öl war von Anfang an eine Ware mit Launen. Die jenigen, die mit ihr zu tun hatten - Konzerne, Förderländer, Regierungen, Endverbraucher — hatten stets nur kurze Zeit übereinstimmende Interessen. Öl, das aus dem Boden sprudelt oder ganz leicht anzubohren ist, wie heute viele nahöstliche, früher viele Amerikanische und russische Quellen, kostete nicht viel. Die Verkaufspreise schwankten in den ersten Jahrzehnten der Ölgeschichte stärker, als wir letzthin erleben durften — sie gingen nämlich auch stark nach unten. Der früheste Preis überhaupt scheint 62 Cents für eine Gallone gewesen zu sein, also umgerechnet etwas mehr als 26 Dollar pro Barrel oder 109,36 Mark - fast ein OPEC-Preis der Zeit 1980/81. Aber das war eben ganz zu Beginn, ein Neuheits- und Seltenheitswert. In den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts schwankten die Preise unaufhörlich, denn es wurde ja hektisch gesucht und ständig neues gefunden, aber dann versiegten ganze Felder, was die Preise hochtrieb. Frühzeitig setzten auch die ersten Preiskämpfe zwischen Förderern und Händlern ein. So pendelten die Preise zwischen 25 Pfennig und 90 Mark pro Barrel. Im Juli 1864 war die Branche mit einem Preis zwischen 55 und 60 Mark sehr zufrieden - schon ein Jahr später war er auf den zehnten Teil gestürzt. 1923 schwankte der Verkaufspreis zwischen 3 und 17,85 Mark. Die Selbstkosten lagen je nach Ergiebigkeit und Förderungsart zwischen nicht einmal zehn Pfennig und mehr als 12,60 Mark. Der Preis änderte sich an 105 Tagen dieses Jahres (G. E. Graf: Erdölkapitalismus und Erdölpolitik).

Obwohl das Erdöl von Anfang an einen sicheren Markt hatte, schoß die Produktion oft über den Bedarf oder auch über die Kapazität der Vertriebsapparate hinaus. Am Anfang setzte es sich als Schmiermittel und Leuchtpetroleum durch - da war übrigens Asien, besonders China, ein beachtlicher Markt. Die Erfindung der Glühbirne, das Gaslicht verdrängten das Öl für Leuchtzwecke, aber da begann es gerade seine Karriere als Heizöl. Damit allein hätte es sich gegen die Kohle wohl langsamer durchgesetzt, aber es siegte schnell im Schiffsantrieb. Rechtzeitig für die Industrie erschien das Auto, und mit dem rasch wachsenden Benzindurst der industrialisierten Länder, allen voran mit weitem Abstand die Vereinigten Staaten selbst, wuchs die Industrie zu dem Riesenumfang heran, den wir heute kennen. Die Chemie kam schon früh hinzu.
Mit der steigenden Nachfrage hielten die ölfunde im großen und ganzen Schritt, was Knappheitspreise verhinderte. Die Profitspanne war selten klein - fast alle heute operierenden Riesenkonzerne waren schon um die Jahrhundertwende da. Für die westlichen Alliierten im Kampf gegen die »Mittelmächte« des Ersten Weltkrieges gab es kaum ein Treibstoffproblem.
Das Wort Lord Curzons, die Alliierten seien auf einer Woge von Öl zum Siege geschwommen, ist zum Überdruß zitiert worden. Als nach dem Krieg zusätzlich zur schon genutzten persischen auch die anderen nahöstlichen Quellen mit Macht zu sprudeln begannen, verstanden sich die konkurrierenden Riesen schnell zu Marktabsprachen, zur Eindämmung der Förderung, wenn es nottat, und zu Preistricks. Der berühmteste und interessanteste war sicherlich, daß alle Preise sich

nach denen des Golfs von Mexiko richteten, wo die amerikanische Hauptförderung lag. Eine Öllieferung von Persien durch den Suezkanal ins Mittelmeer, nach Italien beispielsweise mußte bezahlt werden, als sei sie den gewaltigen Weg vom mexikanischen Golf herangeschafft wor-den. Dieses System machte das ohnehin problemlos aus seinen Quellen sprudelnde Nahostöl für die Multis, die es ausbeuten konnten, noch viel lukrativer. Lukrativ blieb es auch, nachdem die skandalöse Golf-Vereinbarung nicht mehr zu halten war. Bis dahin wurden Ölaufträge oft gleich ausgetauscht, wenn ein Konzern nähere Quellen für den Empfänger hatte. Den zusätzlichen Gewinn teilten die Gesellschaften (Sampson, S. 83). Heute erzielt das Nordseeöl höhere Preise, weil es für uns so nahe ist... Die BP verkündete 1924, wie sehr der Ölpreis auch fallen möge, die Kosten für persisches Öl würden immer noch niedriger sein. Noch Ende der sechziger Jahre wurden die Produktionskosten für Nah-Mtöl mit höchstens zwölf Cents pro Barrel für das teuerste angegeben (Blair, S. 49). Mitte der sechziger Jahre waren sie auf sechs bis sieben Cents gesunken. Produktionskosten und der Transport für persisches Öl vom Inneren bis zum Golf machten 1979 etwa 30 Cents pro Barrel aus, damals 55 Pfennig (Time, 7. 5. 1979). Daß die Multis auch in kritischen Zeiten dank ihres Nahostvorteils nicht zuzusetzen brauchten, geht aus den Gewinnübersichten hervor Oder aus diesem Beispiel: Preis für Saudiöl der Aramco 1973: 3,30 Dollar pro Barrel. Profit: 1,25 Dollar (Engler, S. 73). Wo einem die Vorkommen nicht selbst gehörten wie in den USA, mußte an die Förderländer eine Abgabe gezahlt

werden. Sie stand in keinem Verhältnis zum Gewinn, weil zwischen den Gesellschaften und ihren Regierungen das Steuerabzugsverfahren ausgemacht worden war, das ich schon beschrieben habe. Es war also im Grund gleichgültig, was sie den »Scheichs« zahlten, sozusagen ein durchlaufender Posten, direkt getragen vom Steuerzahler.
Der Preis für die Verbraucher war viele Jahre lang recht niedrig, wenn wir ihn mit dem heutigen vergleichen. Die Länder, deren Konzessionen ausgebeutet wurden, bekamen weit weniger. In den sechziger Jahren war ihr Anteil auf etwa sieben Prozent »geklettert«. Das Barrel, das für den Endverbraucher 12 bis 13 Dollar kostete, brachte dem Konzessionsland weniger als einen Dollar. Die Verbrau-Verbraucherpreise hatten nichts mit den wahren Kosten der Unternehmen zu tun. In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis Ende der fünfziger Jahre hatten die »Majors« faktisch mit mehr als 90 Prozent des Öls für die »freie Welt« auch die gesamte Preisgestaltung in den Händen, und da waren sie untereinander einig.
Der Preis hätte also viel niedriger sein können.
Man hätte vielleicht weniger fördern können — es ist müßig, darüber zu spekulieren. Für die reichen, von Jahr zu Jahr reicher werdenden Industrieländer war öl billig genug, um die Nachfrage ständig steigen zu lassen. Aber die Konzessionsländer wiederum drängten wegen ihres geringen Anteils am Preis die Gesellschaften, mehr zu fördern, um wenigstens auf diese Weise zu höheren Einnahmen zu kommen. Das wiederdrückte auf die Preise. Die Förderländer erinnern sich weit besser als wir in den Kunden-Staaten, daß die

Preise heruntergegangen sind, auch wenn es uns belanglos erschien. Der Weltatlas Erdöl und Erdgas von 1976 (eine von der Esso sehr geförderte Publikation) kann diese Tatsache auch unter noch so vielen Komplimenten an den Wettbewerb nicht verbergen: »So ließ zum Beispiel der Wettbewerb unter den mehr als 300 privaten und rund 50 staatlichen Ölgesellschaften ... den Preis für Rohöl im Zeitraum von 1950 bis 1973 sinken, wenn man die Auswirkungen der Inflation berücksichtigt.« Ja, man muß sie wohl berücksichtigen, weit mehr als den angeblichen Wettbewerb. Auf den berufen sich die Großen zwar gern, aber von ihm konnte für alles Wesentliche im Ölgeschäft, inklusive meist auch die Endpreise, nicht die Rede sein. Der Wettbewerb konnte sich allenfalls, und auch da nur wenig, in den verschiedenen Stadien der Weiterverarbeitung auswirken, aber keineswegs beim Rohölpreis: Da gab es jahrzehntelang so gut wie keinen Markt, also auch keinen Marktpreis und keinen Wettbewerb, denn dieses Rohöl hatten die »Schwestern«, und die machten sich keinen Preiswettbewerb mehr, sondern sprachen sich ab. Sie waren alle im Nahostgeschäft miteinander verbunden — wo und wie hätten sie konkurrieren sollen? Neben den Preisen, die sie festsetzten, zählten die winzigen Tonnagen nicht, die hier und dort angeboten werden mochten. Konkurrenz durch einige amerikanische »Unabhängige«, die allmählich in Nordafrika und ebenfalls im Nahen Osten Fuß faßten, fiel kaum ins Gewicht, da deren Mengen im Vergleich zu gering waren — und auch sie konnten ja gut mit dem Preisniveau leben, das die Großen bestimmten.

Der absinkende Rohölpreis bedeutete für die Förderländer, daß ihr Öl ebenso wie der Dollar an Wert verlor. Wer weiß, ob sie nicht erst sehr viel später rebelliert hätten, wenn ihnen ein weit höherer Anteil an der Gewinnspanne der Multis zugefallen wäre. Aber die Multis wollten möglichst wenig abgeben. So war der Preisanstieg vorgezeichnet, sobald die OPEC-Länder den Entschluß faßten, sich nicht länger übers Ohr hauen zu lassen.

Schizophrenie, habe ich zu Beginn dieses Abschnittes gesagt. Denn obwohl unsere westliche Welt jahrzehntelang dank eines ziemlich niedrigen Ölpreises aufblühte, hört sie ja jetzt plötzlich von allen Seiten, wünschenswert sei ein möglichst hoher Preis. Nur so könnten sich die Verbraucher die Verschwendung abgewöhnen und die Entwicklung anderer Energiequellen möglich machen.

Da sprechen die Offiziellen mit zwei Zungen. Eine für die Wirtschaft und die Öffentlichkeit, die über hohe Preise stöhnen und denen klargemacht werden muß, daß »Scheichs« und auch Multis die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten tragen. Eine andere für das Parlament und für alle, die damit befaßt sind, wie der Staat seine Ausgaben finanzieren könnte.

Und es ist ja auch Tatsache: wenn irgend jemand schon lange und nach Kräften dafür gesorgt hat, daß die aus Erdöl stammende Energie teuer ist, so niemand anders als Vater Staat«. An diesen Mit-Verteuerer erinnern auch die Gesellschaften gerne dann, wenn sie selbst wegen ihrer Preissteigerungen beschimpft werden.

Schon vor Jahren wiesen an den Pumpen der Tankstellen kleine, leuchtende Aufkleber auf den

Steueranteil am Benzinpreis hin -er lag dicht unter der Hälfte. Seit 1980/81 sind die Aufkleber wieder da. Aber den Zweck, die tankenden Autofahrer nachdenklich zu machen, erfüllen sie ganz offensichtlich nicht. Beim Tankstellen-preis von 70 Pfennig pro Liter habe das Rohöl nur ganze sechs Pfennig gekostet, teilte die Shell laut VWD am 27. 3. 1981 mit. Da steckten rund 50 Pfennig Abgaben im Endpreis.
Es mag verständlich sein, daß der Regierung nicht sehr daran gelegen ist, eine so fürstliche Einnahmequelle zur Debatte zu stellen. Den Regierungen, denn nicht nur unser Staat fand die Besteuerung Von Öl und Benzin einen idealen Kassenfüller mit jährlich wachsenden Mammutbeträgen. Die Bundesrepublik vereinnahmte von ihrer Gründung an bis zum Jahr 1980 an der Mineralölsteuer zusammen rund 264 Milliarden DM. Dazu kam noch die Mehrwertsteuer. Die brachte die Steuereinnahmen auf insgesamt 350,4 Milliarden DM (ohne die Kraftfahrzeugsteuer zu rechnen, rund 120 Milliarden DM, die an die Bundesländer geht; ihr enger Zusammenhang mit dem Öl-beziehungsweise Benzinverbrauch ist wohl überdeutlich).
Saudi-Arabien, größter Erdölexporteur von allen, könnte daraufhin einen interessanten Vergleich anstellen. Für die 2,65 Milliarden Tonnen, die Saudi-Arabien in der Zeit von 1950 bis 1973 gefördert hat, flossen in seine Kassen (umgerechnet) 67 Milliarden DM. Für die 1,4 Milliarden Tonnen, die in der Bundesrepublik von 1950 bis 1973 verbraucht wurden (darunter etwa 130 Millionen aus eigener Förderung), kassierte der Bund 173,15 Milliarden DM. Grob gerechnet: für die Hälfte des Öls zweieinhalbmal soviel

Geld wie der saudische Staat. Wir Deutschen finanzierten mittels dieser gewaltigen Summe beachtliche Teile unserer staatlichen Ausgaben — jene, die ein modernes, industrialisiertes Land von den Entwicklungsländern unterscheiden, »Infrastrukturkosten« oder auch den Sozialhaushalt. Der gesamte Lastenausgleich für die Deutschen aus den verlorenen Ostgebieten hat seit 1949 noch nicht einmal 90 Milliarden gekostet. Alle Zahlungen der Rentenversicherung, die sich bekanntlich von Jahr zu Jahr sprunghaft erhöhen, betrugen 1974 knapp 89 Milliarden DM, alle Pensionszahlungen des Bundes 25 Milliarden DM. Mit welcher gedanklichen Verrenkung können wir uns wundern, daß die Öllieferanten auch gern eine Infrastruktur, ein Sozialbudget - eine »Entwicklung« finanzieren wollen? Das in den Westen entschwundene Öl können sie ja nicht gut mit einer Steuer belegen. Aber einen besseren Preis durchsetzen können sie. Unser Beispiel für das Mißverhältnis ließe sich auch für andere Lieferländer und mit anderen Industrieländern durchexerzieren
- gerechte, unantastbare, funktionierende Weltwirtschafts-»Ordnung«? Die ölländer beschlossen Ende 1973, sie wenigstens für ihren Teil ins Gleichgewicht zu bringen. Erst ab dann datieren die Gewinne, die wir für riesig halten, die aber in Wirklichkeit unseren staatlichen Abschöpfungen vergleichbar sind. In ihnen steckt unzweifelhaft (wenn man nicht unehrlich ist) ein gewaltiger Nachholbedarf. Vergleichen wir also weiter.
In der Spanne von 1974 bis 1980 hat die Bundesrepublik an Mineralölsteuer auf 960 Millionen Tonnen

verbrauchtes öl rund 133,4 Milliarden DM eingenommen und dazu an Mehrwertsteuer 43,8 Milliarden. Das macht zusammen 177,2 Milliarden DM. In derselben Zeit hat Saudi-Arabien (umgerechnet) 657,8 Milliarden DM eingenommen, für 3,046 Milliarden Tonnen. Pro Tonne wären das für die Bundesrepublik rund 184,50 DM; für Saudi-Arabien 216,- DM. Pro Barrel (=159 Liter) wären das für die Bundesrepublik 25,10 DM; für Saudi-Arabien 29,45 DM. Gewiß, der saudiarabische Anteil ist etwas höher - aber nicht viel. Abgesehen davon, daß er den erwähnten Nachholbedarf beinhaltet - bei uns kämen ja noch weitere Steuern und Abgaben dazu -, die Einkommenssteuer für die Firmen etwa, die freilich den beiden großen Steuerblöcken nicht vergleichbar ist und über die keine Umfassende Statistik des ölanteils zu bekommen ist. Und für die Mehrwertsteuer selbst habe ich für die Zeit nach 1970 nur die Umsätze von Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten gerechnet, für die Zeit davor ab zehn Beschäftigten — auch hier würde der richtige Gesamtbetrag, statistisch leider kaum erfaßbar, noch höher liegen.
Aber diese Aufstockung ist nicht nötig — wir können den Vergleich noch auf andere Weise klarer machen. Zunächst könnten wir aber gebührend darüber staunen, daß der Staat bis Ende 1973 umgerechnet auf den Barrel einen Betrag kassiert hat, der weit höher war als der saudiarabische Barrelpreis. Bis zum ölpreisschock war der Endpreis-Treiber die Bundesregie-iimg! Für die Zeit von 1950 bis 1970 die Barrel-Rechnung: Saudi-Arabien bekommt 3,44 DM pro Barrel (25,28 DM pro Tonne), die Bundesrepublik DM 16,87 DM pro Barrel (123,67 DM

pro Tonne). Wenn wir die gesamte Strecke von 1950 bis 1980 ansehen, in die schon sieben anscheinend superteure Jahre für den saudiarabischen Preis fallen, ist unser Durchschnitt 148,48 DM pro Tonne oder 20,25 DM pro Barrel, der Durchschnitt Saudi-Arabiens 127,30 DM pro Tonne oder 17,36 DM pro Barrel. Wer kann es danach den Saudis verdenken, wenn sie meinen, sie hätten da etwas aufzuholen?

Die Preise der anderen Lieferländer waren in den letzten Jahren noch etwas höher, gewiß. Aber nicht so viel, daß es für sie ein wesentlich anderes Vergleichsbild ergeben würde als für Saudi-Ara-bien. Die ölländer haben also nur gleichgezogen, was immer Politiker, Ölgesellschaften und Wirtschaftsredaktionen hierzulande von sich geben mögen.

Unseren gewaltigen Staatsanteil am Öl- und Benzinpreis will niemand wahrhaben, weil es so wenig in die beliebten Klischeevor-siellungen paßt. Wir haben in der Hand, ihn zu senken. Das bedeutet Verzicht auf unabdingbare Staatseinnahmen? Ja, das sagen die Scheichs« für ihren kleineren Anteil auch.

Wenn wir uns weiterhin die hohen Preise leisten wollen, ist das Unsere Sache. Die »Scheichs« haben nichts damit zu tun. Und, so verblüffend es klingen mag: die »Multis« auch nicht soviel. Auf sie an Tankstellen zu schimpfen, nützt nichts. Noch 1981 lag unser Benzinpreis in Wirklichkeit unter einer Mark pro Liter, vor 1979 sogar weit darunter. Hochgeschraubt haben ihn die Steuern. Und deswegen ist es ebenso töricht wie unehrlich, die OPEC-Preise als Ursache für die Inflation im Westen auszugeben.

Ich hoffe hinreichend klargemacht zu haben, daß diese Preise die Folge unserer Inflation sind, nicht die Ursache. Einem Bericht der Weltbank vom August 1979 war zu entnehmen, daß der OPEC-Barrelpreis vom Juli 1979, nominell mehr als 20 Dollar, in Kaufkraft von 1970 nur etwa acht Dollar entspreche. Aber unsere Anti-OPEC-Front läßt sich nicht aus ihrem festgefügten Geleise werfen. »Ölpreis treibt die Leute zurück in die Stadt«, las ich im Sommer 1981 in der Süddeutschen Zeitung. Es war ein Bericht aus Dänemark, und die Unterzeile lautete: »Viele Dänen können sich wegen der hohen Heiz- und Fahrtkosten das Leben auf dem Lande nicht mehr leisten.« Aber, wie man dann erfährt: Auch hier sind ein Drittel des Preises »Steuern und Abgaben, mit denen der Gesetzgeber die Verbraucher zur Sparsamkeit zwingen will« (21. 7. 1981).
Mich packt Mitleid mit den verzweifelten Besitzern von Zweitwohnungen, die hier gemeint sind. Aber da man ja weiß, wie viele Menschen auf der Welt, durchaus auch in OPEC-Ländern, sich nicht einmal die erste Wohnung leisten können, von ihrer sonstigen Mangel- und Elend-geplagten Existenz ganz abgesehen, hält sich das Mitleid doch wieder in engen Grenzen. Und die Leute mit der Zweitwohnung mögen sich bei ihrem Gesetzgeber bedanken. A propos Mitleid - fast hätte ich zu erwähnen vergessen, daß im Benzinpreis ja auch ein Anteil der ölgesellschaften steckt. 13 Prozent, teilte die Deutsche Shell im März 1981 mit (VWD-Energie, 21. 3. 1981). Mehr als zehn Jahre vorher hatte ein hoher Shell-Mann (Geoffrey Chandler: The Myth of Oil Power. International Affairs, Oktober 1970) stolz auseinandergesetzt, wie gut doch die Multis die

Lieferländer behandelten. Die Zahlungen an die Regierungen hätten sich von 75,7 Cents pro Barrel im Jahr 1958 (das waren damals 3,17 DM) auf 82.8 Cents im Jahr 1968 (3,30 DM) erhöht. 13 Pfennig mehr in zehn Jahren - das erklärt besser als vieles andere, warum wir heute überhaupt über Benzinpreise reden.

IV. Ausverkauf der Bundesrepublik— unwiderruflich?

16. Multis für die Deutschen

Als die Bundesrepublik entstand, waren die »Schwestern« hier nicht einmal zur Hälfte an der Ölverarbeitung und rund zur Hälfte an den Tankstellen beteiligt, an der ölförderung nur mit knapp 20 Prozent. Die Bundesrepublik war da schon, so gering sich die Produktion heute ausnehmen mag, ein altes Förderland. Seine eigene Ölbasis ist noch heute von Bedeutung, wenn sie auch im Lauf der Zeit nach einem Höchststand von fast acht Millionen Tonnen jährlich nur noch vier Millionen herzugeben scheint — bedeutsam wegen der Devisen, die sie am Öleinkauf im Ausland sparen hilft, und wegen der aus ihr entstandenen Erdgas-Förderung, die schon fast ein Drittel des bundesdeutschen Erdgasbedarfs deckt.

(Der Rückgang unserer Förderung hat, wie Sie in späteren Kapiteln sehen werden, etwas seltsam Gesetzmäßiges. Er steht in auffälligem Verhältnis zum Rückgang staatlicher Großzügigkeit für Ölmultis.) Heute, drei Jahrzehnte später, sind 70 Prozent des Benzinmarktes in den Händen der Multis, fast 50 Prozent beim Heizöl, gar 84 Prozent bei der Erdgasgewinnung, ähnlich viel bei der Gasversorgung und 60 Prozent bei der Ölförderung. Ihre Anteile an den Tankstellen waren 1981 (sie ändern sich von Jahr zu Jahr, da auch die Multis immer wieder Tankstellen schließen und andere eröffnen): Shell knapp 11 Prozent, Esso 11,5 Prozent, BP 10 Prozent, Texaco 10,5 Prozent, Socal 3 Prozent - aber ihr Benzin fließt auch aus anderen einschließlich vieler freier Tankstellen, deren Marktanteil 1981 bei etwa 19 bis 20 Prozent lag, und an der größten Tankstellen-Itette, der Aral mit rund 23 Prozent Anteil, ist die Mobil mit 28 Prozent beteiligt und liefert weit mehr. Die Aral hatte 1969 auch ein Abkommen zum Vertrieb von Gulf-Kraftstoff geschlossen. Die spektakulärste Veränderung gegenüber 1949 zeigte die Ölförderung: Texaco 16,02 Prozent, Esso 15,115 Prozent, Shell 15,115 Prozent, Mobil 13,23 Prozent, BP 0,06 Prozent - zusammen 59,54 Prozent. Deutsche Gesellschaften: Im Erdgas-Verkauf sind die Multis an der Ruhrgas AG, die weit mehr als die Hälfte des Ferngasmarktes beherrscht, mit Mehrheit beteiligt: BP 25,55 Prozent, Shell 14,75 Prozent, Esso 14,75 Prozent, Mobil 7,4 Prozent, Texaco 3,5 Prozent. Und dann gehört Esso und Shell zusammen mit ihrer gemeinsamen Tochtergesellschaft BEB (die auch Öl und Gas fördert) die nächstgroße Ferngasgesellschaft — auf

diesem Gebiet teilen sich also alle anderen in einen denkbar winzigen Prozentsatz.
Der hohe Anteil der Multis am Handel mit Mineralölprodukten kann nicht wundern, da sie bis vor anderthalb Jahrzehnten den Weltmarkt beherrschten.
Den Marktanteil an der deutschen Öl- und Gasförderung verschafften sie sich auf denkbar einfache Weise: durch Aufkauf deutscher Unternehmen — keineswegs solcher, die etwa schwach gewesen wären, sondern nur eben bezahlbar, und unter seltsamer Duldung durch den Bund.
Immerhin lag der erste lohnende Ankauf schon vor der Nazizeit. Esso und Shell zeigten 1932 deutlich, daß sie untereinander Frieden geschlossen hatten. Sie kauften die »Gewerkschaft Brigitta«, die 1949 mit 9,29 Prozent der Förderung aufwarten konnte.
Der noch größere Fischzug gelang den beiden, als die »Gewerkschaft Elwerath« größter bundesdeutscher Ölproduzent geworden war, mit etwa einem Viertel der Fördermenge. Die beiden griffen 1966 zu und erwarben die Mehrheit, und kurz danach konnten sie der Wintershall einen großen Elwerath-Anteil von 44 Prozent abkaufen, für 146 Millionen DM. Seltsam, daß sich die Wintershall gerade von dieser vielversprechenden Beteiligung trennte, wo sie doch selbst als Fördergesellschaft tätig war. Es wurde mit unterschiedlichen Auffassungen über die Geschäftsführung begründet.
Die Frage ist berechtigt, warum nicht eher die Wintershall bei der Elwerath zugegriffen und sich die Mehrheit verschafft hat - ihr Einsatz hätte weit billiger sein können.

Wintershall AG (gehört BASF)	15,59 Prozent
Preussag, der Rohstoff- und Metallkonzern	10,75 Prozent
Deutsche Schachtbau (bundeseigen, gehört zu Salzgitter)	9,14 Prozent
Deilmann, immer noch ein Familienunterneh-men	4,00 Prozent

Bei der Erdgasförderung ergeben sich folgende Zahlen: Esso 29,41 Prozent, Shell 29,41 Prozent, Mobil 23,48 Prozent, Texaco 1,72 Prozent, BP 0,31 Prozent. Deutsche Gesellschaften:

Wintershall	7,42 Prozent
Preussag	4,43 Prozent
Deilmann	1,83 Prozent
Deutsche Schachtbau	0,42 Prozent

Vielleicht lag es daran, daß ihr Vorstandsvorsitzender, ein früherer Staatssekretär aus dem Verteidigungsministerium (Rust), sich schon im Dienst der Bundesrepublik nicht eben mit besonders klarem Blick hervorgetan hatte, nämlich in der Beschaffungsaffäre um den jammervollen

Schützenpanzer HS30. Die Wintershall fand ja auch nichts dabei, sich mitten im algerischen Unabhängigkeitskrieg von den Franzosen eine Konzession in der Sahara geben zu lassen. 1979 wiederum, als die für die bundesdeutschen Ölinteressen im Ausland eigens gegründete Deminex (Mehrheit bei der bundeseigenen VEBA, aber auch starker Anteil der Wintershall) für die zum Verkauf stehende, ölreiche Belridge-Gesell-schaft in den USA mitbieten wollte, verweigerte die Wintershall die Zustimmung. Sie blockierte damit die Chancen der Deutschen. Wenige Monate später trennte sich die Wintershall, die in Amerika im wesentlichen Chemie-Interessen pflegt, selbst von amerikani-
schen Ölquellen: Sie verkaufte ihre US-Tochter Wintershall Oil and Gas Co. an die American Petrofina.
Um in der Bundesrepublik zu bleiben: Die Elwerath hatte 1939 schon das erste bedeutende Erdgasfeld auf deutschem Boden entdeckt, das Feld Bentheim.
Nicht weniger spektakulär als Esso und Shell setzte sich die Texaco ins bundesrepublikanische Nest. Sie übernahm 1966 die Deutsche Erdöl AG (DEA). Dieses Unternehmen bestand seit 1891 (zunächst als Deutsche Tiefbohr, seit 1911 als DEA), seine Ölförderung war nach der Elwerath die höchste geworden; 1965 förderte sie mit 1,5 Millionen Tonnen ein Fünftel der deutschen Inlandproduktion. Die DEA war die letzte Erinnerung an einen regelrechten Öl-Trust, den lange vor dem Ersten Weltkrieg kein geringerer als die Deutsche Bank gegründet hatte. Wir haben die Deutsche Bank schon im Kapitel 6 als vorübergehende Teilhaberin an irakischem Öl kennengelernt.

Das war für sie kein so unlogischer Ausflug gewesen, denn sie hatte sich schon 1904 ins Erdölgeschäft begeben. Damals gründete sie als Mehrheitsaktio-närin mit dem Wiener Bankverein und einigen anderen die Deutsche Petroleum AG. In diese Holding wurde fast das ganze Aktienkapital der führenden rumänischen Erdölgesellschaft Steaua Romana eingebracht, die seit ihrer Sanierung der Deutschen Bank gehörte. Dazu kamen noch Ölbeteiligungen in Rußland und im heutigen Nieder-Sachsen und sogar Anteile an einer gemeinsamen Vertriebsgesellschaft mit der Shell. Das war auf der Höhe des Preiskampfes der europäischen Gesellschaften gegen die Standard Oil, der zu wahrhaft drastischen Operationen führte:
»Wir brachten zum Beispiel rumänisches Petroleum in Tankschiffen auf der Donau nach Regensburg«, erzählte später der Vorstandssprecher Arthur von Gwinner. »Alsbald setzten die Amerikaner den Preis im Umkreis dieser Stadt so herunter, daß uns nichts von dem Erlös übrig blieb, ja daß wir im ersten Jahr noch einiges zuzahlen mußten. Unsere englischen Teilhaber schrieben damals, es sei doch vorteilhafter, das Petroleum >in den Rhein zu gießen«. Ein Spaßvogel unter unseren Mitarbeitern erwiderte auf den Brief: Der Transport von Regensburg nach Mannheim sei zu teuer. Es sei billiger, die Donau zu benutzen« (wiedergegeben in Fritz Seidenzahl: 100 Jahre Deutsche Bank). Die Shell schied aus. Die Deutsche Bank fand neue Partner in den Gebrüdern Nobel und den Rothschilds. Sie gründeten zusammen die Europäische Petroleum-Union. Die DPAG blieb die Holding und wurde, wenn auch stark gerupft, über den Ersten

Weltkrieg gerettet. 1925 wurden die Erdölinteressen der DEA in die DPAG eingebracht. Aber 1940 wurde neu organisiert: Diesmal übernahm die DEA die DPAG. 1947 verlegte die DEA ihren Sitz von Berlin nach Hamburg. Im Lauf der Zeit gliederte sie sich umfangreiche Bergwerksinteressen an. »Texaco hat mit der Übernahme ihren ersten Schritt zur Umwandlung in ein Großförder- und Großverarbeitungsunternehmen eines wichtigen Landes der östlichen Erdhälfte getan«, schrieb der Londoner Petroleum Press Service nach dem Kauf der DEA (7/1966). Die Texaco zahlte dafür rund 750 Millionen DM, fast ausschließlich mit Wandelobligationen. Dafür erwarb sie 5200 Tankstellen und deutsche Raffinerie-Kapazität von 5,6 Millionen Tonnen. Den Vertrag bezeichnete Petroleum Press als einen Beitrag, um »die Zukunft der westdeutschen Erdölwirtschaft zu sichern ...«

Da war Westdeutschland wohl nur geographisch gemeint, aber dem Argument begegnen wir oft, wenn unsere Energievorkommen in fremde Hände geraten. Die Erwerber, überhaupt die ausländischen Ölgesellschaften, legen großen Wert darauf, sich in den Ländern ihrer Zweigfirmen national zu benennen, eben »Deutsche BP« oder »Deutsche Texaco« oder »Deutsche Shell AG«. Nur die Esso heißt mit sympathischem Verzicht auf den Schnörkel: Esso AG, und die Mobil nennt sich korrekt »Mobil AG in Deutschland«. Doch fast alle versuchen, die Vorgeschichte der von ihnen aufgekauften Firmen für sich mit Beschlag zu belegen. Die DEA hatte zwar unter der Texaco mit ihrem eigenen Namen weiter bestehen sollen, aber das war nur von kurzer Dauer. Wer im

alten niedersächsischen Erdöldorf Wietze das von der Texaco eingerichtete Freiluft-Erdöl-iiuiseum besichtigt, muß die Texaco nach den dort angebrachten Texten für eine uralte deutsche Gesellschaft halten.
Zum Paket, das die Texaco übernommen hatte, gehörte auch eine Verbindung zur amerikanischen Conoco in Dubai (heute Vereinigte arabische Emirate). Fündig geworden war man dort noch nicht.
Das Übernahmeangebot an die DEA-Aktionäre, das die Texaco im Mai 1966 ergehen ließ, fand die Zustimmung von 80 Prozent der Anteilsinhaber, löste jedoch in Bonn zunächst große Unruhe aus. 1 her schien gerade ein starker deutscher Energiekonzern heranzuwachsen, dessen Ölsuchrechte im Ausland aussichtsreich aussahen und der in der Vergangenheit von staatlicher Hilfe profitiert hatte. I tu Bundeswirtschaftsminister Schmücker wies in einer Besprechung mit Texaco-Vertretern darauf hin, daß die Bundesregierung der deutschen Erdölwirtschaft nicht erhebliche Subventionen gewährt habe, um nun zuzusehen, wie sie von amerikanischen Gesellschaften auf-iv kauft würde (Glückauf, 1966). Aber so war eben die »freie Marktwirtschaft«, die DEA wurde geschluckt. »Wir haben geheult, als wir das hörten«, sagte mir später ein alter Bohrmeister der DEA. Einpaar Jahre nach der Übernahme wurde dann in Dubai Öl gefunden, in reichlichen Mengen sogar, mit Anteil für die »Deutsche Texaco«. So war das zweite wichtige Stück deutscher Erdölproduktion auf dem Teller der Multis - ebenso wie bei dem Besitzwechsel der Elwerath sah die Bundesregierung keinen Grund, sich über die stärker werdende Beteiligung der »Schwestern« mehr als ein

paar kurze Gedanken zu machen. Aber das ist wohl doch zu böse ausgedrückt, sie machte sich ja welche, und es gab auch Widerstände, mindestens verbale. Doch die freie Marktwirtschaft würde offensichtlich, anders als in anderen demokratischen Ländern, auch den totalen Ausverkauf deutscher Schlüsselunternehmen erlaubt haben, in einem Land, in dem noch 1981 die Bundesregierung als drastischstes sich den Appell an die Autofahrer ausdachte, sie sollten das Spiel der Konzerne durch sparsames Fahren durchkreuzen ...

Dennoch seien in diesem Zusammenhang die warnenden Worte zitiert, die der Vorstandsvorsitzende der DEA, Ferry von Berghes, in der Hauptversammlung am 1. Juli 1965 in Hamburg sprach: »Soll die Versorgung des deutschen Marktes mit Energien ausschließlich dem freien Spiel der Kräfte, das heißt, letztlich dem amerikanischen Bergbau und der internationalen Mineralölindustrie überlassen bleiben, nachdem in einem Kampf aller gegen alle nur noch wenige der Stärksten übriggeblieben wären, oder sollen in der Bundesrepublik die Voraussetzungen für die Fortsetzung einer unabhängigen einheimischen Industrie sowohl im Bergbau als im Mineralölgeschäft erhalten bleiben? Wenn die politische Führung unseres Landes sich für die letzte Alternative entscheidet, so wird sie eine aktive Politik auf diesem Gebiet führen müssen...« Und der Vorstand bekräftigte, die DEA wolle ihre Lebensfähigkeit als unabhängiges deutsches Unternehmen bewahren - es sei denn, die deutsche Wirtschaftspolitik sehe die Erhaltung einheimischer Steinkohlen- und Mineralölindustrie nicht mehr als

wichtig genug an und räume »unter Verzicht auf Unabhängigkeit den Vorrang der sogenannten >billigsten< Energieversorgung ein ... aus der es einmal ein böses Erwachen geben würde.« Zitiert hauptsächlich für solche, die uns heute einreden wollen, damals habe niemand gewarnt.
Nach den Fällen Elwerath und DEA dauerte es nicht lange, dann kam der nächste, wenn auch etwas gedämpftere Paukenschlag. Dieses Mal traf es nicht die Produktion, sondern den allgemeineren Markt: die Aral, die auch heute noch die bedeutendste Tankstellen-belieferin ist.
Die Aral geht auf eine Firma zurück, die 1898 gegründet wurde und zunächst nur Benzolerzeugnisse vertrieb. Seit 1924 handelt sie auch mit Mineralölprodukten. Das Benzol bezog sie aus den Kokereien, die meist im Ruhrgebiet lagen. Es wurde zentral aufgearbeitet und im Benzin-Benzol-Gemisch »Aral« verwendet. Im Lauf der Zeit dominierten natürlich die Erdölprodukte. Als 1952 die Kohlenwertstoff AG in Bochum auf Anweisung der Besatzungsmächte »entflochten« wurde, entstand daraus unter anderem die BV-Aral (seit 1962 nur noch Aral AG) - BV für Benzin-Benzol-Verband. Ihre Gesellschafter waren zunächst überwiegend Bergwerks-gesellschaften, die alle ein Zulieferrecht hatten. Hauptgesellschafter waren die Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG) mit rund 47 Prozent, die bundeseigene Hibernia AG (über Scholven-Chemie) mit rund 25 Prozent, Wintershall mit etwa elf Prozent - und die Mobil mit elf Prozent. Aral entwickelte sich schnell zum größten Benzinanbieter der Bundesrepublik, mit rund 6500 Tankstellen und 2500 der Tochter »Gasolin«

im Jahr 1965, zu denen noch weitere 2000 in der Schweiz, Italien, Österreich und in den Beneluxländern kamen. Ein idealer Anlaß, ein Bombengeschäft - am meisten natürlich für jemanden, der außer dem Rohöl auch stärker am Raffineriegeschäft und dann im Benzinpreis profitieren könnte. Darauf hatte die Mobil natürlich größte Lust. Sie versuchte gleich nach Kriegsende, die Aral ganz zu erwerben. Doch dem begegnete (angesichts des sich eröffnenden Riesenmarktes vielleicht doch nicht verblüffend) die Gruppe der »Schwestern«, die schon in der Bundesrepublik festen Boden gefaßt hatte. Die Mobil hatte vermutlich vergessen, daß ihre Schwestern Esso, Shell und BP lange vor dem Zweiten Weltkrieg ein Kartell gebildet hatten, in Anwendung jenes Friedenspaktes, den sie 1928 miteinander geschlossen und mit dem sie ihre Marktanteile weitgehend anerkannt hatten. Ganz abgesehen davon, daß auch die Mobil (als Socony Vacuum) um diese Zeit in Deutschland schon Öl verkaufte — auch der Benzolverband, Vorläufer der Aral, hatte sich an der Absprache beteiligt.
Fußnote von 1981: Im Januar äußerte der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse und angehende Berliner Senator für Bundesangelegenheiten, Norbert Blüm, laut dpa Verwunderung darüber, »wie gelassen das Spiel der ölkonzerne in der Bundesrepublik hingenommen werde«. Blüm »äußerte die Vermutung, daß die Absprachen der Konzerne den Wettbewerb auf dem Ölmarkt verhinderten« (Stuttgarter Nachrichten, 12. 1. 1981). Auch die Militärregierung war nicht einverstanden, daß die Mobil die Aral schluckte.

Dafür aber erreichte der Konzern eine Vereinbarung mit dem Hauptaktionär, der GBAG, die selbst ein Kohle- und Benzinunternehmen von Bedeutung war. Uber die Vereinbarung staunte man in der Branche noch Jahre später; ich folge mit meiner Beschreibung hauptsächlich der interessanten und detaillierten Darstellung von Heiner Radzio (Unternehmen Energie).
Der Vertrag machte die Gelsenberg und Mobil zu Partnern in einem Pool, der 30 Jahre bestehen sollte und die GBAG-Raffinerie nebst dem gesamten Benzinverkauf — einschließlich dem über Aral - einbezog; dazu gab er der Mobil das Recht, das gesamte von der GBAG benötigte Öl zu liefern, zum Marktpreis. Eine der Lockungen für die Gelsenberg war, daß Mobil Pfunde annahm anstatt Dollars
die waren bis in die fünziger Jahre hinein auch für die deutsche Großindustrie knapp.
Für dieses Arrangement brauchte die Mobil nichts zu zahlen. Sie durfte liefern und Gewinn teilen, auch den aus der GBAG-Raffine-rie. Auf die Dauer erwies sich das als für die Mobil soviel günstiger im Verhältnis zur GBAG, daß die Gelsenberg, die lieber auch eigenes Öl beschaffen wollte, um einen neuen Vertrag bat. Mobil reagierte darauf, so schien es, mehr als kulant.
Zwischen den beiden kam ein neuer Kontakt zustande. Nun durften die Deutschen bis zur Hälfte auch Öl von außerhalb der Mobil einsetzen — aber nur aus eigener Quelle, und eine solche konnte die nette »Schwester« auch gleich anbieten: eine 25prozenti-ge Beteiligung an einer Mobil-Konzession in Libyen. Einzige Bedingung - der »Pool«-Vertrag mußte verlängert werden, bis zum Jahr 2006. Als Basis wurde vereinbart, daß die Mobil

ihre Rohölanlieferungen nach dem »posted price« berechnen würde. Posted price, das war der Kniff, mit dem die Multis ihre Zahlungs-»probleme« mit den arabischen Förderländern für lange Zeit gelöst hatten. Die Beteiligung der späteren OPEC-Länder an ihrem Öl richtete sich nicht nach Marktpreisen — eine direkte »Bezahlung« des Öls hätte den Multis ihre Tricks zur Steuerersparnis in den USA unmöglich gemacht. Stattdessen wurde ein Preis festgesetzt und bekanntgegeben (meist blieb er lange in Kraft), posted. Nach diesem richteten sich die Abgaben, die als Steuern galten, und diese konnten die Gesellschaften in voller Höhe von ihrer Steuerpflicht in den USA absetzen. Schwankungen im posted price waren ihnen also ziemlich gleichgültig. Eine Zeit lang blieben posted und wirklicher Marktpreis auch in Übereinstimmung. Aber dann fielen die Marktpreise, und so passierte es Ende der fünfziger Jahre auch mit dem libyschen öl.
Was für die Araber einen Schutz vor der Preissenkung darstellte, bedeutete für die Gelsenberg, daß sie der Mobil zu hohe Preise zahlen mußte - und die durfte ja die Hälfte des nicht kleinen GBAG-Bedarfs einschließlich der Zulieferung zu Aral anbringen. Die GBAG machte große Verluste, die Mobil entsprechende Gewinne. Die Deutschen entdeckten am eigenen Leibe, wenn auch auf andere Weise als die Araber, wie unschwesterlich eine »Schwester« sein konnte. Es hat ihnen freilich kein größeres Verständnis für den Wunsch der OPEC vermittelt, sich von der Herrschaft der Multis zu lösen. Die Gelsenberg verhandelte also abermals mit der Mobil, und wieder waren die Amerikaner sehr zuvorkommend. Sie wollten über alles

reden, auch die Gelsenberg aus dem irrsinnig langen Vertrag entlassen, der Gelsenberg sogar neue Anteile an Ölkonzessionen verschaffen und bis dahin sehr billiges (!) Rohöl liefern. Auch ein neuer 50:50-Pool war dabei, in den nunmehr beide ihre Raffinerien einbringen würden, und manches andere mehr - aber nun wollte die Mobil endlich eine höhere Beteiligung an Aral. Mit der war das Lieferrecht verbunden, die Aral war ja ein Zusammenschluß von Produzenten. Die elf Prozent genügten der Mobil nicht, und sie setzte sich durch. Die Gelsenberg war einverstanden, auf Kosten ihrer eigenen Beteiligung die Mobil auf 29 Prozent zu bringen. Inzwischen hatte es die Aral auf 6200 Tankstellen im Bund und 2200 im Ausland gebracht; die Herren von Mobil konnten Champagner entkorken. Aber doch nicht gleich, denn dieser Verschiebung der Gewichte mußten ja erst alle anderen Gesellschafter zustimmen. Und einige, darunter die größten, sperrten sich. Für das Inland schien die Mobil ein vortrefflicher Partner zu sein. Im Ausland aber hatte sie ihr eigenes Tankstellennetz. Man befürchtete, daß sie zu dessen Gunsten die weitere Expansion der Aral im Ausland bremsen würde. Das Tauziehen dauerte jahrelang, und es verlängerte sich, da nun das DEA-Geschäft der Texaco unliebsames Aufsehen erregt hatte. Aber schließlich, Anfang 1967, hatte die Mobil gewonnen. Ihr Anteil wurde auf rund 28 Prozent gebracht, gleichzeitig vollzogen einige Partner eine Reorganisation, und die neue Zusammensetzung lautete dann, neben der Aral: GBAG 28 Prozent (sie übertrug ihre Bergbauinteressen 1969 an die Ruhrkohle und nannte sich dann Gelsenberg AG), Veba-Chemie 28 Prozent, Wintershall

15 Prozent (die Wintershall wurde 1968 vom Chemie-Riesen BASF übernommen), verschiedene kleine Bergbaugesellschaften 1 Prozent. Aus den Anteilen Gelsenberg und Veba-Chemie zusammen wurde später Veba-Öl mit 55,9 Prozent. Inzwischen hatte sich die Zahl der Aral-Tankstellen weiter erhöht, auf rund 9000 in der Bundesrepublik und weitere 2450 in den anderen Ländern. Aber ein paar Jahre später trat ein, was Skeptiker vorausgesehen hatten: die Mobil-Italien übernahm die rund 900 Tankstellen der Aral in Italien. Jedenfalls war der stärkere Einstieg in die Aral eine großartige Transaktion — für die Mobil.

Der ist allerdings zuzubilligen, daß sie als Fördergesellschaft — oder besser gesagt als Aufkäuferin von Fördergesellschaften - zu den Uralten auf dem deutschen Ölfeld gehört. Ihre Vorgängerin, die »Deutsche Vacuum Oil«, hatte sich schon 1898 in Hamburg niedergelassen. 1933 finanzierte sie ihre erste Bohrung, »Gargoyle 1« in Nienhagen. 1934 kaufte sie die Gesellschaft Ebag, I 935 einen Anteil an der ebenfalls in Deutschland tätigen North European Oil Corporation beziehungsweise deren Tochter, die Oldenburgische Erdölgesellschaft, an der sie heute 33,33 Prozent halt. Das war fürwahr ein lohnender Kauf: Die »Oldenburgische« hatte 1931 das alleinige Recht zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdöl und Erdgas im ehemaligen Lande Oldenburg erworben, eine besonders öl- und erdgashaltige Gegend. Die noch besseren zwei Drittel gehören der Shell. Auf den Mobil-Feldern wurde Ende der dreißiger Jahre und dann mitten im Zweiten Weltkrieg Öl gefunden und gefördert. 1949 bestritten sie mit rund 89000 Tonnen rund ein Zehntel der

bundesdeutschen Produktion. Heute ist dieser Anteil auf 14 Prozent gestiegen, beim Erdgas beträgt er 22 Prozent. Mobils Absatz an Mineralölprodukten aller Art betrug in den letzten Jahren in der Bundesrepublik durchschnittlich zehn Millionen Tonnen.
Nach den glänzenden, glückbringenden Erwerbungen der Multis Esso, Shell, Texaco und Mobil hat sich dann 1978/79 auch die BP in großem, verblüffenden Umfang am Rest der deutschen Ölwirtschaft bedienen können. Vor der Schilderung dieser Episode bedarf es eines winzigen Überblicks. Wer war denn von den Deutschen, die 1947 einen so hoffnungsvollen Anteil an unserer Mineralölwirtschaft hatten, eigentlich übergeblieben? 1949 hatten sieben deutsche Gesellschaften fast 80 Prozent der heimischen Erdölförderung bestritten. Das waren:
Wintershall AG mit 25,8 Prozent
Gewerkschaft Elwerath mit 20,8 Prozent
DEA (Deutsche Erdöl AG) mit 14,8 Prozent
Preussag (Preussische Bergwerks- und Hütten AG), im Bundesbesitz mit 8,9 Prozent
die Privatgesellschaft Deilmann mit 4,35 Prozent
die bundeseigene Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft (Salzgitter) mit 3,6 Prozent
ITAG mit 1 Prozent Davon waren die Elwerath und die DEA nun in die Rubrik »Ausländer« gerutscht. Die Wintershall wurde, wie gesagt, 1968 von der IG-Farben-Chemie-Nachfolgerin BASF erworben, ihr Anteil an der Erdölförderung ist auf 15,59 Prozent (1980) gesunken, was rund 720000 Tonnen waren; bei Erdgas hat sie Platz 4 mit 7,4 Prozent der Förderung.

Die Preussag hat ihren Anteil leicht verbessert - 10,75 Prozent 1980 beim Erdöl, 4,43 Prozent beim Erdgas. Doch die Preussag erlebte eine interessante Veränderung. 1949 war sie noch eine staatliche Gesellschaft gewesen, im Verbund der staatlichen Veba. Doch 1959 wurde sie auf Betreiben der Bundesregierung beziehungsweise des CDU-Schatzministers Lindrath aus der Veba herausgenommen und per »Volksaktien« privatisiert. Die Veba behielt ganze 22,4 Prozent des Aktienkapitals, und diese auf 26 Prozent aufgestockte Beteiligung verkaufte sie 1969 an die Westdeutsche Landesbank. Die Landesbank ihrerseits stockte ihren Anteil durch Zukäufe von Preussag-Aktien im Laufe der Zeit auf 45 Prozent auf. Der staatliche Energiekonzern trennte sich also von der Sperrminderheit an einer Fördergesellschaft, die zwar inzwischen ein beachtlicher Metallkonzern geworden war, aber eben immer noch, bis heute, Zugang zum billigen Rohöl im eigenen Land hat. 1980 klagte dann auch die Veba darüber, daß die Multis durch ihren Zugang zu deutschem Öl Wettbewerbsvorteile hätten ...

Wenigstens mit der Deutschen Schachtbau (9,16 Prozent beim Öl, 0,42 Prozent beim Erdgas) hat der Bund eine »öltochter« behalten (über die bundeseigene Salzgitter AG). Deilmann und ITAG sind auch noch da, mit ähnlichen Anteilen: 4 Prozent und 0,88 Prozent beim Öl, 1,83 Prozent und 1,68 Prozent beim Erdgas. Ende 1981 schob die Westdeutsche Landesbank aus ihrem Paket lehn Prozent der Preussag-Aktien weiter — nein, nicht an die Veba. I >aß diese Bank zu einem Drittel dem Land Nordrhein-Westfalen gehört (ein weiteres Drittel den Landschaftsverbänden Rheinland

und Westfalen, das letzte den Sparkassenverbänden beider Landesteile), war natürlich mitnichten ein Grund, bundesdeutsche staatliche Interessen zu fördern. Die zehn Prozent gelangten an Deilmann.
An diesem Unternehmen wiederum konnte sich im gleichen Zug die Preussag mit 25,1 Prozent beteiligen. Die Privatfirma konnte ihre Position in der deutschen Ölförderung stärken. Die vom Bund kontrollierte Veba wurde nicht berücksichtigt...
Die bundeseigene Veba, die das ölfördernde Unternehmen Preussag nicht behalten durfte, war immerhin zum mächtigen Bundeskonzern auch für die Ölverarbeitung herangewachsen, auch für den Handel, auch für Benzin. Der Bund kontrolliert sie über seine Beteiligung von 43,75 Prozent, der Rest der Anteile — auch eine »Volksaktie!« — ist »Streubesitz« von rund 750000 Aktionären. Der Mund nun schanzte der Veba — paradoxerweise gegen deren Willen - 1974/75 die Aktienmehrheit an jener Gelsenberg zu, die wir als Aral-Aktionärin kennengelernt haben. Durch Zukäufe steigerte die Veba ihren Gelsenberg-Anteil auf 96 Prozent; ihr Aral-Anteilwuchs also auf knapp 56 Prozent.
Die Veba war überdies Mehrheitsaktionärin bei dem einzigen Unternehmen, bei dem man eine staatliche Initiative erkennen konnte, die Ölversorgung der Bundesrepublik etwas energischer und unabhängiger zu betreiben: die Deminex, »Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft«, die überwiegend im Ausland Öl zu finden und für die Bundesrepublik zu fördern sucht (allmählich mit einigem Erfolg). Die anderen Deminex-Gesellschafter: die uns schon bekannte Wintershall mit

18,5 Prozent, die Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (75 Prozent bei der Rheinische Braunkohlewerke, Köln, und 25 Prozent beim IG-Farben-Chemie-Nachfolger Hoechst) mit ebenfalls 18,5 Prozent, die Saarbergwerke in Saarbrücken (gehört zu 74 Prozent dem Bund, 26 Prozent dem Saarland) mit 9 Prozent.
Da war also schon einiges an Öl-Potential in Bundeshand oder Bundesnähe, und da war auch der Gedanke, der Bund könne sich endlich doch aufraffen, in der durch die OPEC veränderten Welt-Ölwirtschaft ein eigenes Instrument aufzubauen, eine Gegenmacht zu den Multis. Auch die Veba steht inzwischen hoch oben auf der Rangliste der führenden Industrieunternehmen - ihre Öltochter »Veba-Öl« hat Platz 34 auf der Fortune-Liste. Aus den OPEC-Ländern kam auch immer wieder der Wunsch, Lieferverträge mit nationalen ölgesellschaften abzuschließen, also staatlichen, anstatt mit den Großmultis. Auch in Bonn wurde darüber nachgedacht, und aus solchen Überlegungen heraus hatte die Bundesregierung schließlich die Gelsenberg gekauft und an die Veba weitergereicht. Aber von Zielstrebigkeit konnte keine Rede sein, von Weitblick schon gar nicht. 1972, kurz vor der Ölkrise, wurde der Deminex von der BP in London eine 13prozentige Beteiligung an einem Vorkommen in den Vereinigten Arabischen Emiraten angeboten.
Die Bundesregierung, die den Erwerb unter dem Deminex-Förderpro-gramm hätte bezuschussen müssen, erschrak vor der Höhe des Kaufpreises. Der galt freilich bei Fachleuten schon wegen der dort lagernden Reserven als niedrig; auf die Deminex wären etwa 200 Millionen Tonnen gekommen. Doch auch die

Deminex-Hauptgesell-schafterin Veba lehnte ab. So ging die Konzession an eine japanische Gesellschaft. Noch 1978, als ich in Abu Dhabi war, schüttelten dort die Vertreter deutscher und ausländischer Unternehmen den Kopf über diese verpaßte Chance. Wer so wenig wagte, um den direkten Zugang zum Erdöl außerhalb der Bundesrepublik zu verbessern, der mußte dann natürlich, obwohl staatliche Gesellschaft, nur entsetzt auf die Verluste reagieren, die sich nach dem ersten Preisschock ab 1974 in den Raffinerien ergaben. Die Preissteigerungen für Öl, die nicht durchweg an die Kundschaft weitergegeben werden konnten, die (vorübergehend) nachlassende Nachfrage nach Mineralölprodukten bescherten der Veba und »ihrer« Gelsenberg Verluste. Ein Teil der Konkurrenz konnte solche Verluste ausgleichen durch die hohen Gewinne, die das Erdöl aus deutscher Förderung abwarf, die sogeannten »Windfall profits«. Die Veba jammerte, keine so günstige Möglichkeit zu haben, als hätte sie nicht Jahre vorher den Verkauf der Preussag-Beteiligung als kluge und rentierliche unternehmerische Leistung gefeiert. Der Bund jammerte mit, als hätte er nicht eine — gleichfalls Windfall profus einheimsende — »Deutsche Schachtbau«, freilich beim bundeseigenen Salzgitter angesiedelt, also ohne Nutzen für die Veba. In dieser Lage dachte die Veba, dachten ihre Chefs und verblüffender weise auch die zuständige Bundesregierung, den notleidenden Mineralölbereich des deutschen Energieriesen durch ein wahrhaft sensationelles Geschäft zu sanieren: durch den Verkauf wichtiger Hereiche, für die bundesdeutsche Energieversorgung wohl der wichtigsten, an die

britische BP. Die phantastische Transaktion erregte denn doch die Öffentlichkeit und die Medien (auch mein Leib- und Magenblatt, die Süddeutsche Zeitung). Sowohl das Bundeskartellamt als auch die Monopolkommission legten ihr Veto ein. Aber der Bundeswirt-.. haftsminister, Graf Lambsdorff, hatte die rechtliche Möglichkeit, das Geschäft dennoch zu erlauben, und er tat es. Die BP, nunmehr als fünfte »Schwester« groß in Deutschland, erwarb: 25 Prozent an der Ruhrgas, jener Mammutgesellschaft, der mit Abstand größten, für die bundesdeutsche Versorgung wichtigsten Ferngasgesellschaft mit einem Marktanteil von weit mehr als der Hälfte. Und damit kam der Anteil aller fünf »Schwestern« an der Ruhrgas über die 50 Prozent hinaus. Für die BP bot das hochwillkommenen Auslaß für ihr Erdgas aus der Nordsee, abgesehen davon, daß sie auch versucht, ihren bisher winzigen Anteil an der bundes-deuschen Erdgasförderung zu steigern ...

den Stinnes-Strohmeyer-Mineralölhandel, das Stinnes-Fanal-Tankstellennetz mit rund tausend Tankstellen und den Stinnes-Strohmeyer-Kohlenhandel, für die BP als »diversifizierenden« Konzern mit Expansion in die Kohle ebenso wichtig...

Anteile an zwei Raffinerien: 25 Prozent in Speyer (75 Prozent hielt die Elf-Aquitaine), 50 Prozent an der »Erdölraffinerie Ingol-siadt« (die anderen 50 Prozent hielt die italienische ENI mit ihrer Tochter AGIP). — Diese Anteile waren es im wesentlichen, die der Veba solchen Kummer bereitet hatten. Auch die BP litt, wie die gesamte westliche Ölindustrie, schnell an zu teurer Raffinerie-Überkapazität und tat 1981 das, was die Veba

offenbar für unmöglich gehalten hatte: Sie kündigte schlicht an, Raffinerien stillegen zu müssen...

> eine 31prozentige Beteiligung an der Deutschen Flüssig-Erdgas-Terminal-Gesellschaft, gottlob meist abgekürzt als DFTG, die in Wilhelmshaven Anlandungsanlagen für den Flüssiggas-Import (den erhofften) aus Ubersee baut. Partner dort: Niedersachen-Gas-Gesellschaft (26 Prozent), Esso und Shell (über die Gewerkschaft Brigitta: 12 Prozent) und die Ruhrgas (31 Prozent). Was zahlte die BP für diese schon wegen der ersten beiden Posten überaus glänzende Erwerbung, die sie schlagartig zur größten unter den Schwestern in der Bundesrepublik machte, wenn auch noch nicht gleich nach dem Gewinn? 800 Millionen DM in bar - und sie verpflichtete sich, bis zum Jahr 2000 jährlich bis zu drei Millionen Tonnen (nach Wunsch der Veba) Rohöl an die Veba zu liefern, auch in Zeiten der Verknappung, zu wettbewerbsmäßigen Bedingungen. Also natürlich auch zu Weltmarktpreisen. Unter der Parole »Versorgungsgarantie« haben Bundesregierung und andere diesen Preis begrüßt - den Preis, den die Veba zahlte. Wenn eine Garantie auf 20 Jahre Öl in einer Menge, die weniger als ein Dreißigstel des deutschen Verbrauchs ausmacht, einen so weitgehenden Ausverkauf an bundesdeutschen Interessen im wichtigen Erdgasbereich und im Mineralöl- beziehungsweise Benzinvertrieb rechtfertigt, ist die Logik nicht mehr sehr deutlich. Mehr in der Logik der Entwicklung scheint die nunmehr massive, dauerhafte Etablierung der fünften »Schwester« als »deutsche« Teilhaberin am innerdeutschen Energiemarkt zu liegen. In keiner

anderen europäischen Demokratie sind nationale Energiebelange je so behandelt worden. Gelegentlich gab es ja bei uns auch andere Regungen. 1968 hatte die französische CFP vergeblich versucht, die Gelsenberg zu kaufen. Damals fand die Bundesregierung, dieser Konzern müsse deutsch bleiben. Stattdessen kauften ihn dann die Rheinischen Elektrizitätswerke (REW), dann der Bund. Die französische Gesellschaft war eben doch nicht ganz eine »Schwester«.
Dem Entgegenkommen für die Großen kann man allenfalls die Tradition vergleichen, die hierzulande überhaupt von Anfang an die Stärkeren begünstigt hat, und zwar auf dem Gebiet der Förderung. Kein anderes Land vergab seine lebenswichtigen Energie-Bodenschätze so großzügig unter so törichten, den eigenen Interessen durchaus zuwiderlaufenden Bedingungen an Fremde - an die Multis.

17. Deutsches Öl für die Multis

Wem gehören die Bodenschätze - dem Grundbesitzer, auf dessen Land beziehungsweise in dessen Boden sie gefunden werden? Oder drin Gemeinwesen?
Die Arroganz, mit der diese Frage zugunsten der Grundbesitzer entschieden worden ist, war früher in der Welt nicht so weit verbreitet, wie die Europäer denken. Es ist eine ausgesprochene Minderheitsauffassung. Im unvergleichlich größeren Teil der Welt war Grund und Boden Eigentum der Gemeinschaft, auf dem die einzelnen nur Nutzungsrechte genossen. Die Kolonialmächte haben sich bemüht, dieses natürlichere und gerechtere System zu zerstören. Es ist ihnen nicht überall gelungen.

Die Mehrzahl der Maaten nimmt heute für sich in Anspruch, inzwischen auch in I Uropa, daß die Bodenschätze der Allgemeinheit gehören und nicht den Privatleuten. In den Vereinigten Staaten ist es keineswegs durchweg so, und bei uns auch noch nicht so lange, jedenfalls dort nicht, wo sich bisher das meiste Erdöl und Erdgas gefunden hat. In großen Teilen Preußens war das Recht, Erdöl zu suchen und zu fördern, seit dem »Allgemeinen Preussischen Berggesetz« von 1865 Bestandteil des Grundeigentums. Anderswo ging das Nutzungsrecht zeitiger auf den Staat über - im Lande Oldenburg 1908, im Land Braunschweig 1919. Allgemein für ganz Deutschland führten erst die Nazis im Jahre 1934 den »Staatsvorbehalt« ein, der das Verfügungsrecht dem Staat übertrug. Das war aber kein besonders nazistisches Gedankengut; die meisten »zivilisierten« Länder befolgten längst dieses Prinzip.
Der Staatsvorbehalt bedeutete nicht, daß das Hitlerregime irgend jemandem seine Konzession nahm. Die bestehenden, ob von Oldenburg oder Preußen vergeben, behielten ihre Gültigkeit. Es war ein Glücksfall sondergleichen für die internationalen Konzerne. Sie selbst oder diejenigen Gesellschaften, die Konzessionen hatten und die sie dann kauften, waren praktisch als akzeptierte Förderer geweiht und konnten weitere Felder übernehmen, seien sie nun ganz neu beantragt oder »nur« durch Übernahme eines Konzessionsinhabers hinzugekauft. Es entstand ein kleiner, aber feiner Klub von Anerkannten, der unter sich bleiben wollte und, was die deutschen Behörden anbelangt, auch bleiben sollte. Das ging so nicht nur bis

zum Zweiten Weltkrieg, sondern auch nach dem Ende des Hitlerreiches weiter. Als sich später auch andere für Konzessionen interessierten, machten sie nicht nur die Entdeckung, daß alles vergeben war, was einigermaßen Aussicht auf Funde zu bieten schien (was nicht heißt, daß überall gefördert oder auch nur gesucht wurde). Vielleicht war viel verblüffender, was für Konzessionen vergeben worden waren, und wie.

Im wichtigen oldenburgischen Gebiet und überall da, wo nach dem alten oldenburgischen Bergrecht verfahren worden war, gelten die Konzessionen auf ewig. Wirklich für immer? Gewiß, unbegrenzt. Kein Ende vorgesehen. Und dort, wo preußisches Recht gegolten hatte, waren sie zwar auf 30 Jahre befristet, aber mit solchen Erneuerungsmöglichkeiten, daß der Konzessionsinhaber, der es wünscht, sie ebenfalls für immer behalten kann. Er muß zwar bohren und, wenn fündig, fördern. Aber das Tempo, den Rhythmus, die Abstände bestimmt er. Wenn er in großen Gebieten längere Zeit untätig bleibt, aber zum Klub gehört, kräht auch kein Hahn danach. Selten sind die Fälle, in denen die Bergbaubehörde Konzessionsgebiete wegen mangelnder »Aufschlußtätigkeit« zurückgenommen hat. Vorgekommen ist es immerhin. Manche sind von ihren Inhabern zurückgegeben worden — dann galten sie wirklich als hoffnungslos.

Ein Mann, der es wissen muß, hat schon vor Jahren den Eindruck bestätigt, daß begünstigte Gesellschaften zu manchen Zeiten Konzessionen horten konnten. Und dann haben die Inhaber wohl auch noch ein Vorrecht auf benachbarte Gebiete, und sie können es nutzen, wenn sich ein Neuer bewirbt - denn das erfahren sie.

Sie haben sogar das Recht, schon aufgegebene Konzessionen wieder in Anspruch zu nehmen, wenn sich ein Neuer um diese bewerben sollte. Der erwähnte Fachmann (Ministerialbeamter in Bonn) bezeichnete es als »Faktum, daß der Marktzutritt praktisch ausgeschlossen ist durch die vergebenen Konzessionen«. Und die vom Bund eingesetzte Monopolkommission erhob schon vor Jahren den Vorwurf, die überlange Dauer der Konzessionen sei konzentrationsfördernd und, natürlich, für die Inhaber »gewinnsichernd«.

Unter diesen Umständen war es wohl billiger Hohn, wenn die niedersächsische Wirtschaftsministerin Birgit Breuel öffentlich die BP damit aufzog, sie habe ja unlängst eine Konzession im deutschen Meeresbereich zurückgegeben, sie scheue wohl das Risiko.

Die BP konnte antworten, daß sie wegen der überaus fragwürdigen Aussichten zunächst Probebohrungen auf dem Festland machen wollte, aber nicht durfte — wegen des Einspruchs von zwei Etablierten.

Zwei Fragen erheben sich. Wer ist denn da so großzügig mit unseren wichtigsten Bodenschätzen umgegangen? Und ist das anderswo auch so?

Konzessionen vergeben bei uns die Oberbergämter. Für etwa 90 Prozent der vorhandenen Fundgebiete und Reserven in Norddeutschland war es das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld. Es Untersteht seit Gründung der Bundesrepublik dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium, ist selbst also natürlich zu keiner politischen Entscheidung befugt.

Die Konzessionsvergabe war stets »nur« ein Verwaltungsakt, in abgeschirmter, fast hätte ich gesagt

privater Atmosphäre. Der Antragsteller mußte ein paar Bedingungen der Seriosität erfüllen, einige Verpflichtungen übernehmen (beispielsweise: auch wirklich zu bohren), dann noch eine Gebühr, ein paar Hunindert Mark - das wars!
Woanders ist das weiß Gott anders. In den USA werden die Konzessionen öffentlich vergeben, und zwar nach Gebot. Nicht wie auf der Kunst- oder Ramschauktion — die jeweiligen »Blöcke« werden ausgeschrieben, und die Gesellschaften, die sich dafür interessieren, geben schriftlich ihre Gebote ab. Zum festgesetzten Tag werden sie geöffnet, unter den Augen der Öffentlichkeit verglichen, und der Meistbieter gewinnt. Auf diese Weise hat der Staat schon lange, bevor über die Bodenschätze verfügt werden kann (denn dafür müssen nach dem Fund oft ganz neue Bedingungen erfüllt werden), schon einmal die erste, erkleckliche Einnahme. Dieses System hat dem amerikanischen Staat Milliarden Dollar eingebracht. Unserem, der doch sonst so gern amerikanischen Zuschnitt imitiert, ist diese Möglichkeit offensichtlich weder auf-noch eingefallen. Sie zu bedenken, ist aber sehr wichtig in der Gesamtdiskussion mit den Multis, die hierzulande Gutgläubige gern überzeugen, daß sie anderswo freundlichere Bedingungen genössen als bei uns und daß wir schon deswegen ihre Abgaben nicht erhöhen dürften. Dabei wird die ungeheure Ersparnis, die unsere Großzügigkeit - oder besser: die Großzügigkeit einiger Bundesländer und des Bundes selbst -ihnen verschafft, zu unserem Nachteil nicht in Rechnung gestellt.
Großbritannien wiederum hat in der Nordsee ostentativ dafür resorgt, daß zahlreiche kleinere ölgesellschaften

(darunter deutsche) am Ölkuchen teilhaben, um das Gewicht der Multis nicht zu groß werden zu lassen.
Es hat den Löwenanteil der eigens dafür gegründeten nationalen Gesellschaft (BNOC) und der BP gesichert (an der der Staat ebenfalls beteiligt ist). Die Norweger wiederum haben von vornherein ihre staatliche Gesellschaft Statoil entscheidend begünstigt.
Der nächste, fast noch wichtigere Unterschied zwischen Ländern, die auf ihre Interessen achten, und solchen, die sich übertölpeln lassen, ist, daß die Konzessionen anderswo zeitlich begrenzt sind. Eine Selbstverständlichkeit, hätte man fast meinen können- bis man eben erfuhr, daß in deutschen Landen das Prinzip gilt: Wenn schon jemand mein Öl umsonst oder ganz billig bekommen kann, dann soll er es auch bis zum jüngsten Gericht behalten dürfen. Das mag man allenfalls noch fünf Jahre nach Beginn des Erdölzeitalters hinnehmen, also bis lange vor der Jahrhundertwende, als man die Tragweite dieser Amts-Akte noch nicht übersehen konnte. Mindestens Briten, Amerikaner, Holländer und noch einige andere würden aber aus unseren fortdauernden Regelung schließen, daß schon vor einer oder zwei Generationen verschiedene, für die Bodenschätze der Bundesrepublik verantwortliche Beamte und Politiker auf ihren Geisteszustand hätten untersucht werden müssen.
Der Skandal ist noch nicht groß genug, die Frage nach dem Verstand, der Weltkenntnis und vielleicht auch dem Charakter der Zuständigen noch nicht laut genug — hier ist Unterschied Nummer drei: Andere Staaten sichern sich, wenn sie solche Konzessionen vergeben, Anteile an der Förderung, meist sehr hohe, für den Fall,

daß etwas gefunden wird. So verfahren, seit sie das Heft in die Hand genommen haben, die Länder der OPEC - aber das ist auch in Großbritannien oder Norwegen, um nur zwei westliche Beispiele zu nennen, eine Selbstverständlichkeit. Unserer Staat? Nun ja, er freut sich, wenn seine Bodenschätze andere erfreuen.

Dieser Unterschied ist ebenfalls von großer Wichtigkeit für die Debatte, was ein Land eigentlich von den Multis, die seine Energiequellen ausbeuten, für eine Gegenleistung bekommt. Wir verzichten vornehm - aber die »Schwestern« honorieren das nicht nur nicht, sondern sie behaupten auch, gegen alle Wahrheit, daß sie anderswo besser behandelt würden.

Die Diskussion über die exorbitante Großzügigkeit der Bundesrepublik gegenüber den internationalen Ölkonzernen ist in den letzten Jahren immer wieder aufgeflammt. Um die krassen Fehlleistungen früher Zuständiger zu revidieren, bedarf es einschneidender Beschlüsse des Parlaments. Was zu diesem Thema bis 1981 erwogen und erörtert wurde, war hoffnungslos unzulänglich. Eine der wenigen, wenigstens teilweise Abhilfe versprechenden Lösungen, über denen bundesdeutsche Juristen brüteten, war die Neuausschreibung für Konzessionen in größerer Tiefe. Die bisherigen Konzessionen sind, wenigstens teilweise, auf ziemlich kleine Bohrtiefen begrenzt. Da besteht vielleicht eine Möglichkeit, das gesamte Verfahren neu aufzurollen, aber das bedürfte doch weiterreichender Entschlüsse. Eines der dümmsten Argumente (man hört es auch von Respektspersonen) ist, daß die bisherigen Fördermonopolisten

weglaufen würden. Da stünden genug andere Gesellschaften bereit, die Lücke zu füllen.
Wenn man daran denkt, wie hoffnungslos damals die Verantwortlichen der Gelsenberg den Verhandlungsführern der Mobil unterlegen waren, dann kam man sich nicht wundern, wie stümperhaft sich Bundes- und Länderregierungen bisher in der Frage der deutschen Öl und Erdgasförderung verhalten haben. Und man kann sich noch weniger wundern, daß die »Schwestern« verstanden haben, sich bei uns nicht nur diese exorbitant privilegierte Stellung zu verschaffen, sondern auch dicke Batzen staatlicher Geldspenden dazu. Man muß der Könnerschaft, mit der sie uns zusätzlich zu den beschriebenen Vergünstigungen zur Kasse gebeten haben, durchaus Respekt bezeugen. Sie schafften das direkt, indem sie sich subventionieren ließen. Indirekt auch: durch Steuer- und andere Privilegien, als seien
sie notleidende Wanderbühnen und nicht die Ableger von Konzernen, die sich (dank solcher Künste) zu den reichsten Unternehmen der Welt entwickelt haben.
Dies ist eine ganz passende Stelle, an die Konzerngewinne der Zeitspanne zu erinnern, über die wir hier im wesentlichen reden, nämlich von 1950 bis 1980. Vergessen Sie, daß die deutschen Filialen gelegentlich über ihre Verluste in der Bundesrepublik klagen solange die Konzerne insgesamt solche Gewinne zugeben können, ist niemand zu Mitleid verpflichtet. Ebenso wenig, wie irgend eine Schwester« verpflichtet ist, in der Bundesrepublik Geschäfte zu betreiben. Die hiesigen Filialen müssen aber auch Gewinne machen,

damit ihre Konzernmütter nicht schimpfen ? Vergessen wir ruhig, daß sie das auch oft genug getan haben.
Es fehlte noch, daß wir uns von ihnen nicht nur ausnehmen lassen, sondern uns auch noch über ihre Organisation Gedanken machen. Wenn die Mütter so böse sind, dass sie die Kinder darben lassen, ist das wohl kaum unser Problem. In Kapitel 22 finden Sie am Ende der einzelnen Multi-Beschreibungen
sehr eindrucksvolle Zahlen.

18. Viele DM für die Multis

»Öl frißt Wohlstand.« Ich reibe meine Augen. Doch es steht wirklich da, als Überschrift über einer graphischen Darstellung in der ZEIT (16. 1. 1981), sinnigerweise unter einem Gespräch mit dem Esso-Chef Oehme über die Erhöhung der Benzinpreise. In dem Schaubild wird gezeigt, wieviel mehr die Bundesrepublik nun für die Ölimporte zahlen müsse. Wenn diese Zeile in einem Blatt der »Dritten Welt« stünde, müßte man Verständnis dafür haben. Sie würde stimmen für Vergangenheit und viel Gegenwart. Uns, liebe ZEIT, hat das Öl den Wohlstand gebracht, den es auch jetzt nicht auffrißt — aber vielleicht verteilt es ihn jetzt besser? Auch endlich ein wenig davon für die Länder, wo es herkommt? Wenn es dort Wohlstand schafft, wie bei uns rund ein Jahrhundert lang — wollen wir Befürworter von »Entwicklungshilfe« dann vielleicht nicht doch etwas zufrieden sein? Und sogar etwas von unserem abgeben und einsehen, daß er damit nicht »gefressen« wird?
Als bald nach dem Krieg Konrad Adenauer und Moshe Sharett das Wiedergutmachungsabkommen für Israel

aushandelten — über dreieinhalb Milliarden Mark, aber Kaufkraft der fünfziger Jahre, und dabei ist es ja auch nicht geblieben —, da wurde eine zusätzliche Belastung widerspruchslos hingenommen, weil als Wiedergutmachung anerkannt. Wenn sich die deutsche Publizistik einmal entschließen könnte, das Verhältnis zur »Dritten Welt« einschließlich der OPEC-Länder unter diesem Gesichtspunkt zu sehen, wäre sie dem Verständnis unserer Lage schon näher, und der Erfüllung ihrer Verantwortung auch.

Eine Gruppe internationaler Konzerne aber hat es viel leichter gehabt, sich von uns Milliarden zu verschaffen, ohne daß ich in den Archiven viele Spuren publizistischen Protestes finde: die bei uns tätigen, ohnehin übermäßig privilegierten Ölgesellschaften.

Sie wußten wohl schon, bei wem sie sich einnisteten: Hier konnten sie schon immer ihren Wohlstand mehren. Hier wurden sie für Leistun gen, die in anderen Ländern der Welt als selbstverständlich gelten, sogar zusätzlich bezahlt. Als im vergangenen Jahrhundert der Ölboom auf Deutschland übersprang, schossen die Gesellschaften nur so aus dem Boden, um sich am Öl- und Geldregen zu beteiligen. Aber man kann nicht sagen, daß sie viel produziert hätten, und viele von ihnen waren ja auch nur zu Spekulationszwecken gegründet worden.

Die Produktion betrug 1913 (ohne das ölhaltigere Elsaß, das mit dem Weltkrieg nach I rankreich zurückkehrte) 71400 Tonnen, fast gänzlich im heutigen Niedersachsen. 1918 waren es gar nur noch 38127 Tonnen (A. Reichwein: Die Rohstoffwirtschaft der Erde). Die Industrie- und Handelskammern hatten begonnen, die vielen

angeblichen Ölgesellschaften mehr schlecht als recht zu kontrollieren; im Bereich Hannover gab es Anfang der dreißiger Jahre nicht weniger als 584 Ölunternehmen. Immerhin existierten 1934, in dem Jahr, in dem der Staatsvorbehalt« Gesetz wurde und die Reichsregierung das Ölwesen neu ordnete, rund 700 fördernde Bohrungen, die rund 300000 tonnen Rohöl produzierten. Die Zahl der Gesellschaften schrumpfte nun schnell, übrig blieben wenige, seriöse.
Das Naziregime rüstete auf und bereitete einen Krieg vor. Also lag ihm daran, die heimische Rohölbasis zu verstärken. Die Regierung ermunterte die Gesellschaften zu verstärkter Ölsuche — mittels billig gewährter »Reichs-Bohrdarlehen«. Deren Gesamthöhe belief sich auf die damals mehr als beachtliche Summe von rund 52 Millionen Reichsmark, von denen 14 Millionen aus fündigen Bohrungen zurückkamen (H. Boigk: Erdöl und Erdölgas in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1981). Unter den Empfängern waren schon die Gesellschaften, die das Geschäft auch nach der Nazizeit weiterbetreiben konnten und die schon damals einen hohen Anteil an der Förderung hatten. Die Bohrdarlehen brachten Erfolg. Produktion 1936: 426000 Tonnen, 1938: 530000 Tonnen, 1940: 1 Milliontonnen. Sie hatten auch eine langfristig appetitanregende Wirkung.
Den ersten Appetit gleich nach dem Zweiten Weltkrieg stillten Gelder aus dem Marshallplan. Sie flossen schon Ende 1948 und sind weniger leicht nachzuzählen als die Reichs-Bohrdarlehen. Aber 1950 erhielten die Fördergesellschaften (wir wissen ja schon, wie wenige es waren) rund 1,5 Millionen Pfund (Wirtschaftswoche,

27. 10. 1978), was damals mehr als 17 Millionen DM bedeutete, für diese Zeit viel Geld. Aber es kam gleich noch besser. Die Bundesregierung Wollte die heimische Förderung ankurbeln. Niemand kann einem klarer machen, daß das trotz angeblicher Marktwirtschaft nur mit staatlicher Beihilfe geht, als eine große Ölgesellschaft. In diesem Fall beriefen sich die Gesellschaften, ob deutsch oder »Multis«, auf die Konkurrenz des billigen Öls aus dem Ausland. Gehorsam errichtete die Bundesregierung eine Zollmauer und belegte Importöl mit saftigen Abgaben: 125 DM pro Tonne für Rohöl, 129 DM für die meisten eingeführten Mineralölprodukte.

Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, Grüner, bestätigte am 19. 12. 1978 dem SPD-Abgeordneten Ulrich Steger schriftlich, was sich andere bis dahin mühsam aus den Statistiken zusammengerechnet hatten: »Die der deutschen Erdölförderung auf diesem Wege ermöglichten Preisvorteile beliefen sich in der Zeit von 1953 bis 1963 insgesamt auf etwa vier Milliarden DM.« Das war keineswegs wenig für damals, lange bevor die Inflation einsetzte, und wesentlich mehr, als das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen an Zahlungen vorsah. Und verteilt wurde der Vorteil ja nur auf ein Dutzend Unternehmen, darunter schon damals einige Multi-Töchter, geschützt nunmehr vor den Preisen, die ihre Mütter draußen machten ...

»Die Periode von 1948 bis 1963 war die >große Zeit< der deutschen Erdölgewinnung«, sagte dankbar Professor Mayer-Gürr, der den Esso-Shell-Gewerkschaften Brigitta und Elwerath vorstand, im Jahr 1970. »Der

Marshall-Plan gab die Starthilfe, der Schutzzoll tat das übrige. Es wurden hohe Erlöse für Rohöl erzielt« (in einem Vortrag, der in Oel - Zeitschrift für die Mineralölwirtschaft im September 1970 nachgedruckt wurde). Ab 1964 durfte die Bundesrepublik wegen der EG-Bestimmungen diesen Zoll nicht mehr erheben. Regierung und Gesellschaften, stets dem Prinzip der Freien Marktwirtschaft verschworen, wenn es nur Ausnahmen zuläßt, erdachten eine neue Spende.
Die kam diesmal direkt aus der Tasche des Steuerzahlers: Für die Zeit von 1964 bis 1968 wurden der Inlandförderung »Anpassungsbeihilfen« zugedacht. Staatssekretär Grüner bezifferte später die Gesamtsumme, durch die »den einheimischen Ölproduzenten die Anpassung an die mit dem Wegfall des Zollschutzes verbundenen Wettbewerbslagen erleichtert werden« sollte, auf »rund 890 Millionen DM«. Aber hier gab es, wie Jahre später auch die Monopolkommission bemängelt hat, eine fatale Einschränkung. Die Beihilfe wurde nur gewährt an »Unternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik, die in den Jahren 1959 bis 1962 im Bundesgebiet Erdöl gewonnen haben und dieses weiter betreiben« — und die Aufsuchung neuer Lagerstätten In angemessenem Umfang fortsetzen«. Eine denkbar einseitige Bevorzugung der Etablierten, Finanzbarriere gegen eventuelle neue Konkurrenten, die also wußten, daß sie keine Beihilfe bekommen Würden - alles im Zeichen der Marktwirtschaft. Die Monopolkom-mission tadelte: »Dieses Gesetz hat dazu beigetragen, daß die Konzentration der inländischen Erdölförderung ihr hohes Niveau erreicht oder behalten hat.«

Es war eine interessante Konzeption von Wettbewerb. Aber die derart exklusiv Bedachten hatten sogar mehr erwartet und ursprünglich auch versprochen bekommen: Dauer der Aktion ein Jahr länger, bis 1969, und höhere Sätze —insgesamt 1,235 Milliarden DM (WEG-Jahresbericht 1966). Da waren also nun rund fünf Milliarden kassiert. Nicht genug, fanden die Produzenten. Nun erhoben sie die Forderung, die Erdgassuche müsse mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Der niedersächsische Wirtschaftsminister (ein Sozialdemokrat) schloß sich ihrer Forderung an. In seinem Bereich waren sie ja alle tätig. Doch Bonn stellte sich taub. Jahre später, 1979, haben der damalige Shell-Deutschland-Chef Welbergen und sein Pressesprecher Hanky in Leserbriefen und Reden versucht, die staatliche Hilfe als »Betriebskostenzuschüsse« zu bagatellisieren, offenbar in der Annahme, das dumme Publikum werde »Betriebskostenzuschüsse« aus seiner Tasche für überhaupt keine Zuschüsse halten, sondern womöglich noch für Opfergelder der Shell.

In dem Jahr, in dem die »Anpassungsbeihilfe« erstmals floß, also 1964, hauptsächlich an Töchter der Multis, meldeten diese in ihren Bilanzen Verluste. Es ist interessant, sie der Bilanz ihrer Muttergesellschaften gegenüberzustellen: Mobil AG, Hamburg: - 16,2 Millionen DM. Mobil Oil, New York:
+ 11,17 Milliarden DM. Deutsche Shell: -11,2 Millionen DM. Royal Deutsche Shell: +2,3 Milliarden DM.
Esso AG, Hamburg: -8,1 Millionen DM. Standard Oil:
+3,8 Milliarden. (Exxon heißt sie erst seit 1972.)

In der Energiedebatte des deutschen Bundestages fragte Professor Burgbacher (CDU) am 16. 3. 1966: »Mit

welchem Recht entziehen sich eigentlich die ölgesellschaften durch eine absolut defizitäre Bilanzpolitik ... ihrer steuerlichen Verpflichtung, während alle anderen in Deutschland wirtschaftlich Tätigen diese steuerliche sucht die Texaco in Somalia, bei Malta, im norwegischen Teil der Nordsee. Die BP verbraucht Geld in Thailand, Ägypten, Gabun, Oman und Österreich. Ein Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, ausdrücklich befragt, ob denn wenigstens garantiert sei, daß dortige Funde wirklich dem deutschen Verbraucher zugutekommen würden, verneinte. Und natürlich würde eine in der Bundesrepublik angesiedelte Multi-Tochter ihr Geschäft in fernen Ländern an eine andere Tochter weitergeben, wenn die Mutter es wollte.
Schon vor drei Jahren machte ein Beamter des niedersächsischen Finanzministeriums, in dessen Bereich die Multitöchter sich besonders betätigen, sehr kategorisch darauf aufmerksam, daß »inländische Fördergesellschaften wegen ihrer Verluste aus förderfremden Tätigkeiten tatsächlich überhaupt nicht mit Ertragsteuern belastet werden«.
Es ist schwer, auszurechnen, was da für ein gewaltiger Subventionsposten auf Kosten der Steuerzahler zustande kommt. Es sind jedenfalls im Lauf der letzten Jahre Milliarden Mark gewesen. Ist das international so? Müssen wir es daher mitmachen? Keineswegs.
Eines steht fest: Diejenigen Mineralölfirmen, die all diese Vorteile nicht genießen und dennoch bei uns tätig sind, bewegen sich gegenüber den derart bevorzugten Multi-Töchtern oft am Rande der Pleite. Das spricht Bände - und ist eine Wettbewerbsverzerrung, die den

Anhängern der freien Marktwirtschaft ein Greuel sein müßte, geheimnis vollerweise aber nicht ist.
Die Bundesrepublik, die den Gesellschaften eine solche Riesensumme von Vorteilen bietet, ist aber noch viel, viel großzügiger. Da gibt es noch viel mehr Stoff, über den Bürgerinnen und Bürger, die sich mitspracheberechtigt in öffentlichen Angelegenheiten fühlen, dringend nachdenken sollten.

19. Noch mehr DM für die Multis

Als die OPEC die Ölpreise drastisch heraufsetzte, bescherte sie einigen bedeutenden Ölfirmen in der Welt eine unerwartete, glänzende Gelegenheit, ihre Einnahmen zu erhöhen, ohne die geringste zusätzliche Anstrengung. Sie mußten nicht mehr als bisher verkaufen und fördern. Sie brauchten nur dazusitzen und darüber nachzudenken, wie sie das zusätzliche Geld unterbringen könnten. I las verdienten sie, indem sie die Preise für billig gefördertes Öl oder billig beschafften Treibstoff an die verteuerten anglichen.
Was aber in den OPEC-Ländern die lange überfällige Anpassung der Preise an den wirklichen Wert der Produkte war, die jene verkauften, und praktisch auch ein Zuschlag für viele Jahrzehnte kolonialer Ausbeutung, das war für die westlichen Firmen ein unverdientes Himmelsgeschenk, eben ein »wind fall«, wie man im Englischen für einen unverhofften Glücksfall, einen unverhofften Gewinn sagt.
Der Pleonasmus »windfall profits« war geboren.
Bei uns sprechen manche Fachleute gern gespreizter vom »Differential-Gewinn«. Wer immer Erdöl aus eigener Förderung auf den Markt brachte, das er ja

bisher schon kostendeckend verkauft hatte, paßte nun seine Preise an die OPEC-Preise an. So vervielfältigte man den Gewinn. Die freie Marktwirtschaft richtete sich automatisch nach dem teuersten. Ein Versuch, mit den durchaus vorhandenen Ölmengen aus Nicht-OPEC-Förderung lieber die neuen hohen Preise zu drücken, wurde gar nicht erst unternommen.
Den windfall profits verdanken die Gesellschaften, die über eigene Förderung in den USA verfügen, wahre Gewinnexplosionen. Da waren die lange Zeit künstlich niedrig gehaltenen Preise gerade im geeigneten Moment von der Regierung freigegeben worden.
Aber ebenso erfreut schauen seither auch, nun schon seit rund einem Jahrzehnt, die Förderer des bundesdeutschen Erdöls auf ihre Konten. Auch die des Erdgases natürlich. Es sind ja dieselben.
Die Gaspreise haben sich längst den Ölpreis zur Richtschnur genommen und sind ebenfalls gewaltig geklettert. Das Bundeswirtschaftsministerium schätzte 1977 (erklärte Staatssekretär Grüner), daß in den Jahren 1977 bis 1980 die zusätzlichen Gewinne — also Wettbewerbsvorteile gegenüber Firmen, die nicht durch einheimische Förderung begünstigt waren - bei jährlich 1,3 Milliarden Mark liegen könnten. 1978 meinte das Ministerium: für die Zeit von 1974 bis 1978 durchschnittlich 1,2 Milliarden DM pro Jahr (vor Steuern). Die Schätzung beruhte auf der Annahme, daß man eine jährliche OPEC-Rohöl-Preissteigerung von fünf Prozent unterstellen könne. Bekanntlich haben sich die Preise aber mehr als verdoppelt. Als realistisch gilt daher die Schätzung, daß die windfall profits von 1974 bis 1980 dicht bei 7,5 Milliarden Mark zu

veranschlagen waren. Da die Ölpreise 1980 stark anstiegen, sind diese Zusatzgewinne in der letzten Zeit noch höher gewesen. Nach Angaben des Bonner Energie-Report wurden sie allein für 1981 auf vier Milliarden Mark geschätzt. Für 1980 berechnete der Spiegel 3,2 Milliarden DM. Damit wären wir in der Zeit von 1974 bis 1981 bei insgesamt etwa 11,5 Milliarden (der Energie-Report schätzt fast 16) - nur verdient, zusätzlich zu all den schon beschriebenen finanziellen Vorteilen, weil man an der bundesdeutschen Ölförderung beteiligt ist. Die BP, die an diesem Segen mangels eigener Förderung in Deutschland nicht teilhaben kann und die windfall profits daher mit besonderem Ingrimm betrachtet, schätzte sie bis Mitte 1981 ingesamt auf zwölf Milliarden.
Aber diese Beteiligten, besser gesagt Begünstigten, sind ja nur zum geringeren Teil deutsche Firmen. Der Löwenanteil ging, wie immer, an die ausländischen Gesellschaften wegen ihrer höheren Marktanteile : Esso und Shell mehr als 30 Prozent beim Öl und fast 59 Prozent beim Erdgas, Mobil 13,2 Prozent beim Öl, 23, 5 Prozent beim Gas, Texaco 16 Prozent beim Öl, 1,7 Prozent beim Gas. Ob dieser unverdienten Geldschwemme hat sich in der Bundesrepublik dann nun doch eine nachhaltigere Diskussion entfacht, ob man die Multis nicht stärker zur Kasse bitten solle, ob man die windfall profits nicht weitgehend abschöpfen müsse. Die Produzenten (hier sind die deutschen Begünstigten durchaus in einem Boot mit den Multis) hatten schon während all der windfall-Jahre hindurch stets die gleiche Parade: Der Erlös für die deutsche Förderung sei dafür in den Jahren 1963 bis 1973 ständig

gesunken (Schreiben des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung an Finanzminister Matthöfer vom 11. September 1978). Vergessen waren die Beihilfen, die der Bund als Polster gewährt hatte.
Wegen der Dollarabwertung verringere sich der Wert der Sondergewinne. Dieses Argument wurde natürlich mit dem Aufschwung des Dollars seit 1980 hinfällig.
Der Förderzins, den sie für die deutsche Produktion zu zahlen hallen, sei ja schon gestiegen — darauf komme ich noch. Die deutsche Mineralölindustrie werde sowieso schon höher belastet als die der anderen europäischen Länder. Das ist nachweisbar unrichtig.
Sie stärker zur Kasse zu bitten, werde die »intensive Investitionstätigkeit« gefährden. Diese Drohung mit Produktionsdrosselung und verminderter Suche ist nichts Neues. Sie ist nur mehr als alles andere geeignet, das Gerede von der Verantwortung als das zu enttarnen, was es immer war: unverbindliche Reklamesprüche. Das Verantwortungsgefühl galt stets nur den Interessen der Konzerne. Wie sie auszulegen sind, entschieden die Konzernspitzen in London, Den Haag, New York oder anderswo. Die Interessen der deutschen Verbraucher zählen da nicht.
Ganz nebenbei relativierten Sprecher der Esso und der Shell das frühere Gezeter über die angebliche Not der Förderer in Deutschland. Auch vor der windfall profits-Zeit seien Gewinne gemacht worden, machte Shell-Vorstandsmitglied Carsten Runge (bei einer öffentlichen Anhörung der SPD-Fraktion am 22. Juni 1981) und Esso-Vorstandsmitglied Peter Schillmöller (am 10. Juli 1981 in der Wirtschaftswoche) deutlich.

Das hatte Esso-Chef Oehme zwar schon 1979 in einem Spiegel-Gespräch getan (Der Spiegel, 32/1979), aber im allgemeinen hielt es die Industrie für feiner, darüber zu schweigen und den Eindruck zu erwecken, ohne die Sondergewinne verloren zu sein. Schillmöller setzte sogar auseinander, daß Verluste des Esso-Minelalolgeschäfts prinzipiell nicht durch andere Gewinnbringer (also etwa die Ölförderung) subventioniert würden. Die Entscheidung, ob leichtes Heizöl oder Benzin teurer werden solle, falle »ohne Rücksicht auf die Gewinnsituation in anderen Sparten«. Bis dahin war so getan worden, als müßten die windfall profits die angeblich gewaltigen Verluste ausgleichen, die bei der Verarbeitung von importiertem Rohöl entstanden. Diese Verluste hatte die Industrie 1977 auf nicht weniger als sechs Milliarden DM für die Zeit von 1974 bis 1976 angegeben. In diesem Zusammenhang spielte die kostentreibende Überkapazität der Raffinerien eine Rolle, nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in ganz Europa. Seit Jahren klagten die Gesellschaften, daß ihre Raffinerien bei weitem nicht ausgelastet seien und daher hohe Verluste brächten. Schon 1978 hatten die Chefs von BP, Shell und Esso in der Bundesrepublik öffentlich von Raffineriestillegungen gesprochen. 1981 war es immer noch so, und die bundesdeutsche Raffineriekapazität mit 150 Millionen Tonnen Jahreskapazität nach wie vor nur zu zwei Dritteln ausgelastet, im Mai 1981 gar nur zu 52 Prozent. Im europäischen Rahmen war es kaum anders: 900 Millionen Tonnen Kapazität, nur 70 Prozent genützt. Die allgemeine Drosselung des Verbrauches machte europäische Raffineriekapazität

zum Teil überflüssig, und nun drängten ja auch die OPEC-Länder zunehmend ins Raffineriegeschäft, auch in das für uns. Für diese seit Jahren zu aufgeblähte, teure Uberkapazität zahlte das Publikum ebenfalls mit immer neuen Benzinpreiserhöhungen - sie wurden ja mehrfach so begründet. Ende 1981 wurden dann gleich mehrere Raffinerie-Stillegungen oder -Verkleinerungen bekanntgegeben. Die windfall profits aus der einheimischen Ölförderung mögen zwar nicht die Aufgabe gehabt haben, diese Verluste zu mindern, wohl aber zweifellos die Wirkung. Diejenigen Ölunternehmen in der Bundesrepublik wiederum, die nicht an deutscher Förderung teilhatten, also auch nicht an windfall profits, verfügten über rund 50 Prozent der bundesdeutschen Raffineriekapazität. Müßten sie mangels des Sonderpolsters diese Kapazität schließen, würde den ölfördernden Multis zusätzlich zu ihren Sondergewinnen auf dem Silberteller auch noch die Befreiung von lästiger Konkurrenz gebracht — und damit auch wieder eine höhere, also rentablere Auslastung ihrer Raffineriekapazität.
Chancengleichheit? Für den deutschen Steuerzahler freilich konnte das unmöglich ein Grund sein, auf die Abschöpfung der windfall profits zu verzichten, anstatt sich zur Abwechslung einmal selbst an den Gewinnen aus dem deutschen Öl zu beteiligen. Die Debatte, wie das am besten bewerkstelligt werden könne, konzentrierte sich zunehmend auf den sogenannten Förderzins, wie das von Anfang an hieß, die »Förderabgabe«, wie es seit Anfang 1982 im neuen Bundesberggesetz heißt. Was die Ölförderer bis dahin zu zahlen hatten, fügt sich würdig in das Gesamtbild

der überzuvorkommenden Bundesrepublik ein. Auch in das Bild der Multis: Die Kunst, ihre eigenen Kosten, also auch Abgaben, möglichst niedrig zu halten, aber möglichst hoch darzustellen, beherrscht eben niemand so gut wie sie.

20. Geld von den Multis?

Von Anfang an mußte für das Privileg, Erdöl zu fördern, ein sogenannter Förderzins gezahlt werden. An die Grundeigentümer, auf deren Boden man sich betätigte, und die wenigstens eine Entschädigung beanspruchten, später an den Staat. In den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts betrug der Zins fünf bis sechs Prozent KW Erlös des geförderten Öls. Die übriggebliebenen Fördergesell-ichaften zahlten nach dem Zweiten Weltkrieg durchweg fünf Prozent, auch für das Erdgas. Jahrzehntelang stieg das geförderte öl im Wert, weit mehr als die Förderkosten, und das Gas dann auch, aber der Förderzins blieb gleich. Als zum erstenmal die Rede davon war, den Förderzins angesichts der Gewinnexplosion zu erhöhen, behaupteten die Gesellschaften sofort, dies werde ihre Rentabilität gefährden und ihre Möglichkeiten behindern, die deutsche Ölförderung durch neue Explorationen« und andere Investitionen hoch zu halten. In Anbetracht ihrer Gewinne war das wenig glaubhaft, also drängten Hiiiidesregierung und Bundestagsmehrheit die niedersächsische Landesregierung, die als mit Abstand größtes Förderland hier Pilotfunktion hat, eine Erhöhung durchzusetzen. Das ging nicht ohne Verhandlungen, denn die Konzessionen waren ja, wie gesagt, für alle Zeiten festgeschrieben.

Aber Niedersachsen bewirkte dann doch in gemächlichen Verhandlungen eine langsame Heraufsetzung des Zinses: 1. 9. 1976 auf 10 Prozent, 1. 7. 1979 auf 15 Prozent, 1. 1. 1980 auf 17 Prozent, 1. 11. 1980 auf 22 Prozent. Der Bundestag freilich verabschiedete ein neues »Bundesberggesetz«, das eine Erhöhung auf 40 Prozent zuließ, zu bewirken durch Rechtsverordnungen der Länder. Die Gesellschaften protestierten, die zuständige niedersächsische Wirtschaftsministerin ließ sich Zeit; im Herbst 1981 war es soweit: 32 Prozent. Freilich mit Milderungs-ninglichkeiten; bei besonders schwierigen Förderungen kann die Abgabe vier Jahre lang um fünf Prozent ermäßigt werden, weitere vier Jahre noch bis zu 2,5 Prozent. Wetten, daß vieles sehr, sehr schwierig sein wird? Die Gesellschaften stimmten ihr übliches Lamento an und behaupteten, nun eine Reihe wichtiger Projekte nicht mehr anpacken zu können. Besonders verstiegen meldete sich die Mobil. Ihr Deutschland-Chef Lewinsky kündigte eine Überprüfung des Investitionsprogramms an und drohte, einige Bohrungen würden früher als geplant aufgegeben werden müssen, weil die Förderung nicht mehr wirtschaftlich sei. Der Mobil-Mann verband dies zur allgemeinen Verblüffung gleich noch mit lautem Gezeter darüber, daß die Ölpreise durch das Überangebot nun wieder etwas sanken. Sie lagen zwar immer noch weit über dem Niveau von 1973, aber Lewinsky klagte sicherheitshalber, nun werde die Erschließung neuer Quellen außerhalb der OPEC gefährdet. Die deutsche BASF-Tochter Wintershall wiederum entblödete sich

nicht, durch den BASF-Vorstand mit der Verlegung ihrer »Explorations«-Tätigkeit ins Ausland zu drohen. Das erwähnte energiewirtschaftliche Institut hatte schon im September bedeutsam gemahnt, daß die deutsche Explorationstätig-keit attraktiv bleiben müsse, und damit konnte es nur Attraktivität für die Multis meinen. »Höherer Förderzins zwingt zu verstärkten Aktivitäten im Ausland«, überschrieb die Süddeutsche Zeitung, Konzernworte als bare Münze weitergebend, verständnisvoll ihren Bericht über die plumpe Drohung der BASF. Doch der Klamauk war von kürzerer Dauer als sonst, und das brachte der Deutschlandchef der BP, Buddenberg, zuwege. Die BP (die zu ihrem Kummer an der deutschen Ölförderung nicht beteiligt ist) sei bereit, sofort in die Investitionsvorhaben einzutreten, die andere zurückschrauben wollten. Sogleich wurde es still. Natürlich hieß es weiter, daß die »notwendigen Investitionen für die Zukunft« gefährdet würden, wenn man den Gesellschaften zu viel abverlange. Die Industrie bezifferte diese Investitionen auf ingesamt 30 Milliarden Mark bis zum Jahr 2000. Aber das wären nur 1,5 Milliarden Mark pro Jahr, und die sollten vier Multi-Töchter (und drei kleinere, aber auch nicht gerade unsichtbare deutsche Unternehmen wie Wintershall, Preussag und Salzgitter) nicht zusammen aufbringen können? In den fünf Jahren bis einschließlich 1980 hatte der Förderzins für Erdgas 1,66 Milliarden DM und für Erdöl 624 Millionen DM erbracht, insgesamt also 2,284 Milliarden. Das waren im Jahresdurchschnitt 456 Millionen Mark - für Jahre, in denen die windfall profits nach Meinung der Fachleute 1,2 Milliarden ausmachten. Aber für 1981 wurden die Sondergewinne

auf rund vier Milliarden geschätzt. Eine Erhöhung der Abschöpfung von 22 auf 40 Prozent hätte bei weitem genug Geld für die angeblich geplanten Investitionen übriggelassen. Doch wer zahlt schon gern.
Die Unternehmen hatten 1978 mit einem Gutachten aufgewartet, das beweisen sollte, die auftraggeben-den Multi-Töchter seien die am höchsten vom Staat geschröpften Ölunternehmen Europas. Das »Gutachten« war so unseriös, daß es schnell aus der offiziellen Diskussion verschwand. Aber diese falsche Behauptung ist seither in den Medien, in den Archiven so mancher Wirtschaftsredaktion hängengeblieben. Sie wird noch heute immer wieder aufgewärmt.
In Wirklichkeit sind die Abgaben kaum vergleichbar, weil es sich um so verschiedene Größenordnungen, Schwierigkeitsgrade der Förderung und Mengen handelt. Doch ist Berechnungen des amerikanischen Experten Dillard P. Spriggs (abgedruckt in OPEC Review, 3/1980) zu entnehmen, daß in den USA der Anteil des Staates bei »altem« Ölvorkommen 80 Prozent erreichte, bei neuent-decktem 73 Prozent (bevor Präsident Reagan die windfall-profits-Iteuer, die sein Vorgänger Präsident Carter durchgesetzt hatte, Wieder senkte). Für Großbritannien errechnete Spriggs, daß der Staatsanteil auf 87 Prozent klettern konnte, der Economist: 90,2 Prozent. In der Bundesrepublik war er, solange der Förderzins nicht über 22 Prozent erhöht wurde, nur bei 75 Prozent.

Die Finanzmacht der »armen Multis«

Der Umsatz der »Sieben Schwestern«, der CFP und der Elf betrug 1980 mit zusammen 448 Milliarden Dollar genau so viel, wie die drei führenden Exportländer USA, Bundesrepublik Deutschland und Japan zusammen im gleichen Jahr durch den Export von Industriegütern erlösten. (Beachten Sie, daß es sich um »Export von Industriegütern« handelt, nicht einfach um »Export«, der Erlös sämtlicher Exporte belief sich für die drei Staaten zusammen auf knapp 540 Milliarden Dollar.)

Export von Industriegütern
Bundesrepublik Deutschland, USA, Japan
448 Milliarden Dollar

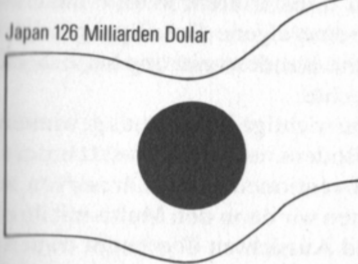
Bundesrepublik Deutschland
152 Milliarden Dollar



USA 170 Milliarden Dollar



Japan 126 Milliarden Dollar



Umsatz
»Sieben Schwestern«, CFP, Elf
448 Milliarden Dollar

Exxon 103,1 Milliarden Dollar

Shell 77,1 Milliarden Dollar

Mobil 59,5 Milliarden Dollar

Texaco 51,2 Milliarden Dollar

BP 48 Milliarden Dollar

Socal/Chevron 40,5 Milliarden Dollar

Gulf 26,4 Milliarden Dollar

CFP/Total 23,9 Milliarden Dollar

Elf 18,4 Milliarden Dollar

21. Vertrauen in die Multis?

Wenn man die Ölförderung in Deutschland durch die Jahre hindurch betrachtet, dann macht man eine interessante Beobachtung. Nach den ersten bescheidenen Anfängen hatte die Produktion 1931 etwa 220000 Tonnen erreicht. Auf diesem Niveau blieb sie auch 1932 und 1933. Dann kamen die Nazis mit ihrer Neuordnung und den Reichs-Bohrdarlehen — sprunghaft erhöhte sich die Förderung, auf 612000 Tonnen 1939, auf rund eine Million 1940. Die billigen Darlehen hatten genützt. Aus eigenem Antrieb wären die Gesellschaften offensichtlich nicht so förderlustig gewesen. Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg, der die Felder intakt gelassen hatte, brachten der Marshallplan und der bis 1963 währende Schutzzoll erhebliche Vergünstigungen. Die Produktion steigerte sich von 841000 Tonnen im Jahre 1949 und 1,75 Millionen 1952 auf mehr als sieben Millionen 1963. Dann gab es »nur noch« die jährlich geringer werdenden »Anpassungsbeihilfen«. Die Produktion stieg nur noch langsam. Die letzten Beihilfen flossen 1968: Jahresproduktion dicht unter acht Millionen Tonnen. Im nächsten Jahr, 1969, zahlte der Staat nicht mehr. Die Produktion sank auf 7,75 Millionen Tonnen, 1970 auf 7,5 Millionen, und seitdem ist sie von Jahr zu Jahr weiter zurückgegangen - bis rund 4 Millionen Tonnen 1981. Dieser Rückgang war vorausgesagt worden, und zwar von der Industrie selbst, seit sie zum ersten Mal gegen den Abbau ihrer Subventionen protestierte.
Die Preussag erklärte in ihrem Jahresbericht 1963, wegen des Fortfalls des Einfuhrzolls »schränkte die deutsche Erdölförderung bereits im Jahre 1963 ihre

Aufschlußtätig-keit im Inland ein«. Und die Mobil AG verkündete: »Mit dem Jahr 1963 ging eine bemerkenswerte Epoche in der Entwicklung der deutschen Mineralölwirtschaft zu Ende ...
Da der Schutz für das Öl wegfällt, wird sich das Schwergewicht in der Exploration mehr und mehr auf das Erdgas verlagern« (das versprach höheren Gewinn). »Daß die Aktivität der deutschen Erdölgesellschaften im In- und Ausland ernstlich in Frage gestellt ist, wird nicht überraschen«, sagte ihr Verband im Jahresbericht 1966. »Betroffen wird in erster Linie die Aufschlußtätigkeit.« Diese Warnung wurde 1967 wiederholt, besonders »für den Erdölbereich, in dem die Exploration unter den gegebenen Umständen zwangsläufig zurückgehen muß«.
Es war, als wenn ein Mann im Betrieb, der eine unangenehme Sache auf sich zukommen sieht, schon vorher seine Krankheit ankündigt, die er dann auch »nimmt«. Die Ölförderer und Konzessionsinhaber in unserem Lande taten so, als könnten sie ihre verantwortungsvolle Aufgabe nur erfüllen, wenn sie dafür - zusätzlich zu ihren eigenen Einnahmen — auch noch extra von uns Steuerzahlern bezahlt würden.
In den Jahren 1979-81, als die Diskussion über die windfall profus ebenso lauter wurde wie diese höher, meldete sich der Verband wieder zu Wort.
Der langjährige Rückgang der Erdölvorräte habe erstmals seit 1973 abgefangen werden können, da »kostenintensive« Verfahren den Förderrückgang in alten Feldern verlangsamt hätten. »Kostenintensiv« bedeutet auf deutsch: teuer — und dann hieß es auch sehr schnell, wenn die Industrie freilich noch höher

»belastet« würde als bisher, müßten die Investitionen in die Förderung leiden. Jeder konnte also vorausberechnen: Blieb der Förderzins innerhalb der Grenze, die unsere Multis für akzeptabel ansahen, würde die Bundesrepublik mit gleichbleibender ölförderung und (wie aus anderen Äußerungen hervorging) steigender Erdgasförderung belohnt. Andernfalls aber...

Aus solchem Verhalten hatte wenigstens eine europäische Regierung schon die Konsequenzen gezogen: die holländische. Ihr Wirtschaftsminister van Aardenne kündigte im Januar 1980 vor dem Parlament an, die Regierung wolle die an der holländischen Erdgasgewinnung beteiligten Ölgesellschaften zwingen, in den nächsten Jahren ihre Gewinne in die holländische Erdgasproduktion zu stecken, anstatt sie ins Ausland zu transferieren. Würde unzureichend investiert, werde der Staat seine eigene Beteiligung an der Gasgewinnung erhöhen. Die deutsche Bundesregierung hätte da ein Vorbild, wenn sie wirklich eins brauchte. Aus den Erfahrungen läßt sich eine wichtige Erkenntnis gewinnen. Wenn sich die Ergiebigkeit unseres Bodens nach dem Einsatz unserer Steuermittel richtet, also hohe Subventionen hohe Ölreserven zu bedeuten scheinen — inwiefern können wir dann den Multis mit ihren Angaben über Reserven, Funde und Aussichten überhaupt trauen? Fügt sich das, was wir in der Bundesrepublik erleben, nicht seltsam passend zu dem, was ich aus dem internationalen Rahmen geschildert habe? Nämlich zu der Gewißheit, daß die Auskünfte dieser Ölgesellschaften über die Versorgungs- und die Reservechancen, über Öl- und

Gasfunde, nur mit allergrößtem Mißtrauen aufgenommen werden können? Ist es nicht verhängnisvoll, daß die Energiestatistik der westlichen Welt, unsere allemal, von Unterlagen der Multis abhängt, die wir nicht überprüfen können? Der Verdacht, die allgemein akzeptierten Daten über die Ölvorkommen und die Kosten ihrer Nutzbarmachung könnten im Interesse der »Schwestern« manipuliert sein, ist nicht ganz neu. Das macht Ihn natürlich nicht abwegig. Im September 1978 hielt in Stuttgart der amerikanische Professor Rustow, vorgestellt als wissenschaftlicher Berater des US-Außenministeriums, einen Vortrag über die Energiekrise. Er wies darauf hin, daß die Suchbohrungen schließlich von den ölgesellschaften selbst durchgeführt würden, und die könnten kein Interesse haben, durch das Bekanntgeben riesiger Reserven und den daraus resultierenden Preisverfall ihr eigenes Geschäft zu beeinträchtigen. Professor Odells Skepsis über die Schätzungen der Welt-Ölreserven habe ich schon zitiert. Die Konzerne widersprechen natürlich. Aber haben wir sie nicht oft genug beim Widerspruch zwischen ihren Reden und ihren Taten ertappt? Nach dem Prinzip »Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser« kann nur eine ausreichend starke staatliche Gegenmacht, die ihrerseits demokratischer Kontrolle untersteht, mit unserem Vertrauen die Verantwortung für unsere Energieversorgung tragen. Die Ansätze, die es bei uns für eine solche Gegenmacht gegeben hat, sind verwirtschaftet worden.

Ein Neuaufbau würde nicht leicht sein, schon gar nicht billig, aber auch nicht unmöglich. Wenn die Bundesrepublik sich zu klein dafür fühlen sollte, gibt es

den europäischen Rahmen, die EG. Unerträglich schiene mir, die Dinge so weiter treiben zu lassen, wie wir sie nicht etwa der OPEC verdanken, sondern den »Sieben Schwestern«, den internationalen Großmultis und ihren Verbündeten bei uns.

Anhang: Unterlagen, Zahlen und Vergleiche, damit Sie mitreden können

22. »Sieben Schwestern« und zwei Cousinen

Exxon

Der größte Erdölkonzern der Welt ist auch der älteste. Aufgebaut hat ihn der berühmteste Ölmann aller Zeiten, John D. Rockefeller. Sein Rezept (außer gewaltiger Energie, Arbeitskraft, Phantasie und Geschäftsbegabung) war, sich zunächst durch ebenso geschickte wie rücksichtslose Geschäftspolitik der Raffinerien zu bemächtigen. Ohne die konnten die aufstrebenden Unternehmen der jungen In-dustrie nichts mit ihrem Öl anfangen. Um 1890 gehörten der »Standard Oil« rund 90 Prozent der amerikanischen Raffineriekapazität. Sodann sicherte sich Rockefeller praktisch das Monopol über die pipelines«, die Rohrleitungen, und die Bahnen transportierten seine

Produkte billiger als andere. Dann erst begann er, sich auch Produktionsstätten zu kaufen, Ölfelder — am liebsten durch Erwerb inderer, kleinerer Gesellschaften. Die Suche überließ er lieber anderen; erst später suchte die Standard auch selbst. Nordamerika war Großproduzent. Die Standard beherrschte mehr und mehr von dieser Produktion und suchte sie weltweit zu verkaufen. Sie war, so dachte Rockefeiler, auf dem Wege zum Weltmonopol — aber da wurde sie von einer europäischen Gruppe gestoppt, in der die Royal Dutch/Shell mit ihrem Chef Deterding die Hauptrolle spielte. Doch Rockefellers und seiner Nachfolger Auf-'.i leg zum Ölkonzern Nummer eins war nicht zu bremsen. Auch nicht durch die amerikanische Anti-Trust-Gesetzgebung, die dieses Gebilde zweimal zerschlug, 1911 endgültig. Einige der zwangsweise verselbständigten Gesellschaften (bei denen Rockefeiler beziehungsweise seine Familie natürlich Aktionär blieb) mauserten sich schnell gleichfalls zu weltweiter Bedeutung heran. Dazu gehören die heutige Mobil und die Socal (Chevron) und zahlreiche in den Vereinigten Staaten durchaus Riesige, die aber nicht zur Spitzengruppe der »Sieben Schwestern« gehören.
Am größten und mächtigsten blieb die Standard Oil of New Jersey, die heutige Exxon, mit ihren vielen Esso-Töchtern in der ganzen Welt. Aufgrund ihrer enormen amerikanischen Herrschaft über Ölquellen und Verarbeitungsstätten wäre sie immer ein Riese gewesen. Sie verdankt ihre Stärke im Gegensatz zu einigen anderen also nicht »kolonialem« Öl. Doch einen kräftigen Beitrag leistete solches Erdöl auch, etwa die ziemlich früh, aber im Gefolge der Shell erworbenen

Konzessionen in Lateinamerika — hauptsächlich in Mexiko und Venezuela —, hemdsärmelig beschafft, gekauft von Privatleuten oder schwachen Regierungen oder auch Diktatoren unter den günstigen Bedingungen, die in der kapitalistischen Gründerzeit-Atmosphäre für amerikanisches Kapital herrschten.
Das Öl aus Venezuela trug sehr dazu bei, die Standard krisenfest zu machen. Von Anfang der dreißiger Jahre bis 1973 konnte sich die heutige Exxon dort mit rund eineinhalb Milliarden Tonnen bedienen, für die während der Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg nur lächerlich geringe Abgaben zu zahlen waren.
Der Erste Weltkrieg brachte der Gesellschaft mit anderen die Chance, im Nahen Osten Fuß zu fassen.
Die arabische Welt hatte nur formell die Unabhängigkeit von türkischer Herrschaft erhalten. In Wirklichkeit war sie nun unter britische und französische geraten. Doch die Amerikaner gedachten nicht, England und Frankreich allein die Früchte des Sieges über die Türken (und, mehr noch, Deutschland) zu überlassen. Der Druck der US-Regierung eröffnete amerikanischen Gesellschaften den Zugang zum Irak beziehungsweise seinem Öl über eine Beteiligung an der »Iraq Petroleum Company« (IPC). Die Exxon war, als das Öl 1928 zu fließen begann, mit 11,875 Prozent beteiligt; die Iraker bekamen vergleichsweise nichts. Dafür konnte die Exxon, bis der Irak der Herrschaft der Multis überdrüssig war und sie enteignete, rund 150 Millionen Tonnen Kolonial-Öl für sich verbuchen. Nach dem Ersten Weltkrieg schaffte sie es auch, in das heutige Indonesien einzudringen, das bis dahin - als holländische Kolonie - die exklusive Domäne der Shell

gewesen war. Das Druckmittel: die Vereinigten Staaten ließen ja ihrerseits ausländische Gesellschaften in Amerika Öl fördern. Aber wenn es keine Chancengleichheit gäbe ... Kongreß und Regierung erpreßten die holländische Regierung mit Drohungen gegen die Shell in Amerika, wo sie bereits kräftig förderte, und die holländische Kolonie wurde für die Standard geöffnet. Exxon-Ernte dort bis 1973: etwa 50 Millionen Tonnen Kolonial-Öl.

Wer hat, dem wird gegeben. Das zeigte sich besonders deutlich nach dem Zweiten Weltkrieg. Exxon beherrschte Märkte und hatte die größten Absatzmöglichkeiten, und darum bot ihr die kleinere »Schwester« Socal die 30prozentige Beteiligung am saudiarabischen öl. Genauer gesagt, an der »Arabian American Company« (Aramco), die das saudiarabische Erdöl ausbeutete — den reichsten ölfluß der letzten Jahrzehnte. Bis 1973 schauten für Exxon mehr als 800 Millionen Tonnen Erdöl dabei heraus - für so gut wie keinen Einsatz, und jedenfalls keine nennenswerte Gegenleistung, die vergleichbar gewesen wäre, an die Saudi-Araber. Exxons billige Nahostpalette wurde 1955 noch größer, als der Schah Frieden mit den Ölgesellschaften schloß, die das persische Öl nach der Enteignung der BP (siehe dort) boykottiert hatten. In dem Konsortium, das auf Druck der Amerikaner zustande gekommen war, saßen alle Großen, auch die Exxon mit sieben Prozent, und auf diese Weise konnte sie bis 1973 noch einmal rund 147 Millionen superbilliges Öl für sich vermarkten.

Alles in allem wird Exxon, rechnet man noch »kleine« Mengen aus anderen Konzessionen aus

kolonialwirtschaftlichen Bedingungen hinzu, zu 2,75 bis drei Milliarden spottbillig beschafften Öls gekommen sein. Soviel hat die Bundesrepublik in ihrer ganzen Existenz noch nicht verbrauchen können (1950-1980: 2,365 Milliarden Tonnen). Es läßt sich denken, welch ungeheuren Beitrag diese Unmenge billigen Öls aus heutigen OPEC-Ländern zum Gedeihen der Exxon geleistet hat. Im Jahr, bevor die Saudi-Quellen auch für Exxon flossen, hatte der Reingewinn des Konzerns (umgerechnet zum damaligen Dollarkurs) 745 Millionen DM betragen. 1947, sein erstes Saudi-Jahr«, waren es 1,12 Milliarden DM. (In Dollar: von 177,6 Millionen auf 268,6 Millionen.) Daß dieser Konzern nie minus gemacht hat, wie sehr seine Tochter-gesellschaften (etwa die Esso AG in der Bundesrepublik) auch Verluste melden mögen, versteht sich. Die Exxon fördert derzeit in den Vereinigten Staaten etwa 45 Millionen Tonnen Öl jährlich. Weitere lohnende Gebiete mit eigenen Vorkommen: Kanada (8), Nordsee (7), Australien (10). Ihre Ölreserven gab sie Ende 1980 mit rund einer Milliarde Tonnen an. Sie ist mit rund acht Milliarden Kubikfuß (226 Millionen Kubikmeter) größter Erdgasförderer der Welt, ihre nachgewiesenen Reserven gibt sie mit 47,2 Billionen Fuß (133 Milliarden Kubikmeter) an.

Die Exxon beschäftigt rund 177 000 Menschen in aller Welt. Mit einem Gesamtabsatz von knapp 233 Millionen Tonnen Mineralöl-l'iodukten hat sie 1980 etwa acht Prozent des Weltverbrauchs geliefert; von ihrem Absatz gingen 40 Prozent auf den amerikanischen, 48 Prozent auf den europäischen Markt. In Westeuropa deckte sie 14 Prozent des

Mineralölverbrauchs. Über ihre Tochtergesellschaft BEB (gemeinsam mit Shell) fördert sie auch in der Bundesrepublik Erdöl und Erdgas.
Der Umsatz der Exxon betrug 1980 rund 103 Milliarden Dollar, umgerechnet 187 Milliarden DM. Ihr Reingewinn: 5,65 Milliarden Dollar, also 10,26 Milliarden DM. Diese Geldmasse an Umsatz entsprach den gesamten Staatsausgaben, die sich im gleichen Jahr alle Länder Lateinamerikas mit Ausnahme Venezuelas zusammen leisten konnten — von Mexiko im Norden bis Argentinien im Süden. Ihre Staatshaushalte summierten sich zu 104 Milliarden Dollar - mit dieser Geldmenge operierte Exxon allein. Umsatz 1981: 115 Milliarden Dollar. Gewinn: 5,6 Milliarden.
Als Beispiel könnte auch der afrikanische Kontinent dienen. Nur das Südafrika der Weißen nicht berücksichtigt, summierten sich die Staatshaushalte 1980 aller afrikanischen Länder - und da sind »reiche« ölförderer wie Nigeria, Libyen oder Algerien dabei - zu rund 100 Milliarden Dollar.
Wenn man den Vergleich auf das Jahr 1973 zurückverlegt, dem letzten vor der Auswirkung der Ölpreis-Explosion, kann man die bedauerliche Entwicklung zwischen »Dritter Welt« und reicher westlicher Industrie klarer sehen. Damals hatte Exxon einen Umsatz von 25,7 Milliarden Dollar. Die Summe der Staatshaushalte betrug für das lateinamerikanische Beispiel 68 Milliarden. Damals lag also Exxon an jährlich verfügbarer Finanzmasse weit hinter ihnen; es hat gleichgezogen — was umgekehrt heißt: sie sind zurückgefallen. Die afrikanischen Staatshaushalte lagen bei zusammen 27 Milliarden Dollar, geringfügig mehr,

als Exxon umsetzte. Das Verhältnis ist ziemlich gleich geblieben. Rund 40 Staaten, fast ein ganzer Kontinent, mit rund 355 Millionen Menschen, auf der einen Waagschale, ein ölkonzern auf der anderen — und die beiden sind von gleichem Finanzgewicht, damals ebenso wie heute ...

Man kann sich die Finanzkraft der Exxon auch an folgendem Beispiel deutlich machen. Ihr Umsatz 1980 lag mit 103,1 Milliarden Dollar noch etwas über dem Wert, den ein Jahr vorher eine der führenden Exportnationen der Welt, nämlich Japan, mit allen Ausfuhren zusammen erwirtschaftet hatte (103,04 Milliarden Dollar). Der Reingewinn der Exxon 1980 hätte gereicht, die Wiederaufbaukosten der im Zweiten Weltkrieg schwer zerstörten Städte Berlin (West) und Hamburg zu bezahlen.

Standard Oil of New Jersey, heute Exxon: Reingewinne Wechselkursänderungen wurden in allen Tabellen dieses Kapitels jeweils berücksichtigt.

1900-	1910	868,736 Mill	onen Dollar	3,474 Milliarden RM
1911 (Jahr der Entflechtung)		95,414 Mill	onen Dollar	381,6 Millionen RM
1912-	1920	624,324 Mill	onen Dollar	2,511 Milliarden RM
1921-	1930	758,256 Mill	onen Dollar	3,202 Milliarden RM
1931-	1940	848,555 Mill	onen Dollar	2,615 Milliarden RM
1941-	1949	1,784 Mill	arden Dollar	6,857 Milliarden RM
1950-	1960	6,797 Mill	arden Dollar	28,188 Milliarden DM
1961-	1970	10,434 Mill	arden Dollar	41,148 Milliarden DM
1971-	1973	5,437 Mill	arden Dollar	16,472 Milliarden DM
1974-	1980	23,325 Mill	arden Dollar	50,053 Milliarden DM
1950-	1973	22,668 Mill	arden Dollar	85,8 Milliarden DM
1950-	1980	45,99 Mill	arden Dollar	135,8 Milliarden DM
1900-	1980	50,973 Mill	arden Dollar	154,701 Milliarden Mark

Shell

Gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde der Holländer Henri Deterding Chef einer Gesellschaft, die im holländischen Kolonialgebiet des heutigen Indonesien, hauptsächlich auf Sumatra, Öl gewann. Sie hieß »Royal Dutch«. Nicht weit von ihr, auf Borneo, förderte die englische »Shell«. Sie war (mit Leuchtpetroleum) stark im Ostasiengeschäft.

Die beiden bekämpften sich zunächst, aber dann brachte Deterding 1906 eine Fusion zustande, die der Royal Dutch mit 60:40 das Übergewicht gab. Er wurde also der erste Chef des vereinigten Konzerns, den er, obwohl das Hauptquartier eigentlich in Den Haag war, lieber aus London regierte.

Anfang der dreißiger Jahre wurde Deterding hinausgedrängt; man hatte ihn allmählich für größenwahnsinnig gehalten, und bizarr war sein Benehmen in jedem Fall. Außerdem gehörte er zu den Verehrern Adolf Hitlers. Die Gerüchte wollten nie verstummen, daß er Hitlers Aufstieg zur Macht kräftig mitfinanziert habe —wie so viele
andere der Zeit vielleicht weniger aus Zuneigung zum Nazismus als aus Haß gegen die Sowjets. Denen wollte er die Enteignung der Shell-Ölanlagen von Baku nicht verzeihen, und überdies war er in zweiter Ehe mit einer Weißrussin verheiratet.

Verrückt oder nicht - es ist sicher, daß die Shell ohne Deterding nicht ihren heutigen Rang haben würde. Aber — auch nicht ohne das indonesische öl, das die wirtschaftliche Basis für den Aufstieg lieferte. Ein holländisch-englisches Unternehmen hätte man

schlecht auf den ungemein mageren Ölvorkommen Hollands und Englands aufbauen können.
Shell und Royal Dutch waren vor ihrem Zusammengehen nicht nur in Konkurrenzkämpfe untereinander verwickelt. Den Anfang der internationalen Ölwirtschaft überschattete jahrzehntelang der Versuch des amerikanischen Riesen Standard Oil, das ölgeschäft der ganzen Welt zu beherrschen, am liebsten selbst zu machen. Royal Dutch und Shell verbündeten sich mit den Gebrüdern Nobel, die damals etwa 40 Prozent des russischen Öls besaßen und damit eine günstig gelegene Ölmasse einbrachten, und den Rothschilds, die dringend benötigtes Kapital zur Verfügung stellen konnten und sich ebenfalls am russischen Öl beteiligten. Die amerikanische und die europäische Gruppe (diese hatte sogar eine »Asiatische Ölgesell-schaft« gegründet) lieferten sich jahrelang weltweite Preiskämpfe. Zum »Friedensschluß« kam es erst Ende der zwanziger Jahre, von da an gönnten sich die Großen die erkämpften Marktanteile.Mit dem indonesischen Öl der Kolonialzeit hatte die Shell also eine hervorragende Ausgangsbasis. Im Laufe der Zeit, bis ihr Privileg 1965 vom mittlerweile unabhängigen Indonesien beendet wurde, hat sie von dort mehr als 300 Millionen Tonnen vermarktet - ab 1893. Darüber, was sie den kolonisierten Indonesiern bezahlt hat, braucht man sich keine Gedanken zu machen: Vergleichsweise nichts. Das Land war ja »holländisch«. Die Abgaben an den holländischen Staat beliefen sich auf vier bis fünf Prozent Royalty, eine Abgabe pro Hektar Konzessionsgebiet und einen Erlösanteil.

Alles zusammen, so war festgelegt, durfte 20 Prozent des Erlöses nicht überschreiten; es war meist weniger (Rochmat: Contractual Arrangements in Oil and Gas Mining Enterprises in Indonesia. Alphen 1981).
Der erzielte Profit erlaubte der Shell, sich in Rumänien einzukaufen, und dann erwarb sie Konzessionen in Rußland. 1913 übernahm sie von einem Engländer eine besonders ergiebige Konzession in Mexiko. 1919 konnte Deterding für die Shell eine ihrer lukrativsten Ouellen anzapfen: Venezuela. Sie hatte sich mittlerweile schon kräftig genug gefühlt, sich auch in den Vereinigten Staaten selbst festzusetzen. Unter der Nase Rockefellers kaufte sie lohnende Vorkommen, hauptsächlich in Kalifornien. Im Laufe der Zeit hat die Shell das fast alles wieder verloren, aber doch erst, nachdem die einzelnen Vorkommen kräftig zum Wachsen des Konzerns beigetragen hatten. Nach der russischen Revolution verstaatlichten die Sowjets auch die Ölindustrie. Spater enteigneten die Rumänen die ausländischen Ölgesellschaf-iii dann - unter besonderem Gezeter der Konzerne - folgte kurz Ml dem Zweiten Weltkrieg auch Mexiko. Doch da hatte die Shell schon längst neue Ouellen, immer noch unter kolonialen Bedingun-gen, erworben, also läppisch bezahlt (wenn man das überhaupt bezahlen« nennen kann). Besonders lohnend wurde der Irak, wo die Shell Gesellschafterin der IPC und damit Ausbeuterin des lange Zeit zweitgrößten Produzenten im Nahen Osten wurde. 1939erwarb sie einen lohnenden Anteil in Oman, und 1955 konnte sie sich mit 14 Prozent am persischen Öl beteiligen. Alles zusammen konnte die Shell mit Hilfe von etwa 2,3 Milliarden Tonnen billigen Öls,

Kolonialöls, zum Riesenmulti werden. Das ist fast eine so große Ölmenge, wie die gesamte Bundesrepublik seit ihrem Bestehen verbraucht hat. Die Shell hält nun schon seit langem unerschütterlich ihre Stellung als der größte außeramerikanische Ölkonzern, der zweitgrößte der Welt - und 1980 rückte sie von Platz drei auf Platz zwei (hinter Exxon) auf der Liste der nach Umsatz größten Industrieunternehmen überhaupt (von der amerikanischen Zeitschrift Fortune jährlich ermttelt). Sie beschäftigt rund 161000 Menschen.
Dieser Konzern setzte 1980 rund 214 Millionen Tonnen Erdöl-und Ölprodukte um, dazu 172,7 Millionen Kubikmeter Erdgas. Ihre nachgewiesenen Rohölreserven betragen etwa 950 Millionen Tonnen, davon mehr als die Hälfte in den USA. Ihre amerikanische Ölproduktion machte rund 28 Millionen Tonnen aus, die aus der Nordsee etwa 17 Millionen, Brunei rund 13, Sarawak und Sabah 8,5. In der Bundesrepublik gehört sie zu den wichtigsten Öl- und Erdgasförderern, gemeinsam mit der Esso. Neuer Mann im Auf-sichtsrat seit Sommer 1981: Robert McNamara, bisher Präsident der Weltbank und vormals, zu Zeiten des Vietnamkriegs, US-Vertei-digungsminister.
Der Umsatz der Shell war 1980 mit rund 77 Milliarden Dollar, Umgerechnet 140 Milliarden DM, mehr als dreimal so groß, wie die Kosten des amerikanischen Mondlandungsprogrammes gewesen
Royal Dutch/Shell: Reingewinne
1909-1922 729 166940 holländische
Gulden (fl) 1923 / 1924/ 1925 liegt nicht vor 1926-1939 982 331 181 fl 1,235 876 Milliarden RM

1,592698 Milliarden RM Im Zweiten Weltkrieg war Holland von Deutschland besetzt; die Konzernverwaltungen kamen auseinander (eine der beiden Muttergesellschaften der Gruppe, Royal Dutch in Den Haag, verlagerte sich nach Holländisch-»West-Indien«, die Shell Transport & Trading blieb in London), bis nach dem Kriege wurde nicht mehr gemeinsam bilanziert, und die Unterlagen sind entsprechend durcheinander beziehungsweise lückenhaft. Ich fand drei verschiedene Gewinnangaben: 1940-1949: Shell Oil (USA) 428,403 Millionen 1,226 722 Milliarden Mark Shell Transport & Dollar Trading (London) 31 381 686 Pfund 353,345 Millionen Mark 1944-1949 Royal Dutch 383,290 Millionen fl 450 Millionen Mark. Aus den Unterlagen konnte ich nicht ersehen, ob die Ergebnisse der USA-Tochter in denen der beiden Muttergesellschaften berücksichtigt wurden, oder ob der Ausgleich ab den gemeinsamen Bilanzen von 1950 stattfand.

1950-	1960	1,429 Milliarden Pfund	18,3168 Milliarden DM	
1961-	1970	2,701 Milliarden Pfund	27,605	Milliarden DM
1971-	1973	1,299 Milliarden Pfund	9,192	Milliarden DM
1974-	1980	10,985 Milliarden Pfund	47,746	Milliarden DM
1950-	1973	5,429 Milliarden Pfund	55,114	Milliarden DM
1950-	1980	16,414 Milliarden Pfund	102,860	Milliarden DM
1909-	1980	mindestens (siehe oben)	107,268	Milliarden Mark

Shell-Angaben in englischen und deutschen »Finanzdaten« des Konzerns selbst differieren leicht. Iren. Ihr Reingewinn: 5,174 Milliarden Dollar, umgerechnet 9,395 Milliarden DM.
Nicht viele Staaten können über soviel Geld verfügen, wie der Shell-Umsatz ausmachte. Indonesien, mit dessen Öl die Shell den Weg zum heutigen Reichtum

begann, konnte sich für seinen Staatshaushalt 1980 nur 16,83 Milliarden Dollar leisten. Die indische Zentralregierung: 17,042 Milliarden Dollar.
Die pakistanische: 3,75 Milliarden Dollar. Wenn wir auf den Umsatz der Royal Dutch Shell kommen wollen, müssen wir noch ein paar Staaten mehr dazu nehmen: Sri Lanka (1,4 Milliarden), Philippinen (5,26 Milliarden), Bangladesh (1,53 Milliarden), Burma (4 Milliarden), Thailand (6,8 Milliarden), Malaysia (5 Milliarden), Nepal (0,406 Milliarden), Papua-Guinea (875 Millionen) und Afghanistan (7,66 Milliarden). Die Regierungen von zwölf asiatischen Staaten mit zusammen rund 1,165 Milliarden Menschen brachten es also 1980 auf Staatshaushalte von insgesamt rund 70 Milliarden Dollar - der Umsatz der Shell in diesem Jahr war ebenso groß. Auch hier kann man im Weltmaßstab sehen, wie die verstärkten Ölpreisgewinne nach 1973 den Abstand der reichen Ölgesellschaften
vor den armen Ländern vergrößert haben. 1973 lag die Summe der aufgeführten asiatischen Staatshaushalte mit 23,5 Milliarden Dollar noch ziemlich weit über dem Umsatz der Shell: 18,67 Milliarden. Die Shell ist gleichgezogen — diese Länder sind zurückgefallen.
Der Shell Umsatz 1980 war etwa so groß wie die gesamten Exporteinnahmen Italiens (77,6 Milliarden), weit größer als die der Sowjetunion (64,7 Milliarden).

BP

Mit dem Öl- und Benzindurst westlicher Völker eindrucksvoll erwachsen ist auch der britische Ölriese, der seinen Weg als Angelo-Persian Oil Company begann. Er ist das krasseste Beispiel dafür, wie der westliche Ölreichtum (einfach: Reichtum) auf der Basis des kolonialistischen Herr- und Wirtschaftssystems entstand. Die heutige BP verdankt ihren Aufstieg ausschließlich dem Öl nah-und mittelöstlicher Völker.
Auch diese Konzerngeschichte beginnt mit einem unternehmungs-en Mann: William Knox d'Arcy, Australier. D'Arcy, der als Goldsucher reich geworden war, erwarb 1901 für ein riesiges Gebiet in Persien die Ölkonzession. Sie kostete ganze 20000 Pfund in bar, dazu 20 000 Aktien der noch nicht bestehenden Gesellschaft, und die Zusage einer 16 prozentigen Beteiligung am Nettoertrag, wenn der einmal kam. Die Suche war lange erfolglos — buchstäblich in letzter Minute, bevor d'Arcy wegen Geldmangels hätte aufgeben müssen, fand sein Bohr-Chef, Reynolds, schließlich doch die lohnende Quelle.
In seiner Not hatte d'Arcy sich schon fremdes Geld zu Hilfe geholt: die Burmah-Oil Co. (Burmah verkaufte ihren Anteil 1975 an die Bank of England, um sich aus finanziellen Schwierigkeiten zu retten.) Die britische Regierung förderte das Projekt nach Leibeskräften, da die Admiralität eine sichere Ölversorgung für die Flotte wünschte. Der Weltkrieg warf seinen Schatten voraus, und die Shell galt wegen ihres holländischen Übergewichts als nicht zuverlässig genug. Winston Churchill setzte kurz vor Kriegsausbruch durch, daß sich die britische Regierung an der »Anglo-Persian«

beteiligte. Lange Zeit hielt sie die Mehrheit. Heute liegen noch rund 39 Prozent der Anteile beim Staat. Die Regierung hat das Recht, zwei Vorstandsmitglieder mit Vetorecht zu ernennen — das Veto ist angeblich nie ausgeübt worden. Bis zum Jahr 1950 förderte die Gesellschaft, die sich 1935 in »Anglo-Iranian« umbenannt hatte (aber kein Iraner war beteiligt oder hatte etwas zu melden), rund 330 Millionen Tonnen persisches Erdöl, zu vergleichsweise lächerlichen Eigenkosten und sehr belanglosen Zahlungen an die Perser. Gemessen an den Zahlen, die man heute hört, scheint das nicht sehr viel zu sein. Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte sich der Erdölverbrauch der Industrieländer ja auch noch nicht so stürmisch entwickelt. Diese Menge entsprach immerhin etwa dem Ölvorrat, den die Bundesrepublik in den ersten 15 Jahren ihres wirtschaftlichen Aufschwunges überhaupt verbraucht hat, nämlich von 1950 bis 1964 - 15 Wirtschaftswunderjahre eines reichen Landes.
Anfang der fünfziger Jahre aber waren Briten und Perser in heftigem Streit. Die Perser wollten einen besseren Anteil am Gewinn aus ihrem öl. Um den historischen Rahmen zu verstehen, muß man sich erinnern, daß Engländer und Russen nicht so lange vorher, 1941, Persien überfallen und besetzt hatten. Sie wollten sich im Krieg gegen Deutschland ihre Ölversorgung sichern, und der Schah hatte sich geweigert, die Deutschen aus dem Lande zu weisen. Die Engländer verschleppten ihn ins Exil (er starb in Südafrika) und setzten seinen damals 21jährigen Sohn Reza Pahlevi auf den Thron. Die Engländer mochten, wie meist, ein gutes Gewissen gehabt haben - bei den

Persern blieb dies lange in böser Erinnerung. Anthony Sampson schildert in Die Sieben Schwestern, wie der Schah noch mehr als 30 Jahre später, 1975, in einem Gespräch mit ihm reagierte. Persien sei damals immerhin ein souveränes Volk gewesen. »Und als nächstes hörte man, daß die ölgesellschaft Marionetten einsetzte, die nichts weiter taten, als den Befehlen der Gesellschaft zu gehorchen, und so wurde in unseren Augen denn diese Gesellschaft zu einer Art Ungeheuer, fast eine Regierung innerhalb der Regierung des Iran.« 1950 war das alles noch frisch, Großbritannien in Persien nicht beliebt, die Gesellschaft noch weniger.
Die Perser wollten ein 50:50 -Abkommen zur Teilung der Ölgewinne, wie es gerade die Amerikaner in Saudi-Arabien abgeschlossen hatten. Die BP fand, ihr Angebot sei fairer, und weigerte sich, darüber hinauszugehen. In immer gespannterer Atmosphäre wurde 1951 Mohammed Mossadegh Regierungschef - und er setzte durch, daß das Parlament beschloß, die Gesellschaft zu enteignen. Sie zog ihr Personal ab. Aber als Mossadegh versuchte, das persische Öl auf persische Rechnung zu verkaufen, stieß er auf einen weltweit wirksamen Boykott. Die BP hatte ihrerseits genug Rücklagen, um sofort ihre anderen Konzessionen, besonders im hochergiebigen Kuweit, auf stärkere Förderung bringen zu können, und dabei halfen ihr die amerikanischen Schwestern« mit Gerät. Ein Aufstand gegen eine Konzession einer der »Sieben Schwestern« - das durfte nicht gelingen. Die Öleinnahmen fehlten dem Iran nun ganz, Mossadeghs Lage wurde immer schwieriger.
Der Schah, der sich gegen ihn gestellt hatte, floh 1953 außer Landes. Kurz danach inszenierten Briten und

Amerikaner einen Putsch, dessen praktische Durchführung die CIA übernahm, und brachten ihn zurück. Daß Mossadegh das Volk eher Vertrat als der Schah, interessierte niemanden. Er wurde unter lebhafter Mitwirkung der internationalen Presse hauptsächlich als ein Verrückter dargestellt, über dessen Weinkrämpfe in den Zeitun-gen der Welt mehr berichtet wurde als über seine Argumente. Er Wurde vor Gericht gestellt, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und starb bald danach, weit über 70 Jahre alt.
I >aß da nicht einfach nur verrückte Perser gegen brave Engländer aufgeputscht worden waren, wie es in der britischen Berichterstattung den Anschein hatte, bestätigte der amerikanische Beobachter Edward Ashley Bayne, der eine Zeitlang Finanzberater des persischen Ministerpräsidenten gewesen war, 1951 in der Juli-Ausgabevon Foreign Affairs: »Bis Herbst 1949 war immer klarer geworden, daß die gebildete öffentliche Meinung in Iran das Abkommen (zwischen der Anglo-Persian und der persischen Regierung) für ungenügend hielt. Die meisten ausländischen Beobachter neigten dazu, diese Auffassung zu teilen - Beamte der amerikanischen Botschaft eingeschlossen.«
Der Schah machte nun für den Iran Frieden mit der ölwelt. In einem neuen »Konsortium« wurden alle »Schwestern« und noch ein paar andere Gesellschaften an der Vermarktung des persischen Öls beteiligt, wofür die amerikanische Regierung eigens ihrer Anti-Kartell-Politik entsagte. Am besten schnitt die BP selbst ab: Sie bekam nun 40 Prozent des iranischen Öls. Die Shell erhielt den nächstbesten Anteil, nämlich 14 Prozent. Weiter mit je sieben Prozent kamen Exxon, Mobil,

Socal, Gulf und Texaco, mit sechs Prozent die französische CFP (Total), und einen letzten fünfprozentigen Anteil teilten sich amerikanische »Unabhängige« (was hieß: von den »Sieben Schwestern« unabhängig) wie folgt: Atlantic Richfield (Arco) 33,33 Prozent, American Independent Oil (Reynolds-Kon-zern) 16,66 Prozent, Getty 16,66 Prozent, Charter Oil 16,66 Prozent, Conoco 8,33 Prozent, Standard Oil of Ohio 8,33 Prozent. Anfang 1955 floß das persische Öl dann wieder so kräftig wie früher, bald viel kräftiger. Immerhin: es war akzeptiert, daß es den Persern gehörte. Die BP hatte während der Unterbrechung auch ohne persisches Öl gut gelebt. Sie hatte ja dank der Gewinne von dort frühzeitig anderswo einsteigen können. Auch für sie floß seit 1928 das Öl des Irak aus der IPC, die Calouste Gulbenkian zusammengezimmert hatte. Es war ähnlich billig wie das persische; es ergab für die BP in der Zeit bis 1973 rund 300 Millionen Tonnen, ohne daß sie den Irakern dafür viel bezahlt hätte. Sie bezog von der IPC (also den Mitgesellschaftern Shell, Exxon, Mobil, CFP und Gulbenkian) noch eine zusätzliche Royalty von zehn Prozent Gratis-Öl als Kompensation dafür, daß sie in den zwanziger Jahren durch Kürzung ihres eigenen Anteils die Amerikaner hereingelassen hatte (Ralph Hewins: Mr. Five Per Cent. S. 236). Seit 1946 profitierte die BP dann noch von einer weiteren hervorragenden Quelle: Kuweit. Dafür hatte sich die amerikanische Schwester »Gulf« eigentlich allein interessiert.

Aber die BP fand, dies sei britisches Einflußgebiet und spannte ihre Regierung ein, die ja auch ihr Großaktionär war; was der Emir dachte, war natürlich

von untergeordneter Bedeutung. Daß auch die »Gulf« die richtige Förderung hatte, siehe dort...

The British Petroleum Company (BP): Reingewinne		
1914-1920	6,952 Millionen Pfund	142,021 Millionen RM
1921/1922	4,028 Millionen Pfund	82,284 Millionen RM
1923 Verlustjahr, dennoch Dividenden von	777 764 Pfund	15,8 Millionen RM
1924-1930	26,248 Millionen Pfund	536,217 Millionen RM
1931-1939	32,387 Millionen Pfund	458,194 Millionen RM
1940-1949	98,602 Millionen Pfund	1,090 Milliarden Mark
1950-1973	1,875 Milliarden Pfund	18,276 Milliarden DM
1974-1980	4,795 Milliarden Pfund	20,627 Milliarden DM
1950-1980	6,670 Milliarden Pfund	38,9 Milliarden DM
1914-1980	6,837 Milliarden Pfund	41,2 Milliarden Mark

Kuweit war viel ergiebiger als die meisten anderen Förderländer. Der BP-Anteil belief sich bis 1973 auf 1,125 Milliarden Tonnen mehr, als die BP aus dem Iran bezog (bis 1973 835 Millionen Tonnen). Insgesamt hat die BP aus den erwähnten drei Ländern des Nahen beziehungsweise Mittleren Ostens unter den lukrativen Bedingungen der Kolonialwirtschaft rund zweieinviertel Milliarden Tonnen Rohöl beziehen und verkaufen können-fast soviel, wie die Bundesrepublik in ihrer ganzen 30jährigen Geschichte verbraucht hat. Daß aus der 1960 unabhängig gewordenen vormaligen britischen Kolonie Nigeria Von 1958 bis 1973 auch noch 145 Millionen Tonnen dazu kamen, wird man in keinen anderen Zusammenhang einzuordnen brauchen. Nigeria verstaatlichte die BP-Anlagen im Sommer 1979.

Reich geworden durch die spottbillig erzielten Gewinne aus den Erwähnten Kolonialvorkommen, konnte sich die BP dann natürlich an den teuersten Erschließungen beteiligen. Heute sind ihre aus-sichtsreichsten Bohrfelder in der Nordsee und in Alaska. Seit sie Mitte der siebziger Jahre die Aktienmehrheit (53 Prozent) an der Standard Oil of Ohio (»Sohio«) erworben hat, bezeichnet sie sich stolz auch als größter Ölförderer in den Vereinigten Staaten. Dort produziert sie für den amerikanischen Markt etwa 40 Millionen Tonnen jährlich; in der Nordsee fördert sie mehr als 25 Millionen Tonnen. Ihre Reserven wurden Anfang 1980 mit etwa einer Milliarde Tonnen angegeben, mehr als die Hälfte davon in den USA, knapp ein Fünftel in der Nordsee. In der Bundesrepublik ist ihr Anteil am Öl- und Benzingeschäft etwa 18 Prozent.
Inzwischen steht die BP auf Platz 5 der Weltrangliste der ölunternehmen, nach ihrem Umsatz war sie 1980 sechstgrößter Konzern der Welt überhaupt. Ihr Umsatz 1980: rund 48 Milliarden Dollar (rund 87 Milliarden DM). Der Reingewinn: 3,337 Milliarden Dollar, rund sechs Milliarden DM.
Um den Umsatz plastischer zu machen: Ihr Stammland, also der Iran, eines der neuerdings »reichen« Erdölförderländer, konnte sich 1980 einen Staatshaushalt in Höhe von 29,4 Milliarden Dollar leisten. Das verhältnismäßig noch viel reichere Kuweit, weitere Großquelle der BP, gab 8,3 Milliarden Dollar aus - es ist ja auch ein winziges Land. Um auf die Finanzkraft der BP zu kommen, müßten wir im Nahen Osten wohl noch Syrien hinzuzählen: sein Staatshaushalt 1980 belief sich auf 7,36 Milliarden Dollar. Aber erst

wenn wir noch die beiden Jemen hinzutun, erreichen wir die Summe von 48 Milliarden Dollar, die der Ölriese umsetzte — gleich finanzgewaltig wie fünf nahöstliche Länder, darunter zwei nach unserer Vorstellung durch ihr öl Superreiche, mit zusammen 55 Millionen Menschen...
1973, vor dem ölpreisschock, war auch hier die Szene anders. Diese Länder lagen damals mit ingesamt 12,7 Milliarden Dollar staatlicher Ausgaben erheblich über dem Umsatz der BP; der betrug 7,7 Milliarden. Der Multi ist also schneller gewachsen, trotz des vermeintlichen ölgewinnsegens für den Nahen Osten — diese Länder sind im Vergleich seither zurückgefallen. Um den BP-Umsatz von 1980 zu erreichen, müßten wir die Exporteinnahmen gleich dreier bedeutender Ausfuhrländer addieren: Österreich (17,5 Milliarden Dollar), Australien (22 Milliarden) und Jugoslawien (8,3 Milliarden).

Mobil

Mobil geht auf gleich mehrere Firmen des Rockefeller-Standard Oil-Trusts zurück. Rockefeiler kaufte zunächst die Vacuum Oil und gliederte sie in die Standard Oil of New York ein (»Socony«), die ihr Leuchtpetroleum mit großem Erfolg in China verkaufte (dank der gleich mitgelieferten Lampe). Als der Trust zerschlagen wurde, kamen die beiden auseinander, wuchsen eine Zeitlang getrennt, aber krältig - die eine mehr Fördergesellschaft, die andere mehr Verarbeiter —, und dann fusionierten sie 1931 wieder. Ihren Inzwischen gewachsenen Asienmarkt brachten sie in eine gemeinsame Gesellschaft mit der Exxon-

Vorläuferin Standard Oil of New Jersey ein, die Stanvac, die erst 1962 wieder aufgelöst wurde.
In mehreren Etappen änderte die Socony Vacuum ihren Namen bis hin zum heutigen Mobil. Die ist freilich sehr über das Energiewesen hinausgewachsen, durch Zukäufe in den siebziger Jahren: Versandgeschäft, Ladenketten, Restaurants, Bauentwicklung, Pappfabrikation, Verpackung, Grundstücksfirmen. Aber den größten Anteil am Geschäft haben nach wie vor das Erdöl und seine Produkte.
Auch zum Wachstum dieses Riesen hat das billige Nahostöl in erheblichem Umfang beigetragen. Er wurde 1928 Teilhaber in der »Irak Petroleum« — sein Anteil bis zur Verstaatlichung betrug rund 150 Millionen Tonnen. Mobil war wie die anderen Schwestern ab 1955 am persischen Öl beteiligt, mit sieben Prozent, was weitere 147 Millionen Tonnen billigen Öls bedeutete. Größte Chance und gleichzeitig größte Fehlentscheidung: als Socal (und Texaco) der Exxon und der Mobil eine Beteiligung am saudiarabischen Öl anboten, über die »Aramco«, hatte Mobil nicht so recht Lust — und begnügte sich schließlich mit zehn Prozent. Dementsprechend lag Mobils Ouote am saudiarabischen Öl »nur« bei rund 270 Millionen [bnnen. Weil sich das für Mobils Rolle in der Nachkriegszeit als zu wenig erwies, konnte die Gesellschaft von den Aramco-Partnern billiges öl, das diese nicht aus Saudi-Arabien brauchten, über seine Ouote hinaus beziehen, sogar verbilligt. Exxon und die Socal hatten ja reichlich aus ihren 30 Prozent und aus ihrer Beteiligung im Irak beziehungsweise in Kuweit. Die Höhe dieser zusätzlichen noch billigeren Mengen,

die für die Kolonialbilanz von Mobil natürlich auch ihre Rolle spielen, habe ich nicht feststellen können.
Erst als es nicht mehr so viel nützte, konnte Mobil die Beteiligung an der Aramco erhöhen — im Mai 1978 auf 14 Prozent, ein Jahr später auf 15 Prozent. Aber dann schritt ja Saudi-Arabien gleich zur völligen Übernahme dieser Gesellschaft. Der bevorzugte Zugriff zum saudiarabischen öl allerdings blieb auch Mobil erhalten.
Die Mobil verfügt heute, einschließlich der Zukaufe, über etwa 110 bis 120 Millionen Tonnen Öl pro Jahr, davon etwa 18 Millionen aus amerikanischer Produktion, etwa 12 Millionen aus der Nordsee.
311

Mobil Corporation: Reingewinne		
1909	22,450 Millionen Dollar	90,180 Millionen RM
1924/1925	63,600 Millionen Dollar	267,120 Millionen RM
1928-1942	514,890 Millionen Dollar	1,592 024 Milliarden RM
1946-1949	288,800 Millionen Dollar	961,704 Millionen DM
1950-1973	7,391 Milliarden Dollar	27,850 Milliarden DM
1974-1980	9,745 Milliarden Dollar	20,469 3 Milliarden DM
1950-1980	17,136 Milliarden Dollar	48,319 Milliarden DM

Die Erdgasproduktion beläuft sich auf etwa 40 Millionen Kubikmeter, zwei Drittel davon in den USA. Die nachgewiesenen Ölreserven des Unternehmens werden mit knapp 300 Millionen Tonnen angegeben, die Hälfte davon in Nordamerika, ein Drittel in der Nordsee. Mobil ist auch auf dem bundesdeutschen Markt stark vertreten, mit einem Viertel der Erdgasförderung, einem Siebtel der Ölförderung.

Mobil-Benzin wird über Aral verkauft (Mobils Beteiligung: 28 Prozent). Den Mineralölverbrauch der Bundesrepublik deckt Mobil zu etwa sechs Prozent.
Der Konzern beschäftigte 1980 rund 212000 Menschen. Sein Umsatz betrug 1980 59,5 Milliarden Dollar (108 Milliarden DM). Damit saß er auf Platz drei der Weltrangliste des Öls - und war auch drittgrößtes (nach Umsatz) Industrieunternehmen überhaupt. Reingewinn 1980: 3,272 Milliarden Dollar, umgerechnet 5,94 Milliarden DM. Die Umsatzmenge würde - ich folge unserem Länder-Muster - den kombinierten Staatshaushalten von vier »reichen« afrikanischen Ländern entsprechen, von denen drei Mitglieder der OPEC sind, also hohe Einnahmen durch Erdöl haben, und das vierte vom Westen besonders reichliche Hilfe erhält: Algerien (13,27 Milliarden Dollar), Libyen (13,1 Milliarden), Nigeria (21 Milliarden) und Ägypten (15 Milliarden). 1973 hatten sich diese vier für ihre staatlichen Ausgaben zusammen 12,9 Milliarden Dollar leisten können. Der Umsatz der Mobil war auch damals nicht sehr viel kleiner gewesen: 11,4 Milliarden.
Daß das Verhältnis hier ziemlich gleich geblieben ist, könnte einerseits daran liegen, daß die Mobil keinen so großen Anteil am saudiarabischen Öl hatte wie die anderen: Exxon, Socal und Texaco je 30 Prozent, Mobil 10 Prozent. Anderseits natürlich an den stark gestiegenen Öl-Einnahmen der drei Förderländer — und dennoch lind sie, gemessen an der Mobil, leicht zurückgefallen beziehungsweise die Mobil hat gleichgezogen. Der Umsatz der Mobil 1980 lag nicht weit unter den gesamten Exporterlösen Kanadas (64

Milliarden Dollar). Umsatz 1981: 68,5 Milliarden. Reingewinn: 2,43 Milliarden.

Socal

Die Standard Oil of California, abgekürzt Socal, kennen wir besser mit dem Handelsnamen Chevron, oder auch durch die Tochtergesellschaft Caltex, die zu gleichen Teilen der Socal und der Texaco gehört. Die Socal ist, wie der Name sagt, aus dem Standard Oil-Empire Rockefellers hervorgegangen. Sie hat sich zunächst auf den amerikanischen Markt konzentriert. 1919 war sie mit 26 Prozent der amerikanischen Erdölpröduktion größter Förderer des Landes. Sie ist aber dann Anfang der dreißiger Jahre der erste amerikanische Ölkonzern geworden, der im Nahen Osten Fuß faßte. Sie erwarb eine Konzession in Bahrein für die Zahlung von 50000 Dollar (damals 209500 Reichsmark). 1932 wurde Öl gefunden: offensichtlich lohnte das Unternehmen. 1936 nahm die Socal die Texaco mit hinein; die »Caltex« entstand. Die Produktion kam erst nach dem Zweiten Weltkrieg über eine Million Tonnen im Jahr. Doch dem durch diesen ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg gewetzten Appetit der Socal wurde nun ein viel gewaltigerer Brocken zuteil. »Vertraulich. Standard Oil Company of California erwägt, mit Ibn Saud einen Kontrakt abzuschließen über ölsuche und Förderung in der Küstenregion von Hasa am Persischen Golf, falls welches in lohnenden Qualitäten gefunden wird. Haben die Vereinigten Staaten einen Vertrag mit dem König von Arabien?« Auf dieses Telegramm vom 25. Oktober 1932 mit noch weiteren Fragen des Socal-Chefs antwortete das US-Außenministerium zwar:

»Die Regierung hat keinen Vertrag mit Ibn Saud ... Die Errichtung einer diplomatischen Oder konsularischen Vertretung in Djidda in naher Zukunft ist nicht beabsichtigt. Ob so eine Vertretung wirklich eingerichtet wird, wird natürlich vom Charakter und dem Wachstum amerikanischer Interessen im arabischen Königreich abhängen« (wiedergegeben in Origins of the Saudi Arabian Oil Empire - Secret US Documents 1923-1944. Salisbury 1979). Aber das dauerte nun doch nicht mehr lange. Dann hatte die Socal ihren »Kontrakt«, zwischen den beiden Staaten entstanden Beziehungen - und Saudi-Arabien wurde für Jahrzehnte die wichtigste ausländische Ölquelle erst für die USA, dann den Westen überhaupt.
Der Mann, der als erster auf die Ölmöglichkeiten Saudi-Arabiens, Kuweits und Bahreins gesetzt hatte, auch vorübergehend für alle drei Konzessionen bekommen konnte, war der Neuseeländer Frank Holmes. Aber er konnte mangels potenter Gesellschaft im Rücken nichts anfangen; sie verfielen. Wenigstens am Zustandekommen der Socal-Konzession in Bahrein war er beteiligt (auch finanziell). Nach Saudi-Arabien brachte die Socal eher das Drängen des amerikanischen Ingenieurs Twitchell und, daß Ibn Saud lieber eine amerikanische Gesellschaft wollte als eine englische, die sich wahrscheinlich (aus Tradition) in die inneren Angelegenheiten seines Landes einmischen würde. Die Anglo-Persian hatte sich namens der IPC schon gemeldet. Sie schien aber eher verhandeln zu wollen, um den Amerikanern die Konzession zu blockieren, als um selbst eine zu bekommen. Es war eben damals »Ölschwemme«. Die Socal akzeptierte schließlich den

geforderten Preis, im Mai 1933 wurde unterschrieben. Die Socal hatte zu zahlen: 30000 Pfund auf Goldparität (Großbritannien hatte den Goldstandard 1931 aufgegeben), anderthalb Jahre später noch einmal 20000 Pfund - beides als Darlehen (der Vertrag sah sogar eine Rückzahlung durch Abzüge von Royalties vor), und einen jährlichen Pachtbetrag von 5000 Pfund, bis Öl in lohnender Menge gefunden sein würde. Ab dann Royalties von vier Shilling (Goldwert) pro Tonne, oder ein Dollar auf der gleichen Wertbasis. Nach Entdeckung von Erdöl in kommerziellen Mengen waren dann noch zwei Jahre lang je 50000 Pfund fällig, zur Verrechnung mit weiteren Royalties.
1938 ging es los: 67530 Tonnen. 1939: 536698 Tonnen. 1940: 692 360 Tonnen. Die Socal hätte aus eigener Kasse nur etwa (umgerechnet) 2,3 Millionen Mark zahlen müssen, oder auch 533 000 Dollar. Das hätte sie spätestens Mitte 1940 aus den Öleinnahmen wieder rausgehabt — wenn sie nicht schon 1936, da sie sich allein für diesen Brocken nicht stark genug fühlte (wie schon in Bahrein), die Texaco als 50-Prozent-Partner aufgenommen hätte, gegen Eintrittsgebühr natürlich: drei Millionen Dollar gleich, und dann noch 18 Millionen aus der laufenden Produktion. Das fiel auch der Texaco nicht schwer. Insgesamt hat die Socal aus Saudi-Arabien zu den Spottbedingungen der Kolonialwirtschaft rund 820 Millionen Tonnen Öl bezogen. Mehr nicht - denn gleich nach dem Staunen darüber, wie groß ihr Ölschatz war, hatten sich Socal und Texaco geeinigt, zur Vermarktung dieser ungeheuren Mengen noch stärkere Partner mit potenten Abnehmern zu brauchen. Da nahmen sie die

Exxon in die Aramco auf - die drei hatten dann je 30 Prozent - und die Mobil, die aber nur zehn Prozent wollte und sich wegen dieser Fehleinschätzung noch Viele Jahre lang verspotten lassen mußte. Natürlich war auch die Socal dann beim neuen Iran-Konsortium dabei, mit sieben Prozent, also bis 1973 Anrecht auf weitere rund 147 Millionen Tonnen billigen Kolonialöls.

Standard Oil of California (Socal): Reingewinne				
1900-	1910	30,206 Millionen Dollar	120,824 Millionen RM	
1911-	1920	165,21 1 Millionen Dollar	660,844 Millionen RM	
1921-	1930	368,279 Millionen Dollar	1.529	Milliarden RM
1931-	1940	199,306 Millionen Dollar	570,2	Millionen RM
1941-	1949	672,265 Millionen Dollar	2,193 685 Milliarden Mark	
1950-	1973	8,234 Milliarden Dollar	31,398	Milliarden DM
1974-	1980	8,930 Milliarden Dollar	18,858	Milliarden DM
1950-	1980	17,164 Milliarden Dollar	50,256	Milliarden DM
1900-	1980	1 8,599 Milliarden Dollar	55,33	Milliarden Mark

Auch die Socal wurde ein OPEC-»Opfer«, mehr als die anderen, weil sie so weitgehend von OPEC-Ländern abhängig gewesen war. Daß sie inzwischen auch in Libyen gefördert hatte, erhöhte eher den Kontrast, denn dort wurden ihre Anlagen enteignet. Immerhin ist sie weiter eine privilegierte Vermarkterin des saudiarabischen Öls, kauft also wie die anderen Aramco-Partner zum billigsten OPEC-Preis ein und hat dadurch vor vielen Konkurrenten Vorteile.

In den Vereinigten Staaten ist die Socal, wenn auch längst nicht mehr an erster Stelle, mit einer jährlichen Förderung von etwa 17 Millionen Tonnen ein starker Produzent. Ihre lohnenden ausländi-schen Vorkommen liegen in der Nordsee, Kanada und Indonesien. In den letzten Jahren hat sie etwa sieben Prozent des USA-Gesamtverbrauchs an Mineralölprodukten vermarktet, zwischen vier und fünf Prozent der Welt außerhalb des Ostblocks. Ihre eigenen Reserven betrugen Anfang 1980 rund 238 Millionen Tonnen Rohöl, meist in den USA, ihre Reserven an Erdgas rund 170 Milliarden Kubikmeter. Die Socal beschäftigt etwa 40000 Menschen. Sie ist nach Umsatz der sechste Ölkonzern, das siebtgrößte Industrieunternehmen der Welt. Der Umsatz betrug 1980 knapp 40,5 Milliarden Dollar - 73,5 Milliarden DM. Der Reingewinn: 2,4 Milliarden Dollar - 4,35 Milliarden DM. (Umsatz 1981: 45,2 Milliarden Dollar). Der Socal-Umsatz würde in unserem Ländermodell dem des gesamten, nicht schon vom Mobil-Vergleich »gedeckten« Afrikas (mit Ausnahme des weiß-beherrschten Südafrika) entsprechen. Diese Länder konnten für ihre Staatshaushalte 1980 zusammen gerade soviel Geld ausgeben, wie die Standard Oil of California umsetzte, rund 40 Milliarden Dollar. Vergleich mit 1973: Damals setzte die Socal 7,7 Milliarden Dollar um, aber die Länder hatten für ihre Staatshaushalte rund 14 Milliarden Dollar zur Verfügung. Der Ölmulti hat also in sieben Jahren geschafft, sie einzuholen; sie sind zurückgefallen. So viel, wie die Socal 1980 umsetzte, nahmen mit ihren Exporterlösen zusammen China (18 Milliarden Dollar),

Dänemark (16,4 Milliarden) und Neuseeland (5,4 Milliarden) ein.

Gull

Die »Schwester«, die unter den Nahost-Gewinnlern bis 1973 an zweiter Stelle stand, in der Rangliste des Ölprofits aus der Kolonialwirtschaft an vierter, ist die hierzulande weniger bekannte Gulf. Sie ist eine jener Großen, die sich Anfang dieses Jahrhunderts in Amerika gegen Rockefeller behaupten konnten. Im Laufe der Zeit reichte ihre starke amerikanische Basis, um weiter auszugreifen. Ebenso wie die Shell und nach ihr die (Exxon) Standard setzte sich die Gulf in Venezuela fest, schon Ende der zwanziger Jahre. Im Trio Standard-Shell-Gulf, das 1937 rund 99 Prozent der venezolanischen ölproduktion beherrschte, kam sie als kleinster Partner immerhin für zwölf bis 14 Prozent auf, und Mitte der sechziger Jahre war ihr Anteil immer noch zwölf Prozent. Mitte der dreißiger Jahre zahlten die Gesellschaften für das venezolanische Öl nur eine Royalty zwischen 7,5 und zehn Prozent, dann bis Mitte der vierziger Jahre etwa 20 Prozent — erst anschließend erreichte Venezuela das 50:50-Teilen des Gewinns, ohne freilich auch die Kostenrechnung beeinflussen zu können (Venezuela enteignete die Gesellschaften schließlich 1976). Die Gulf landete gemeinsam mit der BP-Vorgängerin Anglo-Per-sian 1934 ihren größten Coup: die Kuweit-Konzession. Die Anglo-Persian hatte zunächst die Amerikaner fernhalten wollen - Kuweit betrachtete sie als britische Domäne. Aber der amerikanische Botschafter in London bewog die britische Regierung schließlich dazu, einzulenken, und

dann teilten sich die beiden Gesellschaften das Geschäft. Der Botschafter kannte die Materie sehr gut — es war ein früherer Direktor der Gulf.
Die Konzession war noch günstiger als vieles andere, was damals den welt- und wirtschaftsunkundigen Herrschern im Nahen und Mittleren Osten abgehandelt wurde. Die Royalties lagen niedriger (10 Cents pro Tonne) als bei den Verträgen mit Persien, dem Irak oder Saudi-Arabien. Aber die Royalties spielten für BP oder Gulf ohnehin keine Rolle. Sie konnten ab 1946 (bis dahin war kaum gebohrt und gefördert worden, der Zweite Weltkrieg kam dazwischen) vielfach und ganz schnell an einem der größten Vorkommen der Welt leicht verdient werden. Von da bis 1973 betrug der Anteil |edes Partners nicht weniger als 1,125 Milliarden Tonnen Erdöl. Ach so, die Bezahlung: Eine Anfangszahlung von 475 000 indischen Rupien, und dann jedes Jahr bis zum Auffinden kommerziell-lohnender Mengen mindestens 95 000. Damals war die Rupie mit Ach und Krach eine Mark wert, und sie sank weiter. An den Bilanzen der Gulf ist die Wirkung des Manna aus Kuweit gut zu erkennen. Von 1946 auf 1947 stieg ihr Reingewinn von 58 Millionen auf 95 Millionen Dollar, 1948 waren es 153 Millionen, 1955 wurde die 200-Millionen-Grenze überschritten, 1957 die 300 Millionen und so fort. Dagegen nahm sich der Gulf-Anteil am iranischen Billig-öl geradezu bescheiden aus. Als Mitglied des Konsortiums, das 1955 die Nachfolge der BP antrat, konnte Gulf für ihre 7 Prozent bis 1973 aber auch noch 147 Millionen Tonnen übernehmen.
Kleiner an Menge, groß an politischer Bedeutung waren (und sind) die Gulf-Fördermengen aus Angola.

Die Konzession stammte aus den fünfziger Jahren, als Angola noch eine portugiesische Kolonie war. Angola wurde erst 1975 unabhängig. Bis dahin verdankte Gulf, das dieses Öl unter dem Kolonialvertrag überwiegend nach Portugal geliefert hatte, dem afrikanischen Land etwa 49 Millionen Tonnen. An Gegenleistung für Angola selbst kann nichts Angemessenes vermeldet werden. An der Kasse saßen ja die Portugiesen.

Gulf Oil: Reingewinne		
1907-1926	264,107 Millionen Dollar	1,074 Milliarden RM
1927	fehlt. Da der Gewinn in den beiden Jahren davor und im Jahr danach bei je rund 35 Millionen Dollar lag (nach damaligem Kurs 147 Millionen RM), könnte man wahrscheinlich auch für dieses Jahr 35 Millionen Dollar einsetzen.	
1928/1929	79,814 Millionen Dollar	334,864 Millionen RM
1930-1939	124,659 Millionen Dollar	343,4 1 1 Millionen RM
1940	fehlt	
1941-1949	581,383 Millionen Dollar	1,88 Milliarden Mark
1950-1973	8,745 Milliarden Dollar	34,117 Milliarden DM
1974-1980	6,853 Milliarden Dollar	14,862 Milliarden DM
1950-1980	15,598 Milliarden Dollar	48,979 Milliarden DM
1907-1980	16,682 Milliarden Dollar	52,591 Milliarden Mark
Einziges Verlustjahr: 1931. Doch wurden da immerhin 6,787 Millionen Dollar Dividende gezahlt, 28,505 Millionen Reichsmark.		

Mit dem beschriebenen Polster oder Einkommen, wie man es nennen will, läßt sich gut ein Großer werden. Gulf war, bevor der Chemie-Gigant DuPont 1981 den Conoco-Konzern kaufte und damit diese Kombination auf Platz sieben der Öl-Weltrangliste schob, die Nummer acht (nach dem Umsatz), nun also neun, und das elftgrößte Unternehmen der Welt. Seine lukrativen Kolonialquellen sind enteignet. Mit gekauftem öl ist

kein solches Supergeschäft zu machen. Aber Gulf ist ja eine große Fördergesellschaft in den USA selbst (jährlich 19 bis 20 Millionen Tonnen), stark in der Nordsee und in Kanada. Die ausländischen Eigenproduktionen lagen 1980 bei etwa 26 Millionen Tonnen - und jedenfalls konnte Gulf ja das Kuweit-Öl weiter vermarkten, wenn auch nicht mehr unter so fabelhaften Bedingungen. Gulf ist auch ein beachtliches Erdgasunternehmen. Insgesamt beschäftigt der Konzern etwa 59000 Menschen. Der Umsatz lag 1980 bei knapp 26,5 Milliarden Dollar-rund 48 Milliarden DM. Der Reingewinn: 1,47 Milliarden Dollar, zweieinhalb Milliarden Mark. 1981: 30,46/1,23 Milliarden Dollar. Der Umsatz von Gulf würde es uns ermöglichen, auf unserer Weltkarte die Staatshaushalte zweier als besonders ölreich geltender Länder abzudecken: Venezuela mit 15 Milliarden Dollar, der Irak mit 12,5 Milliarden Dollar, beide zusammen also nur etwas mehr als der Ölriese. Oder unser Vergleich mit den Exporterlösen: da brauchen wir das exportstarke Spanien (20,7 Milliarden Dollar) und Israel (5,2 Milliarden), um den Umsatz von Gulf zu erreichen.

Texaco

Die Texaco ist eine jener Riesen-»Schwestern«, die nicht aus der Rockefeller-Familie stammen. Bis zu den dreißiger Jahren wuchs sie im wesentlichen dank ihrer Förderung in den Vereinigten Staaten selbst. Allerdings baute sie frühzeitig Anfänge eines Vertriebsnetzes in Asien auf - deswegen beteiligte die Socal sie dann auch in Bahrein und Saudi-Arabien. Ihre aus dieser Gegend in den »goldenen« billigen Zeiten bezogenen Mengen

entsprechen im wesentlichen denen der Socal (außer daß diese in Bahrein vier Jahre früher förderte und also von dort eine Kleinigkeit mehr bekam). Auch nach dem Verlust der Konzessionen durch die OPEC-Rebellion behielt die Texaco ihren durch die Aramco überkommenen Zugriff zur bevorrechtigten Vermarktung des Öls aus Saudi-Arabien. Ihre wesentlichen Auslandskonzessionen liegen heute in Kanada, der Nordsee, Australien, Westafrika und Indonesien. Auch in der Mundesrepublik ist sie vertreten als einer der größten Öl- und Erdgasförderer. Die Texaco verfügt weltweit über Vorräte an Erdöl und Erdgas von (umgerechnet in ölwert) rund 350 Millionen Tonnen aus eigenen Konzessionen, weitaus das meiste davon im Westen (USA: 180 Millionen). Ihre Förderung in den Vereinigten Staaten liegt bei etwa 23 Millionen Tonnen Öl jährlich, dazu an Erdgas etwa 35 Millionen Kubikmeter. In der Liste der Umsatzgrößten rangierte die Texaco 1980 auf Platz 4 unter den Ölfirmen, als Nummer 5 unter den größten Industrieunternehmen der Welt. Sie beschäftigte etwa 66000 Menschen. Ihr Umsatz betrug 1980 51,195 Milliarden Dollar, rund 93 Milliarden DM. Ihr Reingewinn: 2,642 Milliarden Dollar, also 4,8 Milliarden DM. 1981: 59,4/2,31 Milliarden Dollar. Die Finanzmacht der Texaco entsprach 1980 nach unserem Vergleichsmuster der addierten von Brasilien, Argentinien, Peru, Kolumbien, Bolivien und Paraguay. Das ist noch einmal ein gewaltiges Stück Welt und Menschheit mit staatlichen Haushaltsausgaben von insgesamt 50,6 Milliarden Dollar - die Milliarde weniger, als der Multi verbrauchen konnte, mag die Milliarden ausgleichen,

die wir die »Schwester« Gulf in ihrem Vergleich den Ländern voraushaben ließen. Die Schweiz, Finnland und Ungarn erzielten mit ihren Exporteinnahmen zusammen (29,6 Milliarden Dollar, 14 Milliarden und 8,6 Milliarden) etwa soviel, wie die Texaco allein umsetzen konnte.

Texaco Inc	: Reingewinne	
1903-1910	18,273 Millionen Dollar	76,745 Millionen RM
1911-1919	104,990 Millionen Dollar	440,959 Millionen RM
1920-1930	304,359 Millionen Dollar	1,278 Milliarden RM
1931/1932/1	933	
Verlust, insgesamt		
	12,607 Millionen Dollar	52,697 Millionen RM
1934-1939	174,920 Millionen Dollar	413,542 Millionen RM
1940-1949	832,562 Millionen Dollar	2,327 Milliarden Mark
1950-1973	12,526 Milliarden Dollar	47,340 Milliarden DM
1974-1980	8,136 Milliarden Dollar	19,410 Milliarden DM
1950-1980	20,662 Milliarden Dollar	66,750 Milliarden DM
1903-1980	22,1 Milliarden Dollar	71,286 Milliarden Mark

Jedenfalls beweisen unsere Vergleiche, daß die Multis 1980 mit Finanzmassen operieren konnten, die jene sämtlicher Entwicklungsländer der Welt übertrafen - außer Saudi-Arabien, das aus seinen gewaltigen öleinnahmen 74 Milliarden Dollar für den Staatshaushalt verwendete. Und, mangels vorliegender Statistik, ohne Berücksichtigung Chinas.
Aber ich halte für ziemlich wahrscheinlich, daß man diese Feststellung, läßt man Saudi-Arabien heraus, auch

auf China ausdehnen könnte — da ist ja bei den Multis noch ein gewaltiger Überschuß.
Meine Leserinnen und Leser können anhand meines Materials oder auch anhand des eigenen andere Vergleiche anstellen. Günstiger für die »Dritte Welt« können sie nicht ausfallen.

CFP

Seit Jahrzehnten ist die Ölwelt daran gewöhnt, die Compagnie Francaise des Petroles (CFP) als eine achte unter den großen »Schwestern« zu betrachten. Es zeigt, daß sich der Staat - entgegen einer in der Bundesrepublik viel propagierten Auffassung - sehr wohl erfolgreich ins Energiegeschäft mischen kann.
Während die britische BP dank der persischen Konzession wohl auch ohne direkte Anteilnahme (und Beteiligung) der britischen Regierung groß geworden wäre, verdankt die CFP der französischen Regierung, überhaupt entstanden zu sein. Das war, als Frankreich nach dem I isten Weltkrieg der deutsche Anteil an der »Turkish Petroleum« zuviel, die sich dann in die Iraq Petroleum (IPC) verwandelte (siehe Kapitel 6).
Die französische Regierung bewog die Industrie des Landes, Übrigens nicht ohne Mühe, diese Gesellschaft zu gründen, um eine I »iganisation zur Bewältigung des erwarteten irakischen Ölstromes zu schaffen.
Außerdem wollte die Regierung Frankreich nicht mehr so ausschließlich, wie eben noch im Ersten Weltkrieg, von den britischen und amerikanischen Multis abhängig sein lassen. Die Gesellschaft wurde im März 1924 eingetragen. Die Regierung sicherte sich entscheidenden Anteil. Sie hat heute 40 Prozent der

stimmrechte, 96 Prozent der A- und 34,7 Prozent der B-Aktien. An der CFP kann man genau so lupenrein wie an der BP sehen, wie das koloniale Öl zur westlichen Vermögensbildung herangezogen wurde. Als die Gesellschaft entstand, verfügte sie noch über nichts. Aber ab 1928 floß dann ihr Anteil an der Förderung des Irak in die Kassen, 23,75 Prozent. Das bescherte der CFP-die ihre Produkte unter dem Namen »Total« vertreibt - bis 1973 etwas mehr als 300 Millionen Tonnen. Mit dieser Menge würde die Bundesrepublik heute »nur« knapp drei Jahre reichen (immerhin!). Aber man vergesse nicht, um wieviel kleiner die Gesamtförderung der Welt vor vier oder fünf Jahrzehnten war: 1930: 192 Millionen Tonnen, 1940: 293 Millionen Tonnen, 1950: 538,5 Millionen Tonnen. Gemessen daran hatte das irakische Öl natürlich für Frankreich (und auch seine Partner in der IPC) höheren Wert. Und es blieb ja nicht die einzige Quelle kolonialen Öls für Frankreich. Als schnell gewachsene, von der Regierung energisch geförderte »achte Schwe-Iter« hatte die CFP keine Mühe, ebenfalls in jenes Konsortium aufgenommen zu werden, das sich ab 1955 das persische öl teilen durfte. Sie erhielt ein Prozent weniger als ihre großen amerikanischen »Schwestern«, wie um den Abstand zu markieren, aber eben doch sechs Prozent. Das bedeutete (bis 1973) etwa 126 Millionen Tonnen. Und das war für die CFP noch immer nicht alles. Bis Mitte 1962 war bekanntlich Algerien unter französischer Kolonialherrschaft.
Es wurde nach allen Regeln der Kolonialwirtschaft von Frankreich ausgebeutet, natürlich auch sein öl.

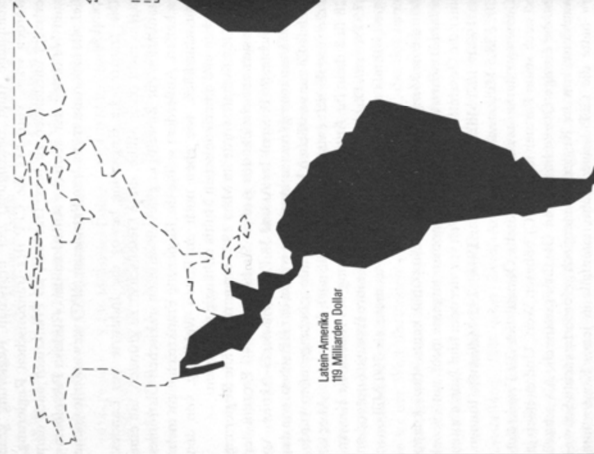
Es dauerte mehrere Jahre nach der Unabhängigkeit, bis die Algerier die Kontrolle selbst in die Hand nehmen konnten, und später behielt Frankreich (immerhin waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern aus der Kolonialzeit noch immer sehr eng, schon aus wirtschaftlichen Gründen) noch lange beachtliche Abnahmequoten. Wegen der komplizierten, mehrfach geänderten Vertriebsarrangements der Kolonialzeit und der Periode gleich danach ist es schwer, den Anteil an Billigst-Öl abzuschätzen, den die CFP insgesamt in den ersten Jahren, und des billigen, das sie bis 1973 bekommen hat. 150 Millionen Tonnen ist eine wahrscheinlich zu niedrige Schätzung — insgesamt wurden in Algerien bis 1973 rund 450 Millionen Tonnen gefördert. Mit ihrer Gesamtbilanz an Kolonialöl von etwa 580 Millionen Tonnen liegt die CFP in der gleichen Größenordnung wie ihre »Schwester« Mobil, mit deren mächtiger Basis sie freilich sonst nicht konkurrieren kann. Doch gestützt auf dieses gewaltige Ölkapital zum Selbstbedienungsvorteil konnte sich die CFP dann auch gut anderswo engagieren. Sie betätigt sich längst in aller Welt. Sie fördert in Algerien, Tunesien, Kanada, Indonesien und in der Nordsee. Sie verfügte 1980 aus Eigenförderung und Zukauf über etwa 70 Millionen Tonnen Rohöl, mehr als die Hälfte aus dem Nahen Osten. Entsprechend hoch in der Hierarchie der Ölfamilie ist sie nun auch: Rang 10 unter den ölriesen, Rang 16 unter den größten Industrieunternehmen der Welt, etwa 48000 Beschäftigte. Umsatz 1980: 23,94 Milliarden Dollar, umgerechnet 43,5 Milliarden DM. Reingewinn (dem staatlich kontrollierte Gesellschaften nicht immer

Vorrang vor anderen Interessen geben) 1,7 Milliarden Mark. 23,9 Milliarden Dollar Umsatz — es ist lohnend, ihn mit dem Staatshaushalt eines der Länder zu vergleichen, die als Quelle des Reichtums für die CFP dienten. Der Staatshaushalt Algeriens für 1980 war mit 13,3 Milliarden Dollar nur etwas mehr als halb so groß... Also schauen wir uns den Irak an. Budget 1980: 12,5 Milliarden Dollar — beide Förderländer zusammen kommen nur gerade etwas höher an Einnahmen und Ausgaben als ihr indirektes Kind, die CFP, mit ihrem Umsatz allein. (Ehrlicherweise sei hinzugefügt, daß der Irak neben dem normalen Haushalt noch ein Investitionsbudget von 18 Milliarden Dollar hatte. Aber dafür verdient er ja nun auch endlich an seinem eigenen öl - Förderung 1980: 135 Millionen Tonnen ...)

Elf

Obwohl Konkurrentin der CFP, hat die nächstgrößte französische Ölgesellschaft soviel mit ihr gemein, daß sie in unserem Zusammenhang auch erwähnt werden muß. Die Elf-Aquitaine (die ihr Benzin in Frankreich auch unter »Antar« vertreibt) ist nämlich ebenfalls eine Staatsgesellschaft (zu 70 Prozent im Besitz einer staatlichen Holding) - und ebenfalls mit algerischem Öl gewachsen, sie beziehungsweise eine Reihe staatlicher Gesellschaften, die mehrfach umgruppiert und schließlich mit der Elf vereinigt oder in sie eingebracht wurden. Den Anteil dieser Gruppe am Kolonialgewinn kann man auf mindestens 100 Millionen Tonnen beziffern, was auch nicht zu verachten ist.
Die Elf hatte nach dem Kriege die südwestfranzösischen Erdgas-vorräte entdeckt, heute ist auch sie weltweit mit

Ölförderung und suche beschäftigt. 1980 förderte sie 24 Millionen Tonnen Rohöl, hauptsächlich in Afrika (Algerien, Tunesien, Guinea, Gabon, Nigeria und Kongo), und außerdem beachtliche Erdgasmengen aus der Nordsee. Die Elf stand 1980 auf Platz 14 in der Ölrangliste und war Nummer 22 unter den großen Industrieunternehmen der Welt, mit einem Umsatz von 18,4 Milliarden Dollar, umgerechnet 33,4 Milliarden DM - etwas mehr als Volkswagen — und einem Reingewinn von 1,37 Milliarden Dollar (2,5 Milliarden DM, etwa acht mal soviel wie Volkswagen).


Die Finanzmacht der »armen Multis« –
Umsatz 1980 der »Sieben Schwestern« Exxon, Shell, Mobil, Socal, BP, Gulf, Texaco
und ihrer »Cousinen« CFP/Total und Elf zusammen:
448 Milliarden Dollar
Latein-Amerika
119 Milliarden Dollar


verglichen mit den Staatshaushalten der
»Dritten Welt«
Staatliche Ausgaben aller (Zentral-)Regierungen der »Dritten Welt« einschließlich der
reichen Ölstaaten 1980 zusammen:
444 Milliarden Dollar
Nahost
153 Milliarden Dollar
Afrika (ohne Südafrika)
102 Milliarden Dollar
Asien (ohne Nahost, China und Japan)
70 Milliarden Dollar

23. Der Prophet gilt nichts im eigenen Land—die rechtzeitige Information auch nichts?

Im folgenden finden Sie Auszüge aus dem Artikel »Zukunftsaufgaben der Energiepolitik« von Bergassessor a. D. Dr. ing. e. h. Helmuth Burckhardt im Jahrbuch des Deutschen Bergbaus, 1959:

»Der von Kriegsereignissen und Demontagen herrührende Nachholbedarf, die gestiegene Bevölkerungsdichte und der gegenüber der Vorkriegszeit höhere Anteil der industriellen Produktion an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung hatten eine ungewöhnliche Beschleunigung des Energiebedarfszuwachses zur Folge... Die Wachstumsrate der westdeutschen Energienachfrage konnte gegen Ende der fünfziger Jahre nicht mehr ausreichend durch das eigene Aufkommen an Primärenergie gedeckt werden. Dazu trug vor allem der wachsende Bedarf an flüssigen Energieträgern bei. Der verzögerte Wiederaufbau des Ruhrgebietes, das lange Zeit unter alliierter Kontrolle stand, verhinderte zudem ein schnelleres Anwachsen der Eigenerzeugung und damit eine ausreichende Versorgung aus heimischen Quellen...

Mit der Vertragsvorschrift, daß allen Verbrauchern der Sechsergemeinschaft ein gleicher Zugang zu den Energiequellen gesichert sein soll, verfolgten die übrigen Vertragspartner das Ziel, die Vorräte der qualitativ hochwertigen Ruhrkohle zur Deckung ihres eigenen Bedarfs zu erschließen. In den ersten Jahren des Bestehens der Montanunion wurden diese

Bestimmungen des Vertrages auch tatsächlich so ausgelegt, als hätte jedermann im Gemeinsamen Markt Anspruch auf Ruhrkohle. Diese Kohle wurde wegen der erzwungenen Niedrighaltung ihrer Preise zudem noch als besonders begehrenswert angesehen, so daß die Nachfrage nach ihr entsprechend anstieg. Die Ausschaltung der Marktgesetze bei der Preisbildung für heimische Kohle durch Maßnahmen der Hohen Behörde und der Regierung führten damit zu einer weiteren Verschärfung der durch die Bedarfszunahme entstandenen Versorgungsprobleme, so daß die in der Bundesrepublik Deutschland zum ersten mal 1954 eingetretene Energielücke nur durch verstärkte Einfuhren geschlossen werden konnte...
Die eingeführten Energieträger haben ... immer mehr an Bedeutung gewonnen. Ihr Anteil an der Gesamtversorgung ist von 1950 bis 1958 von knapp 8 Prozent auf fast 25 Prozent gestiegen, wobei einzelne Energiearten, wie zum Beispiel die USA-Kohle und insbesondere das Heizöl, einen geradezu enormen Aufschwung ihres Absatzes in Deutschland genommen haben. Diese Tendenz hat sich auch nicht geändert, seit der westdeutsche Energiemarkt durch ein ernstes Überangebot gekennzeichnet ist, also seit dem Winter 1957/58. Jetzt und in der folgenden Zeit fand die heimische Kohle keinen ausreichenden Markt mehr, während die konkurrierenden Produkte ihren in den letzten Jahren gewonnenen Marktanteil teils behaupten, teils sogar noch weiter ausdehnen konnten
In der gegenwärtigen Situation ist die Versorgung mit Energie der Menge nach wohl gesichert. Problematisch und seitens der Energiepolitik zu überprüfen ist jedoch

die Frage, ob auch die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung und die Sicherheit (hervorgehoben vom Verfasser, 1959!) der Belieferung langfristig gewährleistet sind...
Die Geschichte des deutschen Kohlebergbaus war seit dem Ersten Weltkrieg praktisch durch eine politische Kohlenpreisbindung und durch stete Eingriffe in die Versorgung gekennzeichnet. Das änderte sich auch nicht mit der Neuorientierung der westdeutschen Wirtschaft nach der Währungsumstellung 1948. Die Vorteile einer freien, marktwirtschaftlichen Betätigung wurden dem Kohlebergbau nicht gewährt...
Im Jahre 1953 begann die Hohe Behörde der Montanunion ... mit der Beibehaltung der in den einzelnen Ländern ... geltenden Höchstpreise für Kohle ... Die kleineren Reviere wurden allmählich aus der Preisbindung entlassen. Nur das Ruhrrevier blieb ihr unterworfen, weil man seine Verkaufsorganisation als marktbeherrschend auf dem Energiemarkt ansah.
Die Preise für Ruhrkohle hielt man weit unter den Preisen der anderen Reviere der Montanunion und der Einfuhrkohle aus dritten Ländern fest. Die Preisfreigabe für Ruhrkohle durch die Hohe Behörde im Frühjahr 1956 fand nur de jure statt. Wie die Regierungen der anderen Montanunion-Länder, so übte auch die deutsche Bundesrepublik weiterhin einen indirekten Druck auf die Kohlenpreise aus. Auf die Verknappung des heimischen Energieangebots fand man also keine bessere Antwort als die Niedrighaltung der Preise für heimische Kohle, anstatt Angebot und Nachfrage durch einen marktgerechten Preis auszugleichen ...

Das im Montanunionvertrag grundsätzlich sehr streng geregelte Verbot der Kartelle und Zusammenschlüsse richtete sich in seiner ganzen Härte gegen den Ruhrbergbau, dessen Wettbewerbsfähigkeit wesentlich von einer aktionsfähigen zentralen Verkaufsorganisation bestimmt wird. Während die anderen Montanunion-Produzenten von diesem Verbot zum Teil ausdrücklich ausgenommen sind und die Konkurrenten aus dritten Ländern, wie auch die Heizölanbieter, ihm grundsätzlich nicht unterliegen, also die Möglichkeit haben, eine straffe, aufeinander abgestimmte Handelspolitik erfolgreich zu betreiben, machte man den Gemeinschaftsverkauf der Ruhrkohle von der Auflage einer >redlichen Verteilung< ihrer billigen und begehrten Förderung abhängig...
Die Marktspaltung zwischen billiger Inlandskohle und teurer Einfuhrkohle lenkte die spekulativ vergrößerte Nachfrage nach Inlandskohle nachdrücklich auf den Ruhrbergbau. Dieser, an das Prinzip der >redlichen Verteilung« gebunden, hatte aber nun nicht mehr die Möglichkeit, seine ihm nahestehenden, traditionellen Kunden mit ausreichenden Mengen zu beliefern. Im Gegenteil: Andere, selbst zur Ruhr standortungünstig gelegene Käufer, die der Kohle weniger dringend bedurften, durch das Verteilungssystem aber begünstigt waren, mußten beliefert werden. Sie nutzten das billige Angebot, um in der steigenden Konjunktur überhöhte Lagerbestände anzuhäufen, zögerten Neuinvestitionen zum Zweck einer rationelleren Kohlenverwendung hinaus und wandten sich schließlich mit der einsetzenden wirtschaftlichen Rezession dem nunmehr billigeren Importenergieangebot zu.

Die Energieverbraucher, die traditionelle Abnehmer deutscher Kohle waren und standortmäßig auf Ruhrkohle angewiesen sind, die aber nicht mehr in ausreichenden Mengen mit Ruhrkohle versorgt werden konnten, waren in dieser Zeit gezwungen, sich auf die Verwendung von Importenergien umzustellen ... Während viele prädestinierte Ruhrkohleverbraucher ihre Versorgung mit Hilfe importierter Kohle sicherzustellen suchten, sind andere in größerem Umfang dazu übergegangen, ihren Wärmebedarf auch in Zukunft mit Heizöl zu decken. Das Heizöl hat die auf dem deutschen Energiemarkt entstandene Lage zu einer kräftigen Ausdehnung benutzt... Die Ausbreitung ... wurde sehr erheblich durch die im Heizölgeschäft zum Zwecke der Marktausweitung praktizierte Preispolitik beeinflußt. Die Mineralölindustrie profitierte bei dieser Eroberung ... von der ihr verbliebenen völligen Freiheit in der Gestaltung ihrer Preise und von ihrer völligen Freiheit im Wettbewerbsrecht.
Die Tatsache, daß das Heizöl bei der Verarbeitung des Erdöls gemeinsam mit den Treibstoffen als ein Kuppelprodukt erzeugt wird, ermöglicht eine sehr große Anpassung in der Preisgestaltung der einzelnen Erzeugnisse. So waren die Ölgesellschaften in der Lage, ihre Heizölpreise im Interesse einer Eroberung des Wärmeenergiemarktes beträchtlich zu senken, ohne daß dadurch die Ertragsfähigkeit der gesamten Mineralölindustrie in ihrer Verbindung von Treibstoff- und Heizölerzeugung gelitten hätte. Erleichternd kam für diese Preispolitik der Heizölanbieter hinzu, daß für die Kohle auf Grund des Vertrages über die Montanunion sehr scharfe Vorschriften hinsichtlich der

Preisbildung bestanden, die die Beweglichkeit der Kohle in der Abwehr des Preiskampfes mit dem Heizöl beeinträchtigen ...
Diese gezielte Preispolitik der Mineralölindustrie kann auf die Dauer sicher nicht beibehalten werden. Es ist seitens der ölgesellschaften auch eindeutig erklärt worden - und ihre Bilanzen bestätigen das -, daß auf die Dauer mit anderen Preisen zu rechnen ist, die die Wirtschaftlichkeit der Rohölverarbeitung zu Heizöl wiederherstellen sollen...
Der deutsche Steinkohlenbergbau steht also heute auf seinen angestammten Märkten im Wettbewerb mit Energieträgern, die nur vorübergehend auf Grund besonderer Ereignisse ganz besonders billig angeboten werden und deren Wettbewerbslage gegenüber der heimischen Kohle sich wieder ändern wird.
Es entsteht in dieser Sachlage die Frage, ob es angezeigt ist, zuzulassen, daß diese nur vorübergehende Entwicklung zu einer starken Einschränkung der Förderkapazität des deutschen und europäischen Kohlenbergbaus führt. Diese Frage wird das Haupt-pioblem sein, das durch eine zweckmäßige Energiepolitik gelöst werden muß.
Zur Diskussion stehen dabei die Fragen der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit der Versorgung. Ihre Sicherheit ist vor allem abhängig von der Sicherheit der Zufuhrwege und von der Lieferwil-ligkeit der jeweiligen Produzenten. Ihre Wirtschaftlichkeit... ist aber Wesentlich auch eine Funktion der von den Exporteuren angestrebte Preispolitik ...
Tatsächlich ist es ja so, daß dem nur kurzfristigen Vorteil der Importe der dauernde Vorteil der

heimischen Energiequellen gegenübersteht, eine sichere Belieferung der Wirtschaft zu gewährleisten ... Bei Erdöl ... ist zu berücksichtigen, daß der größte Teil der Welterdölvorräte ... in Gebieten liegt, zu denen der Zugang politisch und militärisch durchaus nicht gesichert erscheint... Schließlich darf nicht übersehen werden, daß eine übermäßige Abhängigkeit der Energieversorgung von Zufuhren aus Ubersee auch wirtschaftliche Unsicherheiten mit sich bringt und damit den europäischen Energiemarkt weitgehend von Entwicklungen abhängig macht, auf die er selbst keinen Einfluß nehmen kann.«

Literatur

Vorbemerkung: Über Öl- und Energiefragen gibt es unzählige Veröffentlichungen. Der größte Teil davon ist für eine kritische Analyse unbrauchbar; viele Autoren vertrauen zu gutgläubig den Multis, wenn sie nicht gleich bewußt als ihre Propagandisten fungieren. Aber das Interesse der Multis ist keineswegs mit dem der Verbraucher identisch. Andere Verfasser wiederum sehen die »Ölstory« hauptsächlich als die Geschichte des großen Abenteuers. In mehr oder minder romantischer Weise verklären sie Leistungen der »Pioniere«, die Anstrengungen von damals bis heute. So anerkennenswert diese sein mögen - sie dienen als Vorhang. Die Verfasser erzählen nicht, was sich hinter diesem verbirgt. Etwa, wie sehr die Auftraggeber ihrer Pioniere dazu beigetragen haben, die Weltwirtschaft zu verzerren, Völker der Dritten Welt zu berauben - oder auch, wie die Bundesrepublik von ausländischen Ölmultis erobert worden ist.

Titel dieser Art fehlen in meiner Literaturliste so gut wie ganz. Es ist überflüssig, sie noch weiter bekannt zu machen. Einige wenige, die ich wegen ihres Zahlenmaterials oder ihrer Argumentation für wichtig halte, genügen vollauf. Übrigens muß man den Multis und ihren Pressestellen auf dem Gebiet der Eigenwerbung großes Können bescheinigen - aber auch der fast immer sehr gründlichen, gelegentlich sogar neutral-nützlichen Arbeit und Darstellungslähigkeit ihrer Statistiker. Viele statistische Angaben in Literatur und Presse entstammen in Wirklichkeit den statistischen Abteilungen der Multis, allen voran der

Esso beziehungsweise Exxon, was hiermit ausdrücklich anerkannt sei. Eine wichtige Quelle sind natürlich auch die Jahresberichte der Ölgesellschaften (der internationalen Dachgesellschaften mehr als ihrer deutschen Töchter), die ich nicht extra aufzuführen brauche. (Algerische Regierung:) Documents sur les relations entre l`Algerie et les societes petrolieres francaises. Algier 1979. Allen, G. C., Donnithorne, A. G.: Western Enterprise in Indonesia and Malaya. London 1954/1962 (George Allen & Unwin).
Anderson Jr., Irvine H.: The Standard-Vacuum Oil Company and United States East Asian Policy 1933-1941. London 1975 (Princeton University Press).
ANEP - Jahrbuch der europäischen Erdölindustrie 1980, Hamburg 1980 (Otto Vieth). Bailey, Martin: Shell and BP in South Africa. A joint Anti-Apartheid-Movement/Haslemere Group Publication. London 1978.
-: Oilgate. The Sanctions Scandal. London 1979 (Coronet). Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft: Energiekrise - Europa im Belagerungszustand ? Politische Konsequenzen aus einer eskalierenden Entwicklung. Protokoll Nr. 58/1977. Hamburg-Bergedorf (erhältl. über Buchhandlung Werner Nordmann, 2050 Hamburg 80, Alte Holstenstraße 32). Blair, John M.: The Control of Oil. New York 1976 (Pantheon). Bonner Energie-Report (erscheint zweimal monatlich in Bonn).
Burckhardt, Helmuth: 25 Jahre Kohlepolitik. Schriften der Volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet. Sonderreihe Heft 8. Baden-Baden 1981 (Nomos-Verlagsgesellschaft).

Der Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland 1978. Bergwirtschaft und Statistik. Zusammengestellt von den Bergbehörden der Länder in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft. Clausthal-Zellerfeld 1979 (Edition Piepersche Buchdruckerei und Verlagsanstalt). 30. Jahrgang. Engler, Robert: The Brotherhood of Oil. Energy Policy and the Public Interest. Chicago 1977 (The University of Chicago Press). Faure, Edgar: Le petrole dans lapaix et dans la guerre. Paris 1939 (Ed. de la Nouvelle Revue Critique). Financial Times Oil and Gas International Year Book 1981. Edinburgh 1981 (Clark Constable).
Fontaine, Pierre: La guerre froide du petrole. Paris 1956. Ed. Je Sers (S.C.E.L.). -: Bataille pour le petrole francais. Paris 1956. Ed. Je Sers (S.C.E.L.). Frankel, P. H.: Mattei: Oil and Power Politics. London 1966 (Faber and Faber). (Sieht Mattei sehr durch die Brille der Multis.) Friedemann, Jens: Die Scheiche kommen. Arabien - Zentrum neuer Macht. Bergisch-Gladbach 1974.
Graf, Georg Engelbert: Erdöl, Erdölkapitalismus und Erdölpolitik. Jena o. J. (Urania-Verlagsgesellschaft). Gulbenkian, Nubar: Pantaraxia. London 1965 (Hutchinson). Hartshorn, J. E.: Oil Companies and Governments. An Account of the International Oil Industry in its Political Environment. London 1962 (Faber and Faber). (Konventionell im Sinn der Multis.) Hayter, Teresa: The Creation of World Poverty. An Alternative View to the Brandt Report. London 1981 (Pluto Press & Third World First). Hewins, Ralph: Mr. Five Per Cent. The Biography of Calouste Gulbenkian. London 1957 (Hutchinson). Hoff mann, Dietrich: Die Erdölgewinnung in Norddeutschland. Von den

Anfängen vor über 400 Jahren bis heute. Hamburg 1970 (Otto Vieth). Jahrbuch des Deutschen Bergbaus (Ausgaben 1950—1963). Heute: Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie (Ausgaben 1979/1980). Essen (Verlag Glückauf). Joesten, Joachim: öl regiert die Welt -Geschäft und Politik. Düsseldorf 1958 (Karl Rauch). Kent, Marian: Oil and Empire; British Policy and Mesopotamin Oil 1900-1920. London 1976 (Macmillan). Mayer, Ferdinand: Weltatlas Erdöl und Erdgas. Braunschweig 1. Auflage 1966, 2. Auflage 1976 (Westermann). Mikdashi, Zuhayr: A Financial Analysis of Middle Eastern Oil Concessions: 1901-1965. New York 1966 (Praeger). Mineralölwirtschaftsverband e. V.: Aus der Sprache des Öls. Hamburg 1977.
MWV/AEV (Mineralölwirtschaftsverband e. V./Arbeitsgemeinschaft Erdölgewinnung und -Verarbeitung): Jahresberichte 1975-198Ö.Hamburg. Mönig, Walter, Dieter Schmitt, Hans K. Schneider, Jürgen Schürmann: Konzentration und Wettbewerb in der Energiewirtschaft. Aktuelle Fragen der Energiewirtschaft, Band 10. Hrsg. vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln. München 1977 (Oldenbourg).
O'Connor, Harvey: L'empire du petrole. Paris 1958. Originalausgabe: The Empire of Oil, New York (Monthly Review Press). Odeil, Peter R.: Oil and World Power. Harmondsworth 1970, 6th edition 1981 (Penguin). OPEC: Annual Report. 1979. Wien (OPEC-Secretariat, Obere Donaustraße 93, Wien; wie alle weiteren aufgeführten OPEC-Veröffentlichungen, außer OPEC-Review. Annual Statistical Reviews. 1975-1980. -: OPEC Chronology. 1960-1980. Wien 1980.

-: National Oil Company Profiles. Wien 1980.
The Present and Future Role of the National Oil Companies. OPEC-Semi-nar Proceedings. Wien, 10.-12. Oktober 1977. -: OPEC Papers:
Vol. 1: Domestic Energy Requirements in OPEC Member Countries. August 1980.
Vol. 2: Energy in Developing Countries, Present and Future. Oktober 1980.
Vol. 3: Future Demand for Refined Products in OPEC Member Countries and Possible Export Outlets. Dezember 1980. —: Selected Documents of the International Petroleum Industry: Iraq and Kuweit Pre-1966. Saudi Arabia Pre-1966.
Socialist Peoples Libyan Arab Jamahiria and Quatar Pre-1966.
The Democratic and Popular Republic of Algeria and Abu Dhabi (United
Arab Emirates) Pre-1966.
1967, 1973, 1974, 1975/1976, 1977/1978. -.Statistical Times Series Nr. 1: Petroleum Product Prices and their Components in Europe 1962-1979. Wien 1980.
OPEC Bulletin. Wien (monatlich). -: OPEC Review. (Alle drei Monate, über Pergamon Press).
v. Paczensky, Gert: Weiße Herrschaft. Eine Geschichte des Kolonialismus.
Frankfurt a.M. 1979 (Fischer Taschenbuch Nr. 3418).
Petroleum Economist-the International Energy Journal. London, monatlich. Pritzkoleit, Kurt: Männer, Mächte, Monopole. Hinter den Türen der
westdeutschen Wirtschaft. Düsseldorf 1953 (Karl Rauch). Radzio, Heiner: Unternehmen Energie. Aus der Geschichte der Veba.

Düsseldorf 1979 (Econ). Reichwein, Adolf: Die Rohstoffwirtschaft der Erde. Jena 1928 (Gustav Fischer). Robertson, Nelson (Ed.): Origins of the Saudi Arabian Oil Empire. Secret US Documents, 1923-1944. Salisbury (North Carolina) 1979 (Documentary Publications). Sampson, Anthony: Die Sieben Schwestern. Die Ölkonzerne und die Verwandlung der Welt. Reinbek 1976 (Rowohlt). Originalausgabe: The Seven Sisters. The Great Oil Companies and the World they made. London 1975 (Hodder and Stoughton). Seidenzahl, Fritz: 100 Jahre Deutsche Bank, 1870-1970. Frankfurt a.M. 1970 (im Auftrag des Vorstandes der Deutschen Bank AG). Stahmer, Alfred M.: Erdöl. Mächte und Probleme. Kevelaer 1950 (Butzon & Bercker). (Verfasser pflegt engen Kontakt zu den Multis.) Stobauch, Robert, und Daniel Yergin (Eds.): Energy Future. Report of the Energy Project at the Harvard Business School. New York 1979 (Random House).
Stork, Joe: Middle East Oil and the Energy Crisis. New York/London 1975 (Monthly Review Press).
Taccoen, Lionel: La guerre de Venergie est commencee. Paris 1978 (Flammarion).
Tanzer, Michael: The Political Economy of International Oil and the Underdeveloped Countries. Boston 1969 (Beacon Press). Tugendhat, Christopher: Oil, the Biggest Business. London 1968 (Eyre & Spottiswoode). Turner, Louis: Oil Companies in the International System. London 1978/1980 (George Allen and Unwin f. The Royal Institute of International Affairs). United Nations Department of Economic and Social Affairs: Petroleum Cooperation among

Developing Countries (Genfer Seminar, 10.—12. November 1975). New York 1977.
United Nations Department of International Economic and Social Affairs, Statistical Office: Statistical Yearbook. Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft (VIK): Statistik der Energiewirtschaft 1978/79. Düsseldorf (VDI-Verlag). W.E.G. (Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung e. V.): Jahresberichte 1978-1980. World Bank: Energy in the Developing Countries. Washington DC, August 1980.
Zischka, Anton: ölkrieg. Wandlung der Weltmacht öl. Leipzig 1939, 9. Auflage 1944 (Wilhelm Goldmann). : Das Nach-öl-Zeitalter. Wandel und Wachstum durch neue Energien. Düsseldorf 1981 (Econ).

Die Öffentlichkeit wird systematisch an der Nase herumgeführt, was die Ölkrise und ihre Gründe anbelangt – auch bei der Frage: »Muß Öl wirklich so teuer sein?« Daß sogar die Bundesrepublik vom Erdöl-Kolonialismus betroffen ist, weiß kaum jemand. Mit einer Kampagne gegen die OPEC sollen wir von Entwicklungen und Tatsachen abgelenkt werden, ohne deren Kenntnis wir die Energiekrise nicht durchschauen, also auch nicht mitreden können. Das gilt nicht nur für die skandalöse Vorgeschichte dieser Krise, sondern auch für die Zukunft unserer Energieversorgung.
Was die Ölmultis nicht gerne erzählen, schildert dieses Buch.



Gert v. Paczensky, Mitglied des PEN, war 35 Jahre Journalist im In- und Ausland, davon zehn Jahre beim Fernsehen – zu Anfang als Gründer von »Panorama«, zum Schluß als Chefredakteur bei Radio Bremen. Er gilt als führender gastronomischer Kritiker, doch das Schwergewicht seiner publizistischen Tätigkeit ist der »Dritten Welt« gewidmet. Hauptveröffentlichungen: »Weiße Herrschaft« (Geschichte des Kolonialismus) und »Faustrecht am Jordan?« (Geschichte des Nahost-Konflikts).